

**DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
VON 1905/07 – GENERALPROBE  
FÜR 1917?**

ÖSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL  
LEIPZIGER JAHRBÜCHER

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2005

Die russische Revolution von 1905/07 – Generalprobe für 1917?

Band 7(1)

---

**OSTEUROPA IN TRADITION  
UND WANDEL  
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

**DIE RUSSISCHE REVOLUTION  
VON 1905/07 –  
GENERALPROBE FÜR 1917?**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2005

# OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.  
herausgegeben von  
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Volker Hölzer

Band 7(1)

ISBN 3-89819-221-0

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2005  
Harkortstr. 10  
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

Editorial .....	7
I Aufsätze und Studien .....	11
Sonja Striegnitz: War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland: Aspekte, neue Sichten .....	13
Claus Remer: Zu sozialen und nationalen Auseinander- setzungen in der Ukraine vor und während der Revolution 1905/07 .....	37
Sonja Striegnitz: Zur Herausbildung antisemitischer Positionen russischer »Rechter« (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917) .....	47
Jörg Roesler: Das »Manchester des Ostens«. Aufstieg und Fall der Stadt Łódź zwischen industrieller Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung .....	83
II Berichte und Dokumentationen .....	105
Eckart Mehls: »... dass weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug genießen sollen«. Zu František Palackýs Konzept der Gleichberechtigung der Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaat .....	107
František Palacký: Ausgewählte Dokumente .....	121
Erwin Lewin: Zu historischen Aspekten der albanischen Nationwerdung im 20. Jahrhundert .....	139

Hilmar Walter: Gesellschaftlicher Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien (zu einigen soziolinguistischen Zusammenhängen) .....	183
III Kritik und Information .....	207
Sonja Striegnitz: Rezension zu Pervaja revoljucija v Rossii: Vzgljad čerez stoletie. Otvestvennyje redaktory: A. P. Korelin, S. V. Tjutjukin. Izdatel'stvo »Pamjatniki istoričeskoj mysli«: Moskau 2005. 602 S. ....	209
Claus Remer: Die Sowjetunion aus der Sicht des Thüringer Demokraten Professor Dr. Hermann Anders Krüger .....	215
Olaf Kirchner: Die »Komintern« in den Sektionen Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland – Versuch eines regionalen Profils .....	225
Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2006 .....	269
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen .....	271
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen .....	277
Zu den Autoren dieses Bandes .....	281

## Editorial

Aus gegebenem Anlaß erscheinen 2005 – nach Jahrgang 2000 erstmals wieder – zwei thematische Halbbände unserer Leipziger Osteuropa-Jahrbücher.

Der vorliegende erste Halbband vereint unter der Fragestellung »war das die Generalprobe für 1917« zunächst Beiträge um die »russische Revolution von 1905/07«, die eine Zäsur im europäischen demokratischen Revolutionszyklus auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung in Osteuropa und der damit verbundenen sozialen Bewegungen der Arbeiter und Bauern bildet. Zugeordnet sind weiterhin vor allem Beiträge zur nationalen und national-kulturellen Formierung in der ostmittel- und südosteuropäischen Region, die ebenfalls in formationsgeschichtliche Entwicklungen des 19./20. Jahrhunderts einmünden.

Der nachfolgende zweite Halbband ist anläßlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus um Studien über »demokratische Nachkriegskonzeptionen« für Osteuropa konzentriert, die völkerrechtliche und historische Konsequenzen der Niederlage der faschistischen Achsenmächte für die osteuropäische Region beleuchten und in die aktuelle Debatte um »Befreiung oder Vertreibung« eingreifen, die quasi einen Nachhall der Konfrontationen des Kalten Krieges darstellt, der auch das Ende langfristiger demokratischer Nachkriegskonzepte für die Länder der »Volksdemokratie« markierte. Darüber wird im Editorial zum zweiten Halbband zu reden sein.

Nun zum Inhalt des Bandes 7(2005)<sup>1</sup> von »Osteuropa in Tradition und Wandel«: Der historiographische Streit um die Revolution 1905/07 dreht sich um den geschichtlichen Platz dieser Revolution entweder als letzte Inkarnation des demokratischen Revolutionszyklus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zur Etablierung einer bürgerlichen Gesellschaft, oder als Auftakt für den Zyklus »dreier russischer Revolutionen« zur Überwindung der zaristisch-rückständigen und feudalkapitalistischen Gesellschaft Rußlands.

Im Zentrum des Aufsatzteils steht der tragende Beitrag von *Sonja Striegnitz* über die Frage nach dem »historischen Platz der Revolution von 1905/07 in der russischen Geschichte«, wobei die Leninsche These



von der Rolle dieser Revolution als »Generalprobe für 1917« angesichts der heterogenen politischen Subjekte und der unausgereiften Konstellation der sozialen Kräfte kritisch bewertet wird. So blieb der Schub der Revolution von 1905 für eine bürgerliche Umwälzung begrenzt, was freilich den inneren Zusammenhang von demokratischer und sozialistischer Revolution nicht aufhebt, wohl aber ihre häufig überbetonte Kontinuität. Hier übt die Verfasserin auch Kritik an der zuweilen verkürzten Sicht Lenins auf Reife und Permanenz der russischen Revolution.

Dieser Problematik zugeordnet sind Beiträge von *Claus Remer* zu »nationalen und sozialen Auseinandersetzungen in der Ukraine« um die Revolution von 1905, der die anstehenden demokratischen Aufgaben im damaligen ukrainischen »Kleinrußland« verdeutlicht, und nochmals von *Sonja Striegnitz* über die Entstehung »antisemitischer Positionen der russischen ›Rechten« um die Jahrhundertwende, welcher die Wirkung antisemitischer Pogrome auf die Formierung der russischen »Rechten« und – unter anderem Aspekt – die Dringlichkeit demokratischer und sozialer Umwälzungen in Rußland beleuchtet.

Hier fügt sich auch der Aufsatz von Jörg Roesler zum »Manchester des Ostens« ein, der »Aufstieg und Fall der Stadt Łódź zwischen industrieller Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung« behandelt. In breiter tour d’horizon über das 19./20. Jahrhundert beleuchtet der Verfasser die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Textilindustrie, sowie die veränderlichen Lebenswelten der Stadt unter wechselnden politisch-staatlichen Bindungen und formativen gesellschaftlichen Realitäten, wobei gerade auch die Revolution von 1905/07 im russisch dominierten Kongreßpolen eines der prägenden Ereignisse darstellt.

Im Berichts- bzw. Dokumentationsteil des Bandes wird die Problematik nationaler Formierung und Bewegungen in Ostmittel- und Südosteuropa erneut aufgegriffen, die mit dem demokratischen Revolutionszyklus seit Mitte des 19. Jahrhunderts unmittelbar zusammenhängt.

*Eckart Mehls* bringt uns in seiner Einleitung zu Dokumenten František Palackýs, des »Vaters der tschechischen Nation«, dessen Verständnis von »Gleichberechtigung der Nationalitäten« im österreichischen Kaiserreich nahe, das auf dem Austroslawismus fußte, und auch den von Palacký präsierten Prager Slawenkongreß 1848 dominierte. Palackýs Austroslawismus grenzte sich sowohl vom russischen Panlawismus als auch von Plänen der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 ab, einen »deutschen Volksbund« unter Einschluß Böhmens zu

gründen, und hielt statt dessen an seiner Position fest, wonach in der Habsburger Monarchie »... weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug genießen sollen«. Von den Hoffnungen auf positive Ergebnisse der 1948er Revolution in den nationalen Beziehungen enttäuscht, verurteilte er die absolutistische deutsche Herrschaft in Böhmen und widerrief seine ursprüngliche Sicht auf das österreichische Kaiserreich, von dem er einmal meinte, daß man es schaffen müsse, wenn es nicht bereits bestünde. Palackýs Rolle in der tschechischen Nationalbewegung ist auch heute noch (wieder?) Gegenstand politischer Kontroversen über das deutsch-tschechische Verhältnis – mit Blick auf die »Beneš-Dekrete« und zur Instrumentalisierung einer nationalistischen »Vertreibungsdebatte«.

Die angefügten Dokumente Palackýs aus dem Zeitraum zwischen 1848 und 1870 sind deshalb aus historischen wie aktuellen Gründen von großem Interesse.

*Erwin Lewin* berichtet kenntnisreich über den historisch verspäteten Prozeß »albanischer Nationwerdung im 20. Jahrhundert«, der sich – obwohl durchaus in die Wiedergeburtbewegung der Balkanvölker eingebettet – seit der »Liga von Prizren« 1878 über die formale (1912) und staatliche (1920) Unabhängigkeit bis zur italienischen Okkupation 1939 und zur sozialistischen Staatlichkeit 1944/1946 stets gegen die Vorherrschaft der Großmächte (Osmanisches Reich, Österreich, Italien) und territoriale Begehrlichkeiten der Nachbarn (Serbien, Jugoslawien, Griechenland) durchsetzen mußte. Die albanische Wiedergeburtbewegung beruhte freilich auf einem durch vorbürgerliche Sozialstrukturen bedingten Verständnis von »albanischer Nationwerdung« (Rilindja kombëtare), welche Ethnos und Nation gleichsetzte und eine damit übereinstimmende Staatlichkeit erstrebte, eine bis heute wirksame Vorstellung, die wegen ethnisch gemischter Siedlungsgebiete am Balkan außerhalb aller Realitäten lag und liegt.

Schließlich unterbreitet *Hilmar Walter* eine soziolinguistische Studie über die Zusammenhänge von »gesellschaftlichem Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien« in Vergangenheit und Gegenwart, die die sprachlichen Aspekte von Nationsformierung einerseits und gesellschaftlichen Brüchen und Umbrüchen andererseits in den Regionen Bulgariens wie Mazedoniens ins Blickfeld rückt.

Im abschließenden Informations- und Kritikteil des Bandes referieren *Sonja Striegnitz* über ein neues Standardwerk russischer Historiker der Akademie der Wissenschaften in Moskau zur ersten russischen Revolu-

tion<sup>1</sup> sowie *Claus Remer* über die Sicht des Thüringer Demokraten Hermann Anders Krüger auf die Sowjetunion, der 1925 an einer Delegationsreise teilnahm, die sich besonders für Bildungs- und Kulturfragen interessierte.

Besonderes Interesse ruft die soziopolitische Analyse von *Olaf Kirchner* hervor, die sich im Rahmen eines größeren, von der Volkswagenstiftung geförderten Projektes mit den direkten und mittelbaren »Mitarbeitern der Komintern in den Sektion Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland« beschäftigt, dabei ein umfangreiches Datenmaterial statistisch aufarbeitet und damit zugleich neue Einsichten in das politische Netzwerk und die Personalpolitik der Komintern erlaubt.

Abschließend teilen wir unseren Lesern mit, daß wir leider auf die weitere Mitwirkung von *Dr. Holger Politt* – angesichts seiner umfangreichen Aufgaben als Leiter des Büros der zentralen Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau – im Herausbergergremium unserer »Leipziger Osteuropa-Jahrbücher« verzichten müssen, uns jedoch weiteres gutes Zusammenwirken – gerade zu Problemen Ostmitteleuropas – wünschen. Gleichzeitig teilen wir mit, daß wir *Dr. Volker Hölzer* für die Mitarbeit im Herausgeberkollegium gewonnen haben, der schon bisher wissenschaftliche Beiträge und redaktionelle Arbeit geleistet hat. Wir wünschen ihm und uns eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Die Herausgeber

---

1 Pervaja revoljucija v Rossii: Vzgljad čerez stoletie. Otvestvennye redaktory: A. P. Korelin, S. V. Tjutjukin. Moskau 2005.

## **Aufsätze und Studien**



SONJA STRIEGNITZ

## **War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland: Aspekte, neue Sichten**

Die erste russische Revolution 1905/07 und ihr 100. Jahrestag sind Ereignisse, die heutzutage im allgemeinen geringe Beachtung finden und wie soziale Bewegungen und Revolutionen überhaupt nicht zu den bevorzugten Forschungsfeldern von Historikern gehören. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit ihren staatssozialistischen Strukturen und ihrer Parteiideologie unterlag und unterliegt die Geschichtsschreibung über die Revolution 1905/07 gleichfalls jenen Prozessen, die für die post-sowjetische Historiographie im ganzen zutreffen und in knappster Form mit Paradigmenwechsel umrissen werden können. Auch hier wurde das Klassen- und Formationsprinzip durch den zivilisatorischen Ansatz ausgetauscht bzw. wurde versucht, zwischen beiden Konzepten eine Synthese herzustellen. Meinungsvielfalt war und ist angesagt. Auf diesem Hintergrund ging das bislang betonte und parteioffiziell gelenkte wissenschaftliche Interesse für die Geschichte der russischen Revolutionen deutlich zurück und machte anderen Prioritäten Platz. Die Stimmungen und Haltungen von Revolutionshistorikern reflektierten diese Vorgänge: Die einen zogen es vor, fernerhin zu schweigen, andere sagten sich eilfertig von einstigen Positionen los und schrieben die Geschichte mit umgekehrtem Vorzeichen neu; nur eine Minderheit verzichtete darauf, sich wegen möglicher Augenblicksvorteile rasch aufkommenden und vergehenden politischen Leidenschaften aufzuschließen und setzte und setzt ihre Forschungen und Publikationen aus materialistischer Geschichtssicht fort, ohne sich indes neuen, bislang vernachlässigten oder gar tabuisierten Fragestellungen und dem Hinterfragen eigener Auffassungen und Sichten zu verschließen.<sup>1</sup>

---

1 Siehe S. V. Tjutjukin: Pervaja rossijskaja revoljucija v otečestvennoj istoriografii 90-ch godov. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)4. S. 72f.

Folglich ergab sich schon 1995, anlässlich des 90. Jahrestages der ersten Revolution, ein recht widerspruchsvoller und im ganzen bescheidener historiographischer Ertrag. Die traditionellen geschichtswissenschaftlichen Zeitschriften schenken dem Ereignis kaum Aufmerksamkeit, aktuelle Forschungsergebnisse hatten es schwer, in die wissenschaftliche Debatte eingeführt zu werden. Monographische Arbeiten zu Einzelaspekten der Revolution oder sie tangierenden Fragen kamen auf den Büchermarkt, die – noch in Perestroika-Zeiten begonnen und gespeist von dem nunmehr ungehinderteren Zugang zu den Archiven – zwar nicht frei waren von überkommenen »sowjetischen Stereotypen«, jedoch schon von einer unverklärteren Sicht und beträchtlich erweiterter Problemstellung kündeten.<sup>2</sup> Die vom Wissenschaftsrat der Russischen Akademie der Wissenschaften für das Problem »Geschichte der Revolutionen in Rußland« durchgeführte Konferenz mit internationaler Beteiligung »Das Jahr 1905 – Beginn revolutionärer Erschütterungen im Rußland des 20. Jahrhunderts« war 1995 das bedeutendste wissenschaftliche Vorhaben.<sup>3</sup>

Anlässlich des 100. Jahrestages der ersten Revolution nehmen sich die wissenschaftlichen Verlautbarungen noch bescheidener aus, ein vergleichbares Forum des Meinungs-austausches wie die Konferenz 1995 gab es nicht. Alles in allem ein untrügliches Zeichen für das weitere Nachlassen des Interesses für die Revolutionsgeschichte. Die ge-

- 
- 2 Siehe u. a. *Političeskie partii Rossii v period pervoj revoljucii 1905–1907 gg. Količestvennyj analiz. Sbornik statej.* Moskau 1987. – L. T. Senčakova: *Krest'janskoe dvir'enie v revoljucii 1905–1907 gg.* Moskau 1989. – *Manifesty političeskich sil. Pervyj šturm.* Moskau 1990. – *Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv.* Moskau 1995.
  - 3 Die Konferenzmaterialien »1905 god – načalo revoljucionnyh potrjasenij v Rossii XX veka« erschienen 1996 in Moskau. Sie verdeutlichen die kritisch-analytische Aufarbeitung der Sowjethistoriographie, setzen neue Akzente, zeigen das Bemühen um ein objektives Bild von der Revolution im Hinblick auf die gesamt-nationale Krise an ihrem Vorabend, mögliche Entwicklungsalternativen für das Land, das Wechselverhältnis von Reformen und Revolution, die innere Struktur und die geistige Verfaßtheit des Selbstherrschaftssystems, seine Reformunfähigkeit, Verhalten und Beteiligung von Angehörigen aller Klassen und sozialen Schichten der Gesellschaft und politischen Parteien zu und an den Ereignissen, Herausbildung und Funktionsmechanismus des Parteienspektrums, die Anfänge des russischen Parlamentarismus – die beiden »Revolutionsdumas«, Standort, Rolle und politische Evolution der Semstvos, soziologische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte des Proletariats, Wirkungen der Revolutionsereignisse auf die Außenpolitik Rußlands.

schichtwissenschaftlichen Zeitschriften üben in den bislang vorliegenden Nummern von 2005 vollkommene Abstinenz gegenüber diesem Thema. Doch immerhin ist das voluminöse Gemeinschaftswerk von Akademiehistorikern »Die erste Revolution in Rußland: Die Sicht nach einem Jahrhundert« erschienen, für das der ausgewiesene Kenner der Materie S. W. Tjutjukin die Einleitung schrieb.<sup>4</sup> Tjutjukin, der von sich sagt, er gehöre zu jenen Forschern, für die auch heutzutage nicht in Frage steht, ob es in Rußland eine Befreiungsbewegung gegeben habe und ob deren Ziele gerecht waren, und der sich vehement für die Fortsetzung der Revolutionsgeschichtsschreibung einsetzt,<sup>5</sup> unterstreicht hierin ausdrücklich die geschichtliche Bedeutung der ersten russischen Revolution. Es unterliege keinem Zweifel, schreibt er, daß die Ereignisse der Jahre 1905 bis 1907 im historischen Gedächtnis des russischen Volkes bleiben müssen, und zwar nicht als »vorletzter Schritt zum Untergang der gesamten rußländischen Zivilisation im Ergebnis der Machtübernahme durch die Kommunisten«, sondern als »eine wichtige Etappe auf dem Weg der Demokratisierung Rußlands«.<sup>6</sup> Der renommierte Historiker ist sich indes auch darüber im Klaren, daß es angesichts starker gegenläufiger Tendenzen, namentlich unter jüngeren Historikern, die die Befreiungsbewegung und Revolutionen aus der Geschichte ausklammern möchten und ihre Akteure als »Utopisten« und »Abtrünnige« diffamieren, welche den Weg zu Kommunismus und Totalitarismus freigemacht hätten, für lange Zeit wahrscheinlich nur darum gehen kann, beides als untrennbaren Bestandteil von Rußlands Geschichte zu verteidigen.<sup>7</sup>

Das geschichtswissenschaftliche Interesse für die erste russische Revolution im wiedervereinigten Deutschland ist, so denn überhaupt von einem solchen Interesse gesprochen werden kann, von der Sicht der »Sieger über den Realsozialismus« geprägt. Ergebnisse, Erfahrungen,

---

4 Siehe *Pervaja revolucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. Moskau 2005. 602 S. – In Berlins Bibliotheken ist der Band vorhanden, jedoch in »Bearbeitung«. Eine Langfassung der Einleitung erschien unter dem gleichen Titel wie das Buch, gefördert durch die Gesellschaftswissenschaftliche Stiftung Rußlands (Rossijskij gumanitarnyj naučnyj fond) in *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 126–141.

5 Siehe *Osvoboditel'noe dvi-enie v Rossii: sovremennyj vzgljad ili priver ennost' tradicijam? »Kruglyj stol'«*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1999)1. S. 16 und 18.

6 S. V. Tjutjukin: *Pervaja revolucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: Ebenda. Moskau (2004)6. S. 126.

7 Siehe *Osvoboditel'noe dvi-enie v Rossii: sovremennyj vzgljad ili priver ennost' tradicijam? »Kruglyj stol'«*. In: Ebenda. Moskau (1999)1. S. 16.



Veränderungen, die Revolutionsereignisse selbst waren in beiden deutschen Staaten Gegenstand von Forschung und Publikation, freilich unter deutlich verschiedenen konzeptionellen Prämissen. In der Alt-BRD wurden häufig gezielt jene Themen aufgegriffen, die von der sowjetischen Geschichtsschreibung umgangen, an den Rand gedrängt oder tabuisiert waren. Das einte die bundesdeutschen Historiker mit ihren Kollegen in anderen westlichen Ländern. Die Behandlung des Revolutionsgeschehens wurde und wird dezidiert auf das Jahr 1905 begrenzt, während die Ereignisse der Jahre 1906/1907 vordergründig unter dem Gesichtspunkt des »konstitutionellen Rußlands« behandelt und interpretiert werden. In der DDR-Geschichtsschreibung hatte die Revolution 1905/07 einen festen Platz, wenngleich er ähnlich wie in der Sowjetunion in seiner Wichtigkeit stets von der Akzentuierung auf die Oktoberrevolution bestimmt und »überlagert« wurde. In konzeptioneller Behandlung und Betrachtung haben sich – das sei hier mindestens erwähnt – die UdSSR-Historiker der DDR an den unerschütterlich scheinenden »marxistisch-leninistischen« Postulaten orientiert. Die Geschichte der Revolution 1905/07 war unwandelbar Bestandteil der Geschichtslehre in den Universitäten und des Geschichtsunterrichts in den Schulen. Anlässlich runder Jahrestage rückte sie mitunter zu einem zentralen Thema der Osteuropageschichtsschreibung und Geschichtspropaganda auf und sorgte – bewußt organisiert und angestrebt – für beachtliche gesellschaftliche Resonanz. Im Zentrum der Forschungen über die Revolution standen (auch aus Gründen erschwerten Zugangs zu sowjetischen Archiven) namentlich ihre Wirkungen und ihr Widerhall in Deutschland und in der deutschen Arbeiterbewegung.<sup>8</sup> Mit der Eliminierung der DDR-Historiker aus dem institutionalisierten

---

8 Hier sei erinnert an die von Leo Stern in der Reihe »Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« herausgegebenen Dokumentenbände »Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland« (Bd. 2/I und 2/II. Berlin 1954–1956) und »Die russische Revolution von 1905–1907 im Spiegel der deutschen Presse« (Bd. 2/III bis 2/VII. Berlin 1961). Im Bereich Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems der Humboldt-Universität zu Berlin haben Studenten im Rahmen ihrer Spezialisierung Jahres- und Diplomarbeiten zur wirkungsgeschichtlichen Thematik geschrieben und verteidigt. Hier entstanden schließlich auch wissenschaftliche Graduiierungsarbeiten zu Themen der inneren Entwicklung Rußlands im Vorfeld und in der Revolution, wie beispielsweise die Dissertation B der Verfasserin des vorliegenden Beitrags »Die Narodniki-Parteien von der Jahrhundertwende bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905/07 in Rußland. Zur Geschichte der revolutionären und liberalen Richtung im kleinbürgerlichen Demokratismus« (1986).

Wissenschaftsgeschehen im Zuge der »Wende« sind diesbezügliche Forschungen wie so manche andere abgebrochen worden. In der heutigen BRD-Geschichtsschreibung und in der Universitätslehre über Rußlands Geschichte nehmen – soweit überschaubar – das Revolutionsthema allgemein und die erste russische Revolution im besonderen einen völlig untergeordneten Platz ein. Damit liegt die BRD-Historiographie und Hochschullehre ganz im internationalen Trend.<sup>9</sup>

\* \* \*

Die Revolution ist aus einer lange heranreifenden Krise erwachsen, einer »Krise des Imperiums«.<sup>10</sup> Die stimulierenden Wirkungen der stürmischen industriellen Entwicklung der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts schmolzen seit der Jahrhundertwende zusehends hinweg. Sie hatten ohnehin nicht die schreienden Widersprüche in der sozialökonomischen Situation des Landes lösen können, vielmehr vertieften sie diese. Trotz wachsender Zahl von Arbeitern in neuen Industriebetrieben und -gebieten (wo teilweise damals modernste Technik das Bild bestimmte), trotz Zunahme der in den sog. freien Berufen Beschäftigten, also bemerkenswerte Wandlungen, blieb die kolossale ländliche Überbevölkerung ein gravierendes Problem mit Auswirkungen auf den gesamten gesellschaftlichen Organismus. Die strukturellen Defizite in der Landwirtschaft, die in den Inkonsequenzen der Reformen des Jahres 1861 wurzelten und in den folgenden Jahrzehnten nicht angepackt wurden, belasteten die Wirtschaft des Landes stark. Periodisch wiederkehrende Hungersnöte infolge von Mißernten rüttelten an den Lebensgrundlagen der Bauern. Vorstellungen über mögliche Veränderungen und die gezielte Unterstüt-

---

9 In der westlichen Historiographie über die Revolution 1905/07, die – wie bereits angedeutet – in der Vergangenheit manche Defizite der »marxistisch-leninistischen« Geschichtsschreibung ausgeglichen hatte, ist im letzten Jahrzehnt eine vollkommene Abstinenz zu diesem Thema zu beobachten. Die letzte bemerkenswerte Publikation stammt von dem USA-Historiker Abraham Ascher: *The Revolution of 1905*. 1. Russia in Disarray; 2. Authority Restored. Stanford/California 1994 (wahrscheinlich die zweite Auflage).

10 Dieser Begriff ist in den Debatten über die Russische Revolution 1917 entstanden, wird nunmehr auch auf den Zustand des Selbstherrschaftssystems am Beginn des 20. Jahrhunderts angewendet, ohne daß die qualitativen Unterschiede übersehen werden.

zung der bäuerlichen Wirtschaft (sofern sie aus der Dorfgemeinschaft, der Obschtschina, ausschied), wie sie der damalige Finanzminister Sergei J. Witte in einer von ihm initiierten Kommission mit dem anspruchsvollen Namen »Sonderberatung über die Nöte der landwirtschaftlichen Produktion« (Januar 1902) entwickelt hatte, fanden nicht die Gnade und Zustimmung des Zaren. Dringend für solche Zwecke benötigte Gelder steckte er vielmehr in die Vorbereitungen auf das »fernöstliche Abenteuer«. Der Russisch-Japanische Krieg verschlang dann immense Summen und Menschenleben. Er war weder ein kleiner noch ein siegreicher Krieg, mit dem die Herrschenden die Revolution zu verhindern gehofft hatten. Rußlands Niederlagen erzeugten vielmehr mächtigen zusätzlichen revolutionären Zündstoff. Der Krieg hatte auch wesentlich dazu beigetragen, daß das Land nach der Wirtschaftskrise 1900–1903 aus einer langdauernden Depression nicht herauskam.

Die Wirtschaftskrise und ihre Nachwirkungen steigerten die sozialen Nöte der werktätigen Massen unermeßlich. 1901 hatte eine neuerliche Hungersnot im Europäischen Rußland 147 Landkreise mit über 27 Millionen Menschen erfaßt. In der Industrie verloren rund 200.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, viele Arbeitslose gingen auf das Land. Hier erreichte indes die ländliche Überbevölkerung, die faktisch keinerlei Broterwerb hatte, fast 23 Millionen. Streikbereitschaft und -aktivität wuchsen enorm, zwischen 1901 und 1904 streikten jährlich 125.000 bis 170.000 Arbeiter; Hungerlöhne, Arbeitslosigkeit und politische Rechtlosigkeit wurden nicht mehr als gegeben hingenommen. Die Streiks in Rostow am Don 1902 und in Südrußland 1903 legten ganze Landstriche lahm, waren Generalstreiks. Dabei wurde schon 1903 etwa die Hälfte der Streiks mit politischen Forderungen verknüpft. Arbeiterdemonstrationen, eine neue, sich rasch verbreitende Kampfform (zwischen 1901 und 1904 wurden 140 gezählt), verlieh ihnen größeren Nachdruck. Bei solchen Demonstrationen tauchte erstmals die Forderung »Nieder mit der Selbstherrschaft!« auf.

Im Jahrfünft vor der Revolution kam es zu einer bemerkenswerten Belebung der Bauernbewegung. Verglichen mit dem vorangegangenen Jahrfünft wurden über achtmal mehr Bauernunruhen verzeichnet (82 zu 670). Im Frühjahr 1902 standen die Gouvernements Poltawa und Charkow buchstäblich im Feuer bäuerlicher Aktionen. Bauern von 165 Dörfern zerstörten 56 Güter, verteilten deren Inventar, nahmen das Gutsland unter ihren Pflug. Mehr als zehntausend von den Gouverneuren angeforderte Soldaten »sorgten« für die Wiederherstellung der Ausgangslage. In

weiteren ukrainischen, in südrussischen und Wolgagouvernements, am Kuban und im Kaukasus kam es zu analogen Vorgängen. So wurde das Jahr 1902 zu einem Wendepunkt in der Bauernbewegung vor der Revolution. »Schwarze Umteilung«, »Land und Freiheit« wurden zu geflügelten Worten, tief verwurzelt im bäuerlichen Denken und Handeln, an denen im gleichen Jahr die russischen Sozialrevolutionäre Grundgedanken ihres Agrarprogramms festmachten. Unter den Herrschenden begann der Glaube an die unerschütterliche Zarentreue der Bauern zu schwinden und der Furcht vor der »Pugatschowschtschina« Platz zu machen.

Unübersehbar war das Aufbegehren der studentischen Jugend. Die »probate« Methode der Behörden, Studenten, die sich u. a. gegen den Ausschluß progressiver Hochschullehrer aus ihrem Lehramt wandten, ins Militär zu stecken, nun beinahe eine alltägliche Erscheinung, sorgte immer wieder für Unruhen, Studienstreiks und stimulierte die illegale politische Betätigung in sozialdemokratischen oder sozialrevolutionären Zirkeln und Gruppen. Hier entstand aber auch der Nährboden dafür, daß vor allem sozialrevolutionär orientierte Studenten zu den Befürwortern und Vollstreckern von Attentaten auf zaristische Beamte, darunter höchste Würdenträger, gehörten.<sup>11</sup>

Zur Krise des Systems der Selbstherrschaft kam ein gewichtiger politischer Faktor hinzu, in seinen Erscheinungsformen und Wirkungen völlig neuartig für Rußland: Das Land war Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts derart in Bewegung geraten, daß sich politische Kräfte zu Parteien oder deren Vorläufern formierten, die dem Zarismus in unterschiedlicher Schärfe den Kampf ansagten bzw. sich zu ihm in Opposition stellten, die um Einfluß auf die sozialen Klassen und Schichten bemüht waren. Ihre organisatorische Findung und programmatische Bestimmung trugen ganz den Stempel politischer Unfreiheit. Sie erfolgten im Untergrund oder in der Emigration im europäischen Ausland. Die wichtigsten: 1898 die Sozialdemokratie Rußlands, die sich 1903 ihr Programm gab, an der Jahreswende 1901/1902 die Partei der Sozialrevolutionäre, die ihre programmatischen Grundsätze erst in den Revolutionsjahren endgültig ausformulierte, 1903 der Bund der Semstwokonstitutionalisten und Anfang 1904 der Sojus Oswoboshdenija (Befreiungsbund), beides

---

11 1901 wurde Bildungsminister N. P. Bogolepow ermordet, 1902 Innenminister D. S. Sipjagin, 1904 Innenminister W. K. Plehwe, der gleichzeitig Gendarmeriechef war.

Gründungen der liberalen Bourgeoisie, Vorläufer der nachmaligen Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten, 1905). Die sich herausbildende Parteiung reflektierte auf ihre Weise und noch unvollständig, welche Klassen und Schichten an der revolutionären Entladung in welcher Weise beteiligt und vertreten waren, welche Veränderungen sie mit welchen Mitteln anstrebten und wie sich deren Stellung zueinander gestalten würde.<sup>12</sup>

\* \* \*

In der Revolution, ausgelöst durch die blutigen Petersburger Ereignisse am 9. Januar,<sup>13</sup> waren mehrere in ihrer Gewichtung unterschiedliche, sich einander ergänzende, zugleich aber weitgehend autonom und oft asynchron agierende Ströme miteinander verzahnt. Das prägte ihre aufsteigende Entwicklung im Jahr 1905, ihren Höhepunkt, der nach neuerer Sicht in die Monate Oktober bis Dezember fiel, und den wellenartigen Rückgang bis Mitte 1907.<sup>14</sup>

Das Proletariat bestimmte mit seinen druckstarken Aktionen das stürmische Jahr 1905. Schon am Beginn der Revolution erwies sich der proletarische Streik als wirksames Mittel zur Aufrüttelung der Massen.

---

12 Siehe *Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv.* Moskau 1995.

13 Der Petersburger Blutsonntag ist ohne den Popen Georgi Gapon nicht erklärbar, der kurzzeitig der angesehenste Führer der hauptstädtischen Arbeiter war. Über ihn liegen erstmals fundierte biographische Arbeiten vor, die sowohl die charismatischen als auch die abenteuerlichen Seiten seines Charakters nachzeichnen. Konsens besteht heute allseits darüber, daß Gapon mit der Organisierung des Bittgangs zum Zaren zu keiner Zeit provokatorische Absichten oder Aufträge erledigte, jedoch geschickt die unterschiedlichen Abstufungen politischer Haltungen unter den Proletariern, einschließlich monarchistischer Illusionen nutzte. Neue Fakten wurden über das Verhältnis des Popen zu Lenin, Plechanow und zu sozialrevolutionären Führern unterbreitet, doch viele Seiten seines kurzen Lebens, namentlich die Hintergründe seiner Ermordung durch einstige Mitstreiter, bleiben weiter im Dunkeln (siehe u. a. I. N. Ksenofontov: *Vymysl i pravda o svašennike Georgii Gapone.* Moskau 1996).

14 Über die zweite Periode der Revolution, neuerdings auch »Dumaperiode« genannt, siehe V. A. Demin: *Gosudarstvennaja дума Rossii. 1906–1917: mehanizmy funkcionirovanija.* Moskau 1997. – I. K. Kir'janov/M. N. Luk'janov: *Parlament samoder avnoj Rossii. Gosudarstvennaja дума i ee deputaty. 1906–1907.* Perm 1995. – V. M. Ševyrin: *Gosudarstvennaja дума v Rossii (1906–1917).* Obzor. Moskau 1995.

Maßgeblich haben proletarische Aktionen während des gesamtrussischen politischen Generalstreiks im Oktober 1905 den ersten Sieg der Revolution (das Oktobermanifest Nikolaus II.) mit erzwungen. Ungeachtet der Niederlage in den Dezemberkämpfen in Moskau und anderen Städten widersetzten sich die Arbeiter danach am längsten und hartnäckigsten der Reaktion. Die damals umfassendste (aber nicht in allem zuverlässige) Statistik der Fabrik- und Werkinspektion verzeichnet für die Zeit von Anfang 1905 bis Mitte 1907 4,7 Millionen Streikende, viermal mehr als im vorangegangenen Jahrzehnt.<sup>15</sup> Die Verbesserung der materiellen Lage war die wichtigste Forderung, doch erhöhte sich der Anteil politischer Streiks außerordentlich dynamisch (1905 rund 50%, 1906 – 70%). Die Streikergebnisse – in früheren Darstellungen ein meist vernachlässigter Fakt – waren beachtlich: 1905 und 1906 konnten über 70% der Streikenden ihre Aktionen mit einem Teil- bzw. vollständigen Sieg beenden, 1907 waren es immerhin noch rund 40%.<sup>16</sup> Frühzeitig wurde im Revolutionsgeschehen der Streik zu einer universellen Kampfform, die von Studenten, Angestellten, Bauern u. a. aufgegriffen und angewendet wurde. Im gesamtrussischen politischen Generalstreik im Oktober 1905 mit seinen etwa zwei Millionen Teilnehmern aus allen Schichten der Bevölkerung fand dies seine überzeugendste Bestätigung. Die führende und inspirierende Rolle des Proletariats in den revolutionären Kämpfen stieß selbst bei den Teilnehmern des Gründungskongresses der Konstitutionellen Demokraten (Anfang Oktober) auf Anerkennung und Akzeptanz. Sicher nicht ganz uneigennützig entboten sie den streikenden Arbeitern ihren Gruß. Die Delegierten des Gesamtrussischen Bauernbundes legten auf dem zweiten Kongreß (November 1905) in ihrem Agrarbeschluß fest, bei Nichterfüllung der »Forderungen des Volkes« (Land und Freiheit) durch die Regierung den landwirtschaftlichen Generalstreik auszurufen und zum Zwecke seiner Organisation »mit den städtischen Arbeitern in Verbindung zu treten«.<sup>17</sup>

In der »marxistisch-leninistischen« Geschichtsschreibung war die Hegemonie des Proletariats ein vielstrapaziertes, feststehendes Konstrukt.

---

15 Im gleichen Zeitraum streikten in ganz Westeuropa nicht annähernd so viel Arbeiter (siehe S. V. Tjutjukin: *Pervaja revoljucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 134).

16 Siehe ebenda.

17 *Sbornik programm političeskich partij v Rossii*. Vypusk 1. St. Petersburg 1905. S. 41.

Sie wurde auch an den Streikzahlen, an der Vielfalt der Kampfformen und der Konsequenz ihrer Anwendung bis einschließlich dem bewaffneten Aufstand, an der Beharrlichkeit und Ausdauer in der Kampfbereitschaft u. a. festgemacht. Namentlich aber beinhaltete sie den willkürlich hoch bemessenen Grad der Bewußtheit des Proletariats und das (auf Leninschen Wertungen fußende) Dogma von der Führungsrolle der bolschewistischen Partei. Vieles vom konkret historischen Ablauf, vom tatsächlichen Antlitz der Arbeiterklasse wurde indes bewußt eliminiert oder kleingehalten. Von der Führungsrolle in diesem konstruierten, historische Tatsachen ausklammernden Sinne haben sich auch die russischen marxistischen Revolutionshistoriker verabschiedet, nichtsdestotrotz ist die Frage weiter Gegenstand von Meinungsstreit. In Analysen über die post-sowjetische Historiographie wird beklagt, daß es dazu keine neueren Arbeiten gibt und wohl auch kaum zu erwarten sind. Unstrittig ist, daß Zahl und Aktivität sozialdemokratischer, bolschewistischer Parteikomitees namentlich im ersten Revolutionsjahr enorm zunahmen und sie ihren Einfluß unter den Arbeitern beachtlich ausweiteten. Auch das Auftreten sozialdemokratischer Abgeordneter in den Staatsdumas 1906 ist zu nennen, das nicht nur im Zusammenhang mit ihrem Ausschluß aus der II. Duma wegen angeblicher militärischer Verschwörung für Aufsehen sorgte. In einer Situation jedoch, wo die Losung »Nieder mit der Selbstherrschaft!« sozusagen revolutionäres Allgemeingut geworden war, konnten relativ leicht sozialdemokratische Programmforderungen und Losungen in politische Streikdokumente einfließen, ohne daß dahinter zwingend sozialdemokratische Aktivitäten standen. Die Zahl sozialdemokratischer Parteiarbeiter, vor allem auch solcher mit strikt bolschewistischer Ausrichtung, stand in keinem Verhältnis zu den selbst gestellten Aufgaben und zur Masse der Arbeiter. Einer »Hegemonie« der SDAPR/Bolschewiki standen zudem Faktoren entgegen, auf die heute nachdrücklich aufmerksam gemacht wird: Die Arbeiterbewegung war nicht homogen, sie wies unterschiedliche ideologisch-politische Strömungen und Positionen auf (zaristische Illusionen inbegriffen) und war trotz enorm beschleunigten »Reifeprozesses« unterschiedlich bereit und vorbereitet, sich politischer Einflußnahme zu öffnen; spontanes Handeln war durchaus verbreitet, nicht nur in den Sofortreaktionen auf den Blutsonntag in Petersburg. Solche Unterschiede wirkten auch angesichts des sich rasant herausbildenden Parteienspektrums, sie wurden von dem Ringen der verschiedenen – auch bürgerlichen – Parteien um Unterstützung, Einfluß und Verwurzelung in der Gesellschaft genährt. Eine Partei wie

die Sozialrevolutionäre »entpuppte« sich als »Freund-Feind« und Konkurrent der Sozialdemokratie, selbst in Petersburger Großbetrieben.

Soziologische und mentalitätsgeschichtliche Arbeiten über das Proletariat sind noch immer eine seltene Ausnahme.<sup>18</sup> Der historischen Forschung stehen außerdem kaum Materialien zur Verfügung, die (über Streikforderungen hinaus) zuverlässige Rückschlüsse auf Ansichten von Arbeitern über die Zukunft ihres Landes erlauben, welche eventuell konkrete Bezüge zu programmatischen Forderungen der proletarischen Partei ermöglichen. Die Masse der Arbeiter – so die gesicherte Aussage der Revolutionshistoriker – wollte nicht mehr so weiterleben wie bisher, ohne daß sie irgendwelche Vorstellungen über den Sozialismus hatte.

Der an Zahl bedeutendste Akteur der Revolution waren die Bauern, die die Bevölkerungsstruktur des Landes bestimmten. Ihre Protest- und Kampfaktionen gegen Gutsbesitzer und zaristische Administration waren sehr vielfältig. Sie umfaßten bewaffnete Auseinandersetzungen mit Straftroopenteilen, den Aufbau von sogenannten Bauernrepubliken (die Republik Markowo im Gouvernement Moskau beispielsweise), die Bildung von Bauernkomitees, Bauernbruderschaften und -hundertschaften (hierbei waren häufig Sozialrevolutionäre initiativ), den Steuer-, Gerichts- und Rekrutenstreik, den Boykott der Behörden, die traditionelle (und gesetzlich zugelassene) Form der Bittschrift an Gutsbesitzer, Zar und – als Novum – Aufträge an die Bauernabgeordneten der Staatsdumas, deren Inhalt mit Herkömmlichem überhaupt nicht zu vergleichen, sondern höchst aufrührerisch war. Die Forschung hat bisher nahezu 26.000 bäuerliche Protest- und Kampfaktionen, verteilt über das ganze Russische Reich, nachgewiesen.<sup>19</sup> Der lange angestaute Haß auf die Gutsbesitzer, die auf Kosten der Bauern lebten, entäußerte sich in einem gewaltigen Ausbruch bäuerlichen Extremismus: Fast 4.000 Gütern (darunter solchen von hohen zaristischen Beamten wie P. A. Stolypin im Gouvernement Saratow) wurde der »rote Hahn« aufgesetzt, um die verhaßten »Adelsnester« auszuräuchern. Betroffene Gutsbesitzer bezifferten 1905

---

18 Siehe Ju. I. Kir'janov: Mentalitet rossijskogo rabočego v načale XX veka. In: 1905 god – načalo revoljucionnych potrjasenij v Rossii XX veka. Moskau 1996.

19 Siehe L. T. Senčakova: Krest'janskoe dvi'enie v revoljucii 1905–1907 gg. Moskau 1989. S. 253 und 254. – Sentschakowa konnte das Bild über die Stimmungslage in der Bauernschaft und die Vielfalt ihrer Protestformen durch die Auswertung von über 660 Prigowory und Nakazy (Beschlüsse und Aufträge) von Bauern aus Zentralrußland entscheidend präzisieren (siehe L. T. Senčakova: Krest'janskije nakazy i prigovory 1905–1907 godov. In: Sud'by rossijskogo krest'janstva. Moskau 1996. S. 58).



den so erlittenen Schaden auf rund 50 Millionen Rubel.<sup>20</sup> Die verschiedenen Methoden der Auseinandersetzung mit ihren wirtschaftlichen Peinern und politischen Gegnern offenbarten nicht nur den hohen Grad an Spontaneität im Handeln der Bauern, sondern auch die innere Widersprüchlichkeit bäuerlicher Mentalität. Der Bauer trat als Besitzer und Arbeitsmann auf, als treuer Untertan und Aufrührer, als tiefgläubiger Mensch und Atheist, als Anhänger von Reformen und als radikaler Revolutionär. Die Herrschenden mußten schließlich zur Kenntnis nehmen, daß ihr Glaube an den Konservatismus der Bauern gründlich erschüttert und kaum etwas davon übrig geblieben war. Und sie mußten sich überzeugen, daß auch ihre Versuche, die Bauern vom Kampf für Land und Freiheit abzuhalten, fehlschlügen.<sup>21</sup>

Im Zusammenhang mit der in der aktuellen russischen Geschichtsschreibung zu beobachtenden verbreiteten Idealisierung und Hypertrophierung der stolypinschen Agrarreform<sup>22</sup> und mit dem politisch motivierten regelrechten Kult um den privaten Landbesitz wurden auch Inhalt und Charakter des Bauernkampfes in der ersten Revolution »umgewertet«. Die extrem »neue Sicht« besagt, daß die bäuerlichen Aktionen bestenfalls oppositionellen Charakter gehabt hätten. Revolutionäre wären die Bauern gewesen, sofern sie sich auf die Durchsetzung des Privateigentums an Grund und Boden orientiert hätten, nicht aber auf die Beibehaltung der überkommenen Dorfgemeinde und die Übergabe des gesamten Bodens in deren Verfügungsgewalt zu den in ihr seit alters her geltenden Nutzungsprinzipien.<sup>23</sup> Als Ansatz für Fragen nach alternativen Entwicklungen des Landes lassen Forscher wie Tjutjukin eine solche Sicht gel-

---

20 Siehe L. T. Senčakova: *Krest'janskoe dvi'enie v revolucii 1905–1907 gg.* Moskau 1989. S. 93.

21 Solche Versuche waren mitunter regelrechte Bestechungsaktionen. Im Mai 1905 wurden ausgesuchte »zarentreue« Bauern nach Moskau eingeladen, um mit ihnen Landwirtschaftsfragen zu »beraten«. Das Ergebnis war – überhaupt nicht in der Absicht der Initiatoren liegend – die Gründung des Gesamtrussischen Bauernbundes! Das Lieblingel mit dem bäuerlichen Konservatismus lag auch der Bereithaltung von 45% der Abgeordnetensitze im Wahlgesetz zur I. Duma für die Bauern zugrunde. Das Ergebnis: Die Bauern- oder Trudowiki-Gruppe bestimmte mit ihren Vorstellungen über die Lösung der Agrarfrage, die an den Wurzeln des Systems rüttelten, die Dumadebatten.

22 Siehe u. a. A. P. Borodin: *Stolypin: reformy vo imja Rossii.* Moskau 2004. – Stolypin: *· izn' i smert'.* Saratow 1997. – P. N. Zyrjanov: *Petr Stolypin: političeskij portret.* Moskau 1992.

23 Siehe O. G. Vronskij: *Gosudarstvennaja vlast' Rossii i krest'janskaja obščina v gody »velikich potrjasenij« (1905–1917),* Moskau 2000. S. 81f. und 122.

ten, nicht aber als ein Geschichtskonstrukt, das die Bauernschaft aus den revolutionären Akteuren ausklammert und die realen Geschehnisse auf dem Lande verfälscht. Der revolutionäre Charakter der Bauernbewegung 1905/07 bestehe darin, daß diese »nicht nur das in Rußland seit Jahrhunderten vorhandene und den Schutz der Selbstherrschaft genießende feudale Grundeigentum untergrub, sondern die Selbstherrschaftsordnung überhaupt«, deren soziale Hauptstütze gerade die Gutsbesitzer waren. Die Bauern verweigerten ihnen jetzt den Gehorsam und traten entschieden als ihre Gegner auf. Daher war es kein Zufall, wenn in den Revolutionsjahren wieder und wieder Truppen aufs Land geschickt wurden mit dem eindeutigen Befehl, aufrührerische Bauern zu erschießen! Es bestehe also kein Grund, »die schon traditionelle Betrachtung der Bauernbewegung 1905 und der nachfolgenden Jahre als Agrarrevolution zu revidieren«.<sup>24</sup>

Ethnische und religiöse Belange der nichtrussischen Völker waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch von den sozialen Widersprüchen überlagert – in den bäuerlichen Kämpfen im Kaukasus beispielsweise zeigte sich dies deutlich –, so daß nationale Bewegungen im Revolutionsgeschehen nur eine relativ begrenzte politisch selbständige Rolle spielten. Außer den dominierenden sozialen Konflikten waren mehrere andere Faktoren dafür verantwortlich. Bei aller Krisenhaftigkeit der Selbstherrschaft funktionierte weiterhin die Integration nichtrussischer Eliten in das Herrschaftssystem. Russifizierungsprozesse verliefen im ganzen noch nicht exzessiv. Vor allem waren nationale bürgerliche Schichten mit ihren Ansprüchen wenig ausgeprägt, so daß sie von den Herrschenden und der großrussischen Bourgeoisie nicht als Konkurrent und Gefahr wahrgenommen wurden. Russische Historiker unterstreichen heute namentlich die Tatsache, daß es in den Jahren der ersten Revolution keine gravierenden Sezessionsvorstellungen und -bestrebungen unter nichtrussischen Völkern gab, die zu einer Gefahr für den Bestand des Reiches hätte werden können.<sup>25</sup> Die entstandenen politischen Parteien oppositioneller und revolutionärer Ausrichtung, großrussische wie natio-

24 S. V. Tjutjukin: *Pervaja revoljucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 136.

25 Es wird u. a. besonders hervorgehoben, daß die 30 Millionen in Rußland lebenden Muslime dem Land »treu« ergeben waren. Interessanterweise gehören zu den wenigen Arbeiten zur nationalen Problematik spezielle Untersuchungen über die Muslime in der Revolution: S. M. Ischakov: *Revoljucija 1905–1907 gg. i rossijskie musul'mane*. In: *1905 god – načalo revoljucionnyh potrjasenij v Rossii XX veka*. Moskau 1996.

nale, beschränkten sich in ihren Programmen mehrheitlich auf Forderungen nach einer national-kulturellen, höchstens territorialen Autonomie. Nur die SDAPR forderte die nationale Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung.

In die Betrachtung der nationalen Bewegung 1905/07 wird neuerdings auch ihr großrussischer »Zweig« einbezogen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sein Aufkommen in Wechselwirkung mit dem nationalen Bewußtwerden der nichtrussischen Völker erfolgte und durch dieses stimuliert wurde. Das Ergebnis der ethnischen und kulturellen Selbstfindung in diesem gemeinsamen Prozeß war jedoch höchst widersprüchlich. Es schloß einerseits Stolz auf die geschichtliche Vergangenheit, die russische Kultur, die »systemstiftende Funktion« der russischen Nation bei Herausbildung des Reiches u. a. ein, andererseits aber auch den großrussischen Chauvinismus mit allen seinen Auswüchsen. Monarchistische Organisationen und Parteiengründungen wie der »Bund des russischen Volkes« und die ihm nahestehenden, von ihm initiierten und finanzierten Schwarzhunderter wurden zu »institutionalisierten« Trägern des großrussischen Chauvinismus, zu Ideengebern seines gefährlichsten Ablegers, des Antisemitismus. Sie trugen die Hauptverantwortung dafür, daß Judenpogrome nunmehr auch zum Instrumentarium des Kampfes gegen die Revolution wurden. Die Schwarzhunderter-Bewegung erlebt gegenwärtig gewissermaßen eine Aufwertung, indem ihr widersprüchliches Wesen ebenfalls unter dem Gesichtspunkt des Erwachens russischer nationaler Ideen und Bestrebungen – die Verteidigung traditioneller Werte des russischen Lebens – ausgelotet und namentlich ihre soziale Basis, die sich in nicht geringem Umfang aus Bauern und Arbeitern rekrutierte, konkreter untersucht wird.<sup>26</sup>

Soldaten und Matrosen begehrten ebenfalls gegen die Selbstherrschaft auf, der Russisch-Japanische Krieg hatte latent vorhandene Unzufriedenheit gesteigert und Aktionen ausgelöst. Die Herrschenden beunruhigte dies um so mehr, als doch ihre sicher geglaubte militärische Stütze auf dem Spiel stand. Truppenteile, von den fernöstlichen Fronten für den Einsatz gegen aufständische Bauern und streikende Arbeiter im Landesinnern abgezogen, schlossen sich in etlichen sibirischen Städten den re-

---

26 Siehe V. Ko' inov: »Černosotency« i revoljucija (zagadočnye stranicy istorii). 2-e izdanje, dopolnennoe. Moskau 1998. – I. V. Omel'jančuk: Social'nyj sostav černosotennyh partij v načale XX veka. In Otečestvennaja istorija. Moskau (2004)2.

volutionären Massen an und schützten sie für kürzere oder längere Zeit gegen anrückende zarentreue Strafteilungen. Der elftägige Aufstand auf dem Panzerkreuzer »Fürst Potjomkin von Taurien«, der über Rußlands Grenzen hinaus aufhorchen ließ, Matrosen und Soldatenaufstände in Kronstadt, Sewastopol, Sweaborg wurden zu herausragenden Beispielen militärischen Widerstands und Verweigerung. In allen Fällen spielte nachweislich sozialdemokratische/bolschewistische oder sozialrevolutionäre Agitation eine gewichtige Rolle.<sup>27</sup> Dauerhafte Verbindungen zwischen Aufständischen in Heer und Flotte und den Massenaktionen der Arbeiter und Bauern kamen jedoch kaum zustande. So konnten sich die Herrschenden im wesentlichen ungehindert ihrer militärischen Macht zur Niederwerfung der Revolution bedienen.

Einen bemerkenswerten Platz nahm in den revolutionären Ereignissen Rußlands Intelligenz ein. Die Mehrheit der Intellektuellen war auf die eine oder andere Weise direkt mit den Vorgängen verbunden, beteiligte sich aktiv daran. Die Machtorgane konnten sich nur einer Minderheit von ihnen sicher sein. Die oppositionelle oder revolutionäre Haltung und Aktivität der Intelligenz war kein neues Phänomen. Die Wurzeln dafür lagen in ihrer Geschichte. Ihr bestimmender Platz in der Narodniki-Bewegung im 19. Jahrhundert, die in diesem Umfeld entstandenen Grundüberzeugungen vom Verpflichtetsein gegenüber dem Volk und von der Führungsrolle und -verantwortung in gesellschaftlichen Prozessen (von den Sozialrevolutionären zu einem Konstrukt ihres Programms gemacht) wirkten in das 20. Jahrhundert hinein. Bildungs- und Kulturpolitik des Zarismus mit ihren Restriktionen für progressives und anderes Denken (siehe die Lehramtsenthebungen!) förderten den kritischen Geist und wirkten antizaristisch mobilisierend. In den Revolutionsjahren wurden die über einhundert Parteiengründungen, davon 30 revolutionäre und oppositionelle, die zahlreichen Berufsverbände, politischen Vereine, Redaktionen und Verlage zum Hauptbetätigungsfeld von Intellektuellen. Ähnlich wie das »dritte Element« der Semstvos waren Intellektuelle jetzt in den Selbstverwaltungsorganen und schließlich in und bei den Dumafraktionen gefragt und aktiv. Die zahlenmäßig größte Gruppe von »Spezialisten« dürfte (neben den Konstitutionellen Demokraten, die ja faktisch

---

27 Siehe u. a. Revoljucionnoe dvi'enie v armii i na flote. 1905–1907 gg. Ukazatel' dokumental'nych publikacij (dokumenty i listovki social-demokratičeskich organizacij). Vypusk 1–2. Moskau 1994.

eine Intellektuellenpartei waren) die Bauern- oder Trudowiki-Gruppe der I. und II. Duma gehabt haben. Nach der Auseinanderjagung der Dumas gehörten sie wie die Bauernabgeordneten und die Abgeordneten der revolutionären Parteien zu den Verfolgten und Eingekerkerten.

Mit der Niederwerfung der Revolution endete abrupt die Euphorie über ungehindertes geistiges Arbeiten und freies Denken, die breite Kreise der Intelligenz erfaßt und zu aktivem öffentlichen Mittun geführt hatte. Resignation, Spaltungs- und Auflösungserscheinungen griffen ausnahmslos in allen linken und oppositionellen Parteien, Verbänden u. ä. um sich. Verbindungen zu revolutionären Akteuren wurden aufgegeben. Reumütige Verabschiedung von kurzzeitig vertretenen Überzeugungen und die Suche nach neuen Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme unter Vermeidung revolutionärer Ausbrüche – nicht selten rückwärtsgerwandt und ausgesprochen konservativ<sup>28</sup> – prägten für längere Zeit weitgehend das Bild.

Intellektuelle bestimmten vor und in der Revolution maßgeblich Herausbildung und Wirken der vielgestaltigen, unterschiedlich einflußreichen liberalen Bewegung der russischen Bourgeoisie. Die ideologisch-politische Konsolidierung der russischen Bourgeoisie allgemein und die liberale Bewegung insonderheit in diesem bewegten Zeitabschnitt ist im Zusammenhang mit der intensiven Erforschung des russischen Liberalismus<sup>29</sup> für Rußlands Historiker zu einem zentralen Anliegen geworden. Heute, da die Suche nach Alternativen oder Ansätzen dafür in der russischen Geschichte akzentuiert wird, ist die Gewichtung liberaler Vorstellungen und ihrer Träger eine andere. Das »marxistisch-leninistische« Konzept maß die liberale Bewegung stets ausschließlich an den Interessen des Proletariats. Schwäche, Zaghaftigkeit und Inkonsequenz der Bourgeoisie, ihr Streben nach Übereinkunft mit der alten Macht und die unwandelbare Position eines Teils der Bourgeoisie an der Seite des Zarismus galten als Ausdruck politischer Unreife, des Verrats und waren, da sie die Emanzipation der Arbeiterklasse behinderten, anzuprangern, aufzudecken, zu bekämpfen. Ihre Forderungen und Programme trugen

---

28 Siehe die Neuauflage: Vechi. Intelligencija v Rossii. Sbornik statej. 1909–1910. Moskau 1991.

29 Siehe dazu Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 2(7). Leipzig 2000. S. 273ff.

zwar zur Erschütterung der bestehenden Ordnung bei, jedoch ausschließlich im Kontext und unter dem Druck proletarischer Kampfaktionen. Letztlich hatte es – so die vertraute Sicht – die Bourgeoisie nur darauf angelegt, die revolutionäre Bewegung in die Hand zu bekommen und sich die Macht bzw. einen Anteil daran zu erschleichen. Von dieser einseitigen, verengenden und – gemessen an den tatsächlichen Vorgängen und den objektiven Aufgaben der demokratischen Revolution – vereinfachenden Wertung, die das oppositionelle bürgerlich-demokratische Potential liberaler Bewegung in dieser konkret historischen Situation negierte, haben sich auch jene Historiker verabschiedet, die nach wie vor materialistische Positionen vertreten.<sup>30</sup> Sie wenden sich indes gegen eine unzulässige Überbetonung der liberalen Opposition bei gleichzeitiger Vernachlässigung und z. T. direkter Diskreditierung der Massenkämpfe. Unstrittig ist jetzt, daß die Liberalen, als sie der russischen Öffentlichkeit ihr an westlichen Vorbildern orientiertes Modell für Veränderungen unterbreiteten, das konstitutionelle, parlamentarische Grundlagen, Gesetzmäßigkeit, Menschen- und Bürgerrechte, staatlich garantierte »zivilisierte« Arbeits- und Lebensbedingungen für die Werktätigen meinte,<sup>31</sup> verglichen mit ihrem bisherigen Verhalten etwas unerhört Radikales taten. Sie erregten Aufsehen, prägten und bedienten eine bestimmte Richtung in den Auseinandersetzungen, entfalteten Aktivitäten, die außerhalb des »Erlaubten« lagen, und forderten so die Herrschenden heraus, erschütterten das System, ohne freilich den erhofften Einfluß in den revolutionären Massen erlangen zu können. In diesem Kontext sind neue Untersuchungen und Wertungen u. a. über die Bankettkampagne Ende 1904/Anfang 1905, die Semstwo-Bewegung in der Revolution sowie das Wirken des Sojus Oswoboshdenija bis zur Gründung der Partei der Konstitutionellen Demokraten zu sehen.<sup>32</sup>

---

30 Siehe S. V. Tjutjukin: *Pervaja revoljucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 137.

31 Siehe das Programm der Konstitutionellen Demokraten in *Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv.* Moskau 1995. S. 325ff.

32 Siehe N. G. Koroleva: *Zemstvo na perelome (1905–1907 gg.)*. Moskau 1995. – N. G. Koroleva: *Revoljucija 1905–1907 gg. i zemstvo*. In: *1905 god – načalo revoljucionnyh potrasenij v Rossii XX veka*. Moskau 1996. – A. N. Meduševskij: *Konstitucionnye proekty russkogo liberalizma i ego političeskaja strategija*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (1996)9. – K. F. Šacillo: *Istoričeskie al'ternativy v Rossii na rube e dvuch vekov*. In: *1905 god – načalo revoljucionnyh potrasenij v Rossii XX veka*. Moskau 1996.

\* \* \*

Was war das also für eine Revolution, die so ein breites und differenziertes Spektrum von Akteuren und Wirkungsfaktoren aufwies, in dem sich die Unzufriedenheit in der Gesellschaft mit der bestehenden Ordnung äußerte? Die Revolution 1905/07 stand am Beginn der revolutionären Erschütterungen des 20. Jahrhunderts in Rußland. Ihre Ursachen lagen in der tiefgreifenden Krise des Imperiums. Grundlegende vorwärtsweisende internationale Entwicklungsprozesse hatte das Land nicht mitgemacht. Sozialökonomische und politische Strukturen einer modernen kapitalistischen Gesellschaft konnten sich unter den Zwängen der fortbestehenden selbstherrschaftlichen Ordnung nicht frei und ungehindert entfalten. Rußland hatte kein Parlament, keine Verfassung, es gab keine politischen Freiheiten. Dies zu verändern hatten sich die revolutionären Kräfte unterschiedlich konsequent, radikal und bewußt zum Ziel gestellt. Die Selbstherrschaft trachtete danach, den revolutionären Ausbruch mit den traditionellen Gewaltmethoden niederzuringen, eine politische Linie, die ihre Reformunfähigkeit offenbarte und der sie bis zum Oktober 1905 strikt folgte. Berücksichtigt man dies, so handelte es sich m. E. um eine »nachholende« Revolution. Objektiv hatte sie die Gesellschaft von den überkommenen feudalen Strukturen und Einrichtungen frei zu machen, d. h. die Selbstherrschaft zu beseitigen und durch eine demokratische Republik zu ersetzen oder sie mindestens mit einer Verfassung einzuschränken, die bürgerliche Freiheiten und gleiche Rechte für alle Bürger herstellte und garantierte. Somit konnten die politischen Voraussetzungen für die Überwindung von sozialer und kultureller Rückständigkeit entstehen. Dringendste sozialökonomische und soziale Aufgaben waren die radikale Umverteilung des Grund und Bodens zugunsten der Millionenmasse der Bauern, also eine bürgerliche Agrarentwicklung, und eine umfassende gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das hätte zur Anhebung des Lebensniveaus der Mehrheit der Bürger Rußlands führen, die Disproportionen in Industrie- und Landwirtschaftsentwicklung mildern, die gewaltige Kluft zwischen Landeszentrum und Peripherie (die nationalen Regionen!) verringern, d. h. der kapitalistischen Entwicklung zivilere Züge verleihen können.

Mit anderen Worten: Die Lösung dieser objektiven Aufgaben entsprach denen einer bürgerlichen Modernisierung des Landes. Das Attribut »bürgerlich-demokratisch« für die erste russische Revolution ist unstrittig und wird weiter verwendet bei dezidiertem Betonung der gan-

zen Breite ihres demokratischen Potentials (die liberale Bewegung!). Zugleich wird darauf verwiesen, daß die Revolution – verglichen zu bislang geübten bürgerlich-demokratischen Umwälzungen und Revolutionen – ein Paradoxon aufwies: Ihre treibende Kraft war nicht die Bourgeoisie (und ihre Ideologen), sondern die von »antibürgerlichem Geist« durchdrungenen aktivsten und initiativsten Teile der Arbeiter, Bauern und Intelligenz. Ihre radikalsten Ideologen und Führer (vor allem die Bolschewiki) dachten nicht über einen »geordneteren« Kapitalismus nach, sondern wiesen darüber hinaus, »träumten« vom Sozialismus.<sup>33</sup> Die Gründe werden nicht allein im weltweit höheren Entwicklungsniveau des Kapitalismus (und der so offensichtlicheren Gebrechen dieser Gesellschaft) gesehen, sondern es werden stärker jene Momente betont, die aus dem (im Vergleich zu Westeuropa) verschiedenen »zivilisatorischen Milieu« erwachsen: das lange Fehlen moderner Formen des politischen Lebens, der sichtliche Vorsprung linker, radikaler Kräfte gegenüber den liberalen und konservativ-liberalen in der parteipolitischen Konsolidierung, beim Parteaufbau und in der programmatischen Festlegung sowie in ihren Verbindungen zu den jeweiligen Klassen, und schließlich kollektivistische Traditionen im Arbeiter- und Bauernleben. »Dies alles hat Rußlands ›Straße‹ im weitesten Sinne des Wortes zu einem ungewöhnlich wichtigen selbständigen Teil des rußländischen historischen Prozesses am Beginn des 20. Jahrhunderts gemacht.«<sup>34</sup> Verwiesen wird auch auf das vergleichsweise höhere schöpferische Potential der Revolution, das u. a. die Keime einer »Demokratie des Volkes«, die Sowjets, hervorbrachte, sowie auf das stark ausgeprägte Streben der Massen nach Bildung und Teilnahme am politischen Geschehen.

Die Revolution wurde zum Grunderlebnis ihrer Zeitgenossen.<sup>35</sup> Obwohl sie zugunsten der alten Macht beendet wurde, brachte sie das Land voran auf dem Weg der Modernisierung und Demokratisierung. In allen Bereichen der Gesellschaft bewirkte sie Veränderungen, die nicht durchgehend im Zuge des reaktionären nachrevolutionären innenpolitischen

---

33 Siehe S. V. Tjutjukin: *Pervaja revoljucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 133. – Siehe auch S. V. Tjutjukin/V. V. Šeloch-aev: *Marksisty i russkaja revoljucija*. Moskau 1996.

34 S. V. Tjutjukin: *Pervaja revoljucija v Rossii: vzgljad čerez stoletie*. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (2004)6. S. 133.

35 Das ließe sich auch mit Beispielen aus dem künstlerischen Schaffen, wie Klavierkompositionen von Sergej Rachmaninow belegen.



Kurses aufgehoben werden konnten. Für die weitere gesamtgesellschaftliche Entwicklung war vor allem bedeutsam:

– Die Selbstherrschaft mußte eine gesetzgebende Duma zugestehen (Oktobermanifest 1905). Ungeachtet aller Defizite dieser Institution war damit für das Land ein vorwärtsweisender Schritt in Richtung einer konstitutionellen Monarchie (heute oft m. E. zutreffender: »konstitutionelle Selbstherrschaft«) getan und der Grundstein für den Parlamentarismus in Rußland gelegt. Hierher gehört auch die in diesem Zusammenhang vorgenommene Neufassung der Grundgesetze des Russischen Reiches (April 1906), die manche Historiker heute als Verfassung feiern.

– Die Er kämpfung politischer Freiheit (ebenfalls im Oktobermanifest) führte noch in den Revolutionsjahren zur Entstehung eines zwar außerordentlich bunten, in Teilen recht labilen, im ganzen aber intakten Parteiensystems. Alle Parteien und die von ihnen vertretenen (oder von denen sie glaubten, daß sie sie vertraten) Klassen und Schichten agierten erstmals auf offener politischer Bühne. Doch keine der legalisierten oder neu gegründeten Parteien war Führungskraft, Hegemon in der Bewegung, keine Partei war bis 1917 an der Macht wirklich beteiligt und konnte diesbezügliche Erfahrungen machen.

– Unter dem Druck des revolutionären Ansturms mußten Reformen in der Agrarfrage eingeleitet werden (Stolypin), mit denen bürgerliche Entwicklungen im Agrarsektor beträchtlich stimuliert wurden.

Die Impulse der Revolution und die durch sie bewirkten teilweisen neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reichten indes nicht für eine zügige bürgerliche Modernisierung aus, konnten die Gesamtsituation Rußlands nicht nachhaltig verändern. Eine Ausweitung und Vertiefung eingeleiteter Reformen stießen auf Widerstand des Zaren und der Adelsklasse. Viele soziale, kulturelle, ethnische und politische Widersprüche und Probleme wirkten weiter. Immens verschärft durch den Weltkrieg, drängten sie 1917 neuerlich auf die Tagesordnung.

\* \* \*

War also die Revolution 1905/07 die »Generalprobe« für 1917? Der Begriff »Generalprobe«, den Lenin geprägt hatte und der eine feststehende Größe in der sowjetischen Geschichtsschreibung über die erste russische Revolution war, ist aus der heutigen russischen Historiographie verschwunden bzw. auf ihn wird nur noch im Zusammenhang mit der

kritisch-analytischen Sichtung der Sowjetzeit verwiesen. Eine Durchsicht der Lenin-Werke nach Bezügen zu dem Stichwort »Generalprobe« (anhand des Registerbandes) läßt folgende Feststellungen zu:

Den Verlauf und die Ergebnisse der Revolution 1905/07 hat Lenin – wie Rußlands historische Entwicklung überhaupt – in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der »historischen Mission« des Proletariats untersucht und bewertet. Herauszufinden, was die Klasse und ihre Partei tun müssen, um der Erfüllung dieser Mission näherzukommen, war für ihn ein Hauptanliegen. Erkenntnisse, Schlußfolgerungen, Thesen, abgeleitete Aufgabenstellung, entsprechend präzise wissenschaftlich oder zuweilen journalistisch, manchmal drastisch polemisch, für den Tagesgebrauch formuliert, wurden von ihm gegen alle tatsächlichen und vermeintlichen Feinde des Proletariats vehement verteidigt. Die »marxistisch-leninistische« Geschichtsschreibung machte auch hinsichtlich der ersten russischen Revolution daraus Bekenntnisse, unumstößliche Wahrheiten, »Gesetzmäßigkeiten«, Konstrukte, die dem konzeptionellen Herangehen an ihre Geschichte zugrunde gelegt wurden.

Lenin hat viermal bei Bezugnahmen auf die Revolution den Terminus »Generalprobe« verwendet, zweimal setzte er das Wort in Anführung: In seinen »Briefen aus der Ferne«,<sup>36</sup> in der Schrift »Die dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte«,<sup>37</sup> in »Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats«<sup>38</sup> und in »Der ›linke‹ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«.<sup>39</sup> In einigen wenigen anderen Zusammenhängen schreibt er von »Probe«, »praktischer Erprobung«.<sup>40</sup>

In den »Briefen aus der Ferne« hat Lenin diesen Begriff eingeführt. Hier und im weiteren hat er ihn überwiegend dann benutzt, wenn er direkt oder indirekt auf die Erfahrungen der ersten russischen Revoluti-

---

36 Siehe W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der Revolution. 7. (20.) März 1917. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 23. S. 312.

37 Siehe W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Ebenda. Bd. 29. S. 299. – Hier in Anführungszeichen.

38 Siehe W. I. Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats. In: Ebenda. Bd. 30. S. 247.

39 Siehe W. I. Lenin: Der »linke« Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Ebenda. Bd. 31. S. 12. – Hier in Anführungszeichen.

40 Siehe W. I. Lenin: Rede zum Jahrestag der Gründung der III. Internationale. 6. März 1920. In: Ebenda. Bd. 30. S. 410. – W. I. Lenin: Der »linke« Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Ebenda. Bd. 31. S. 11.

on als einen Faktor für den raschen Sieg über die Monarchie im Februar 1917 (das »Wunder« der acht Tage, über das die Welt staunte) schrieb und die Gründe dafür analysierte. Wörtlich schrieb er: »Diese achttägige Revolution ging – wenn das Bild erlaubt ist – so »über die Bühne«, als hätten vorher ein Dutzend Proben und Generalproben stattgefunden: Die »Akteure« kannten einander, ihre Rollen, ihre Plätze, die Szenerie aufs genaueste, bis in die kleinsten Einzelheiten, kannten alle einigermaßen bedeutenden Schattierungen der politischen Richtungen und Aktionsmethoden.«<sup>41</sup>

An einigen Stellen spannte Lenin – folgt man den Verweisen des Registerbandes auf »Generalprobe« – den Boden bis zur Oktoberrevolution und den Kämpfen um den Bestand der Sowjetmacht. Zeitpunkt, Anlaß und Charakter der jeweiligen Schrift oder Äußerung regten die Bezugnahme auf die Ereignisse der ersten Revolution an bzw. machten sie einfach nötig.<sup>42</sup> Lediglich an einer Stelle, und zwar im »»Linken« Radikalismus«, schreibt Lenin – längere Ausführungen über die Erfahrungen von 1917 in ihrer Bedeutung für das internationale Proletariat verallgemeinernd – apodiktisch: »Ohne die »Generalprobe« von 1905 wäre der Sieg der Oktoberrevolution 1917 nicht möglich gewesen.«<sup>43</sup>

Die Herausgeber der Lenin-Werke haben in den entsprechenden Registerband<sup>44</sup> etwa ein Dutzend weitere Passagen unter dem Stichwort »Generalprobe« subsumiert, wo es um solche oder ähnliche Bezüge und Fragestellungen hinsichtlich der Bedeutung der Revolution 1905/07 für die Geschichte der anderen russischen Revolutionen geht, ohne daß der Begriff von Lenin verwendet wurde. Damit regten sie gewiß den infla-

---

41 W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der Revolution. 7. (20.) März 1917. In: Ebenda. Bd. 23. S. 312.

42 Zum Beispiel Artikel anlässlich des Jahrestages des bewaffneten Dezemberaufstands 1905 (siehe W. I. Lenin: Die Heldentat der Arbeiter des Stadtbezirks Presnja. In: Ebenda. Bd. 28. S. 380. – W. I. Lenin: V. Gesamtrossischer Sowjetkongreß. Schlußwort zum Bericht. 5 Juli 1918. In: Ebenda. Bd. 31. S. 532f.). – Eine Rede aus Anlaß des ersten Jahrestages der Februarrevolution siehe W. I. Lenin: Rede im Moskauer Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten. 12. März 1918. In: Ebenda. Bd. 27. S. 152f.

43 W. I. Lenin: Der »linke« Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Ebenda. Bd. 31. S. 12. – Den Begriff »Generalprobe« hat Lenin hier in Anführungszeichen gesetzt. Als er im März 1917 den oben zitierten Vergleich entwarf, fügte er wohl nicht ohne Absicht und mit der gebotenen Vorsicht hinzu »wenn das Bild erlaubt ist« (siehe W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 1. Die erste Etappe der Revolution. 7. (20.) März 1917. In: Ebenda. Bd. 23. S. 312).

tionären und schließlich dogmatisierenden Gebrauch eines Terminus an, der ursprünglich aus einem vorsichtigen Vergleich erwachsen war.<sup>45</sup>

Hier soll keine Rehabilitierung des Lenin-Begriffes »Generalprobe« versucht werden. Meines Erachtens kann man jedoch den von Lenin zunächst (März 1917) zurückhaltend formulierten Vergleich in folgender Hinsicht weiterhin gelten lassen, ohne dem Historismus Gewalt anzutun:

– Die von der Revolution 1905/07 erstmals aufgeworfenen Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung Rußlands blieben in der gekennzeichneten Weise bestehen und traten 1917 mit neuer Schärfe hervor.

– Auch die Klassen und Schichten, die 1905 zum ersten Mal die politische Bühne betraten und auf ihr agierten, bestanden fort, waren die gleichen. Im Jahrzehnt bis 1917 entwickelte sich natürlich ihr soziales und politisches Antlitz. Der Krieg und die Stellung zum Sturz der Monarchie veränderten ihre Konstellation.

– Das Parteiensystem hatte sich als einigermaßen stabil erwiesen. Die Parteien kannten einander (auch nach allen durchlebten Niederlagestimungen, Spaltungen und teilweisem Zerfall). Dazu hatte beigetragen, daß 1905/07 Erlebtes und Erfahrenes im allgemeinen nicht in Vergessenheit geriet. Zudem hatten die III. und IV. Staatsduma reichhaltiges Material geliefert, das parteipolitisches Wirken auch außerhalb des Parlaments befruchtete. Neue politische Formierungen wie die Nationalisten (1908) erweiterten die Parteienlandschaft und fügten den ideologischen Auseinandersetzungen neue Inhalte hinzu, lenkten sie in bislang nur ansatzweise vorhandene Richtungen (Antisemitismus).

– In personeller Hinsicht, bei den Führungskräften der Parteien gab es eine bemerkenswerte Kontinuität. Das traf – trotz vielfältiger administrativer Restriktionen, Verbote usw., namentlich in den Kriegsjahren – auch für die linken, antizaristischen Parteien zu. Auch insofern kannte man sich annähernd, wußte bzw. konnte abschätzen, wie sich Parteiführer, Gruppierungen innerhalb von Parteien oder Neuformierungen (im Ergeb-

---

44 Siehe Register. Band I zu W. I. Lenin: Werke. S. 531.

45 Die Verfasserin des vorliegenden Beitrages hat sich in ihrer Lehrtätigkeit über die Geschichte Rußlands bis zur »Wende« auch des Begriffes »Generalprobe« bedient. Sie war indes bemüht, den Blick der Geschichtsstudenten dafür zu schärfen, daß Geschichte ein sehr diffiziler, komplexer Vorgang ist, an dem Menschen – Führer und Massen – beteiligt sind, die selbst – wie die Bedingungen, unter denen sie agieren – ständigen Veränderungen unterliegen und daß daher ihr Handeln niemals eine »Probe« (wie etwa das Einüben einer Chopin-Etüde auf dem Klavier) sei oder es sich wie auf einer Theaterbühne abspiele, eingeübt zu beliebig häufiger Wiederholung.

nis von Spaltungen) in der neuen historischen Situation, die den Sturz der Selbstherrschaft auf die Tagesordnung gesetzt hatte, verhalten würden.

– Schließlich: Die Hauptakteure des ersten revolutionären Sturms – Arbeiter, Bauern, demokratische Intelligenz – gehörten (in der Regel) zu der Generation, die dann 1917 in den zweiten, viel gewaltigeren Sturm geriet. Erinnerungen an Erfolge und Niederlagen hatte ihr historisches Gedächtnis gespeichert. Im nachrevolutionären Jahrzehnt hat sie namentlich der Krieg für zwingend notwendige gesellschaftliche Veränderungen sensibilisiert und aktiviert. Sie trugen die Hauptlast des Kampfes gegen die Selbstherrschaft und sorgten für das »Wunder« ihres raschen Sturzes.

CLAUS REMER

## **Zu sozialen und nationalen Auseinandersetzungen in der Ukraine vor und während der Revolution 1905/07**

Die Geschichte der Ukraine wurde in russischen und sowjetischen Zeiten im Prinzip eingebettet in die historisch »gesetzte« Linie: Kiewer Rus, Moskauer Zarenreich und UdSSR. Historiker dieser Provenienz sprachen hinsichtlich der Ukraine am Ende des 19. und für den Beginn des 20. Jahrhunderts deshalb zumeist von »Kleinrußland« oder »Malorußland«, das seit dem 18. Jahrhundert von einem sogenannten »Malorussischen Kollegium« geleitet wurde, oder in Sowjetzeiten eben von der entsprechenden Periode der Sowjetukraine.

Dagegen haben bedeutende ukrainische Historiker, wie Mychajlo Hruschewski in seiner von 1898 bis 1936 erschienenen elfbändigen »Geschichte der Ukraine und der Russen«, oder wie Mykola Kostomarow im 19. Jahrhundert, ukrainische Volkskundler und Politiker in ihren Ansichten und Darstellungen zumeist eine eigenständige ukrainische Entwicklungslinie von der Kiewer Rus bis zur Ukraine des 19. und 20. Jahrhundert herausgearbeitet. Solche Konzeptionen und Arbeiten haben bei der schrittweisen Herausbildung einer ukrainischen Nationalbewegung und eines begrenzten ukrainischen Nationalbewußtseins im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine nicht unwichtige Rolle gespielt.<sup>1</sup>

Die gegenwärtigen politischen Veränderungen in der Ukraine regen an, sich auch mit den ideologischen und politischen Prozessen in den ukrainischen Gebieten um die damalige Jahrhundertwende zu beschäftigen. In diesem Zeitraum nahmen auf das gesellschaftliche Leben und die nationale Entwicklung der Ukrainer folgende Tatsachen einen bestimmenden Einfluß:

– Die Ukrainer standen über Jahrhunderte unter russischer, polnischer, zeitweilig türkischer oder österreichischer Herrschaft. Daraus erwuch-

---

1 Siehe Andreas Kappeler: Über die ukrainische Nationalbewegung. In: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hrsg.): Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. Baden-Baden 1993.

sen – gewollt oder nicht gewollt – bestimmte Gemeinsamkeiten und auch widersprüchliche Wechselbeziehungen.

– Die meisten Ukrainer – über 95 Prozent – lebten auf dem Lande, waren als Leibeigene oder Unselbständige in der Landwirtschaft tätig und größtenteils Analphabeten.

– Die bürgerlich-städtischen Schichten und ihre Intelligenz waren unter den Ukrainern sehr schwach entwickelt, und nationalbewußte Ukrainer konnten im Prinzip nur in russischer Sprache kommunizieren und publizieren.

– Die Unierte Kirche war angesichts der vorherrschenden politischen und religiösen Mächte in Rußland kein entscheidender Einigungsfaktor.

Erst im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden in einigen ukrainischen Städten kleine Geheimbünde, der Südrussische Arbeiterbund 1875 in Odessa, der Bildungsverein »Hromada«, Gruppen der 1898 gegründeten SDAPR (z. B. in Charkiw und Odessa), die gleichfalls 1898 publizierte sozialrevolutionäre Idee einer »Föderation der selbständigen Völkerschaften«, zu der 1900 auch ukrainische Gruppen in Charkiw und Odessa gehörten,<sup>2</sup> ferner andere Zirkel und Organisationen, die keine große Rolle spielten und offiziell nicht geduldet waren.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nahmen auch die sozialen und politischen Gegensätze zu. So stieg in knapp 30 Jahren von 1869 bis 1897 die Zahl der industriellen Unternehmen in der Ukraine immerhin auf über das Doppelte, von rund 3.700 auf über 8.000 Betriebe und ihr Wert sogar auf das über Sechsfache. Die Zahl der zumeist russischen Fabrikarbeiter vergrößerte sich. Aber nur 25 Prozent der Arbeiter in den Förderungsanlagen von Kohle und nur 30 Prozent der Hüttenarbeiter waren Ukrainer.<sup>3</sup> Zu den Schwerpunkten gehörten der Donbass, der rasche Ausbau der Schwarzmeershäfen (dabei spielte der Getreideexport eine große Rolle) und der Eisenbahnbau. Die erste Strecke durch die Ukraine verlief von Moskau über Charkiw nach Feodosia auf der Krim und verband zugleich die

---

2 Siehe Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage. In: Vielfalt sozialistischen Denkens. Ausgabe 10. Berlin 2001. S. 9.

3 Unter den 127.000 Personen in der Ukraine, die einer geistigen Tätigkeit nachgingen, gab es nur ein Drittel Ukrainer (siehe Wolfgang Bihl: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. In: Frank Golczewski (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993. S. 151.

ukrainischen Gebiete mit Zentralrußland. Trotz dieser stärkeren industriellen Entwicklung waren die Eigner der Betriebe jedoch zumeist Russen, Polen, Juden, auch Tschechen und andere Ausländer, am wenigsten Ukrainer. Letztere hatten bestenfalls Klein- und Kleinstbetriebe, insbesondere der Leichtindustrie und des Handels. Die zahlenmäßige, wirtschaftliche und politische Schwäche des ukrainischen Bürgertums war eine Ursache dafür, daß die sich so spät entwickelnde Nationalbewegung der Ukrainer am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Schatten immer größerer politischer und sozialer Auseinandersetzungen blieb. Zwischen der vor allem auf soziale und politische Widersprüche und Probleme orientierten relativ schwachen Arbeiterbewegung und der oft zu einseitig auf national-kulturelle Identität abzielenden ukrainischen Nationalbewegung gab es eine Kluft, die in diesen Jahren nicht nur in der Ukraine existierte, aber zunächst auch hier nicht überwunden werden konnte.

Eine Besonderheit der politischen Entwicklung in den ukrainischen Gebieten Rußlands bestand darin, daß es aus objektiven und subjektiven Gründen bis Anfang des 20. Jahrhunderts keine auch nur annähernd solche einflußreichen politischen Parteien, Gewerkschaften und vergleichbare Organisationen wie in Mittel- und Westeuropa gab. Das hing u. a. zusammen mit der starken Zentralgewalt im Zarismus und der Rolle seiner Beamten in den neun ukrainischen Gouvernements Wolhynien, Podolien, Kiew, Cherson, zumindest das nördliche Taurien, Tschernigow, Poltawa, Charkow und Jekaterinoslaw (siehe die Karte am Ende dieses Beitrages), mit der relativen Schwäche der Arbeiterklasse, der städtischen Mittelschichten, der ukrainischen Intelligenz, des Bürgertums, mit der politischen Unaufgeklärtheit und der mangelhaften Bildung breiter Schichten in der Stadt und vor allem auf dem Lande. In den Dörfern wohnte die absolute Mehrheit der Ukrainer. Die zunehmende Urbanisierung, Industrialisierung und Russifizierung der Ukraine führte zu einer relativen Abnahme der Zahl der Ukrainer in diesem von Petersburg als Kleinrußland bezeichneten Gebiet und zugleich zu einer Zunahme russischer Unternehmer und Arbeiter, russischer Lehrer, Gutsbesitzer, Agronomen. Das brachte es mit sich, daß die russische Sprache (zumindest als Herrschafts- und Verkehrssprache) eine immer größere Rolle spielte. Alles das erschwerte den politischen, den sozialen, den kulturellen und nationalen Emanzipationskampf der Ukrainer.

Auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen das Bewußtmachen und die Entfaltung geschichtlicher, literarischer, sprachlicher,



volkskundlicher, wissenschaftlicher Leistungen von Ukrainern in Vergangenheit und Gegenwart, das Sammeln einer begrenzt wirkenden Vorhut in kulturellen, wissenschaftlichen, in politischen Gruppen und Zirkeln in Städten, in Semstwo-Einrichtungen oder in dörflichen Siedlungen im Vordergrund.

Es war kein Zufall, daß die erste politische Partei der Ukrainer 1890 in der österreichisch-ungarischen Westukraine entstand (die »Ruska-Ukrajinska Radikalna Partija«), und erst zehn Jahre später, 1900 in Char-kiw, die RUP, die »Revoljucijina Ukrajinska Partija«. Sie war aber nur »eine winzige Gruppe von Mitgliedern der 1900 von einigen Studenten gegründeten kleinen Partei«, die »zwei Jahre später eine neue Ukrainische Volkspartei gegründet« hat und für eine von Rußland »unabhängige, sozialistische Ukraine plädierte. Sie befand sich am Rande des ukrainischen politischen Lebens«. <sup>4</sup> Wenig später folgten dieser Partei in der russischen Ukraine zwei andere, zahlenmäßig ebenfalls sehr kleine Parteien, die »Ukrajinska Demokratitschna Partija« (mit B. Lototzki und E. Timtschenko) sowie die »Ukrajinska Radikalna Partija« (mit B. Hrintschenko und S. Jefremow), die sich Ende 1905 zur »Ukrajinska Radikalno-Demokratitschna Partija« vereinigten. Alle diese kleinen ukrainischen Parteien hatten selbst in der Revolution von 1905 keinen großen Anhang und Einfluß, nicht in der russischen Ukraine und auch nur recht begrenzt in den k. u. k. Gebieten, obwohl von dort bestimmte Pamphlete und kyrillisch-ukrainisch gedruckte Flugblätter nach Rußland gelangten.

Die Industriekrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts wirkte sich in Rußland vor allem in den Jahren 1902 und 1903 aus. Ihr folgte eine lange Depressionsphase – auch für die Landwirtschaft – bis 1907 und teilweise bis 1909. Die Zahl der ökonomischen und politischen Streiks während des russisch-japanischen Krieges 1904/1905 und nach der militärischen Niederlage Rußlands stieg in diesen Jahren nicht zuletzt in der Ukraine rasch an. Als eine Antwort entstanden in dieser Zeit neben den Bolschewiki, Menschewiki und Ökonomen auch eine Reihe bürgerlich-liberale nationale oder auch nationalistische Parteien und Organisationen, die sich in einigen Gebieten auf rein nationaler Ebene und z. T. mit nationalistischen Motiven zusammenschlossen. <sup>5</sup>

---

4 Marek Waldenburg: Das Verhältnis der Nationalbewegungen in Rußland gegenüber dem Staat und den Russen. In: Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850 bis 1914. Berlin 1998. S. 144 und 148.

5 Siehe Geschichte der UdSSR. Bd. 2. Berlin 1967. S. 289ff., 304 und 375.

Im Rahmen des fast gesamtrussischen Streiks im Oktober 1905, des Soldaten- und Matrosenaufstands Anfang November 1905 in Sewastopol unter Leitung von Leutnant P. P. Schmidt, bewaffneter Demonstrationen und Aufstände im November in Kyiw und Charkiw und anderer Revolten ging es den Streikenden in der Ukraine vor allem um die Lösung brennender sozialer Forderungen und Rechte, auch um den Gebrauch der ukrainischen Muttersprache, um die Entwicklung der eigenen Kultur, gegen den Zwang, nur die russische Staatssprache benutzen zu dürfen und um ähnliche Probleme. Es kam in solchen ukrainischen Städten, wie Odessa, Charkiw und Jekaterinoslaw sogar zu Barrikadenkämpfen, aber in Kyiw jagte die russische Staatsmacht Volksversammlungen mit Waffengewalt auseinander.

Die revolutionären Vorgänge in der Ukraine spiegelten sich in Berichten wider, die das Kaiserliche Deutsche Konsulat Kyiw an den damaligen Reichskanzler Bülow richtete. So schrieb z. B. Dr. Grienke von dort am 1. Dezember 1905: »In letzter Zeit mehren sich im Konsulatsbezirke die Anzeichen für ein Wiedererstarken der kleinrussischen separatistischen Bestrebungen. Der Hauptsitz der kleinrussischen Bewegung ist zur Zeit noch Lemberg, von dort wurden bereits mehrfach Delegierte nach Kyiw und Poltawa entsandt, welche für eine eifrige Propaganda unter der hiesigen kleinrussischen Bevölkerung mit wachsendem Erfolge bemüht gewesen sind. Insbesondere ist unlängst der Redakteur des in Lemberg erscheinenden Blattes ›Samostijna Ukraina‹ (Selbständige Ukraina) hier eingetroffen, um, wie es heißt, die Redaktion genannter Zeitung nach Kiew zu verlegen. In Lubny (Gouvernement Poltawa) wird bereits eine kleinrussische Zeitung ›Chliborob'‹, d. i. ›Landwirt‹, herausgegeben [...] Bemerkenswert ist auch, daß die Anzeigen des kleinrussischen Theaters jetzt ganz in dieser Sprache und mit kleinrussischer Orthographie gedruckt werden [...]«.<sup>6</sup>

Gut 14 Tage später, am 17. Dezember 1905, schrieb derselbe Dr. Grienke aus Kyiw nach Berlin: »[...] die kleinrussische Bewegung gewinnt im Konsulatsbezirke mit jedem Tag mehr Bedeutung.« Das Volk kümmere sich im allgemeinen wenig um Politik, aber die Bauern forderten vor allem die Beseitigung des Landhungers. »Dagegen sucht die kleinrussische Intelligenz, welche aus Lemberg stark unterstützt wird, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um auch in den Bauern das nationale

---

6 Siehe Politisches Archiv des Auswärtigen Amts. Bonn. R. 1107.

Bewußtsein zu erwecken. Zu diesem Zwecke wird auf dem Lande eine große Agitation entfaltet, insbesondere werden unter den Bauern verschiedene Schriften verbreitet«, die zu Meetings, ja zum Aufstand aufriefen, so beispielsweise in der Zeitung »Chliborob«. Auf der am 11. Dezember 1905 (alten Stils) in Kyiw durchgeführten »großen bemerkenswerten Versammlung der kleinrussischen Intelligenz« hätten viele Frauen in ukrainischer Tracht teilgenommen und es sei u. a. beschlossen worden:

»1. Mit Rücksicht darauf, daß die kleinrussische Nation zum größten Teile aus Dorfbewohnern besteht, [ist] die ganze Aufmerksamkeit auf die Bauern zu lenken, indem diese zum politischen und nationalen Selbstbewußtsein aufgeweckt werden müssen [...]

4. [sind] alle Bauern anzuhalten, sich der kleinrussischen Intelligenz zum Kampfe für die nationalen und ökonomischen Rechte anzuschließen, [...]

Außerdem wurde beschlossen, in Kiew einen politisch-ukrainischen Klub zwecks Propaganda für die nationalen Ideen baldmöglichst ins Leben zu rufen.«<sup>7</sup>

In der genannten Zeitung »Chliborob« gab es einen Aufruf zu Bauernversammlungen am 18./31. Dezember 1905, auf denen u. a. über solche Forderungen diskutiert werden sollte:

»1. Autonomie Kleinrußlands; [...]

4. Einführung der kleinrussischen Sprache in Schulen, Gerichten und bei allen Behörden [...].«<sup>8</sup>

Im Ergebnis des Niedergangs und der Niederschlagung der revolutionären Ereignisse in Rußland 1906/1907 hatten die Ukrainer in den nachfolgenden Jahren wieder verstärkt Verfolgungen, Drangsalierungen und enorme Erschwernisse ihres sozialen und nationalen Kampfes zu erdulden. So hieß es z. B. in einem Bericht des Deutschen Konsulats Kiew vom Mai 1910: »Einer Verfügung der hiesigen Gouvernementsverwaltung zufolge ist kürzlich der ukrainische [also nicht mehr kleinrussische! – C. R.] Verein »Proswita« (Aufklärung) [...] geschlossen worden.« Zu seinen Zielen gehöre »die Hebung der ukrainischen Kultur und Aufklärung des ukrainischen Volkes in seiner Muttersprache«.

---

7 Ebenda.

8 Ebenda.

Dieser Verein habe in letzter Zeit über 700 Mitglieder umfaßt und »in den vergangenen zwei Jahren etwa 40 Broschüren in einer Anzahl von ungefähr 200.000 Exemplaren herausgegeben«.<sup>9</sup>

Es entstanden mit den Sowjets – z. B. im Dezember 1905 in 13 ukrainischen Städten und Werkssiedlungen – bisher unbekannte Formen des Widerstandes. Zwischen den Kräften von »oben« und »unten« entwickelte sich zwar ein vorübergehendes Gleichgewicht, das aber im Verlaufe der Revolution nicht mehr für die Volksmassen entschieden werden konnte. Was die soziale und nationale Problematik in der Ukraine zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrifft, so gestalteten sich kulturelle, wissenschaftliche und politische Beziehungen zwischen den nationalbewußten Ukrainern Österreich-Ungarns und Rußlands zwar enger als zuvor und so manchem nationalbewußten Ukrainer hier und dort schwebte der Gedanke vor, daß »nur« noch der jeweils andere Teil in eine ukrainische Großfamilie aufgenommen werden müsse, um die nationale Einheit der Ukrainer herzustellen. Aber das blieb für eine ganze Reihe weiterer Jahre nur eine Hoffnung. Angesichts größerer politischer Freiheiten, mehr national-kultureller Möglichkeiten und einer relativ fortgeschrittenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Westukrainer in der k. u. k. Monarchie und ihrer kulturell-ideologischen Hilfe für die russischen Ukrainer blieben die juristisch unfreien Westukrainer bis zur Revolution von 1905 und dann bis zur Februar- und Oktoberrevolution 1917 in Rußland der stärkere Magnet, der so gerne ein gesamtukrainisches Piemont werden wollte.

Doch die grundsätzlich neuen, bis dahin fast unbekanntenen politisch-sozialen Fragestellungen in den russischen Revolutionen von 1905/07 und 1917, die bislang unbekannte Schärfe der politischen Auseinandersetzungen in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts brachten politische Lösungsansätze von neuer Schärfe und Dimension. So war es kein Wunder, daß die Ost- und die Westukraine bis 1917/1918 weder eine politische noch eine verwaltungsmäßige Einheit wurden. Die russischen neun Gouvernements sind bis 1917 von Petersburg und Moskau weiterhin als Neu-rußland oder Südwestliche Gouvernements, als untrennbarer Bestandteil des Russischen Reiches bezeichnet und behandelt worden. Die Forderung einer Reihe nationalbewußter Ukrainer in Rußland nach

---

9 Siehe Bundesarchiv. Abteilungen Potsdam. Auswärtiges Amt. Konsulat Kiew. Nr. 2. Berichte über die politische Lage in Rußland und Polen (1902–1913). Bl. 100–101 und je R.

einem wenigstens lockeren föderativen Bündnis der ukrainischen Gebiete mit Rußland, nach Selbstverwaltung, Autonomie oder sogar nach einem unabhängigen Staat wurde nicht einmal von der Mitte März 1917 geschaffenen ukrainischen Zentral-Rada im Verlaufe des Jahres 1917 erhoben, sondern erst Anfang Januar 1918 in ihrem IV. Universal, als die Sowjetmacht schon dabei war, die Rada aus der Ukraine zu vertreiben.<sup>10</sup>

Für den Beginn des 20. Jahrhunderts kann man einschätzen, daß die radikaleren politischen Ideen mehr aus der russischen in die Westukraine gelangten, aber die kulturell-ideologische Hilfe, die moderneren Vorstellungen der nationalbewußten Ukrainer mehr den Weg von der West- zur Ostukraine gingen.<sup>11</sup> In der russischen Ukraine mußte 1905 unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse immerhin vorübergehend der Gebrauch der ukrainischen Sprache zugelassen werden.

Ein Aufschwung der sozialen und nationalen Kämpfe setzte eben erst am Vorabend und vor allem im Verlaufe des ersten Weltkrieges mit großer Heftigkeit und Nachhaltigkeit wieder ein, die zur Februar- und besonders zur Oktoberrevolution 1917 führten.

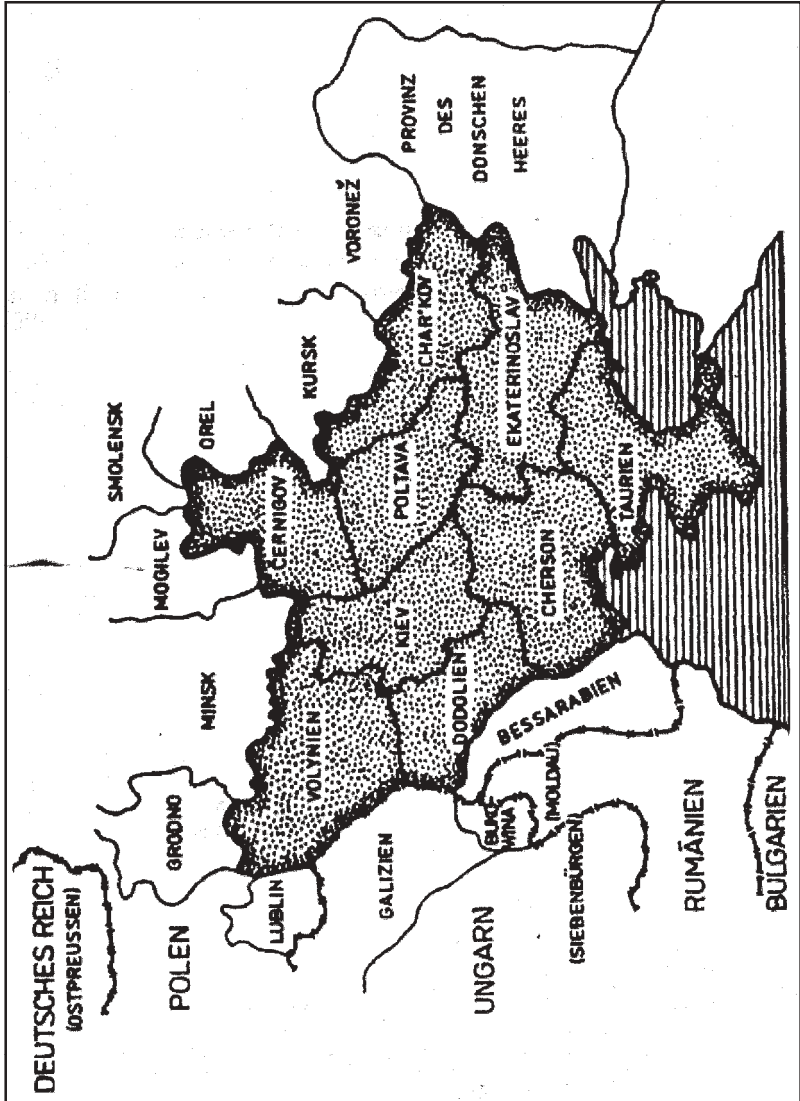
Die Machtfrage, ohne deren Lösung auch die nationale Frage weder zugunsten Rußlands noch zugunsten Österreich-Ungarns und erst recht nicht zugunsten der Ukrainer gelöst werden konnte, stand schließlich im Jahre 1917 neu und grundsätzlicher auf der Tagesordnung. Dann wurde sie aber auf »sowjetische Weise« beantwortet.

---

10 So kann man gut der Meinung zustimmen, »daß bei den Ukrainern Rußlands die entscheidenden Schritte zur Nationalbildung erst in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vollzogen wurden«. (siehe Die Nationalitäten des russischen Reiches in der Volkszählung von 1897. Hrsg. von Hxxxx Bauer, Andreas Kappeler, Bxxxx Roth. Band A und B. Stuttgart 1991. Band A. Nationalitäten. S. 169).

11 Siehe hierzu auch Natalija Polonska-Vasylenko: Geschichte der Ukraine. München 1988. S. 632 und 684.

Orientierungskarte über die Lage der ukrainischen Gouvernements zu Beginn des 20. Jahrhunderts





SONJA STRIEGNITZ

## **Zur Herausbildung antisemitischer Positionen russischer »Rechter« (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917)**

Monarchistisches Gedankengut unterschiedlicher Couleur, »rechts«orientierte Organisationen und gar Parteien sind infolge des Niedergangs des »Realsozialismus« in Osteuropa, namentlich im heutigen Rußland, wiederbelebt bzw. neugegründet worden. Noch sind organisatorische Erfolge von Parteien und Bewegungen mit einer solchen Orientierung unterschiedlich und entsprechen längst nicht immer den Erwartungen ihrer Gründerväter. In Rußland vermochten selbst Vorgänge wie die Weihung der aufgefundenen zarischen Knochen, die Übernahme des doppelköpfigen Zarenadlers sowie der Farben des Zarenbanners in die Staatsinsignien die äußerste »Rechte« im noch ziemlich bewegten Parteienspektrum zwar zu ermutigen, den strukturellen Findungsprozeß jedoch wenig zu beeinflussen. Indes muß aufmerken lassen, in welchem Maße gerade von solchen politischen Gruppierungen die Propagierung und Instrumentalisierung eines gefährlichen Antisemitismus ausgehen. Die Liberaldemokratische Partei Rußlands unter Wladimir Shirinowski darf wohl als diejenige gelten, die nicht nur auf der »rechten« Seite fest etabliert ist, sondern die besonders wirksam großrussisch-chauvinistisches Ideengut verbreitet und dies in Worten, die fatale historische Anklänge haben.<sup>1</sup>

In der antijüdischen Propaganda sind Unterwanderungsphantasien und Weltverschwörungstheorien, religiös verbrämte Stereotype wie z. B. Ritualmord und Blutbeschuldigung gängig, als sei die Zeit stehengeblieben. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht auch die Pamjat-Bewegung, in der Antisemitismus für rechtgläubig-monarchistische, national-patriotische, sogenannte national-bolschewistische, großrussisch-chauvinistische u. a. »rechts«orientierte Gruppierungen gleichsam das einigende Band bildet. In ihrem propagandistischen Arsenal fehlt kein

---

1 Siehe Ernst Laboor: Wieviel Parteien braucht Rußland? Parteien und politische Bewegungen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995. Berlin 1996. S. 77 und 163.



»Argument« des russischen Antisemitismus der Vergangenheit. Selbst das Machwerk der Ochrana aus dem Jahre 1903 »Protokolle der Weisen von Zion«, angeblicher Beweis für eine jüdische Geheimkonferenz zur Errichtung der Weltherrschaft mit Gewalt, Betrug und List, jedoch längst als Fälschung entlarvtes antisemitisches Pamphlet, wurde wieder hervorgeholt.<sup>2</sup> Alles Unglück Rußlands in Vergangenheit und Gegenwart, wirtschaftliche und politische Fehlschläge u. a. lasten die Ideologen der Bewegung den Juden an, ihre uniformierten Schlägertrupps zeigen unverhüllt Pogrombereitschaft.

Antisemitismus findet angesichts der in vielem unbestimmten, mitunter desolaten gesellschaftlichen Gesamtsituation Rußlands, in der die Suche nach einer neuen Identität und einer adäquaten politischen Repräsentanz unter stark ausgeprägtem nationalen, ja nationalistischen Vorzeichen verläuft, einen günstigen Nährboden. Die jüdische Emigrationswelle nach Auflösung der UdSSR ist ein Indiz für die gravierenden gesellschaftlichen Folgen dieser Vorgänge. Angesichts verbreiteter Unkenntnis über die Geschichte der Juden Rußlands und des Antisemitismus in Zaren- und Sowjetzeiten können antijüdische Positionen unschwer Boden gewinnen. Zu Sowjetzeiten war die Geschichte der Juden und des Antisemitismus tabuisiert; verheißungsvolle Ansätze ihrer Erforschung wurden Anfang der dreißiger Jahre abgebrochen, das Thema seither bestenfalls in bestimmten Dogmen erfaßt.

Inzwischen hat sich die historiographische Situation in Rußland gewandelt, manche institutionelle Neuerung oder Veränderung mag dabei eine Rolle gespielt haben. In Moskau und Sankt Petersburg gibt es eine jüdische Universität. Petersburg scheint sich zunehmend als Zentrum der Aufhellung der Geschichte der Juden Rußlands herauszukristallisieren. Offenbar hat man sich hier bestimmter Errungenschaften aus der Zeit bis Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre besonnen und darauf aufgebaut. In vorrevolutionärer Zeit hatten alle regierungsamtlichen Verlautbarungen Rußlands, Juden betreffend, von der alten Hauptstadt aus ihren Weg in die Behörden des Landes genommen und gewiß meterlange Regale gefüllt. In Petersburg kamen jedoch auch vor und nach 1917 Arbeiten von Historikern, Ökonomen, Ethnologen und anderen heraus, die seinerzeit Beachtung fanden und deren Bedeutung bis

---

2 Dieses Pamphlet kursiert in Übersetzungen mittlerweile auch in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas.

heute unbestritten ist. In den Jahren 1908 bis 1913, einer Zeit massiver Judenhetze (die Beilis-Affäre!), haben hier die »Obschtschestwo dlja naukschnych jewrejskich isdanii« (Gesellschaft für jüdische wissenschaftliche Editionen) und der Verlag Brockhaus-Jefron ein wissenschaftliches Unternehmen betrieben, wofür es sicher eines nicht geringen Mutes bedurfte: die Herausgabe der 16bändigen jüdischen Enzyklopädie unter der Hauptredaktion von L. Kazenelson, die auf einem 1901 bis 1906 in New York erschienenen enzyklopädischen Werk beruhte. Ebenfalls in Petersburg erschien, redigiert von Semjon Markowitsch Dubnow (1860 bis 1941), seit 1909 die materialreiche Zeitschrift »Jewrejskaja starina« (Jüdische alte Zeiten; insgesamt 30 Bände erschienen bis 1930), es wurden Arbeiten dieses bedeutenden Kenners der jüdischen Geschichte wie »Nowejschaja istorija jewrejskogo naroda« (Neueste Geschichte des jüdischen Volkes) als Band fünf seiner »Wseobschtschaja istorija jewrejskogo naroda«/Allgemeine Geschichte des jüdischen Volkes) 1914 in erster und 1919 in zweiter Auflage herausgegeben. Als bürgerlicher Historiker »eingestuft«, verließ Dubnow 1921 Sowjetrußland, nachdem er immerhin ab 1917 an der Petrograder Universität Professor mit Lehrstuhl für jüdische Geschichte war. Und noch 1923 erschien in Moskau und Petrograd das zweite Buch seiner vergleichenden Untersuchung über die Juden in Rußland und Westeuropa.<sup>3</sup> Auch die zweibändige »Istorija jewrejskogo naroda w Rossii« (Geschichte des jüdischen Volkes in Rußland) von Juli Isidorowitsch Gessen (1871–1939) kam erstmals 1925 bis 1927 im damaligen Leningrad heraus. Das forschersische Interesse Gessens hatte bis zu den frühen zwanziger Jahren ausschließlich der jüdischen Geschichte gegolten, wurde dann aber auf die Geschichte des Proletariats Rußlands »umgelenkt«. Rund 300 Arbeiten stammen aus der Feder dieses Historikers jüdischer Herkunft.

Die heutige Petersburger Jüdische Universität verfügt über ein Institut zur Erforschung der jüdischen Diaspora, dessen Hauptanliegen die Sammlung von Quellen jüdischen Lebens in Rußland ist. Das Institut ediert »Trudy po judaïke« (Abhandlungen über die Judaïstik), in denen quellenkundliche Beiträge einen zentralen Platz einnehmen.<sup>4</sup>

3 Siehe S. M. Dubnow: *Evrei v Rossii i v Zapadnoj Evrope v epochu antisemitskoj reakcii*. Kniga 2: *Evrei v Rossii v carstvovanie Nikolaja II*. Moskau/Petrograd 1923. – Dubnow wurde 1941 von deutschen Faschisten in Riga ermordet.

4 In dieser Reihe erschien 1995 in Petersburg der Band »Evrei v Rossii. Istorija i kul'tura. Sbornik naučnych trudov«. Hierin ist u. a. ein Beitrag über Dokumente, vor

Die Zahl geschichtlicher Arbeiten über die Juden Rußlands bzw. die Juden in der Sowjetunion ist inzwischen immens.<sup>5</sup> Ein auch nur flüchtiger Einblick in die Vielzahl der Neuerscheinungen läßt erkennen, daß neben ernst zu nehmenden Bemühungen um die objektive Aufarbeitung des lange vernachlässigten Gegenstandes auch unübersehbar die Tendenz waltet, alte Mythen hervorzuholen oder sie durch neue zu ersetzen. Die genannten »rechts«orientierten Parteien und Bewegungen haben daran ihren Anteil.<sup>6</sup> Der Antisemitismus ist in der heutigen russischen Historiographie bislang noch kaum Gegenstand spezieller Untersuchungen gewesen. Er wird entweder parteipolitischen Sichten auf die innere Situation Rußlands zugeordnet, in bestimmtem Maße in Publikationen von programmatischen und anderen Dokumenten der Parteien vor 1917 tangiert oder etwa in konkret historischen Zusammenhängen wie zum Beispiel den Pogromen in der Revolution 1905/07 dargestellt. Als Bestandteil vor allem »rechter« Ideologie und Praxis, aber auch des Alltagslebens bleibt er einstweilen unterbelichtet, was die Zurückweisung antisemitischer Positionen im heutigen Rußland mit Sicherheit erschwert.

\* \* \*

94 Prozent von Rußlands Juden (ihre Gesamtzahl wird mit fünf bis sieben Millionen angegeben) lebten, reglementiert durch Sondergesetze, in dem sogenannten Ansiedlungsgebiet, das – historisch gewachsen und administrativ festgelegt – fünfzehn belorussische, ukrainische und süd-russische Gouvernements sowie den russischen Teil Polens (= zehn Gouvernements) umfaßte. Nach der Ermordung Zar Alexander II. durch Narodowolzen am 1. März 1881 wurden zaghafte Ansätze einer liberaleren Politik gegenüber den Juden, die im Zuge der bürgerlichen Reformen ab 1861 zu verzeichnen waren, in rascher Folge eingeschmolzen. Dies

---

allen Geschäftsunterlagen, jüdischer Familien von Anfang des 20. Jahrhunderts enthalten, die sich in dem sogenannten Safebestand aus Privatbanken befinden. Nach 1917 gelangte dieser Bestand an das Volkskommissariat für Finanzen, heute liegt er im Staatsarchiv der Rußländischen Föderation.

- 5 Hier sei u. a. auf die »Rossijskaja evrejskaja ěnciklopedija« verwiesen, die seit 1994 in Moskau erscheint und bislang in vier Bänden vorliegt.
- 6 Siehe dazu Juden und Antisemitismus im östlichen Europa. Hrsg. von Mariana Hausleitner und Monika Katz. Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin. Multidisziplinäre Veröffentlichungen. Bd. 5. Berlin 1995.

war substantieller Bestandteil des reaktionären innenpolitischen Kurses der Selbstherrschaft, der auch in der heutigen russischen Geschichtsschreibung mit dem Terminus »Gegenreformen« umrissen wird und der in der zweiten Hälfte der achtziger/Anfang der neunziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte.

Seit den frühen achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren Rußlands Juden nun auch vermehrt Verfolgung in Pogromen ausgesetzt. Judenpogrome hatte es im Ansiedlungsgebiet auch zuvor gegeben, so 1821, 1859 und 1871. Sie entstanden und verliefen in der Regel auf dem Hintergrund von national motivierten Konkurrenzauseinandersetzungen, wie beispielsweise wiederholt zwischen griechischen und jüdischen Händlern in Odessa. Mitunter waren judenfeindliche Gerüchte auslösendes Moment für gewalttätige Auseinandersetzungen.

Seit Beginn der achtziger Jahre sah das Bild insofern anders aus, als von der offiziellen Politik die durch stark aufkommende großrussisch-nationalistische Kräfte geschürten antijüdischen Stimmungen geduldet, begünstigt und instrumentalisiert wurden. Im Zentrum stand dabei die behauptete jüdische Beteiligung an dem Zarenmord. Gleichzeitig machte man die Juden für das Vordringen kapitalistischer Bindungen im Land, für die wachsende Misere russischer Bauern, für die Bedrohung der Lebensweise des konservativen russischen Adels verantwortlich. Judenpogrome wurden – obwohl nicht offen regierungsamtlich initiiert – Begleiterscheinung der gesamten innenpolitischen Entwicklung.

Anderthalb Monate nach dem Attentat auf den Zaren kam es in Jelisawetgrad zu einem ersten Pogrom. Drei Tage hindurch wurden hier jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und zerstört, ihre Besitzer und viele andere jüdische Bürger physischer Gewalt ausgesetzt. Es folgten Pogrome in Kiew, Beresowka, Odessa. 48 Orte in den Gouvernements Kiew, Podolsk, Tschernigow, Odessa, Wolhynien waren fast zeitgleich von derartigen Geschehnissen betroffen. In großer zeitlicher Dichte setzte sich dies noch bis 1884 fort. Zum allgemeinen Erscheinungsbild gehörte dabei, daß die in den Gouvernements für Ordnung, Sicherheit und Wahrung der Gesetze zuständigen Polizei-, Militäreinheiten sowie Rechtsorgane dezent beiseite standen, den Pogromhelden freien Lauf und sie ungestraft entkommen ließen, oder schließlich die Pogromopfer zu Schuldigen der Gewalttätigkeiten erklärten. Kosten für die Stationierung zusätzlicher Ordnungskräfte in Pogromgebieten überbürdete man mitunter der betroffenen jüdischen Bevölkerung auf oder beglich sie zwangsweise von Geldern, die diese für karitative Zwecke aufge-

bracht hatte. Andererseits wurden Gouvernementsbehörden mehr und mehr von sich aus initiativ, um sich in ihrem Verantwortungsbereich der Unterstützung der jüdischen Bourgeoisie zu versichern. Dabei erwies sich die Behauptung, Pogrome seien das Werk jüdischer revolutionärer Kräfte, als ein zugkräftiges »Argument«.

Auf dem Hintergrund des reaktionären innenpolitischen Kurses entstanden im Ergebnis des Zusammenspiels mehrerer Faktoren die sog. zeitweiligen Bestimmungen vom 3. Mai 1882, die – in den nachfolgenden Jahren ausgebaut und ergänzt – in ihrer Grundsubstanz bis zum Sturz der Monarchie Gültigkeit behielten. Sie bedeuteten für die jüdische Bevölkerung im Ansiedlungsgebiet neuerliche Belastungen und Beschränkungen. In verschärfter Form wurde Juden verboten, sich innerhalb des Ansiedlungsgebietes auf dem Lande niederzulassen (das generelle Verbot von landwirtschaftlicher Betätigung und der Niederlassung auf dem Lande im Ansiedlungsgebiet bestand seit Anfang des 19. Jahrhunderts) sowie Immobilien zu erwerben. Es folgten (1886) die Einführung einer Geldstrafe für Angehörige von Juden, die sich der seit 1874 geltenden allgemeinen Militärdienstpflicht entzogen, die Einführung von Quoten für die Aufnahme von Juden in Mittel- und Hochschulen (1887) sowie Beschränkungen für die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte (1889). Im Zuge neuerlicher restriktiver Verordnungen über die ländlichen Selbstverwaltungen, die Semstvos, und die städtischen, die Dumas, in den Jahren 1890–1892 wurde die grundsätzliche Eliminierung von Juden aus diesen Organen verfügt. Alle diese Bestimmungen ließen genügend Spielraum für ihre willkürliche Handhabung. 1891/1892 lieferten Moskauer Behörden mit der Ausweisung von rund 20.000 Juden – es handelte sich vorwiegend um Handwerker, die sich gemäß einer früheren Regelung in der Stadt ansiedeln durften – und ihrer zwangsweisen Zurückschaffung in das Ansiedlungsgebiet ein besonders krasses Beispiel für die allseitige Verschärfung von Maßnahmen gegen Rußlands Juden.

Die inhaltlich wie substantiell angereicherten Restriktionen und eine regierungsoffiziell betriebene und geförderte antijüdische politische Grundlinie stimulierten ihrerseits die sich herausbildenden »Rechts«kräfte in der Gesellschaft in ihrer Judenfeindlichkeit. Die »jüdische Frage« bekam so für die Betroffenen einen grundsätzlich anderen Inhalt und neue Dimensionen. Rußlands Juden waren nicht nur wie ehemals die rechtloseste und diskriminierte nationale Minderheit unter den »Fremdstämmigen« des multinationalen Zarenreiches. Jüdische Menschen mußten jetzt immer häufiger um ihr Leben und ihre Lebensgrundlage fürchten, wur-

den in Pogromen physische Opfer von Gewaltbereitschaft sich formierender Gruppierungen, verloren ihr Hab und Gut. Vorhandene, geschichtlich erklärbare nationale Konflikte und wachsende soziale Gegensätze und gezielt ausgestreute antisemitische Parolen ergaben einen gefährlichen Zündstoff.

Kennzeichnend für neue bzw. stärker hervortretende Aspekte der »jüdischen Frage« war zugleich, daß die jüdische Bourgeoisie durch Partizipation an der Wirtschaft des Landes (mit starken Positionen im Bankwesen, im Binnen- und vor allem im Getreide-Außenhandel, in verschiedenen Wirtschaftszweigen wie der Zuckerproduktion u. a.), seit langem auch außerhalb des Ansiedlungsgebietes, und durch ihre zunehmende Verflechtung mit der großrussischen Bourgeoisie auf finanzkapitalistischer Grundlage von antijüdischen Gewaltakten weitgehend verschont blieb. Gleichartige ökonomische Interessen waren ein zuverlässiges einigendes Band, aber eben nur auf ökonomischem Gebiet. Sobald jüdische Unternehmer, die ihre Gelder wie ihre russischen »Klassenbrüder« mitunter auch für kulturelle und Bildungszwecke einsetzten, sich zu weit vorwagten, wurden sie in die Schranken gewiesen. Moskauer jüdische Unternehmer mußten 1896 anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten für Zar Nikolaus II. diese bittere Erfahrung machen. Sie waren in diesem Zusammenhang beim Generalgouverneur, dem Onkel des Zaren, vorstellig geworden, um die (von ihnen finanziell geförderte) Wiedereröffnung der schon seit langem administrativ geschlossenen Synagoge als »besondere Gnadenbezeugung« zu erwirken. Denn: Auch die Juden sollten »die Möglichkeit erhalten, dieses freudevolle Ereignis (die Krönung – S. St.) in würdiger Feierlichkeit zu begehen«. Der Großfürst beschied dieses Anliegen als einen »unverschämten Verstoß gegen den allerhöchsten Willen«. <sup>7</sup>

Wahrung und Stärkung der Positionen der Russisch-Orthodoxen Kirche und Restriktionen gegenüber den religiösen Bedürfnissen Andersgläubiger, insbesondere denen der Juden, gehörten zu dem reaktionären innenpolitischen Kurs der Gegenreformen, der Maßstäbe über die Jahrhundertwende hinaus setzte. Es dürfte daher wohl kein Zufall gewesen sein, daß zeitgleich mit den Mai-Bestimmungen 1882 gegen die Juden die Kaiserliche orthodoxe Palästina-Gesellschaft gegründet wurde, eine wichtige Ergänzung der Russischen geistlichen Mission (entstanden 1847). Beide Einrichtungen hatten – staatlich und kirchlich gefördert

---

7 Zitiert nach Bol'shaja sovetskaja ènciklopedija. Bd. 24. Moskau 1932. Spalte 77.

und betrieben und bis 1917 intakt – den Einfluß Rußlands im Heiligen Land voranzubringen. Die direkt von der Zarenfamilie beherrschte Palästina-Gesellschaft zählte höchste staatliche Beamte und russisch-orthodoxe Würdenträger zu ihren Ehrenmitgliedern, darunter die Innenminister bzw. Ministerpräsidenten S. Ju. Witte und P. A. Stolypin sowie die Oberprokurenoren des Heiligen Synods K. P. Pobedonoszew, P. P. Iswolski und W. K. Sabler. Die Gesellschaft war vor allem mit der üppigen Finanzierung von orthodoxen Sakralbauten in Palästina beschäftigt.<sup>8</sup>

Die Knebelgesetze und Pogrome der achtziger Jahre führten erstmals zu einer Emigrationswelle größeren Ausmaßes. Kanada, Nord- und Südamerika sowie Palästina waren Zielländer jüdischer Auswanderer aus Rußland. Unter Rußlands Juden selbst wurden zudem Pläne für Ansiedlungen im afrikanischen Raum (Portugiesisch Afrika, Uganda) geschmiedet.<sup>9</sup> Regierungsstellen waren nicht abgeneigt, das »Unruhepotential« auf diese Weise zu reduzieren. Der damalige Innenminister Nikolai Pawlowitsch Ignatjew ließ 1882 halboffiziell durchblicken, daß für Rußlands Juden die Westgrenze offenstehe.<sup>10</sup>

Bemerkenswert widersprüchlich war und blieb die Haltung der jüdischen Bourgeoisie zur Emigration: Einerseits wollte man sich keinesfalls außerhalb von Recht und Gesetz bewegen, um nicht in den Verdacht unpatriotischen Verhaltens zu kommen oder gar in die Nähe revolutionärer Bestrebungen gestellt zu werden. Wenn Unzufriedenheit jetzt oder später artikuliert wurde, so vor allem hinsichtlich der Verwertungsbedin-

---

8 Anfang des 20. Jahrhunderts wurde das Eigentum der Gesellschaft auf zwei Millionen Rubel geschätzt. Ihr Jahresbudget belief sich auf 400 000 Rubel. Sie besaß im Nahen Osten über 70 Grundstücke, sechs Kathedralen, elf Gasthöfe mit Unterkunftsmöglichkeiten für bis zu 10.000 Pilgern, ein Krankenhaus, sechs Heilanstalten, 113 Schulen, Lehranstalten und Lehrerseminare mit 11.000 Schülern und Studenten (siehe A. V. Ignat'ev: Rezension zu *Rossija v Svjatoj Zemle. Dokumenty i materialy*. Bd. 1 und 2. Moskau 2000. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2002)5. S. 166 und 167.

9 Siehe Jacob Teitel: Aus meiner Lebensarbeit. Erinnerungen eines jüdischen Richters im alten Rußland. Jüdische Memoiren. Hrsg. von Hermann Simon. Bd. 2. Teetz 1999. S. 117ff. – *Russkoe Bogatstvo*. Sankt Petersburg (1903)11. S. 141.

10 Ignatjew gehörte zu den eifrigsten Verfechtern der reaktionären Innenpolitik, er war Mitinitiator der sogenannten »Swjaschtschennaja Drushina« (Heiligen Drushina), einer 1881 bis 1882 bestehenden Geheimorganisation des Hofadels mit Führungskräften aus Großfürsten, Ministern und Generälen, die im In- und Ausland die russische Revolutionsbewegung bekämpfte. Als Ignatjew 1882 die Einberufung eines Semski Sobor vorschlug, mußte er seinen Abschied nehmen, er blieb aber Mitglied des Staatsrates.

gungen des Kapitals. Andererseits waren Teile der jüdischen Bourgeoisie in Rußland auch nicht abgeneigt, die mit der Emigrationsbewegung aufkommenden jüdisch-nationalistischen Gefühle an die Stelle von Assimilationsbereitschaft und -bestrebungen zu setzen, sie zu kanalisieren und in eine auffallende Palästinafreundlichkeit umzumünzen. Das schloß die Aufnahmebereitschaft für zionistisches Gedankengut und seine Neusicht ein: Jüdische Denker haben Palästina nicht mehr nur als geistiges »Wertezentrum« gesehen, sondern dachten betont über die Wiedergeburt des jüdischen Volkes im »Land seiner Väter« nach.<sup>11</sup>

Der innenpolitische Kurs der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hatte die Grundprobleme des Landes nur verschärft und letztlich die unzureichende Reformfähigkeit der Monarchie gezeigt. Darüber konnten auch bestimmte wirtschaftliche Erfolge in den späten neunziger Jahren nicht hinwegtäuschen. Rußland geriet in Bewegung: Streiks und politische Demonstrationen des Proletariats als eine Dauererscheinung, seit 1902 Bauernaktionen gleich in mehreren ukrainischen Gouvernements, Studentenunruhen an fast allen Universitäten – dies alles auf dem Hintergrund einer tiefgreifenden, in der Krisenlage der damaligen kapitalistischen Welt eingebetteten Wirtschaftskrise. Auf die sozialen Probleme der Werktätigen reagierten demokratisch gesinnte Intellektuelle sensibel und häufiger als je zuvor systemkritisch. Im Untergrund oder in der Emigration bauten antizaristische Gruppierungen organisatorische Strukturen auf und legten sich programmatisch fest: 1898 entstand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, ein Jahr zuvor – 1897 – der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund von Polen, Litauen und Rußland (Bund). Seine beachtlichen Erfolge unter Arbeitern und Studenten im polnisch-litauischen Raum veranlaßten ihn, trotz Beteiligung an der sozialdemokratischen Gründung, auf einer weitgehenden organisatorischen Selbständigkeit als (vorerst) einziger Vertretung der sozialen und politischen Belange jüdischer Arbeiter zu bestehen. Um die Jahreswende 1901/1902 gab die Partei der Sozialrevolutionäre aus dem Untergrund ihre Gründung bekannt, die Partei, die ideengeschichtlich an die Narodniki anknüpfte und sich als Vertreterin bäuerlicher Interessen verstand. Ab 1902 erschien im Ausland die Zeitschrift »Oswoboshdenije« (Die Befreiung), herausgegeben von

---

11 Siehe Bol'shaja sovetskaja ènciklopedija. Bd. 24. Moskau 1932. Spalte 73. – Zahlen über das Ausmaß der damaligen Auswanderungswelle können nicht genannt werden. In der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg verließen 2,5 Millionen Juden Rußland, die meisten nach den Pogromen von 1903 und 1905/1906.



liberalen bürgerlichen Kreisen, die sich alsbald zum »Sojus oswoboshdenija« (Befreiungsbund) zusammenfanden, einem Vorläufer der Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten). In allen systemfeindlichen politischen Strukturen, insbesondere in den revolutionären Parteien, war von Anfang an ein beachtlicher jüdischer Anteil unter Mitgliedern und Führungskräften kennzeichnend. Das hing zuvörderst damit zusammen, daß sie – unterschiedlich akzentuiert freilich – die Forderung nach nationaler Gleichberechtigung der Völker des multiethnischen Russischen Reiches in ihrem Programm hatten, manche ausdrücklich auch die Lösung der jüdischen Frage nur auf diesem Wege artikulierten. Gerade diese Tatsache gab denn auch der zaristischen Administration wie monarchistischen, »rechten« Kräften im Lande zusätzliche »Argumente«, um eine solche »Gefährdung« des Systems der Selbstherrschaft mit aller Härte auszuschließen und die These, Juden seien für die revolutionäre Bewegung verantwortlich, zu kultivieren.

In dieser Situation kam es zu den blutigen Pogromgeschehnissen Ostern 1903 in der Gouvernementshauptstadt von Bessarabien, Kischinow, mit ihrer grausigen Bilanz von 51 Toten (49 Juden), 425 Verletzten, 74 davon Schwerverletzte, alles Juden, mit der völligen Zerstörung von 700 jüdischen Häusern und 600 Läden. Sie wiesen alle Grundkomponenten vorangegangener antijüdischer Pogrome auf: Soziale, wirtschaftliche, nationale und kulturelle Probleme, Spannungen und Widersprüche in einem multiethnischen Schmelztiegel des Ansiedlungsgebietes, wo sich auf engstem Raum eine reiche Oberschicht und unbeschreiblich arme städtische Massen, Kleinhandwerker, Kleinhändler, Arbeiter, Menschen wie »Luft« (so die Bezeichnung für völlig Mittellose), die Hälfte davon Juden (rund 50.000), gegenüberstanden.<sup>12</sup> Gouvernements- und städtische Sicherheitsbehörden hatten seit der Jahrhundertwende in ihren Berichten immer häufiger revolutionäre Agitation unter den Arbeitern, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit vermerkt. Als bald wurde

---

12 1904 erschien, herausgegeben von der »Jewrejskoje kolonizatsionnoje obschtschestwo«, der »Sbornik materialow ob ekonomitscheskom poloshenii ewrejew w Rossii« in zwei Bänden, wo anhand statistischer Erhebungen bei fünf Sechsteln der jüdischen Bevölkerung im Ansiedlungsgebiet ein Anteil von fast 19 Prozent Armer ermittelt wurde. Seit der Jahrhundertwende wuchs dieser Anteil rasant bis auf 28 Prozent (siehe die Besprechungen dazu von S. Ju akov: Politika. K ewrejskomu voprosu v Rossii. In: Russkoe Bogatstvo. Sankt Petersburg (1905)4. Otdel II. S. 95f. – S. Ju akov: K ewrejskomu voprosu v Rossii. In: Ebenda (1905)5. Otdel II. S. 135ff.

auch hier mit dem »Argument«, Träger antizaristischer Aktivitäten seien vor allem jüdischer Herkunft, wirksam das Arsenal gängiger antisemitischer Ressentiments ergänzt.

Die entscheidenden Ideengeber und Hintermänner des Pogroms waren – und das war bislang nirgends so deutlich geworden – »Rechte«, die auf die gewaltsame Lösung der »jüdischen Frage« setzten, d. h. für jüdische Menschen die ohnehin erbärmlichen Lebensumstände durch physische Gewalt unerträglich machen wollten.

Das Gouvernement Bessarabien war mit seinem reaktionären, konservativen Adel eine fruchtbare Pflanzstätte des großrussischen Nationalismus. Von hier kamen – ähnlich wie aus Wolhynien in der Folgezeit – führende Köpfe gesamtrussischer monarchistischer Verbände mit dezidiert antisemitischer Ausrichtung, wie sie den »Sojus russkogo naroda« (Bund des russischen Volkes) und seine Schlägertrupps, die sogenannten Schwarzhunderter, kennzeichnete. Die Behörden Bessarabiens und seiner Hauptstadt zeigten bei der Anwendung antijüdischer Reglementierungen besonderen Eifer. Sie konnten sich dabei auf eine entsprechende Stimmungslage unter Adel, Gutsbesitzern und Unternehmern stützen. Längst waren die Zeiten vergangen, da die jüdische Bevölkerung hier weniger niedergedrückt war als in anderen Ansiedlungsgouvernements. Zur »Standardausrüstung« von Polizei, Gendarmerie und Garnison gehörte alltägliche Judenfeindlichkeit. Längst hatte auch die einst liberale Zeitung »Bessarabez« (Der Bessarabier) Antlitz und Stoßrichtung verändert.

Der 1897 von Pawel Alexandrowitsch Kruschewan (1860–1909) als liberales Blatt gegründete »Bessarabez« war rasch zu einem Sprachrohr des auf äußerste »rechte« Positionen abgeglittenen einflußreichen moldawischen Publizisten und Schriftstellers geworden und hatte die Funktion eines zuverlässigen Instruments antisemitischer Beeinflussung übernommen. Kruschewan gehörte zu jenen »nicht echten Russen«, die ihre nationalen Wurzeln verloren hatten und für die der Großmachtchauvinismus zum politischen Credo wurde.<sup>13</sup> Moldawisch-rumänische antijüdische Positionen verknüpfte er in bemerkenswerter Weise mit großrussischen,

---

13 Siehe *Političeskaja istorija Rossii v partijach i licach*. Moskau 1993. S. 320. – Hier werden in diesem Zusammenhang ferner der Führer des Sojus russkogo naroda W. M. Purischkewitsch, der Gründer der monarchistischen Partei W. A. Gringmut, der Stadthauptmann von Jalta, Dumbadse, sowie der Rechtsanwalt und zeitweilige Herausgeber der »Russkoje snamja«, Organ des Sojus, P. F. Bulazel genannt.

vorbehaltlos bekannte er sich zur Russifizierung im Ansiedlungsgebiet. Die Juden, »ein schädliches und für das Land gefährliches Element der Bevölkerung«, von dem bedrohliche »Zersetzung« ausgehe, wollte er am liebsten ausnahmslos zum russisch-orthodoxen Glauben bekehren. Widrigenfalls sollten sie binnen Jahresfrist das Land verlassen.<sup>14</sup> So oder so würde dann die »verfluchte jüdische Frage« verschwunden sein, schrieb Kruschewan, überzeugt, daß sein Plan »moralisch, logisch und gerecht« sei.<sup>15</sup> Der zeitgenössische Historiker und Neonarodnik W. A. Mjakotin nannte dieses Programm die »Frucht konsequenter Entwicklung der Grundideen unserer Nationalisten« und verglich es mit »der spanischen Inquisition unserigen Angedenkens«. Es empörte ihn besonders, daß dieser »Nationalist« keine Skrupel hatte, sein Programm im Namen des russischen Volkes zu verkünden.<sup>16</sup>

Die direkte und indirekte Beteiligung dieses frühen »Rechten« am Kischinower Pogrom war für viele Zeitgenossen ein offenes Geheimnis. Im Vorfeld dieser Ereignisse veröffentlichte Kruschewan in der Stadtchronik des »Bessarabez« regelmäßig mit Lügen und Verleumdungen gespickte Beiträge über »Ausbeuterpraktiken« und »Verbrechen« jüdischer Bürger, über »Kurpfuscherei« jüdischer Ärzte u. a. und schürte so systematisch antisemitische Stimmungen. Bereits nach dem Pogrom, aber noch vor der Verurteilung daran beteiligter Gewalttäter,<sup>17</sup> konnte Kruschewan im 1.500 Kilometer entfernten Petersburg die ebenfalls offen antisemitische Zeitung »Drug« (Der Freund) herausgeben, wobei ihm seine innigen Verbindungen zu Regierungskreisen zugute kamen. Hierin veröffentlichte er als erster in Rußland unter der Schlagzeile »Programm

---

14 Zitiert nach V. A. Mjakotin: Chronika vnutrennej · izni. In: Russkoe Bogatstvo. Sankt Petersburg (1903)5. S. 188f.

15 Zitiert nach ebenda. S. 189.

16 Siehe ebenda.

17 In nichtöffentlichen Prozessen wurden von 800 verhafteten Gewalttätern über 300 zu Geldstrafen zwischen 25 und 300 Rubeln verurteilt; von 100 als hauptverantwortlich ausgemachte Beteiligte erhielten 54 Freiheitsstrafen zwischen vier Monaten und sieben Jahren, die anderen wurden freigesprochen (siehe Sonja Striegnitz: Kischinow, Ostern 1903. Geschichtliches zu einem Judenpogrom. In: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS. Berlin 2003. 3. Antifaschismus. S. 26ff. – Sonja Striegnitz: »... eine der brennendsten Fragen unseres Lebens«. Die Zeitschrift »Russkoe Bogatstvo« über den Judenpogrom von Kisinev 1903. In: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen. Gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz. Köln 2000. S. 102ff.).

zur Eroberung der Welt durch die Juden« die »Protokolle der Weisen von Zion«. <sup>18</sup> Unverhüllt bekannte er in Petersburger Zeitungen seine Sympathien für die Täter von Kischinow und solidarisierte sich mit Verlautbarungen, es sei natürlich eine furchtbare Katastrophe gewesen und es bleibe nur zu wünschen, daß sie fernerhin für die Juden eine Lehre sei. Das Wichtigste sei, so schrieb eine hauptstädtische Zeitung und traf damit Kruschewans Überlegungen, »daß ihretwegen nicht jene unglücklichen Christen leiden müssen, die nicht wegen eigenen Verschuldens dazu verdammt sind, mit ihnen zusammenzuleben, verdammt, auf einem Pulverfaß zu leben und jede Minute zu riskieren, Opfer einer verhängnisvollen Nachbarschaft zu werden«. <sup>19</sup> Konsequenter lehnte es Kruschewan ab, in seinem »Bessarabez« einen vom Stadtoberhaupt Kischinjows finanzierten Aufruf zu veröffentlichen, in dem um Unterstützung für die jüdischen Pogromopfer gebeten wurde.

Kruschewans weitere politische Karriere war bis zu seinem abrupten Lebensende mit dem monarchistischen »Sojus russkogo naroda« verbunden. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Gründung seiner Unterabteilung in Kischinow, war von 1906 bis 1909 Abgeordneter des Sojus in der Kischinower Stadtduma und saß 1907 (gleichzeitig) als Abgeordneter seines Heimatgouvernements Bessarabien in der II. Staatsduma. In beiden Gremien vertrat er zuverlässig »rechte« Positionen. <sup>20</sup>

Weder die territorialen noch die zentralen Behörden wiesen militante Antisemiten wie Kruschewan und Seinesgleichen in die Schranken. Führende Vertreter der russisch-orthodoxen Geistlichkeit, wie Bischof Johann von Kronstadt, stießen ebenso unbehelligt mit judenfeindlichen Verleumdungen in die gleiche Kerbe. In seinem »Brief an die heißgeliebten christlichen Brüder von Kischinow« zeigte sich dieser überzeugt, daß die »Juden selbst die Ursache für jene Gewalttätigkeiten, Körperverletzungen und Morde gewesen sind, zu denen es am 6. und 7. April kam«. <sup>21</sup>

18 Siehe »Drug«. Sankt Petersburg vom 28. August bis 7. September 1903.

19 Zitiert nach V. A. Mjakotin: Chronika vnutrennej · izni. In: Russkoe Bogatstvo. Sankt Petersburg (1903)5. S. 188.

20 Siehe Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Dokumental'noe nasledie. Pravye partii. Dokumenty i materialy. 1905–1917 gg. V 2 tomach. Bd. 1: 1905–1910 gg. Moskau 1998. S. 163ff. – Nach einem mißglückten Attentat auf ihn fühlte sich Kruschewan ständig bedroht, er trug stets eine Waffe bei sich und hielt sich einen eigenen Koch aus Furcht, vergiftet zu werden. 1909 erlag er einem Herzanfall.

21 Zitiert nach V. A. Mjakotin: Chronika vnutrennej · izni. In: Russkoe Bogatstvo. Sankt Petersburg (1903)6. S. 148.

Kischinjaw verdeutlichte die Brisanz der jüdischen Frage nachhaltig. Und obwohl die Herrschenden von den Wirkungen dieses Ereignisses nicht unberührt blieben,<sup>22</sup> ließ die zaristische Administration keinen Zweifel aufkommen, daß sich an der grundsätzlichen politischen Linie gegenüber Rußlands Juden nichts ändern würde. Hervortreten und Aktivitäten monarchistischer Kräfte mit ausgeprägt antisemitischen Auffassungen in diesem Umfeld wurden nicht nur geduldet, sondern erwiesen sich gleichsam auch als eine Bedingung für das politische und administrative Beharrungsvermögen in dieser Frage.

Das waren Rahmenbedingungen dafür, daß Pogrome auch weiterhin zu »Normen« des innenpolitischen Geschehens gehörten. Es war »Ironie der Geschichte«, daß es ausgerechnet in den Tagen der sogenannten Oktoberfreiheiten im Revolutionsjahr 1905, daß heißt nach dem Bekanntwerden des Manifestes, in dem der Zar gezwungenermaßen eine Gesetzgebende Duma sowie politische Freiheiten zugestand, neuerlich zu schwersten blutigen Pogromen auf nationalem und sozialem Hintergrund kam. Unter tätiger Mitwirkung des Polizeidepartements organisiert<sup>23</sup> und von konterrevolutionären Schlägertrupps monarchistischer Orientierung ausgeführt, richteten sie sich gegen revolutionär aufbegehrende Arbeiter, Studenten, Intellektuelle, gegen Russen, Armenier, Aserbaidshaner, Polen und andere. Hauptzielgruppe blieben jedoch wie ehemals jüdische Menschen. In der Zeit vom 18. bis 20. Oktober 1905 kam es in rund 650 Städten, Ortschaften und Dörfern der Ansiedlungsgouvernements Bessarabien (71), Cherson (82), Jekaterinoslaw (41), Podolien (32), Poltawa (52), Kiew (41), Tschernigow (329) zu Pogromen. Außerdem waren in den ersten zwei bis drei Wochen nach Verkündung des Manifestes über 100 Städte in Zentralrußland von Pogromen betroffen. Offiziell wurde die Gesamtzahl der Opfer mit 810 Toten und 1.770 Verletzten angegeben; die Zählung durch gesellschaftliche Organisationen ergab mit 3.500 bis 4.000 Toten und etwa 10.000 Verletzten um ein Vielfaches

---

22 Außer der gerichtlichen Belangung und Verurteilung eines Teils der Gewalttäter mußten unter dem Druck der progressiven Öffentlichkeit der Gouverneur von Bessarabien sowie der Polizei- und Gendarmeriechef von Kischinjaw ihre Posten räumen. Zur Schadensbegrenzung sahen sich die Behörden zudem zu gewissen Lockerungen in den Reglementierungen der Lebensumstände jüdischer Bürger gezwungen. Auch außenpolitische Aktivitäten galten diesem Zweck.

23 Siehe S. Ju. Vitte: *Izbrannye vospominanija. 1849–1911* gg. Moskau 1991. S. 562ff.

mehr.<sup>24</sup> Im polnischen Białystok (Belostok) verloren im Juni 1906 über 70 Juden infolge eines geradezu militärisch inszenierten Pogroms ihr Leben. Die I. Duma reagierte darauf, indem sie eine Untersuchungskommission entsandte und einige Abgeordnete zaghafte Verbindungen zwischen Regierung und Pogromhelden benannten. Das blieb denn auch die einzige Einmischung des gerade entstandenen Parlaments in die offen und blutig betriebene Jagd auf jüdische Menschen.<sup>25</sup> Die Duma wurde kurz danach selbst Opfer der Konterrevolution.

Extreme Monarchisten, die noch unlängst eine eigene Partei für überflüssig hielten, hatten Anfang November 1905 in Petersburg den »Sojus russkogo naroda« gegründet, die bedeutendste monarchistische Partei. Mit ihrem Schritt unterstrichen sie, daß sie die Selbstherrschaft schützen und verteidigen wollten, auch vor weiterreichenden Zugeständnissen des Zaren gegenüber den Liberalen. Das Oktobermanifest betrachteten sie als die Grenze des Zulässigen. Vorläufer der Partei waren im Laufe des Revolutionsjahres 1905 verschiedenenorts entstandene monarchistische Gruppen und Kampfdrushinas, die nichts dagegen hatten, von Revolutionären wie Liberalen wegen ihrer Gewalttätigkeiten Schwarzhunderter genannt zu werden, sich selbst aber lieber als »wahre« oder »echte« Russen, »Patrioten« und eben Monarchisten bezeichneten.<sup>26</sup>

Engste Verbindungen zu Regierung und Polizei – sozusagen historisch entstanden –, zu Kreisen des Hofes und rechtsorientierten Mitgliedern des Staatsrates, ideelle und finanzielle Förderung durch sie, waren unwandelbare äußere Existenzbedingungen der parteimäßig organisierten Monarchisten. Unwandelbar genossen sie auch die Sympathien des Zaren. Schon wenige Wochen nach der Registrierung des Sojus empfing Nikolaus II. dessen Vertreter und entließ sie mit den Worten: »Schließt euch zusammen, ihr russischen Menschen. Ich zähle auf euch. Ich bin überzeugt, daß es mir und dem russischen Volk mit eurer Hilfe gelingen

---

24 Siehe *Neproletarskie partii v Rossii. Urok istorii*. Moskau 1984. S. 112f. – V. Obninskij: *Polgoda russkoj revoljucii. Sbornik materialov k istorii russkoj revoljucii*. Vypusk 1. Moskau 1906. S. 42.

25 Siehe W. I. Lenin: *Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf*. In: W. I. Lenin: *Werke*. Bd. 10. S. 514ff.

26 Der Begriff »Schwarzhunderter« wurde zum Synonym und Sammelbegriff ausschließlich für russische monarchistische Parteien und Organisationen. Obwohl sich auch die Partei der Oktobristen zu Prinzipien des Monarchismus bekannte, fand er für sie keine Anwendung.

wird, die Feinde Rußlands zu besiegen.«<sup>27</sup> Intensive Kontakte unterhielt der Sojus zum Rat des Vereinten Adels, wobei häufig Personenidentität bei der Mitgliedschaft bestand (siehe weiter unten), und zu den Nationalisten, die sich nach vergeblichen Versuchen einer eigenen Parteiengründung auf die Dumatätigkeit beschränkten (ab 1908).

Der »Sojus russkowo naroda« blieb trotz einer strikten Hierarchie eine weitgehend amorphe Partei, die nach eigenen Angaben rund drei Millionen Mitglieder in ihren Gliederungen zählte, einschließlich aller möglichen ideenverwandten Bünde und Gesellschaften. Neuere Forschungen haben diese Zahl erheblich korrigiert: Für Ende 1907/Anfang 1908 (dem Höhepunkt der Schwarzhunderter-Bewegung) wird von ungefähr 410.000 Mitgliedern in 2.124 Abteilungen des Sojus und in weiteren 105 Gliederungen anderer monarchistischer Verbände in insgesamt 66 Gouvernements und Gebieten ausgegangen. In Gebieten mit ausschließlich russischer Bevölkerung hatten die Schwarzhunderter geringen organisatorischen Erfolg, dort fehlten »Subjekte«, an denen sie nationalen Hader entfachen konnten. Hingegen verfügten der Sojus und gleichartige monarchistische Organisationen in Gegenden mit multiethnischer Bevölkerung über starke Positionen: In den fünfzehn Gouvernements des Ansiedlungsgebietes (also außer dem russischen Teil Polens) konzentrierten sich weit über die Hälfte aller Mitglieder »rechter« Organisationen.<sup>28</sup>

Im Parteienspektrum Rußlands, wie es sich seit der Jahrhundertwende herausbildete und dann durch die Revolution mächtig stimuliert wurde, haben monarchistische Parteien wie der Sojus seit Ende 1905 den bislang vakanten Platz auf der äußersten »Rechten« besetzt und mit wechselndem Erfolg bis zum Sturz der Monarchie innegehabt. Die »Rechten« vermieden allerdings selbst nach Möglichkeit den Terminus Partei, zu sehr gemahnte er an konstitutionelle Institutionen, die sie grundsätzlich ablehnten. Die »rechte« Parteiung Rußlands blieb jedoch recht instabil, in ihr gingen fortlaufend Veränderungen vorstatten. Allein der Sojus als bedeutendste monarchistische Gründung erlebte mehrere Spaltungen und Abspaltungen, Ausschlüsse von Führungskräften, u. a. Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zur Monarchie des 3. Juni

---

27 Zitiert nach Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 446 und 448.

28 Siehe Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 64.

(1907) unter Ministerpräsident Pjotr Arkadjewitsch Stolypin und zu dem von ihm eingeschlagenen innenpolitischen Kurs, besonders in der Agrarfrage. Die fatale politische Niederlage im Zusammenhang mit der Beilis-Affäre (siehe weiter unten) und schließlich die Irrelevanz germanophiler Positionen bei Beginn des Ersten Weltkrieges bildeten Etappen seines Abstiegs in die politische Bedeutungslosigkeit. »Rechte« ideologische Grundpositionen und programmatische Forderungen, wie sie vor allem der Sojus formulierte, sorgten indes nachhaltig dafür, daß der Antisemitismus in Rußland eine neue Qualität bekam und die von den Monarchisten vertretenen Auffassungen über die »jüdische Frage« auch über ihren politischen Tod hinaus in der Gesellschaft wirkten.

Für ihre kräftige Stimme in den geistigen Auseinandersetzungen im Lande standen den Monarchisten – auch infolge der mehr oder weniger offenen Subsidierung durch Regierungsstellen – Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung, die für andere Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Oktobristen, unerreichbar waren. Anfang 1906 erschienen in Rußland 89 Zeitungen und Zeitschriften »rechter« und ultra»rechter«, monarchistischer Orientierung, mindestens 67 davon waren »Gleichgesinnte« der in Petersburg erscheinenden »Russkoje snamja« (Reußenfahne), offizielles Organ des Sojus. Für das zentralrussische Gebiet erfüllten die »Moskowskije wedomosti« (Moskauer Nachrichten) die Funktion einer überregionalen Zeitung.<sup>29</sup>

Grundideen des Sojus waren: Unantastbarkeit der zaristischen Macht, die besondere Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche im Staate sowie im Privatleben der Bürger, die Einheit und Unteilbarkeit des Russischen Reiches, die Überlegenheit des russischen Volkes gegenüber allen »Fremdstämmigen« und »Andersgläubigen«, die Spezifik von Rußlands Entwicklungsweg in dezidiertem Gegenüberstellung zum Westen. Nicht zu übersehen war das Bekenntnis der Monarchisten zum überkommenen slawophilen Gedankengut und zur anachronistischen dreigliedrigen Formel aus der Zeit der nikolaïtischen Reaktion »Selbstherrschaft, Orthodoxie, Volkstum«. Den Vorstellungen des Sojus gemäß mußte die durch nichts eingeschränkte Selbstherrschaft – die beste Herrschaftsform für Rußland – wiederhergestellt und gesichert werden: durch Begrenzung

---

29 Siehe A. V. Ševcov: Izdatel'skaja dejatel'nost' nesocialističeskich partij načala XX veka. Sankt Petersburg 1997. S. 155ff. – Die erste Nummer der »Russkoje snamja« erschien am 28. November 1905 in Petersburg.



der Macht der Bürokratie, die die russischen Grundfesten untergraben und die Persönlichkeit des Zaren verdeckt habe, durch Einsetzung einer gesetzberatenden Versammlung anstelle der Gesetzgebenden Duma, durch absolute Unantastbarkeit privaten Eigentums, insbesondere an Grund und Boden, durch rigorose Ausrottung der »bösen Kräfte« im Lande, namentlich der Intelligenz und der Juden, denen alle Gebrechen der Gesellschaft, vor allem die Revolution, angelastet wurden.<sup>30</sup>

Obwohl also die Monarchisten die Gesetzgebende Duma ablehnten und dafür lieber einen Semski Sobor altrussischer Prägung gehabt hätten, ohne dessen Wesen genauer bestimmt zu haben, nahmen sie aktiv an der Kampagne für die Wahlen zur I. Duma teil. Sie ließen sich dabei von der Idee leiten, entweder die Duma in die Hand zu bekommen und sie der uneingeschränkten Selbstherrschaft an die Seite zu stellen oder aber durch Destruktion ihre Untauglichkeit nachzuweisen und ihre Auflösung herbeizuführen. Die Wahlplattform – die erste programmatische Äußerung des Sojus – bot eine Mischung konservativen Gedankengutes und extrem chauvinistischer und judenfeindlicher Auffassungen. Punkt VII dieses Dokuments lautet: »Die jüdische Frage ist angesichts der unausgesetzten elementaren Feindseligkeit des Judentums gegenüber dem Christentum und den nichtjüdischen Nationalitäten und wegen des Trachtens der Juden nach der Weltherrschaft getrennt von den anderen Stammesfragen durch Gesetze und Maßnahmen der Verwaltung zu regeln.«<sup>31</sup> Dieser Passus wurde Ende Januar 1906 nahezu unverändert in das Parteiprogramm »Grundsätze des Bundes des russischen Volkes« übernommen, jedoch nicht als Extrapunkt, sondern eingebettet in die Programmpunkte zur nationalen Frage.<sup>32</sup>

Mit seinen recht ausführlichen Überlegungen zur nationalen Frage im Programmdokument (vier von insgesamt neunzehn Punkten) hob sich der Sojus von allen anderen »rechten« und auch den konservativ-liberalen Parteien ab. Sie reflektierten in gewisser Weise Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen sich die Schwarzhunderter und nun auch ihre politischen Strukturen formierten, waren Ausdruck und Folgeerscheinung

---

30 Siehe das Programm des Sojus von Anfang 1906 »Grundlagen des Bundes des russischen Volkes« in Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 440ff.

31 Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 447. – In der I. Duma erlangten die Rechten kein einziges Mandat.

32 Siehe ebenda. S. 444.

nung der überreifen, in der Revolution wirkenden nationalen Widersprüche und schließlich Abbild dessen, wie die äußersten »rechten« Kräfte sie erfaßten und zu lösen suchten.

Dem russischen Volk wurden hierin die Attribute des herrschenden, des »Machtvolkes«, des Vorrang genießenden Volkes gegeben, das außerordentliche Rechte besitzt; die russische Sprache wurde zur Staatssprache erklärt, die »für alle Untertanen des Russischen Reiches obligatorisch ist«. Im »Einklang mit der Bereitschaft der einzelnen Völkerschaft (Nationalität), Rußland und dem russischen Volk bei der Verwirklichung gesamtstaatlicher Aufgaben zu helfen«, sollten die nicht-russischen Völker behandelt werden.<sup>33</sup> Sie wurden generell in »feindlich« und »freundschaftlich gesonnene« eingeteilt, je nach Wohlverhalten: beteiligten sie sich an der revolutionären Bewegung (in welcher Form auch immer) oder nicht. Juden wurden in die Kategorie der Feinde eingeordnet. Den Russen wohlgesonnenen Völkern, die seit alters her in Randgebieten des Reiches sesshaft waren, wurde Unantastbarkeit ihres Glaubens, ihrer Sprache, ihrer Lebensweise zugesichert. Die Völker im Wolgagebiet, in Mittelasien und Sibirien galten den Monarchisten als loyal, und für diejenigen, die sich zum Islam bekannten, zeigten sie gar »besonderes Wohlwollen«. Rußlanddeutsche, vor allem im Baltikum (aus denen sich ja zu nicht geringem Teil die höchste staatliche Administration rekrutierte), betrachteten sie als absolut zuverlässig. Hingegen war ihnen die weitgehende Autonomie Finnlands verhaßt und sollte nach ihren Vorstellungen abgeschafft werden, auch weil sie Regimegegnern Möglichkeiten des »Untertauchens« bot. Die Polen standen im Denkschema der Monarchisten wegen ihres katholischen Glaubens auf der »Negativseite«.<sup>34</sup> Für »Andersgläubige« und »Fremdstämmige«, die sich zum russischen Volk »feindlich« verhielten, forderte der Sojus in seinem Programm Restriktionen, insbesondere das Verbot einer Vielzahl öffentlicher und gesellschaftlicher Tätigkeiten.<sup>35</sup>

Im Unterschied zu den Slawophilen, deren Gedanken die Monarchisten in Teilen aufgriffen und für sich nutzbar machten, hielten sie überhaupt nichts von der Idee der Einheit aller Slawen: Sie befürchteten daraus entstehende weitere Probleme für das Russische Reich (Katholi-

33 Siehe ebenda. S. 443 und 444.

34 Siehe ebenda. S. 444f. – Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 71f.

35 Siehe Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 445.

zismus, Einflüsse konstitutioneller Ideen und Erfahrungen). Konsequenterweise betrachteten sie nicht nur die zum Russischen Reich gehörenden Polen als verkappte Feinde, sondern schlugen auch – der offiziellen Politik folgend – Ukrainer und Belorussen den Großrussen zu (womit für sie die Sprachenfrage, ein wichtiger Aspekt der nationalen Identität dieser Völker, ebenfalls nach dem Beispiel der Staatspolitik entscheiden war).<sup>36</sup>

Die programmatischen Grundsätze des Sojus in der »jüdischen Frage« wurden von anderen monarchistischen Parteien geteilt. Die Formulierung im Programm der »Russkoje sobranije« (Russische Sammlung, 1905) ist fast identisch mit der im Programm des Sojus, so daß hier eine (zeitlich frühere) gleiche Autorenschaft angenommen werden kann.<sup>37</sup> Die »Russkaja monarchitscheskaja partija« (Russische Monarchistische Partei), eine der ersten monarchistischen Gründungen überhaupt (April 1905), stand gemäß ihrem Statut allen russischen Untertanen offen – außer Juden! Sie formulierte in ihrem Programm Forderungen und Maßnahmen gegen die Gefährdung der »Russischen nationalen und kulturellen Idee« durch »Verräter Rußlands, die sich mit verschiedenen Fremdstämmigen vereint haben«. Die Monarchistische Partei machte Front gegen Bestrebungen, die Unteilbarkeit des großrussischen Staatsverbandes in Frage zu stellen oder ihn gar zu verlassen, um zum einstigen Zustand »kleiner« Staaten zurückzukehren. Im Programm wurde ausdrücklich dagegen Stellung bezogen, daß solche »Verräter« für »Fremdstämmige und Andersgläubige, namentlich für die Juden«, die gleichen Rechte durchsetzen wollten, »wie für das bodenständige Russische Volk«. Dies sei nur möglich bei Anerkennung der Unteilbarkeit des Reiches, der uneingeschränkten Selbstherrschaft, der Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Staatssprache Russisch, einheitlicher russischer Gesetze und der russischen staatlichen Einheitsschule.<sup>38</sup> Der »Russki narodny sojus im. Michaila Archangela« (Russischer Volksbund »Erzengel Michail«), 1908 durch Abspaltung vom Sojus entstanden, aber stets dessen ideologisch-politische Grundsätze beibehaltend, fügte seinem knappen eigenen Programm eine Anmerkung hinzu, in der er sich für weiterreichende

---

36 Siehe *Istorija političeskich partij Rossii*. Moskau 1994. S. 71.

37 Siehe *Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv.* Moskau 1995. S. 420. – Als Autor käme durchaus Purischkewitsch in Frage.

38 Siehe ebenda. S. 427.

staatliche und gesellschaftliche Beschränkungen, vor allem für Juden, aussprach. Die Begründung: diese wünschten nicht, sich dem »Gefühl der Russischen Staatlichkeit aufzuschließen« und behinderten folglich die Mehrung von Ansehen und Größe Rußlands.<sup>39</sup>

Der Antisemitismus ging in der monarchistischen Ideologie mit dem großrussischen Chauvinismus eine innige Verbindung ein; die öffentlichen Wortmeldungen vor allem aus den Reihen des Sojus wurden von Bekenntnissen zu ersterem dominiert. Die Monarchisten verfochten nicht nur unwandelbar die gesetzlichen Beschränkungen für Rußlands Juden, sondern forderten nachdrücklich deren Verschärfung. In offensichtlicher Anspielung auf zionistische Bestrebungen, die Auswanderung von Juden aus Rußland nach Palästina zu lenken, entwarf der Sojus in seiner Plattform für die Wahlen zur II. Staatsduma einen regelrechten Plan für die Eliminierung aller Juden Rußlands, der in seinem Extremismus exemplarisch war. Die Ausgangsfeststellung: Die Juden hätten »besonders in den letzten zwei Jahren einen zutiefst unversöhnlichen Haß gegenüber Rußland und allem Russischen, ihre unglaubliche Menschenfeindlichkeit, ihre vollständige Entfremdung von anderen Nationalitäten und ihre besonderen jüdischen Ansichten gezeigt, wonach ein Mensch, der einem anderen nahe steht, nur ein Jude sein könne, während sie in Bezug auf die Christen jegliches Unrecht und jedwede Gewalt dulden, einschließlich Totschlag«. Alle momentanen »Wirren«, ja »die revolutionäre Bewegung in Rußland überhaupt [...] all dies ist das Werk fast ausschließlich der Juden und wird mit jüdischem Geld gemacht«. Das russische Volk könne sein Recht als »Hausherr« nutzen und binnen eines Tages die »verbrecherischen Wunschträume« der Juden »zunichte machen«, sie zwingen, sich seinem Willen zu beugen. Doch es lasse Milde walten und – erwarte von den Juden, daß sie Rußland verlassen und nach Palästina davonziehen. Das sei das »einzige zuverlässige Mittel, um die Menschheit ein für allemal von dem Übel zu erlösen, das die Juden für sie darstellen«.

Der Sojus wolle, daß »seine Vertreter in der (künftigen) Staatsduma in erster Linie die Frage der Bildung eines jüdischen Staates aufwerfen, egal, welche materiellen Opfer eine solche Aussiedlung auch vom Russi-

---

39 Ebenda. S. 458f. – Hier ist auf Berührungspunkte zwischen monarchistischen und den Programmen und Grundsätzen von konservativ-liberalen Parteien wie den Oktoibristen zu verweisen (siehe ebenda. S. 339ff. – Partija »Sojuz 17 oktjabrja«. Protokoly s'ezdov i zasedanij CK. Bd. 1: 1905–1907 gg. Moskau 1996. S. 342ff.).

schen Volk fordern wird«. <sup>40</sup> Bis zur Verwirklichung dieses Vorhabens sollten nach dem Willen des Sojus alle Juden Rußlands zu Ausländern erklärt werden, ohne ihnen jedoch irgendwelche Rechte oder Privilegien einzuräumen. Dies sowie andere »einschränkende Maßnahmen« würden zweifellos »die Energie der Juden bei der schnellstmöglichen Umsiedlung in ihr eigenes Reich« befördern. <sup>41</sup> Als »einschränkende Maßnahmen« nannte die Wahlplattform in dem zwei Druckseiten umfassenden Absatz »Die jüdische Frage« neun Punkte, darunter: rigoroser Ausschluß von Juden aus Armee und Flotte, Ersatz des Militärdienstes durch eine ständige Steuer, zu leisten von der jüdischen Bevölkerung nach dem Prinzip der Solidarität; strikte Wiederherstellung des Ansiedlungsgebietes mit allen Gesetzen von vor 1903; <sup>42</sup> Wohn- und Aufenthaltsverbot für Juden in Hafenstädten; Vertreibung der Juden aus Schulen mit christlichen Schülern, Verbot der Gründung eigener Hoch- und Mittelschulen; Verbot von Berufen und Gewerben in fast allen Tätigkeitsbereichen, insbesondere in der Medizin und im Zeitungs- und Verlagswesen; Verbot der Teilnahme an Wahlen und des Zugangs zu Wahlfunktionen für öffentliche Ämter, Selbstverwaltungsorgane, für Staatsrat und Staatsduma (also faktisch Aufhebung der Bestimmungen des Manifests vom 17. Oktober 1905); Einreiseverbot für Juden aus anderen Ländern nach Rußland. Nach dem Willen der Monarchisten sollten zudem Juden, die sich revolutionär betätigten, enteignet werden und ihr Hab und Gut an den Staat fallen. <sup>43</sup>

Diese antisemitischen Forderungen waren Teil der allgemeinen Wahlplattform, die sich in schärfster Form gegen die revolutionäre Bewegung richtete und die Todesstrafe für alles – von der Teilnahme an Demonstrationen bis zu der an bewaffneten Aufständen – forderte. Mit diesem Programm gelangten 30 bis 35 monarchistische Abgeordnete in die II. Duma. Wahlbündnisse mit konservativen Parteien wie den Oktobristen waren lediglich auf territorialer Ebene zustande gekommen, in der Duma

---

40 Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 449f.

41 Siehe ebenda. S. 450.

42 Nach dem Pogrom von Kischinow wurden einige Erleichterungen durch die Öffnung von mehr als 100 Städten und städtischen Siedlungen innerhalb des Gebietes für jüdische Handwerker u. a. wirksam.

43 Siehe Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 450f.

versuchten die »Rechten« selbständig zu agieren. Doch die Gruppe schmolz schon bald auf ein Drittel zusammen; der radikalen Gesamthaltung der Duma konnte sie in der knapp bemessenen Zeit von deren Bestehen<sup>44</sup> letztlich nichts entgegensetzen. Nichtsdestoweniger war es ein politischer Fakt, daß ein derartiges antisemitisches Programm in Rußland erstmals auf die parlamentarische Tribüne gelangte und in die Gesellschaft hineinwirkte.

Daran hatte der Abgeordnete, Mitbegründer des Sojus und stellvertretende Vorsitzende seines Hauptrates bis 1907, Wladimir Mitrofanowitsch Purischkewitsch (1870–1920), maßgeblichen Anteil. Purischkewitsch war eine schillernde Figur auf der politischen Bühne Rußlands. Sohn eines Geistlichen und Adliger erst in zweiter Generation, Gutsbesitzer nicht von der reichsten Sorte, hatte er in seinem Heimatgouvernement Bessarabien durchaus Schwierigkeiten als »echter Russe« allseits akzeptiert zu werden.<sup>45</sup> Nach Absolvierung der Historisch-Philologischen Fakultät der Neurussischen Universität Odessa (für die Abschlußarbeit über die Geschichte oligarchischer Umstürze in Athen hatte er eine Goldmedaille erhalten) begann er seine Karriere im Semstwo von Akkerman, rückte jedoch bald auf den Posten eines Beamten für besondere Aufträge in das Innenministerium auf, wo er in der Hauptverwaltung für Presseangelegenheiten arbeitete. Was die Herkunft nicht zuverlässig hergab, kompensierte er mit seinen politischen Aktivitäten. Er verschaffte sich Beachtung und Anerkennung als militanter Verteidiger der Adelsprivilegien und der Knebelung der »Fremdstämmigen«, namentlich der Juden. Nach einem kurzen Intermezzo in der »Russkoje sobranije«, die ihn wegen ihres »akademischen« Arbeitsstils nicht befriedigte, setzte er seine politische Laufbahn im Sojus fort, wo er außer der oben genannten Funktion auch Vorsitzender des Editionskomitees war. Daß ihm dabei seine Verbindungen zum Innenministerium außerordentlich dienlich waren, ist von der Forschung nachgewiesen worden. »Es vergeht keine Woche, ohne daß nicht jeweils 500 Kisten mit Literatur an jene Orte geschickt werden, wo die Nachfrage nach solcher Literatur nicht nachläßt«, ließ er am 15. November 1906 in Petersburg auf einem Kongreß Adelsbevollmächtigte aus 31 Gouvernements wissen und machte auch

---

44 Die II. Staatsduma trat am 20. Februar 1907 zusammen, sie wurde am 3. Juni per Regierungskukas aufgelöst, gleichzeitig wurde ein neues, reaktionär zugeschnittenes Wahlgesetz verabschiedet, mit dem die III. Duma (1907–1912) zustande kam.

45 Siehe *Političeskaja istorija Rossii v partijach i licach*. Moskau 1994. S. 320.

kein Hehl daraus, auf wessen Hilfe er bei diesen Unternehmungen rechnen konnte.<sup>46</sup>

Purischkewitsch wurde von den Monarchisten seines Heimatgouvernements auch in die III. Staatsduma gewählt, in die IV. Duma (1912) kam er als monarchistischer Abgeordneter des Gouvernements Kursk. Wegen seines unbändigen Temperaments, das er fortwährend in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern einsetzte, galt er vor allem in liberalen Kreisen als Skandalfigur. Aufmerksamere Beobachter (Lenin!) entdeckten jedoch in seinen scharfzüngigen, geschliffenen Reden den raffinierten Politiker und schlaunen Taktiker, der seine politischen Überzeugungen wirkungsvoll vertrat, in und außerhalb der Duma an den wichtigsten Stellen die »Strippen zog« und letztlich entscheidend an der Auflösung der II. Duma beteiligt war.<sup>47</sup>

Eine einzigartige Werkstatt für die Erarbeitung jüdenfeindlicher Positionen und Projekte war der Rat des Vereinten Adels. Gegründet von Adelsvertretern aus 29 Gouvernements Ende Mai 1906 in Petersburg bei allseitiger Förderung und Unterstützung durch die Regierung, verfolgte diese Organisation von Anfang an ein Hauptziel: die Revolution aufzuhalten, die Monarchie abzusichern. Aufgeschreckt durch die Wucht des revolutionären Ansturms und in Angst und Schrecken versetzt wegen der Zugeständnisse der Macht, hielten es die Adelsvertreter jetzt für angezeigt, ihre Kräfte zu bündeln. Eine Partei im herkömmlichen Sinne stellte der Vereinte Adel trotz bestimmter Strukturen (ein Ständiger Rat aus zwölf Mitgliedern, ein Vorsitzender und zwei Stellvertreter mit weitreichenden Kompetenzen, einschließlich des Rechts, im eigenen Namen bei der Regierung vorstellig zu werden, Kongresse von Bevollmächtigten in dreijährigem Rhythmus) nicht dar und nahm dies auch nicht für sich in Anspruch. Seit seiner Gründung und bis zur Selbstauflösung (Mai 1917) stand der Vereinte Adel unwandelbar auf antisemitischen Positionen, die ähnlich artikuliert wurden wie vom Sojus, zu dem es engste Verbindungen gab; führende Mitglieder gehörten beiden Organisationen an.

---

46 Zitiert nach A. V. Ševcov: *Izdatel'skaja dejatel'nost' nesocialističeskich partij načala XX veka*. Sankt Petersburg 1997. S. 177. – Zu Titeln antisemitischen Inhalts gehörte u. a. die Broschüre Ja. G. Demčenko: *Evrejskoe ravnopravoe ili russkoe poraboščenie*. Kiew 1906.

47 Siehe *Istorija političeskich partij Rossii*. Moskau 1994. S. 76f. – Purischkewitsch war 1916 an der Ermordung Rasputins beteiligt.

Erster und langjähriger Vorsitzender des Ständigen Rates (1906 bis 1912) war der Großgrundbesitzer und Jurist Graf Alexej Alexandrowitsch Bobrinski (1852–1927). Als Adelsmarschall des Gouvernements Petersburg gehörte er dem Senat an und war (seit 1912) Mitglied des Staatsrates. 1907 wurde Bobrinski Abgeordneter der »Rechten« in der III. Duma, auch in der IV. Duma gehörte er zu dieser Fraktion. In den Kriegsjahren stand er dem Rat der Russisch-Englischen Bank vor, 1916 wurde er stellvertretender Innen- und Landwirtschaftsminister.

1906 trat Bobrinski im Ständigen Rat mit einem Papier zu der in der progressiven Öffentlichkeit des Landes immer wieder erhobenen Forderung nach gleichen Rechten für die Juden hervor. Darin fanden sich alle gängigen Klischees über Rußlands jüdische Bürger, aus denen der Verfasser den Typ des russischen Juden herauszufiltern suchte: Er sei ein Mensch, der aus jedem Fetzen ein Dreikopekenstück mache, daraus einen Rubel (oder Tscherwonez) und daraus schließlich Millionen. Ergebnis der Zusammendrängung der Juden in der Wirtschaft seien Pogrome, Unfug und »wilde Formen des Protestes«; ihnen auferlegte Restriktionen festigten nur den »Zusammenhalt der Judenschaft; den bisherigen Bedingungen für ihren Zusammenschluß wird die Rolle der Gejagten, Bedrängten und die bekannte Leidenskronen hinzugefügt«, ein Stimulus für Gekränktheit, Verbitterung und – Rache. Bobrinski orientierte auf die sorgfältige Überprüfung, ja sogar Lockerung einiger Gesetze im Ansiedlungsgebiet, jedoch unter der Bedingung, daß «die Juden erst einmal ihre feindselige Haltung Rußland gegenüber ändern»<sup>148</sup>

1913 kehrte Bobrinski in seinem unveröffentlicht gebliebenen Artikel »Nur nicht zurück. Gespräche über aktuelle Fragen« neuerlich zu diesem Problem zurück. Nunmehr nahm er eine Kategorisierung der russischen Juden vor, um daran Überlegungen zu ihrer möglichen Gleichstellung zu knüpfen:

*Erstens:* Die armen Juden – ihnen Bewegungsfreiheit in ganz Rußland zu gewähren, wäre »überaus leichtsinnig«. Es gebe keinerlei Anlaß, sie tangierende Beschränkungen, z. B. beim Erwerb von Eigentum oder bei der Zulassung zum (öffentlichen) Dienst, aufzuheben; der Staat habe überhaupt »keinen Grund, diese Kategorie von Untertanen zu fördern«.

*Zweitens:* Jüdische Intellektuelle, die jede Bewegung gegen die Staatsordnung passiv unterstützten. Sie seien schuld an dem Haß, den

---

48 Zitiert nach A. B. Mindlin: Proekty Ob''edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«. In: Voprosy istorii. Moskau (2002)4. S. 14.



die Russen für die Juden empfinden, weil sie in ihnen Anstifter politischer Morde und Inspiratoren der revolutionären Bewegung erblicken würden. Es sei unmöglich, solche Intellektuellen von irgendwelchen Beschränkungen zu befreien.

*Drittens:* Bekennende Revolutionäre, das »Produkt extremer Verbit-terung«. Über sie führte Bobrinski an dieser Stelle nichts aus. Daß sie rigoros zu bekämpfen seien, war seine unumstößliche Überzeugung.

*Viertens:* Juden, die von Kindheit an »materiell sichergestellt sind und zu Menschen heranwachsen, die für die Gesellschaft nützlich sind«. Sie würden begreifen, daß nicht einzelne Menschen an den Judenverfolgungen schuld sind, sondern »die historischen Entwicklungsbedingungen des Landes«. Der Staat müsse alles tun, damit solche Juden ihm gegenüber die gleichen »Sohnesgefühle« hegen, wie Menschen anderen Glaubens.

*Fünftens:* Jüdische Soldaten. Sie sollten nach den Vorstellungen Bobrinskis, wenn sie sich verdient gemacht haben, »befördert, ausgezeichnet und gefördert« werden, unbegrenzte Freizügigkeit genießen, Grund und Boden erwerben und in den (öffentlichen) Dienst eintreten dürfen.

Veränderungen in der Handhabung der »jüdischen Frage« im Sinne der Überprüfung aller Gesetze, der Einrichtung von staatlichen jüdischen Schulen (»wo den Juden das Streben nach Vereinigung mit den Russen vermittelt würde«) u. a. stellte Bobrinski jenen Juden in Aussicht, die »vernünftig« sind und den Gedanken an eine »sofortige Aufhebung der Restriktionen von sich weisen«. Sie müßten erst einmal »gegen die revolutionäre Bewegung der jüdischen Jugend kämpfen [...] Versuche von Gewaltanwendung und Mord seitens ihrer Glaubensbrüder brandmar-ken, die passive Unterstützung der Revolution einstellen«. <sup>49</sup>

Die Haltung zu Rußlands Juden aus monarchistischer Sicht war ständiges Thema im Rat des Vereinten Adels und auf den von ihm periodisch einberufenen Kongressen. Das Zusammenspiel vor allem mit dem Sojus, mit den »Rechten« im Staatsrat, mit den monarchistischen Abgeordneten in der Duma, sowie Interventionen beim Zaren mit dem Ziel der Einflußnahme auf dessen Entscheidungen traten nach der Niederwerfung der Revolution besonders deutlich zutage. Begünstigt durch die Gesamtlage und durch das neue Wahlgesetz konnten Rußlands »Rechte« in der III. Duma (1907) 140 Abgeordnetensitze erlangen, 32 Abgeordnete

---

49 Zitiert nach ebenda. S. 14f.

waren Mitglieder des Sojus. Zwischen gemäßigten und ultra»rechten« Fraktionsmitgliedern bestand weitgehend Einigkeit darüber, daß es hinsichtlich der Gleichberechtigung der Juden und einer Lockerung der sie reglementierenden Gesetze im Grundsätzlichen keinerlei Zugeständnisse geben dürfe. Gewisse Unterschiede gab es lediglich im Grad des Extremismus, mit dem antisemitische Positionen verteidigt, ausgefeilt und beibehalten wurden.

In der III. Duma sowie auf den Adelskongressen hatten der bereits genannte Purischkewitsch sowie der Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Kursk, Nikolai Jewgenjewitsch Markow (1876–?), Pseudonym Markow II,<sup>50</sup> gleichsam ein Dauerabonnement für das Thema Antisemitismus. Markow, der einen ähnlichen politischen Werdegang hatte wie Purischkewitsch, war ebenfalls ein glänzender Redner, der seine Überzeugungen unverblümt bekundete. Wie kaum ein anderer sprach er offen vom Klassencharakter der Selbstherrschaft, die mit äußersten Mitteln zu sichern sei. »Die Idee der Gleichberechtigung aller Untertanen des russischen Zaren, unabhängig von ihrem Stamm – das ist eine unmoralische Idee, keine Staatsidee, das ist eine zerstörende und für den Staat verhängnisvolle Idee«, erklärte Markow im Mai 1909 in der Duma. Er hatte auch gleich einen Vorschlag bei der Hand, wie man sich der »lästigen« Juden entledigen konnte: indem man »jüdische militärische Sonderabteilungen« aufbaute. In Kriegszeiten könnten diese an vorderster Front eingesetzt werden – »wenn sie dann fliehen, kann man sie erschießen«.<sup>51</sup>

Dem VI. Kongreß des Vereinten Adels (März 1910) wurde (in Form eines sogenannten »Spickzettels«) ein umfängliches Memorandum zur »jüdischen Frage« vorgelegt. Ausgearbeitet von der Kanzlei des Rates und begleitet von einem ausführlichen Referat, sollte damit die Regierung zu einer strikteren Kontrolle bestehender und zur Annahme neuer Gesetze gegen die Juden veranlaßt werden. Eine entsprechende, von Markow eingebrachte Resolution betonte die »unabdingbare Notwendigkeit, der weiteren Verstärkung der jüdischen Vorherrschaft und ihres Ein-

---

50 Gleichen Namen wurde eine römische Ziffer zugefügt, die lediglich auf die »Altersrangfolge« der Abgeordneten aufmerksam machte. Markow, zunächst Mitbegründer und tonangebend im Sojus, war 1908 Initiator der Abspaltung, die zur Bildung des »Russki narodny sojus im. Michaila Archangela« (Russischer Volksbund »Erzengel Michail«) führte. Nach der Oktoberrevolution emigrierte Markow aus Sowjetrußland.

51 Gosudarstvennaja дума. Sozvy III. Sessija 2-ja. Stenografičeskie oтčety. Teil 4. Buch 2. Sankt Petersburg 1909. Spalte 1949.

flusses im stattlichen, öffentlichen, geistigen und Wirtschaftsleben des russischen Volkes Einhalt zu gebieten [...] und den Rat zu beauftragen, Bestimmungen auszuarbeiten, die Grundlage weitere Beschlüsse in der genannten Frage sein müssen.«<sup>52</sup>

Bei den diesbezüglichen intensiven Bemühungen der »Rechten« erfüllte die vom Rat des Vereinten Adels eingesetzte Kommission für die »jüdische Frage« in den Jahren 1910/1911 eine wichtige Funktion; sie wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für solche grundlegenden Bestimmungen beauftragt. Die Debatten darüber ergaben zwar keine neuen Gesichtspunkte, sie liefen auf Forderungen hinaus, die auch anderswo von »Rechten« erhoben wurden und die ihr gefährlich radikalisiertes Denkschema unterstrichen. Markow brachte dies auf den Punkt, wenn er vorschlug, durch gesetzgebende Maßnahmen eine solche Situation zu schaffen, »daß ihr (der Juden – S. St.) Verbleib in Rußland unmöglich wird. Sobald sie die Rechte russischer Untertanen (gemeint sind die politischen Rechte, vor allem das aktive und passive Wahlrecht – S. St.) verlieren, werden sie in Massen emigrieren, der Staat muß sie (dabei) unterstützen.«<sup>53</sup> In Kreisen des Vereinten Adels aufgekommene Bedenken über die Realisierbarkeit so mancher Einzelforderung nach noch weitergehender Ausgrenzung jüdischer Menschen berücksichtigte die Kommission, indem sie in den Entwurf allgemeine Überlegungen aufnahm und die Grundrichtung vorgab.<sup>54</sup>

Mit seiner extrem antisemitischen Denkart griff Markow im Frühjahr 1911 in die Debatten der III. Duma über einen von 106 Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf über die Abschaffung des Ansiedlungsgebietes ein. Der Entwurf datierte vom 31. Mai 1910, Unterzeichner waren vor allem Kadetten, die ja in ihrem Parteiprogramm die Gleichberechtigung aller Völker Rußlands, einschließlich der Juden forderten. Der Entwurf selbst wurde nicht im Dumaplenum diskutiert, die Debatten entbrannten vielmehr um die Frage seiner Weiterleitung an eine Duma-

---

52 Zitiert nach A. B. Mindlin: Proekty Ob''edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«. In: Voprosy istorii. Moskau (2002)4. S. 18. – Mindlin behandelt ausführlich das Zustandekommen des Memorandums, an dem noch bis 1916 gearbeitet wurde.

53 Zitiert nach ebenda. S. 19.

54 Das Dokument wurde dem VII. Kongreß des Vereinten Adels im Februar 1911 vorgelegt und von diesem in seinen wesentlichen Punkten bestätigt. Einige Forderungen, wie z. B. nach Nichtzulassung von Juden zu bestimmten öffentlichen Tätigkeiten, wurden dem nachfolgenden Kongreß zur Weiterberatung überlassen.

kommission; sie bekamen indes auch in diesem Zusammenhang äußerste politische Brisanz. Die Diktion des »rechten« Gegenentwurfs – als solchen können die Argumente des Hauptredners Markow angesehen werden – machte darauf aufmerksam, daß russische »Rechte« in rassistischen Kategorien zu denken begannen. Hier ist (soweit von mir überschaubar) erstmals von »jüdischer Rasse« die Rede, freilich ohne irgendwelche Bezüge zu biologistischen Theorien.<sup>55</sup> Markow äußerte, man könne die Juden nicht mit den anderen Bürgern Rußlands gleichbehandeln, »denn Verbrecher dürfen nicht mit Nichtverbrechern gleichgestellt werden, die jüdische Rasse ist jedoch menschenfeindlich, sie hat alle Normen des christlichen Rechtsverständnisses verworfen, die von allen christlichen Völkern anerkannt werden. Aus diesem Grunde muß man die Juden Beschränkungen unterwerfen, die das Volk vor deren Druck schützen [...] dazu ist nur der Staat in der Lage«. Die Unterdrückung der Juden widerspreche – so Markow – »nicht den Idealen der gesunden Staatlichkeit, denn der Staat ist kein Armenhaus«. Das einzig wirksame Mittel zur Lösung der »jüdischen Frage« war für Markow die »massenweise Aussiedlung der Juden, einerlei wohin, nur möglichst weit weg von Rußland«.<sup>56</sup>

In der Monarchie des 3. Juni mit der III. Duma und ihren zwei Mehrheiten (Oktobristen und »Rechte« und die im weiteren »arbeitsteilig« aus den »Rechten« ausgescherten Nationalisten: Oktobristen, Kadetten, Progressisten) gab es unter den das politische Feld dominierenden Kräften in der »jüdischen Frage« keinerlei tiefgreifende Konflikte. Auch nicht mit der Regierung, wenn diese scheinbar »eigene« Wege ging. Als der Ministerrat im Februar 1911 (übrigens parallel zu den Beratungen des VII. Kongresses des Vereinten Adels über die »jüdische Frage«) ohne die Duma ein Gesetz verabschiedete, das den Prozentsatz von Juden reduzierte, die externe Examina an Mittelschulen ablegen durften, was faktisch auf ein Verbot hinauslief, haben die »Rechten« dies im nachhinein lebhaft begrüßt. Bei der geplanten Einführung der Semstvos in den Westgouvernements, die die Regierung wegen Abstimmungsunwägbarkeiten in der Duma kurzerhand per §87 der Grundgesetze des Russischen Staates anordnete (27. April 1911), gab es unter Rechten fast

55 Siehe A. V. Ševcov: Izdatel'skaja dejatel'nost' nesocialističeskich partij načala XX veka. Sankt Petersburg 1997. S. 27f.

56 Gosudarstvennaja дума. Sozvy III. Sessija 4-ja. Stenografičeskie oščety. Teil 2. Sankt Petersburg 1911. Spalte 1555–1568.

einhellige Zustimmung zur Argumentation Stolypins, daß mit »diesem Gesetz nicht etwa ein Prinzip der Bedrückung, auch nicht eines der Unterdrückung der nichtrussischen Völkerschaften durchgesetzt wird, sondern das Prinzip des Schutzes der Rechte der bodenständigen russischen Bevölkerung«. <sup>57</sup> Purischkewitsch pries in der nachholenden Dumadebatte vor allem deshalb die »Standhaftigkeit« der Regierung, weil der Ukas Juden in den Westgouvernements ausdrücklich aus den aktiven und passiven Semstwowahlen ausschloß. Er nannte es »staatlichen Nationalismus« (und erweiterte somit eine entsprechende Formulierung im Programm des Sojus), daß Juden strengstens untersagt wurde, irgendein Amt in der Verwaltung des Reiches, insbesondere in den Randgebieten, zu bekleiden und sie zur Verantwortung gezogen würden, wenn sie die Tätigkeit irgendeiner Behörde behinderten. <sup>58</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg wurden die monarchistischen Parteien zunehmend von krisenhaften Erscheinungen betroffen, ein Vorgang, dessen Beginn mit dem gesellschaftlichen Aufschwung (1910/1911) anzusetzen ist. Wichtigste Ursache dafür war, daß den Monarchisten mehr und mehr die Basis abhanden kam. Ihre Territorialorganisationen hatten in der Regel einen großen bäuerlichen Mitgliederanteil. Unter den Bauern aber machte sich Unzufriedenheit mit der gutsbesitzerorientierten Agrarpolitik »rechter« Führer breit; auch das Ausbleiben der erhofften Segnungen der Agrarreform Stolypins förderte den Mitgliederschwund. Andererseits kam es in den westlichen Gouvernements manchenorts unter monarchistischer Führung zu Aktionen russischer Bauern, um die Behörden zu mehr Härte bei der Enteignung polnischer Gutsbesitzer zugunsten »echter Russen« zu zwingen. Die sozialen Hintergründe der Krisenerscheinungen im monarchistischen Parteienlager zeigten sich besonders deutlich,

---

57 P. A. Stolypin: Nam nur na Velikaja Rossija. Polnoe sobranie rečej v Gosudarstvennoj dume i Gosudarstvennom sovete. 1906–1911. Moskau 1991. S. 362f.

58 Siehe A. B. Mindlin: Proekty Ob''edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«. In: Voprosy istorii. Moskau (2002)4. S. 21. – Es gehört zu den neuen Mythen über die »jüdische Frage« in Rußlands Geschichte, wenn erstens die diesbezüglichen Reformabsichten Stolypins überbewertet werden und wenn zweitens die II., III. und IV. Duma unterschiedslos, ohne Berücksichtigung der Regierungspolitik und der Rolle der Rechten (namentlich in der Stolypin-Ära), dafür verantwortlich gemacht werden, daß regierungsamtliche Reformpläne erfolglos blieben (siehe Alexander Solschenizyn: Zweihundert Jahre zusammen. Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916. München 2002. S. 413 und 415. – Stolypin: · izn i smert'. Saratow 1997. S. 397).

als 1911 die Abgeordneten, die über die Bauernkurie in die Duma gekommen waren und sich den »Rechten« angeschlossen hatten, die »rechte« Fraktion verließen.<sup>59</sup> Der Antisemitismus blieb trotz Krisen- und Spaltungserscheinungen im »rechten« Lager weiterhin ein starkes einigendes Band und wurde in ihren öffentlichen Wortmeldungen in keiner Weise abgemildert.

Im Zusammenhang mit der Beilis-Affäre erreichten russische »Rechte« noch einmal »Hochform«; wie bei dem Pogrom 1903 zogen sie alle Register eines militanten Antisemitismus. Als am 12. März 1911 in Kiew Andrei Juschtschinski, ein Jugendlicher russisch-orthodoxen Glaubens, ermordet wurde, waren sie sofort mit der Behauptung zur Stelle, dies sei das Werk der Juden. Wie seinerzeit in Kischinjow wurde wieder einmal die »Blutverleumdung« in die Welt gesetzt. In der Duma (29. April 1911) sorgten Purischkewitsch und Markow dafür, daß 39 Abgeordnete eine Eilanfrage zu diesem Vorgang einbrachten und sie Gegenstand der Debatte wurde. »Beweise« früherer »Ritualmorde« dienten als »Fakten« für die Anfrage an Innen- und Justizminister, in der es abschließend hieß: »Ist Ihnen bekannt, daß in Rußland eine verbrecherische Sekte von Juden existiert, die für einige ihrer religiösen Rituale Christenblut verwendet, daß Mitglieder dieser Sekte im März 1911 in Kiew den Knaben Juschtschinski zu Tode gemartert haben, wie Zeitungen berichteten?«<sup>60</sup>

Diesem sowie einem nachfolgenden Eilantrag vom November 1911 hat die Duma indes nicht stattgegeben. Inzwischen war aber am 12. Juli der Handlungsgehilfe einer Kiewer Ziegelei Menachem Beilis (1874–1934) verhaftet und des Mordes an Juschtschinski beschuldigt worden. Über zwei Jahre dauerten die Untersuchungen, ehe am 25. September 1913 in Kiew der Prozeß gegen Beilis begann und zwar als Ritualmordprozeß, wie ihn die »Rechten« erstrebt hatten. In und außerhalb der Duma hatten sie alles in Bewegung gesetzt, damit sich ihre Sicht der Dinge durchsetzte.<sup>61</sup> Dumaabgeordnete von der äußersten »Rechten«, wie die Rechtsanwälte G. G. Samyslowski und A. S. Schmakow, fun-

59 Siehe *Političeskaja istorija Rossii v partijach i licach*. Moskau 1993. S. 148.

60 Zitiert nach A. B. Mindlin: *Proekty Ob'edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2002)4. S. 22.

61 Siehe *Gosudarstvennaja дума. Soz'v III. Sessija 5-ja. Stenografičeskie otčety*. Teil 1. Sankt Petersburg 1911. Spalte 1428–1432, 1434, 1438 und 2536–2537. – A. B. Mindlin: *Proekty Ob'edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2002)4. S. 21ff.

gierten als Zivilankläger. Die umfangreiche, unter ihrer Federführung entstandene Anklageschrift war ein Produkt übelster antisemitischer Bekenntnisse; der Angeklagte selbst und seine vermeintliche Tat spielten darin eine völlig untergeordnete Rolle. Bewiesen werden sollte, was in der Eilanfrage formuliert worden war.

Der Beilis-Prozeß hatte die demokratische Öffentlichkeit des Landes auf den Plan gerufen – und zwar in einer bislang nicht gekannten Breite, was die im Vergleich zu 1903 veränderte gesellschaftliche Situation unterstrich: Angesehene Persönlichkeiten des geistig-kulturellen Lebens wie A. A. Blok, W. I. Wernadski, Maxim Gorki, W. G. Korolenko, im Ausland Anatole France und andere wurden zu außergerichtlichen Verteidigern des Juden. Gerichtliche Verteidiger waren bekannte Rechtsanwälte wie O. O. Grusenberg, N. P. Karabtschewski, A. S. Sarudny, W. A. Maklakow. Einige von ihnen hatten sich schon bei der Verteidigung von verfolgten Revolutionären nach 1905/1907 einen Namen gemacht. Breitestes Echo fand der Prozeß in der Presse aller politischen Zuordnungen. Bemerkenswert ausführlich und analytisch gründlich hat das schon im Zusammenhang mit dem Kischinjower Pogrom genannte, legal erscheinende Journal der Neonarodniki »Russkoje Bogatstwo« über die »Beilis-Affäre« geschrieben. Es konnte – dies ein Indiz der Langzeitwirkung revolutionärer Errungenschaften – seine Berichterstatter nun sogar in den Gerichtssaal schicken.<sup>62</sup> Trotz immensen Drucks der Behörden und führender »Rechter« auf die Prozeßführung, auf Richter und Rechtsanwälte, sprach das Geschworenengericht am 30. Oktober 1913 Beilis frei.<sup>63</sup> Die »Beilis-Affäre« endete folglich für die russischen »Rechten« mit einer eklatanten politischen Niederlage, von der sie sich nur bedingt erholten.

Der Beginn des Weltkriegs brachte die »Rechten« in neue schwere Konflikte ganz anderer Art. Außenpolitisch hatten sie sich bislang auf Deutschland und Österreich orientiert. Noch wenige Tage vor Rußlands Kriegseintritt hatte Markow von der Dumatribüne verkündet, es sei besser, anstelle eine großen Freundschaft mit England ein Bündnis mit

---

62 Berichterstatter war A. W. Peschekonow, Mitbegründer der Trudowaja narodno-sozialistitscheskaja partija (kurz: Partei der Volkssozialisten, 1906) und Mitglied ihres Zentralkomitees. Seine Berichte siehe Russko Bogatstvo. Sankt Petersburg (1913)10. Otdel II. S. 360ff. – Ebenda. Sankt Petersburg (1913)11. Otdel II. S. 362ff.

63 Aus Furcht vor neuerlichen Verfolgungen ist Beilis mit seiner Familie nach Israel ausgewandert. 1920 ging er von dort in die USA.

Deutschland zu haben.<sup>64</sup> Der jetzt notwendigen Umorientierung nach außen folgte fast nahtlos die im Innern, indem die »Rechten« voll den nationalistischen Taumel nicht bloß mitmachten, sondern ihn initiierten. Die regierungsoffizielle Hetze gegen die einstmals als besonders loyal betrachteten Rußlanddeutschen fand in monarchistischen parteipolitischen Kreisen lebhaften Widerhall. Parallel dazu erwiesen sie sich in den nun frontnahen westlichen Gouvernements des Russischen Reiches als aktive und zuverlässige Kraft bei der Verbreitung kriegsspezifischer antisemitischer Parolen: Die Juden im Ansiedlungsgebiet seien Verräter von Staatsgeheimnissen, sie würden dem Feind ihr Gold und Geld überlassen, ihm Getreide u. a. beschaffen helfen und auf andere Weise Rußland schaden und die Moral und Kampfkraft der russischen Truppen untergraben. Die von der Regierung betriebene administrative Aussiedlung von rund 500.000 Juden aus diesen Gouvernements stieß im »rechten« Lager auf keinerlei Widerstand, obwohl sie faktisch die partielle Aufhebung des von den Monarchisten bislang mit allen Mitteln verteidigten Ansiedlungsgebietes bedeutete.

An den parteipolitischen Veränderungen in den Kriegsjahren, die auch ein zaghaftes Umdenken in der »jüdischen Frage« andeuteten, waren die »Rechten« unterschiedlich beteiligt bzw. verhielten sich dazu sehr differenziert, was natürlich mit der Gesamtsituation im »rechten« Lager zusammenhing. Während der Vereinte Adel als Organisation kaum noch in Erscheinung trat, seit 1915 von seinem bisherigen »Engagement« in der »jüdischen Frage« nichts mehr übrig geblieben war (der XI. Kongreß des Vereinten Adels im März 1915 hatte diese Frage, die bisher regelmäßig behandelt wurde, nicht auf der Tagesordnung) und er seine Hauptaktivitäten auf die Duma übertrug, bildete sich dort aus sechs Fraktionen der Progressive Block (August 1915). Er wollte eine politische Linie einschlagen, die den »inneren Frieden und die Überwindung des Haders zwischen den Nationalitäten und Klassen« herbeiführte. In der »jüdischen Frage« wollte der Block »den Weg zur Abschaffung der rechtlichen Beschränkungen für die Juden« beschreiten.<sup>65</sup> Selbst diese zurückhaltenden Absichtserklärungen stießen bei »Rechten« wie Bobrinski, Markow u. a. auf heftigste Ablehnung. Der Progressive Block war für sie die Zusam-

---

64 Siehe *Istorija političeskich partij Rossii*. Moskau 1994. S. 84.

65 Zitiert nach A. B. Mindlin: *Proekty Ob"edinennogo dvorjanstva Rossii po »evrejskomu voprosu«*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2002)4. S. 24.



menrottung von Feinden der Monarchie, eine »jüdisch-kadettische« Schöpfung. Nichtsdestoweniger entschieden sich einige führende äußerste »Rechte« – wie letztlich auch Bobrinski – für die Beteiligung am Block.<sup>66</sup> Auf die weiteren Geschehnisse hatte dies allerdings ebenso wenig Wirkungen wie die Dumarede Purischkewitschs vom 19. November 1916, in der er, ganz befangen in seiner antisemitischen Denkweise, »dunkle Kräfte« ausmachte, die sich um den Thron geschart hätten. Im Zusammenhang mit dem Sturz der Monarchie im Februar 1917 spielten die »Rechten« als parteipolitisch organisiertes Lager kaum eine Rolle.

Russische »Rechte« haben im überschaubaren Zeitraum, anknüpfend an die politische Grundlinie des Zarismus gegenüber den Juden im Russischen Reich, ihre Position zur »jüdischen Frage« bestimmt. Auch für sie war die restriktive Handhabung dieser Frage zuvörderst ein wichtiger Aspekt der Absicherung der bestehenden Ordnung. Seit der Revolution 1905/07 wurde für »Rechte« die »jüdische Frage« zu einem Ventil, das sie beliebig öffneten, um Stimmungen zu kanalisieren; Rußlands Juden wurden endgültig zu »Sündenböcken«, denen alle Probleme des Landes angelastet wurden und die vor allem am revolutionären Aufbegehren der Massen schuldig waren. Zu keiner Zeit gab es widerstreitende Interessenlagen oder gar gravierende Differenzen mit der Macht über die Beibehaltung der Reglementierungen, denen die rechtloseste, am meisten diskriminierte Völkerschaft des Reiches unterworfen war.

Überlegungen, Projekte, Entwürfe, öffentliche Wortmeldungen der »Rechten« zu dieser Frage bewegten sich auf ihren in Revolutionszeiten formulierten programmatischen Grundpositionen. Die Bedeutung des »revolutionären Hintergrunds« für die Entstehung ihrer Ansichten über die »jüdische Frage« ist evident. Nach der Niederwerfung der Revolution wurde im Sinne der reaktionären inhaltlich-ideologischen Zuspitzung weiter daran gearbeitet, nun schon aus der Position der Sieger, mit ihrem erklärten Hauptziel: Sicherung der Monarchie bzw. Wiederherstellung ihrer Uneingeschränktheit. In der Revolution hervorgetretene »rechte« Führer, die sich als die entscheidenden Ideengeber profilierten, waren Voraussetzung für diese Kontinuität, auch über die Grenzen der verschiedenen Organisationsformen »rechter«, monarchistischer Kräfte hinweg.

In ihrem konkreten Inhalt war für russische »Rechte« die »jüdische Frage« stets die Frage des Verhaltens zu und des Umgangs mit einer

---

66 Siehe Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 85.

nach Millionen zählenden Menschengruppe, die sie wegen ihrer Religion, ihrer geistigen Werte, ihrer Lebensweise als gefährliches, unchristliches, unsicheres und letztlich auch aufrührerisches Element (die Revolution!) betrachteten, das eliminiert werden müsse. Die dafür entwickelten Pläne waren verbrecherisch, sie schlossen gewaltsames Vorgehen ein, die Pogrome lieferten den Beweis für Gewaltbereitschaft in der Praxis. Geistige Anregungen holten sich die »Rechten« aus Pamphleten wie »Protokolle der Weisen von Zion«; ihre Ideologen kannten sich aber auch in der zeitgenössischen Literatur jüdischer Provenienz über Geschichte und Lebensweise dieses Volkes sowie über die Situation der Juden in Rußland aus und nutzten dies in falsifizierender Absicht (wie z. B. der Rat des Vereinten Adels).

In keinem Fall wurden die sozialen Probleme der jüdischen Menschen oder etwa die tiefe soziale Kluft zwischen armen und reichen Juden, ihre Ursachen und Wirkungen in Überlegungen zur »jüdischen Frage« thematisiert. Spätestens seit 1905/1906 wurde die Verketzerung der Juden als gesellschaftliche »Brandstifter« zum tragenden Moment im antisemitischen Konzept russischer »Rechter«.

In den für den vorliegenden Beitrag herangezogenen Dokumenten und Materialien ist eine bemerkenswerte Zurückhaltung russischer »Rechter« gegenüber der jüdischen Bourgeoisie Rußlands zu verzeichnen. Trotz bekannter Tatsachen – Verschonung reicher Juden bei Pogromen, Nutzung jüdischer Gelder durch staatliche Behörden, Verflechtung jüdischen Unternehmertums mit der Wirtschaft Rußlands u. a. – konnte, abgesehen von den (unveröffentlicht gebliebenen) Ausführungen Bobrinskis aus dem Jahre 1913, keine Positionsbestimmung zur jüdischen Bourgeoisie ausgemacht werden.

Russische »Rechte« haben mit ihrer Stellungnahme zur »jüdischen Frage« den Antisemitismus in die geistigen Auseinandersetzungen in Rußland bewußt hineingetragen und durch führende Ideologen und Politiker auf die Dumatribüne gebracht. Nähe, ja Übereinstimmung und Verquickung monarchistischer Parteien und Organisationen zur und mit der Selbstherrschaft und deren eigenen Grundsätzen ergaben eine gefährliche Symbiose, deren geistige Wirkungen über das Abtreten der »Rechten« von der politischen Bühne und über den Sturz der Monarchie hinausreichten.



JÖRG ROESLER

**Das »Manchester des Ostens«.  
Aufstieg und Fall der Stadt Łódź zwischen industrieller  
Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung<sup>1</sup>**

1. DIE ENTSTEHUNG DES MODERNEN ŁÓDŹ (1820–1840)

Die Geburtsstunde des modernen Łódź war ein Zaren-Ukas aus dem Jahre 1921. Der größere Teil Polens gehörte seit dem Wiener Kongreß zum Russischen Reich. »Kongreßpolen« besaß bis 1831 innerhalb des russischen Staates noch eine gewisse Autonomie. So konnte der für die Lenkungsaufgaben in der Wirtschaft zuständige Schatzminister der Regierung in Warszawa, Fürst Xawery Drucki-Lubecki, die Gründung einer Tuchmachersiedlung unmittelbar südlich des mittelalterlichen Łódź (Stare Miasto) anordnen. Łódź war nur einer von mehreren zu diesem Zweck ausgewählten Standorten.<sup>2</sup> Doch nur dieser »Retortengründung« gelang es, in den folgenden Jahrzehnten jenen außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, der es später zum »polnischen Manchester« bzw. zum »Manchester des Ostens«<sup>3</sup> machen sollte. Hinsichtlich der Beschaffung von technischem Know-how, von Management- und Facharbeiterfertigkeiten ging der Fürst einen traditionellen Weg, der in Polen seit Jahrhunderten vorgezeichnet war: So wie die polnischen Könige seit dem Mittelalter deutsche Handwerker angeworben hatten, so schickte die Regierung Kongreßpolens Emissäre in die deutsche Lande, um Manufakturisten und Handwerker (Weber und Spinner vor allem) für die vorgesehenen Neugründungen zu rekrutieren. Die

---

1 Der Verfasser dankt Frau Elzbieta Bednarska, Leiterin des Statistischen Amtes in Łódź, für die Überlassung wertvollen Zahlenmaterials.

2 Bianka Pietrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820–1914). In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 107. – Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898. S. 3.

3 Hermann Adalbert Daniel: Kleineres Handbuch der Geographie. Leipzig 1877. S. 738.

Lockangebote waren beträchtlich: »Die Regierung stellte unentgeltlich Häuser, Baumaterial zur Verfügung, erließ den Pachtzins, gründete den sogenannten eisernen Fonds zur Errichtung von Industriegebäuden und Wohnhäusern für Industrielle. Einwandernden Handwerkern wurde die Befreiung von allen Steuern und öffentlichen Lasten für sechs Jahre zugesichert, ihre Söhne (wurden) vom Militärdienst befreit und die zollfreie Einführung ihrer Mobilien gestattet.«<sup>4</sup> Die Deutschen kamen in den zwanziger und vierziger Jahren in zwei Einwanderungswellen aus Sachsen, Schlesien, Böhmen und dem preußischen Posen (Großpolen) nach Łódź, Nowe Miasto.<sup>5</sup> Einer der ersten Pioniere war Traugott Grohmann aus Sachsen, dem 1823 an der Chaussee nach Piotrkow, die als Piotrkowska zur Verkehrsader der Stadt werden sollte, ein Haus gebaut wurde. Aus einem Ackerbürgerstädtchen von 800 Einwohnern (1820) entstand so bis 1840 eine Stadt von 20.000 Einwohnern.<sup>6</sup> Gesponnen und gewebt wurde noch in Handwerksbetrieben oder sogenannten dezentralisierten Manufakturen, doch in den 1840er Jahren klopfte die industrielle Revolution an die Pforten von Łódź.

## 2. ŁÓDŹ: WIRD ZUM »MANCHESTER DES OSTENS« (1840–1914)

Louis Geyer, aus Berlin gebürtig, war der erste Łódźer Textilfabrikant, der sich 1837 entschloß, nach englischem bzw. belgischem Beispiel die Weberei auf Dampfkraft umzustellen und 180 mechanische Webstühle einzuführen. Nach kurzer Zeit waren seine Werke mechanisiert und umfaßten alle Zweige der Textilproduktion: Spinnerei, Weberei, Färberei und

4 Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898. S. 3.

5 Łódź na starych pocztówkach. Łódź 2003. S. 14.

6 Die Einwohnerzahlen von Łódź (und zum Vergleich: die von Warszawa) wurden in diesem Beitrag, wenn nicht anders vermerkt, nach folgenden Quellen zusammengestellt: Wiesław Pus: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1820 bis 1914. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 33–47. – Ludwik Mroczyński: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1918–1939. In: Ebenda. S. 45–66. – Statistical Yearbook of Poland 1948. Warszawa 1949. – Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 1969. Warschau 1969. – 550 lat miasta Łódzi. 150 lat Łódzi przemysłowej. Łódź 1973. – Concise statistical yearbook of Poland. Warszawa 1975. – Statystyka Łódzi 1996. Łódź 1996. – Łódź w statystyce 1918–1998. Łódź 1998. – Statystyka Łódzi 2002. Łódź 2002.

Druckerei.<sup>7</sup> Gegen Geyer stemmte sich die auf ihre Handwebstühle schwörende Weberinnung. Es kam sogar zu Maschinenstürmerei. Doch die Mechanisierung setzte sich mit den fünfziger Jahren in der Łództer Textilindustrie durch.<sup>8</sup> Dampfmaschinen traten an die Stelle der begrenzten Wasserkraft des Fließchens Lodka. 1850 gab es in Łódź erst vier, ein Jahr später schon zehn Fabriken, die Dampfmaschinen betrieben. Die 1852 in Betrieb genommene neue Spinnerei von Louis Grohmann verfügte allein über neun Dampfmaschinen.<sup>9</sup>

Eine wesentliche Rolle spielten bei der Einführung von Errungenschaften der industriellen Revolution in Łódź nicht nur die Innovationsbereitschaft der Łództer Fabrikanten, sondern auch die Erweiterung des Marktes für Textilien durch den Wegfall der Zollgrenze zwischen dem polnischen und dem russischen Teil des Zarenreichs im Jahre 1851.<sup>10</sup> Die verbesserten Verdienst- und Profitaussichten in Łódź führten in den fünfziger Jahren zu einer dritten deutschen Einwanderungswelle. Für die Neuankömmlinge, soweit sie Unternehmer waren, stand die Errichtung mechanisierter Fabriken von vornherein außer Frage. Zum ernsthaften Konkurrenten des Geyerschen Unternehmens wurde die Fabrik Carl Wilhelm Scheiblers. Der Fabrikantensohn aus Monschau bei Aachen, der unter anderem einige Jahre lang als Auslandsvertreter englischer Unternehmen tätig gewesen war, baute ab 1853 Baumwollproduktionsstätten auf, die allmählich einen ganzen Stadtteil einnahmen. Das inzwischen größte Łództer Textilunternehmen hatte 1914 10.000 Beschäftigte, erzeugte 20% der Baumwollwaren im Königreich Polen und zählte zu den größten Textilunternehmen Europas.<sup>11</sup>

Scheiblers Arbeiter waren nur noch teilweise Deutsche. Die Aufhebung der Hörigkeit 1864 schuf auch in Polen die Voraussetzungen für den doppelt freien Lohnarbeiter. Łódź wurde für viele arme Bauern und Bauernsöhne zum »gelobten Land«. In dieser Stadt konnte man, wenn

---

7 Siehe Bianka Pietrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820–1914). In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 111.

8 Siehe ebenda. S. 113.

9 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986. S. 32.

10 Siehe Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898. S. 9f.

11 Siehe Bianka Pietrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820–1914). In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 111f.

man Glück hatte, im Vergleich zum bäuerlichen Einkommen deutlich mehr verdienen.<sup>12</sup> Der Massenzustrom vom Lande veränderte die nationale Zusammensetzung der Łódźer Bürgerschaft drastisch. Waren 1862 noch 62% der Bewohner Deutsche gewesen, so sank deren Anteil bis 1914 auf 15%. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Polen von etwa einem Fünftel (21,0%) auf die Hälfte (50,9%). Der Prozentsatz der Juden verdoppelte sich von 16,6 auf 32,5%. Die Juden kamen zunächst aus anderen polnischen Städten, seit den achtziger Jahren dann aber zunehmend aus den westlichen Teilen Weißrußlands und der Ukraine. In Łódź wurden sie Litwaken genannt.<sup>13</sup> Aus der Umgebung von Posen wanderte relativ früh (1834) die jüdische Familie Poznanski ein. Izrael Poznanski verdiente zunächst sein Geld im Garnhandel, wurde aber später Fabrikant. In den 1870er Jahren erwarb er Grundstücke an der Lodka westlich von Stare Miasto und ließ »auf der grünen Wiese« ein Arbeiterviertel und Fabriken bauen, von denen die größte eine Spinnerei war, in der 6.000 Arbeiterinnen an 36.000 Spindeln beschäftigt waren. Ende des 19. Jahrhundert war Poznanski mit seinem »Etablisement«, das nach seinem Tode in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, unter den Łódźer Fabrikanten nach Scheibler die Nummer Zwei.<sup>14</sup>

Die Einwohnerzahl von Łódź, die 1850 knapp 16.000 Einwohner betragen hatte, erhöhte sich bis 1872 auf 50.000. Damit war Łódź (nach Warszawa mit 276.000 Einwohnern) die zweitgrößte Stadt Polens geworden. 1885 wurde Łódź, seit 1868 mit Eisenbahnananschluß versehen, ab 1898 auch über eine Straßenbahn – die erste in Polen – verfügend, Großstadt.<sup>15</sup> Ein bleibendes Denkmal hat dem »Manchester des Ostens« der polnische Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger Wladislaw Reymont gesetzt. Er begann 1897 in einer renommierten Warschauer Zeitung mit der Veröffentlichung seines Industriestadtromans »Das gelobte

---

12 Siehe Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898. S. 11f.

13 Siehe Wieslaw Pus: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1820 bis 1914. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 33ff.

14 Siehe Wolfgang Bohusch: Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 15f. – Pawel Samus: Lodz. Heimatstadt von Polen, Deutschen und Juden. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 15f.

15 Siehe Łódź na starych pocztówkach. Łódź 2003. S. 14.

Land«,<sup>16</sup> in dem er die Stadt und vor allem seine Unternehmer- und Managerschicht, die »Lodzermenschen« als fleißige, zupackende, innovative, aber auch profitbesessene Kapitalisten beschrieb.<sup>17</sup> Zu der Zeit, als Reymont seinen Roman schrieb, begann in Łódź ein Prozeß der Kapitalkonzentration. 1892 brachten die vier größten Aktiengesellschaften in Łódź, darunter die Unternehmen von Poznanski und Grohmann-Scheibler 40% des Produktionswertes der Stadt hervor. In Łódź wurden fast 60% der textilen Erzeugnisse Polens gefertigt.<sup>18</sup> Von den 20 größten Baumwollunternehmen mit über 1.000 Beschäftigten hatten 17 ihren Sitz in Łódź. Die Łódźer Großindustriellen gehörten zu den reichsten Personen im inzwischen fest in das Zarenreich eingegliederten polnischen Königreich. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Łódź 20 Multimillionäre.<sup>19</sup> Doch die Kapitalisten hätten Łódź nicht ohne die Arbeiter zum »Manchester des Ostens« machen können. In der Stadt lebten nicht nur reiche Fabrikanten. Łódź war Polens größte Arbeiterstadt. Erst aus der Kombination der Übernahme der durch die industrielle Revolution geprägten westeuropäischen Technologie mit den niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen sowie Wohnverhältnissen in den Arbeitervierteln erklären sich im Wesentlichen die hohen Profite der Łódźer Fabrikanten. In der polnischen Textilindustrie wurde eine 40prozentige Rendite als normal betrachtet.<sup>20</sup> Die Fabrikarbeiter und – seit der Mechanisierung zunehmend – Arbeiterinnen begannen sich gegen die – im europäischen Maßstab – übermäßige Ausbeutung zu wehren. 1882 entstanden in Łódź erste Arbeiterorganisationen. Im April/Mai 1892 durchlebte die Stadt

---

16 »Das gelobte Land«, schätzt die Literaturwissenschaftlerin Ulrike Herbst ein, »war der erste Roman der Moderne, der das Bild der industriellen Großstadt in seiner widersprüchlichen Totalität zu erfassen suchte.« (Ulrike Herbst: Nachwort zu Wladislaw Reymont: Das gelobte Land. Zweites Buch. Leipzig 1984. S. 364).

17 Siehe Wladislaw Reymont: Das gelobte Land. Zweites Buch. Leipzig 1984. S. 361f. – Der Roman wurde 1975 von Andrzej Wajda unter gleichnamigem Titel und an den Originalschauplätzen verfilmt (Horst Knietzsch: Filmgeschichte in Bildern. Berlin 1984. S. 320).

18 Siehe Bianka Pietrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820–1914). In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 114.

19 Siehe Krzysztof Wozniak: Lodz wird Zentrum der Textilindustrie. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 13.

20 Siehe Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898. S. 15.



Łódź ihren ersten machtvollen Streik, an dem 80.000 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen.<sup>21</sup> Er gilt als der erste umfassende Streik mit sowohl ökonomischer als auch politischer Zielsetzung in Polen. Die größten Streiks der Vorkriegszeit erlebte Łódź 1905 im Rahmen der revolutionären Erhebungen im Zarenreich von 1905–1907. Auch diese Streiks zeigten sowohl nationale als auch soziale Akzente. Autonomie für Kongreßpolen wurde von den Streikenden ebenso gefordert wie der achtstündige Arbeitstag und Lohnerhöhungen. Łódź folgte bereits im Januar 1905 dem Beispiel Warszawas, wo die Streiks begonnen hatten. Ihren Höhepunkt erreichten die Aktionen des Łódźer Proletariats während des Generalstreiks vom 22. bis 23. Juni 1905. Als Polizei und Militär gegen die Streikenden voringen, verwandelte sich der Generalstreik in einen bewaffneten Aufstand. »Der Barrikadenkampf der Arbeiter in Łódź war die erste Waffentat auf polnischem Boden seit 1863.«<sup>22</sup>

Um die Jahrhundertwende (1897) zählte Łódź bereits 314.000 Einwohner. Damit war es nahezu halb so bevölkerungsreich wie Warszawa (684.000 Einwohner). Bis 1914 stieg in Łódź die Bevölkerung weiter auf eine halbe Million an (Warszawa 900.000). 1905 stand Łódź nach der Bevölkerungszahl im Zarenreich hinter St. Petersburg, Moskau, Warszawa und Odessa an fünfter Stelle.<sup>23</sup> Das »Manchester des Ostens« setzte 75 bis 95 Prozent seiner Erzeugnisse in Rußland ab. Das zweitgrößte Unternehmen der Stadt, die Poznanski AG, bezog nicht nur die Baumwolle für seine Produkte aus Mittelasien. Poznanski verkaufte zudem seine Erzeugnisse in eigenen Geschäften in Warszawa, St. Petersburg, Moskau, Odessa, Tiflis, Rostow und Charkow.<sup>24</sup>

In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg stand das »Manchester des Ostens« zweifellos auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Macht.

---

21 Siehe Ulrike Herbst: Nachwort zu Wladislaw Reymont: Das gelobte Land. Zweites Buch. Leipzig 1984. S. 366.

22 Stanislaw Arnold/Marian Zychowski: Abriß der Geschichte Polens. Warschau 1967. S. 180.

23 Siehe Wladislaw Woytynski: Die Welt in Zahlen: Bd. 1. Berlin 1925. S. 132f.

24 Siehe Pawel Samus: Lodz. Heimatstadt von Polen, Deutschen und Juden. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 16.

### 3. ŁÓDŹ· VOM BEGINN DES ERSTEN BIS ZUM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Łódź selbst blieb trotz der Kämpfe in der unmittelbaren Umgebung der Stadt im Herbst 1914 von Zerstörungen verschont. Ab Dezember 1914 bis zum Ende des Weltkrieges war die Stadt von deutschen Truppen besetzt.<sup>25</sup> Die deutsche Besatzung verhielt sich mit Blick auf das von der kaiserlichen Nachkriegsplanung favorisierte Satellitenkönigreich Polen relativ freundlich. Am 3. Mai 1916 konnten 50.000 Łódźer den 125. Jahrestag der polnischen Verfassung von 1791 mit einem Umzug unter rotweißen Fahnen durch die Łódźer Magistrale, die Piotrkowska, feiern.<sup>26</sup>

Ökonomisch bedeutete der Weltkrieg für Łódź eine Katastrophe. Die deutschen Besatzungsbehörden beschlagnahmten Rohstoffe, Textilien und Maschinen. Weitaus stärker als die Produktionsmöglichkeiten wurde durch den Krieg allerdings der Absatz beschnitten. Das Hauptabsatzgebiet der Łódźer Textilien hatte in Rußland gelegen – bis zu 75% bei qualitativ hochwertigen Erzeugnissen und bis zu 95% bei Standardware.<sup>27</sup> Zwar hatte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Łódź auch eine Webzubehörindustrie fußgefaßt, die Ersatzteile für Textilmaschinen produzierte; ausgehend von den Färbereien entstanden auch chemische Fabriken. Mit wachsender Stadtbevölkerung siedelte sich in Łódź weiterhin die Nahrungsmittelproduktion an. Jedoch stammten 94% der Erzeugung der Stadt weiterhin aus der Textilindustrie.<sup>28</sup>

Das traditionelle Absatzgebiet für die Łódźer Hauptprodukte lag allerdings während des Weltkrieges und in den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem 1918 unabhängig gewordenen Polen und der Sowjetmacht jenseits der Front und war für die Łódźer Fabrikanten unerschließbar. Bereits 1914 hatten die Łódźer Unternehmen den Zugriff auf ihr vor allem in Petersburg deponiertes Bankkapital in Höhe von 200

25 Siehe *Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung*. Erster Band (Jahrgang 1914). Wien 1915. S. 474f.

26 Siehe *Łódź na starych pocztówkach*. Łódź 2003. S. 39.

27 Siehe Krzysztof Wozniak: *Lodz wird Zentrum der Textilindustrie*. In: *Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa*. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 13.

28 Siehe *Bianka Pietrow-Ennker: Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Modernisierungsprozesse in Lodz (1820–1914)*. In: *Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft*. Osnabrück 1999. S. 114.

Millionen Goldrubel verloren. Die Zahl der arbeitslosen und geringbeschäftigten Textilarbeiter belief sich während der Kriegszeit auf 250.000.<sup>29</sup>

Erstmals seit Jahrzehnten setzte eine Gegenbewegung zur Zuwanderung in die Stadt ein. Hunger grassierte und führte zur massenhaften Rückwanderung der Industriearbeiter in die ländlichen Gebiete, aus denen sie gekommen waren. Zwischen 1914 und 1918 sank die Bevölkerungszahl von Łódź von 600.000 auf 342.000. Die Wiedereingangssetzung der Produktion lief in vielen Łódźer Fabriken erst 1922 wieder an, ein Jahr nach der Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Polen und seinem östlichen Nachbarn. Mit der »Pansrepublik« Polen, wie sie in der Sowjetunion genannt wurde, pflegte die sowjetische Regierung jedoch auch in der Folgezeit kaum Wirtschaftsbeziehungen.<sup>30</sup> Eine gewisse Verbesserung der politischen Atmosphäre zwischen Polen und der Sowjetunion als Voraussetzung für eine Intensivierung des bilateralen Handels trat erst im Gefolge des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1932 ein.<sup>31</sup>

Um so wichtiger war der Handel Polens mit seinen westlichen Nachbarn. Entsprechende Verträge traten zwischen 1922 und 1924 in Kraft. Bedeutendster Handelspartner im Westen war Deutschland. Im Jahre 1924 gingen 38,5% der polnischen Ausfuhr dorthin.<sup>32</sup> Doch schon 1925 brach die deutsche Regierung einen Wirtschaftskrieg mit Polen vom Zaun, der bis 1934 andauerte.<sup>33</sup> Unter diesen Bedingungen hatte es die Łódźer Textilindustrie schwer, sich wieder zu erholen.

Als Indikator kann wiederum die Einwohnerzahl dienen. Sie erreichte und überschritt erst 1925 mit 508.000 die Marke von 1913 (506.000 Einwohner). Anfang der 1930er Jahre zählte Łódź, dessen Unternehmen die 1926–1928 einsetzende Binnenkonjunktur zu nutzen verstanden, fast hunderttausend Einwohner mehr. Doch 1931 war bereits wieder ein Krisenjahr. In der großen Krise von 1929 bis 1933 mußten viele Łódźer

---

29 Siehe Krzysztof Wozniak: Lodz wird Zentrum der Textilindustrie. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 13.

30 Siehe ebenda.

31 Siehe Stanislaw Arnold/Marian Zychowski: Abriß der Geschichte Polens. Warschau 1967. S. 205

32 Siehe Berthold Puchert: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925–1934. Berlin 1963. S. 33.

33 Siehe ebenda. S. 56–68 und 174.

Firmen ihren Bankrott erklären. Finanzielle Schwierigkeiten trafen sogar die Scheibler & Grohmann AG sowie die I. K. Poznanski AG. Erst Mitte der dreißiger Jahre besserte sich die Konjunktur. Bis 1939 gelang es jedoch der Łódźer Textilindustrie in keinem Jahr, ihre Kapazität voll auszulasten, da der östliche Absatzmarkt nicht wiedergewonnen werden konnte.<sup>34</sup> Der Beginn des Zweiten Weltkrieges brachte Łódź erneut deutsche Besatzung und erneut auch wirtschaftliche Probleme. Anders jedoch als während des Ersten Weltkrieges wurde in dem in Litzmannstadt<sup>35</sup> umbenannten Łódź in deutschem Auftrag weiterproduziert, wenn auch auf einem – verglichen mit der Vorkriegszeit – niedrigem Niveau.<sup>36</sup> Die Łódźer Altstadt, traditionelles Zentrum der Łódźer Juden, wurde ebenso wie das vor allem von Juden bewohnte Arbeiterviertel Baluty und die Vorstadt Marysin zum Ghettogelände erklärt. Im so genannten »Arbeitsghetto« von Łódź wurden 164.000 Menschen zusammengepfercht, um in 86 Fabriken als Zwangsarbeiter für die Wehrmacht und private deutsche Unternehmen zu produzieren. Im Mai 1944 ordnete der »Reichsführer SS«, Himmler, die endgültige Räumung des Łódźer Ghettos und die Überführung seiner Einwohner in die Vernichtungslager Chelmno und Auschwitz an.<sup>37</sup> Lediglich ein Aufräumkommando von etwa 600 Personen wurde in Łódź selbst noch geduldet.<sup>38</sup>

Am 19. Januar 1945 wurde die Stadt durch die von der Weichsel an die Oder vorstoßende Rote Armee befreit. Der Rückzug der Wehrmacht glich einer Flucht. Zeit für die Anwendung der berüchtigten »Politik der verbrannten Erde« blieb der Wehrmacht im Falle von Łódź nicht mehr.<sup>39</sup> Mit dem Abzug der deutschen Truppen verließen auch viele Deutsche Łódź. Die verbliebenen deutschsprachigen Bewohner der Stadt, die 1918

---

34 Siehe Krzysztof Wozniak: Lodz wird Zentrum der Textilindustrie. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 13. – Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986. S. 173.

35 Karl Litzmann, Führer der 3. Gardeinfanteriedivision, hatte im Ersten Weltkrieg Łódź für die Deutschen erobert.

36 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986. S. 226.

37 Siehe [www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/lodz](http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/lodz).

38 Siehe Ursula Homann: Vom Leben und Sterben im Getto. In: Das Parlament. Bonn (2004)41–42. S. 28.

39 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986. S. 226.

die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten und 1940 zu Volksdeutschen mutierten, wurden 1945 zwangsweise ausgesiedelt.<sup>40</sup>

#### 4. ŁÓDŹ IN DER ZEIT DER POLNISCHEN VOLKSREPUBLIK (1945–1989)

Die Gebäude von Łódź, sowohl die Wohnungen als auch die Fabriken, blieben vom Krieg weitgehend verschont, während die Bevölkerung durch Vernichtung (Juden) und Flucht und Aussiedlung (Deutsche) erheblich an Substanz eingebüßt hatte. Legt man die Ergebnisse der Volkszählung von 1931 zugrunde, dann fehlten 1945 für die Wiederingangsetzung der Textilproduktion 30% der Arbeiter und Angestellten. In Industrie und Handwerk insgesamt waren es 37%.<sup>41</sup> An ihre Stelle traten Polen aus den umliegenden Dörfern oder aus anderen Regionen Polens sowie Polen aus den der Sowjetunion zugesprochenen polnischen Ostgebieten. Łódź wurde zum ersten Mal in ihrer modernen Geschichte eine rein polnische Stadt.<sup>42</sup> Die Stadt unterschied sich hinsichtlich des Wandels der Bevölkerung von Städten wie Lublin, Kraków, Katowice oder Warszawa, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg ein größerer Teil Bürger lebte, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg dort ihren Wohnsitz gehabt hatten (bzw. die, wie im Falle Warszawas, an ihren früheren Wohnsitz im Laufe des ersten Nachkriegsjahrfünfts zurückkehrten). Łódź war aber auch anders als Wrocław und Szczecin, die nach der Ausweisung der Deutschen im Laufe der ersten drei Nachkriegsjahrfünfts von Polen erst neubesiedelt werden mußten.

In die ersten beiden Nachkriegsjahre fielen seitens der polnischen Regierung drei Entscheidungen, die die Entwicklung der Stadt im ersten Nachkriegsjahrfünft und darüber hinaus prägen sollten. Erstens beschloß die polnische Regierung mit dem 3. Januar 1946 die vollständige Natio-

---

40 Siehe Deutsche und Polen. Informationen zur politischen Bildung. Bonn (1991)142/143. S. 49.

41 Siehe Ludwik Mrocza: Die Berufs- und Sozialstruktur der wichtigsten ethnischen Gruppen in Lodz und ihre Entwicklung in den Jahren 1918–1939. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 55.

42 Siehe Marek Budziarek: Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 20.

nalisierung von 17 Industriezweigen. Darunter fielen auch große und mittelgroße Betriebe der Leichtindustrie. Die Grenze wurde bei 50 Arbeitern pro Schicht gesetzt. Die Łódźer Textilindustrie, die in ihrem Kern seit den 1890er Jahren Großindustrie war, wurde auf diese Weise fast vollständig verstaatlicht.<sup>43</sup>

Zweitens erfolgte ab 1946 der Übergang zur Volkswirtschaftsplanung. Ab 1947 galt (bis 1949) ein dreijähriger »Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft«. Als dessen »generelles Ziel« verkündete Alexander Kwiatkowski, Sektionschef im Zentralen Planungsamt, in den »amtlichen Erläuterungen zum Dreijahresplan«, »die Schaffung eines im Vergleich zur Vorkriegszeit höheren Lebensstandards der Werktätigen«.<sup>44</sup>

Die grundlegenden Planziele erwiesen sich als günstig für die weitere Entwicklung von Łódź. War doch in den Fabriken ausreichend Substanz vorhanden, um die hohen Planziele, die für die Herstellung von Geweben festgeschrieben waren, zu erreichen.<sup>45</sup> Die benötigten Arbeitskräfte konnten ebenfalls zur Verfügung gestellt werden, auch wenn sie erst angelernt werden mußten. Łódź wurde im Dreijahrplan zur wichtigsten Produktionsstätte Polens, zur »Hauptstadt der Leichtindustrie«.<sup>46</sup>

Eine dritte Entscheidung der polnischen Regierung machte Łódź faktisch auch zur administrativen Hauptstadt Polens. Da Warszawa nach den schweren Zerstörungen durch Krieg und Aufstand erst wieder aufgebaut werden sollte, mußten sich die Ministerien vorübergehend ein anderes Domizil suchen. Die Entscheidung fiel gegen das – gleichfalls unzerstörte – Kraków zugunsten von Łódź. Für Łódź sprach u. a., daß es die größte Arbeiterstadt Polens war, mithin das Zentrum der nach den Vorstellungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) nunmehr »herrschenden Klasse«. Der Begriff »Rotes Lodz« kam auf in seiner zweifachen Bedeutung: als Stadt der aus Ziegelsteinen errichteten »roten Fabriken« und als Zentrum der polnischen Arbeiterklasse.<sup>47</sup>

---

43 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: *The Polish economy in the twentieth century*. London/Sydney 1985. S. 198.

44 C. A. Werner (Bearbeiter): *Der polnische Weg*. Veröffentlichungen zum Dreijahresplan. Berlin 1948. S. 14.

45 Siehe Janusz Kalinski (Bearbeiter): *Ustawa o planie 3-letnim*. Lublin 1981. S. 55.

46 Marek Budziarek: *Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung*. In: *Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa*. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 20.

47 Siehe ebenda.

Das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Partei wurde jedoch von der PPR-Führung geschönt gesehen. 1947 war es sogar zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterinnen und Parteifunktionären gekommen, als die Belegschaft der immer noch als »Poznanskięgo« bezeichneten größten staatlichen Textilfabrik im September 1947 streikten – gegen die nicht besser werdende Versorgung und die Sparmaßnahmen im Rahmen des Dreijahrplanes, in dessen Mittelpunkt doch die Erhöhung des Lebensstandards stehen sollte. Dem Streik der Poltex-Werke schlossen sich weitere 16 Łódźer Textilbetriebe mit insgesamt 26.000 Beschäftigten an.<sup>48</sup> Dieser Ausstand gilt als der größte in den sozialistischen Ländern Osteuropas vor 1953 bzw. 1956.<sup>49</sup> Ein Jahr zuvor, im August 1946, hatten die Arbeiter der ehemaligen Kindermannschen Fabrik gestreikt, im Oktober die Beschäftigten der früheren Werke von Geyer.<sup>50</sup>

Daß die neuen Helden der Arbeit nicht aus Łódź kamen, sondern eher aus Nowa Huta bei Kraków, hatte allerdings weniger mit der Haltung der Łódźer Arbeiter zur PZPR zu tun – immerhin waren auch in Łódź 14% Parteimitglieder, wenngleich es in Wrocław 22% waren – als mit späteren Schwerpunktsetzung in der polnischen Wirtschaftspolitik.<sup>51</sup>

In den ersten Nachkriegsjahren behauptete Łódź nicht nur den ersten Platz in Politik und Wirtschaft, sondern auch hinsichtlich der höheren Bildung. Da viele Fach- und Hochschulen verlegt wurden, die zunächst im zerstörten Warszawa kaum genügend Platz finden konnten, wurde Łódź Universitätsstadt und Sitz mehrer Fach- und Hochschulen (Technische Hochschule, Medizinische Akademie, Kunsthochschulen). 1947 kam noch eine Filmhochschule, die später Weltruf erlangen sollte,

---

48 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: *The Polish economy in the twentieth century*. London/Sydney 1985. S. 197. – Über den Verlauf der Streikbewegung siehe Jędrzej Chuminski/Krzysztof Ruchniewicz: *Die Arbeiterstreiks in Polen 1945–1955*. In: *Deutschland Archiv*. Bonn (2004)2. S. 246ff.

49 Siehe Wolfgang Bohusch: *Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller*. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): *Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft*. Osnabrück 1999. S. 16.

50 Siehe Jędrzej Chuminski/Krzysztof Ruchniewicz: *Die Arbeiterstreiks in Polen 1945–1955*. In: *Deutschland Archiv*. Bonn (2004)2. S. 249.

51 Siehe Torsten Schmidt: *Über die Geschichte eines Bildmotivs. Der polnische Arbeitsheld im Spiegel der Kunst*. In: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.): *Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR*. Berlin 2002. S. 186–188.

hinzu.<sup>52</sup> 1946 hatte Łódź wieder fast eine halbe Million Einwohner und war zeitweise die größte Stadt Polens noch vor dem zerstörten Warschau. Im Jahre 1950 erreichte die Bevölkerungszahl von Łódź mit 620.000 Einwohnern annähernd wieder den Vorkriegsstand (680.000 Einwohner). Doch mit der Vormachtstellung von Łódź unter den polnischen Städten war es 1950 vorbei.

»Das Jahr 1950«, hieß es in einer 1970 in Warszawa herausgegebenen Übersicht über die Entwicklung der polnischen Industrie, war ein Wendepunkt. »Es schließt die Übergangsperiode des Wiederaufbaus ab.« Als Nachfolger des Dreijahrplans wurde ein Sechsjahrplan (1950–1955) verkündet. »Im Grunde war es ein Plan, der die sozialistische Industrialisierung des Landes einleitete.«<sup>53</sup> Die »forcierte Industrialisierung« sollte vornehmlich in eine Richtung gehen, in den Aufbau der Schwerindustrie.<sup>54</sup> Die neuen Werke sollten »auf der grünen Wiese«, abseits der traditionellen Industriezentren errichtet werden. »Rund 80% neuerrichteter Werke«, so der Wirtschaftsverantwortliche der PZPR auf der 5. Plenarsitzung des Zentralkomitees im Juli 1950, »werden außerhalb von Oberschlesien und Niederschlesien, in der Wojewodschaft Łódź und der Stadt Łódź entstehen. Diese Werke werden rund zwei Drittel der auf die neuerrichteten Werke entfallenden Belegschaften beschäftigen und rund 70% der Gesamtkosten für Investitionen benötigen, die auf neue Industriewerke fallen.«<sup>55</sup>

Die »Hauptstadt der Leichtindustrie« geriet damit ins Abseits des industriellen Progresses der Volksrepublik. Höhere Löhne wurden an den »Großbauten des Sechsjahrplanes«, d. h. woanders gezahlt. Mancher Łódźer Familienvater vertauschte den mechanischen Webstuhl mit dem Walzwerk und zog samt Familie davon. Die Einwohnerzahl von Łódź verringerte sich zwischen 1950 und 1960 um fast 100.000, von 620.000 auf 525.000.

---

52 Siehe Marek Budziarek: Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 20. – Krystyna Radziszewska/Wolfgang Bohusch/Helga Müller: Gelobtes Land oder verfluchtes Land? Lodz in der Literatur. In: Ebenda. S. 31.

53 Wiesław Iskra: Die industrielle Entwicklung in Polen. Warschau 1970. S. 16.

54 Siehe Hilary Minc: Der Sechsjahrplan der wirtschaftlichen Entwicklung und der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in Polen. In: Der Sechsjahrplan Polens. Warschau 1950. S. 25f.

55 Ebenda. S. 33.



In den sechziger Jahren war die schwerindustrielle Euphorie allerdings überwunden. Die Erkenntnis, daß »die Industrialisierung [...] kein Ziel an sich, sondern ein Mittel zur Erreichung anderer Ziele« ist und »vor allem zur Hebung des Lebensstandards« beitragen müsse, griff auch in der Parteiführung der PZPR wieder um sich.<sup>56</sup> Auch die Führung der KPdSU reorientierte sich, und der Absatzmarkt für Textilprodukte in der UdSSR wuchs in den sechziger Jahren beträchtlich. Die verschlissenen, noch aus der Vorkriegszeit stammenden Textilmaschinen wurden teilweise erneuert und modernisiert. Auch für die Diversifizierung des Industrieprofils von Łódź wurden wieder Mittel ausgegeben. »So produzierte z. B. die Maschinenindustrie Textilmaschinen, die chemische Industrie synthetische Fasern und Farbstoffe für Naturfasern und Synthetics.«<sup>57</sup> Im Jahre 1968 hatte Łódź' Einwohnerzahl die 750.000er Marke erreicht, 1980 lebten in der Stadt 836.000 Bürger. Das Jahr 1980 war auch das Jahr heftiger Arbeiterinnenproteste – in Łódź wie in ganz Polen. Bereits 1971 waren die Arbeiterinnen von Łódź auf die Straße gegangen und hatten für eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln gestreikt und auf den Straßen demonstriert. Es kam damals auch vereinzelt zu Fabrikbesetzungen.<sup>58</sup> Angespant blieb die Lage in Łódź während der gesamten achtziger Jahre, die für die Wirtschaft der Stadt eine Periode der Stagnation waren. Die notwendige Erneuerung der industriellen Ausrüstungen fand kaum noch statt. Auch die Diversifizierung stockte. Im Jahre 1988 lag der Anteil der Leichtindustrie (hauptsächlich der Textilindustrie) an der Gesamtindustrie der Łódźer Wojewodschaft bei 54,5%, während er im Landesdurchschnitt 15,1% betrug. Ungeachtet einer in den achtziger Jahren zu beobachtenden vorsichtigen Öffnung Polens gegenüber den westlichen Märkten, blieb in der Łódźer Wojewodschaft der Anteil des Exports in den RGW sehr hoch. 13,7% aller in Łódź und Umgebung produzierten Waren gingen in Richtung Osten, hauptsächlich in die UdSSR. Im Landesdurchschnitt waren es lediglich 5,5%. Der Ver-

---

56 Siehe Wiesław Iskra: Die industrielle Entwicklung in Polen. Warschau 1970. S. 35.

57 Iwona Sobis: Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998. Göteborg 2002. S. 17.

58 Siehe Wolfgang Bohusch: Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 16. – Marek Budziarek: Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 21.

schleißgrad der Anlagen in (der Wojewodschaft) Łódź lag deutlich über dem polnischen Landesdurchschnitt, während die Löhne wie schon seit Jahrzehnten darunter lagen (86,4%).<sup>59</sup> So war Łódź denkbar schlecht gerüstet, als sich die Industrie der Stadt mit Beginn des Jahres 1990 völlig anders gearteten Anforderungen zu stellen hatte. Die polnische Regierung hatte im Spätsommer 1989 beschlossen, die Transformation von der Planwirtschaft, die fast ein halbes Jahrhundert die polnische Wirtschaft geprägt hatte, in eine Marktwirtschaft zu beginnen.

## 5. ZWÖLF JAHRE TRANSFORMATION IN ŁÓDŹ (1990–2001)

Aus den (überwiegend) freien Wahlen vom Juni 1989 ging im September 1989 die von der bisherigen *Solidarność*-Opposition geführte Regierung von Tadeusz Mazowiecki hervor. Der Ministerpräsident verkündete Anfang Oktober 1989 seine Vorstellungen zur Transformation der polnischen Wirtschaft. »Das Programm orientiert uns auf Marktmechanismen [...] Wir wollen [...] keinen eigenen, spezifisch polnischen Entwicklungsweg.«<sup>60</sup> Keinen Monat später, im Januar 1990, begann die Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms der polnischen Regierung. Mazowiecki hatte Leszek Balcerowicz, den führende Kopf der radikal marktwirtschaftlich gesonnenen polnischen Ökonomen als Finanzminister und Vizepremier nominiert und damit zum Chef des – nach der DDR – radikalsten Transformationsprogramms von der sozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa gemacht.<sup>61</sup> Balcerowicz' Schocktherapie bedeutete vor allem das plötzliche Ende staatlicher Subventionen, die 1988 noch 42% des Staatsbudgets ausgemacht hatten, und den Übergang zu freien Preisen.<sup>62</sup>

---

59 Siehe Iwona Sobis: *Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998.* Göteborg 2002. S. 79f.

60 Zitiert in Gerd Neumann: *Vier Jahre Transformation in Polen. Analyse des Verlaufs der polnischen Wirtschaftsreform.* Berlin 1994 (unveröffentlichtes Manuskript). S. 1.

61 Siehe Jörg Roesler: *Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989 bis 1999.* In: *Osteuropa in Tradition und Wandel.* Leipziger Jahrbücher. Bd. 4. Leipzig 2002. S. 141.

62 Siehe Hannes Hofbauer: *Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration.* Wien 2003. S. 73

Balcerowicz' bündigste Formulierung für die Vielzahl von wirtschaftlichen Reformmaßnahmen, die in Polen durchgeführt werden sollten, damit das planwirtschaftlich gesteuerte System sich in ein marktwirtschaftlich reguliertes verwandelt, lautete: Notwendig seien: Makroökonomische Stabilisierung, mikroökonomische Liberalisierung, grundlegende institutionelle Umstrukturierung.<sup>63</sup>

Die Forderung nach makroökonomischer Stabilisierung bezog sich vor allem auf die Finanzen. Die Inflationsrate betrug im Durchschnitt des Jahres 1989 251%. Sie wurde im Rahmen des Stabilisierungsprogramms ab 1990 heruntergedrückt, sank allerdings erst im Jahre 1991 auf 70% und konnte bis 1993 nochmals halbiert werden.<sup>64</sup> Die Inflation hatte die Ersparnisse der Lohnempfänger dezimiert. Hinzu kam, daß 1990 im Ergebnis der Erhebung einer speziellen Lohnsteuer – Popiwiek genannt – der Reallohn rasch absank und im April 1990 nur noch zwei Drittel des realen Verdienstes vom April 1989 betrug.<sup>65</sup> Der zweite Teil des Balcerowicz-Programms – mikroökonomische Liberalisierung – beinhaltete vor allem die fast vollständige Freigabe der Preise. Damit in Zusammenhang stand auch die Öffnung des Binnenmarktes gegenüber dem Weltmarkt. Für Polen bedeutete das vor allem: Die Öffnung für den Warenaustausch mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Der Anteil am polnischen Außenhandel, der 1989 30% betragen hatte, lag 1994 bei über 60%.<sup>66</sup> Im Zentrum des dritten Maßnahmebündels, der grundlegenden industriellen Umstrukturierung, standen die Wiederherstellung der Gewerbefreiheit sowie die Privatisierung der Staatsbetriebe. Im Dezember 1994 entfielen in Polen auf Privatbetriebe bereits 53% des erzeugten Bruttosozialprodukts. In diesen Unternehmen arbeiteten 61% der polnischen Arbeitskräfte.<sup>67</sup> Mit der Verwirklichung eines ökonomi-

---

63 Siehe Leszek Balcerowicz: Economic Transition in Central and Eastern Europe: Comparisons and Lessons. In: *The Australian Economic Review*. Melbourne (1994)1. S. 51f.

64 Siehe Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Leipzig (1996)3. S. 16.

65 Siehe Alberto Chilosi: The Impact on Employment of Institutional Transformation in Eastern Europe and the Tasks of Social Policy, with Particular Reference to the Polish Case. In: *Most*. Bologna (1991)3. S. 75.

66 Siehe András Inotai: Interrelations between subregional co-operation and EU enlargement. In: Salvatore Zecchini (Hrsg.): *Lesson from the economic transition. Central and Eastern Europe in the 1990*. Dordrecht/Boston/London 1997. S. 552.

67 Siehe Ryszard Rapacki: Privatization in Poland: Performance, problems and prospects. In: *Comparative Economic Studies*. East Lansing/USA (1995)3. S. 59.

schen Transformationsprogramms begann Polen vor allen anderen Ländern Ostmitteleuropas. Auch bei der Bewältigung der »Anpassungskrise« und dem später wieder einsetzenden wirtschaftlichen Wachstum stand es an erster Stelle.<sup>68</sup> Zu beantworten ist die Frage, inwieweit die generell in Polen bei der Transformation erreichten Ergebnisse auch für Łódź bzw. die Wojewodschaft Łódź zuträfen.

Zunächst ist festzustellen, daß sich auf manchen Gebieten die Lage der Bürger dieser Stadt rasch verbesserte. War die Zahl der Telefonanschlüsse je 1.000 Einwohner zwischen 1975 und 1989 nur langsam von 78 auf 166 gewachsen, so stieg der Telefonbesatz allein zwischen 1989 und 1995 von 166 auf 290 an. Die Zahl der Autos auf den Straßen von Łódź hatte 1985 etwa 100.000 betragen. Im Jahre 1995 waren es bereits 180.000.<sup>69</sup> Wie in ganz Polen war auch die Zahl der privaten Unternehmen in Łódź vor allem durch Neugründungen rasch gestiegen. 1994 wurden in Łódź fast 72.000 Privatbetriebe gezählt, vor allem im Einzelhandel, verglichen mit 935 staatlichen und kommunalen Unternehmen. In der Mehrzahl handelte es sich allerdings bei den Privatunternehmen um Ein-Mann-Betriebe, denn im Durchschnitt beschäftigte ein privates Unternehmen in Łódź knapp anderthalb Personen, ein staatliches bzw. kommunales Unternehmen dagegen 157. Der Anteil der Beschäftigten im privaten Sektor lag daher 1994 noch unter dem im öffentlichen Sektor, bei 41%.<sup>70</sup> Der Privatisierungsgrad war damit in Łódź um ein Drittel hinter dem Landesdurchschnitt zurück – ein erstes Zeichen, daß die Transformation speziell in Łódź mit überdurchschnittlichen Problemen verbunden war.

»Die Schocktherapie hat Łódź außerordentlich hart getroffen«, schätzt die schwedische Soziologin Iwona Sobis ein, die in den neunziger Jahren in Łódź beim Umbau des städtischen Arbeitsamtes von einer Vermittlungsbehörde knapper Arbeitskräfte zum Versorgungszentrum für (registrierte) Arbeitslose half.<sup>71</sup>

---

68 Siehe Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989–1999. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 4. Leipzig 2002. S. 153 und 159.

69 Siehe Statystyka Łódźi 1996. Łódź 1996. S. 149.

70 Siehe ebenda. S. 103 und 113.

71 Siehe Iwona Sobis: Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998. Göteborg 2002. S. 17.

Gravierende Auswirkungen auf die Łódźer Industrie hatte der Wegfall des staatlichen Außenhandelsmonopols der Sowjetunion, der bereits im Sommer 1988 eingeleitet worden war. Im Rahmen der Gorbatschowschen Reformen<sup>72</sup> erhielten zunächst nur die privaten Genossenschaftsbetriebe, später auch die Staatsunternehmen das Recht, eigene Import- und Exportbeziehungen aufzubauen. Sie orientierten sich bald um – weg von den traditionellen Absatzmärkten hin nach Westeuropa und Ostasien. Damit war der größte und sicherste Absatzmarkt der Łódźer Textilfabriken ernsthaft bedroht. Das offizielle Ende des RGW kam drei Jahre später, im Juni 1991.<sup>73</sup>

Einen Ersatz für die wegbrechenden Textilmärkte im Osten bot der westeuropäische Markt nicht. Selbst der polnische Binnenmarkt war für die Łódźer Textilindustrie kein Refugium mehr. Die Öffnung des polnischen Marktes gegenüber dem Welthandel war mit dem Eindringen relativ billiger Standardware aus dem ostasiatischen Raum verbunden. Im Ergebnis dessen gerieten zunächst einige kleinere Łódźer Textilfabriken in Zahlungsschwierigkeiten. 1994/1995 brachen auch die großen Unternehmen, die zuvor schon kräftig entlassen hatten, zusammen. 1995 schloß das aus der Poznanski-AG 1946 hervorgegangene Poltex-Unternehmen, die größte Bauwollspinnerei Europas, endgültig ihre Pforten.<sup>74</sup> Anfang des zweiten Jahrzehnts der Rückkehr Polens zur Marktwirtschaft beschäftigte die Łódźer Textilindustrie insgesamt nur noch soviel Arbeiter, wie einst in einem der Großbetriebe beschäftigt waren, nämlich 10.982.<sup>75</sup>

Die Entlassenen konnten nur zu einem kleinen Teil in sich erweiternden Privatsektor Lohn und Brot finden. Zwischen 1994 und 1995 sank beispielsweise die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor um 7,5 Tausend, während sie im privaten Sektor um 4,7 Tausend stieg.<sup>76</sup> Das Ergebnis war eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die hatte

---

72 Siehe Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3. Leipzig 2001. S. 13ff.

73 Siehe Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003. S. 42f.

74 Siehe Wolfgang Bohusch: Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 16.

75 Siehe Angaben für 2003 siehe Sytuacja społeczno-gospodarcza Łódźi, I–III. kwartał 2003. Łódź 2003. S. 24 und 29.

76 Siehe Statystyka Łódźi 1996. Łódź 1996. S. 113.

bis 1989 praktisch bei Null gelegen. 1990 lag ihre Zahl in Łódź schlagartig bei fast 40.000, im Jahre 1991 nahe 70.000, und 1992 war mit fast 73.000 ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre blieb die Zahl der registrierten Arbeitslosen konstant über 50.000 und betrug 2001 62.000. Die Arbeitslosenrate lag (in der Wojewodschaft Łódź) 1992 bei 16,4% und belief sich im Jahre 2002 auf 17,8%. Verglichen mit anderen polnischen Städten schnitt Łódź ungünstig ab: In Warszawa, Kraków, Poznań und Wrocław war die Arbeitslosigkeit in jedem Jahr seit 1990 geringer als in Łódź gewesen.<sup>77</sup> Die wirtschaftliche Lage in Łódź hatte sich gegenüber dem 19. Jahrhundert in ihr Gegenteil verkehrt. Łódź, einst das »gelobte Land« und Anziehungspunkt für Arbeitskräfte aus ganz Polen, war einer der unattraktivsten Orte Transformationspolens geworden.

Im Jahre 1988 zählte die Łódźer Statistik 387.000 Beschäftigte in der Stadt, 1995 waren es mehr als 100.000 weniger, während die Zahl derjenigen, die die Statistik als »stützt sich auf andere Unterhaltsquellen als Berufsarbeit« bezeichnete, um 92.000 gestiegen war. Zu dieser Gruppe gehörten auch die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung. Die »Stütze« war allerdings »wirklich sehr gering«, schätzt der Osteuropaexperte des Instituts für Wirtschaft und Finanzen der Universität Pisa ein.<sup>78</sup> Weniger als die Hälfte der registrierten Arbeitslosen waren zwischen 1992 und 1996 allerdings überhaupt bezugsberechtigt.<sup>79</sup> Aber auch wer in Łódź sein Auskommen hatte, verdiente in der Regel weniger als sonst irgendwo in Polen. Die Löhne lagen 1995 in Łódź generell – und besonders deutlich in der Industrie, im Hotel- und Gaststättenwesen sowie bei den betriebsnahen Dienstleistungen – deutlich unter dem Landesdurchschnitt.<sup>80</sup>

Wer in der Stadt keine Existenzgrundlage für sich mehr sah oder meinte, anderswo sein Einkommen verbessern zu können, bemühte sich

---

77 Siehe ebenda. S. 111. – Statystyka Łódzi 2001. Łódź 2001. S. 292. – Iwona Sobis: Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998. Göteborg 2002. S. 81.

78 Siehe Alberto Chilosi: The Impact on Employment of Institutional Transformation in Eastern Europe and the Tasks of Social Policy, with Particular Reference to the Polish Case. In: Most. Bologna (1991)3. S. 85.

79 Siehe Iwona Sobis: Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998. Göteborg 2002. S. 82.

80 Siehe Statystyka Łódzi 1996. Łódź 1996. S. 122.

um die Chance, wegzugehen. 1994 wies die Łódźer von allen polnischer Wojewodschaften die größte Netto-Abwanderung aus.<sup>81</sup> Das ist insofern doch erstaunlich und mit etwa der Abwanderung zwischen 1950 und 1960 nicht zu vergleichen, als es eine beträchtliche Arbeitslosigkeit auch in allen anderen polnischen Wojewodschaften gab. Viele der Abwandernden dürfte es zurück zu den familiären Wurzeln auf das Land gezogen haben. Jedenfalls vermerkten 1994 ausschließlich ländliche Regionen ein Zuwanderungsplus.<sup>82</sup>

Als Seismograph der wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt kann auch für die Jahre der Transformation die Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt herangezogen werden. Łódź' Bevölkerung sank zwischen 1990 und 1996 von 848.000 auf 818.000, d. h. um 30.000 und zwischen 1996 und 2001 noch einmal um knapp 32.000 Einwohner. Einen derartigen Bevölkerungsverlust (insgesamt fast 62.000 Einwohner) verzeichnete keine andere polnische Großstadt. Warszawa verlor bei fast doppelter Einwohnerzahl 46.000. Von den mit Łódź in etwa gleich großen Städten verlor Poznań zwischen 1990 und 2001 18.000 Einwohner, Wrocław 9.000, Kraków 6.000.<sup>83</sup>

## 6. ZUKUNFTSAUSSICHTEN FÜR ŁÓDŹ

Es war in den neunziger Jahre nicht das erste Mal in der Geschichte des modernen Łódź, daß die Bevölkerungszahl der Stadt zurückging. Immer dann, wenn die Attraktivität der Stadt nachließ bzw. sich zeitweise ins Gegenteil verkehrte, sank auch die Zahl seiner Einwohner. Das war zwischen 1914 und 1920 so gewesen im Gefolge der Absatzstörungen durch den Ersten Weltkrieg und im Gefolge des Krieges zwischen Polen und der Sowjetunion. Das war im bzw. unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg so gewesen, als die Łódźer Juden in die Vernichtungslager getrieben wurden und die Deutschen vor der Roten Armee flüchteten bzw. von den Polen ausgewiesen wurden. Das war in den 1950er Jahren nicht anders, als die »sozialistische Industrialisierung« in der Haupt-

---

81 Siehe ebenda. S. 91 und 99.

82 Siehe ebenda. S. 99.

83 Siehe Iwona Sobis: Employment service in transition. Adaptation of a socialist employment agency to a market economy. A case study of Lodz, Poland 1989–1998. Göteborg 2002. S. 81. – Statystyka Łódźi 2001. Łódź 2001. S. 292f.

stadt und in den Standorten der Schwerindustrie stattfand und Łódź, die »Hauptstadt der Leichtindustrie«, zum Wirtschaftszentrum zweiter Klasse herabsank. Wird Łódź auch im ordnungspolitisch transformierten Polen wieder aufschließen können?

Hoffnungen gibt es viele. Sie begründen sich auf ein Autobahnkreuz, auf eine Schnellbahnverbindung mit Warszawa, die man einrichten könnte, auf die Schaffung der »Duopolis« Warszawa–Łódź. In Łódź träumt man von einem amerikanischen Produzenten optischer Kommunikationssysteme, einer französischen Automobilfirma und einem deutschen Hersteller von Elektromotoren als Investoren.<sup>84</sup> Tatsächlich haben Ausländer in Łódź bereits Investitionen in Milliardenhöhe getätigt. »Allerdings handelt es sich oft um Supermärkte, in denen importierte Waren verkauft werden, neue Produktionsstätten sind in Łódź eher selten.« Die bekannteste Ausnahme ist die Bosch & Siemens Haushaltsgeräte GmbH, die in Łódź Waschmaschinen fertigt. Immerhin entstanden in diesem Unternehmen 500 Arbeitsplätze.<sup>85</sup>

Das Beispiel zeigt: Die realen Fortschritte sind bescheiden. Manch einer in Łódź klammert sich lieber an großartige Zukunftsvisionen, wie sie die Pläne der französischen Firma Apsys bieten, die bereit ist, die Poznanskische Baumwollspinnerei aufzukaufen und umzugestalten: »In der Spinnerei ist ein Hypermachè geplant (obwohl die Zahl der Supermärkte in Łódź bereits rekordverdächtig ist), mit einem Parkplatz für 1.500 Autos statt der zunächst geplanten Grünanlage. Auf dem Gelände sollen ferner Hotel, Kegelbahn, Multiplex-Kino, Diskothek und ein Großmarkt für Autozubehör entstehen.«<sup>86</sup> Sicher ist das alles besser als gar nichts. Aber ob der Supermarkt mehr Beschäftigung bringt als er kostet – durch die Ruinierung kleiner Läden oder mittelgroßer Kaufhallen – ist ebenso ungewiß, wie die Vorstellung, daß die Łódźer ihre vergleichsweise geringen Verdienste in den von Apsys geplanten Vergnügungsstätten bzw. für die Aufstockung des Komforts ihrer Autos ausgeben werden. Bleibt als wohl wichtigstes Positivum die »Lernstadt Łódź«. Die Befrie-

---

84 Siehe Marek Budziarek: Stadt einer außergewöhnlichen Hoffnung. In: Lodz–Stuttgart. Städtepartner in Europa. Deutschland und Europa. Heft 46–47. Stuttgart 2003. S. 21.

85 Siehe ebenda. S. 22.

86 Wolfgang Bohusch: Izrael Poznanski – ein erfolgreicher Industrieller. In: Jürgen Hensel (Hrsg.): Polen, Deutsche und Juden in Lodz 1820–1939: eine schwierige Nachbarschaft. Osnabrück 1999. S. 16.



digung der Bedürfnisse von 80.000 Studenten aus ganz Polen. Das dafür notwendige Marktaufkommen dürfte für die Stadt wichtiger sein als ausländische Investoren, die sich offensichtlich ganz überwiegend nur für den Handels- und Dienstleistungsbereich interessieren.

## **Berichte und Dokumentationen**



ECKART MEHLS

**»... dass weder die Böhmen vor den Deutschen,  
noch die Deutschen vor den Böhmen  
irgend einen Vorzug genießen sollen«.  
Zu František Palackýs Konzept der Gleichberechtigung  
der Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaat**

František Palacký (1798–1876), in seinem Heimatland bis heute liebevoll »Vater der Nation« genannt, von seinen Gegnern zu allen Zeiten als »Erfinder des tschechischen Nationalismus« und »Deutschenhasser« verleumdet, ist gerade in jüngster Zeit erneut zur Zielscheibe unwürdiger Angriffe geworden. In der seit Jahren heftig geführten Debatte um die »Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei« und die »Beneš-Dekrete« taucht wiederholt sein Name auf als einer der geistigen Wegbereiter dieses dramatischen und tragischen Geschehens. Es wird eine geradlinige Kontinuität von seinen nationalen und geschichtswissenschaftlichen Positionen hin zu den sich zuspitzenden Konflikten im Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in der Tschechoslowakei konstruiert, wie es einseitiger und bewußt verfälschender kaum vorstellbar ist.

So auch bei Peter Glotz, der als Kovorsitzender der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« der Öffentlichkeit seine Sicht von der »Vertreibung« der Deutschen vorlegte.<sup>1</sup> In diesem, wie er versprach, »unpolitischen Buch« – wie dies zu einem bekanntermaßen höchst politischen Gegenstand überhaupt gehen soll, wird das Geheimnis des Autors bleiben! – geht er unter der Kapitelüberschrift »Die Herstellung des Nationalismus« auch auf das Wirken Palackýs ein. Einerseits zwar bemüht, der Persönlichkeit Palackýs die gebührende Hochachtung zu zollen, unternimmt er es jedoch gleichzeitig, das geistige Wirken Palackýs und anderer die »nationale Wiedergeburt« der tschechischen Nation aktiv befördernder Persönlichkeiten für die »plötzlich aufschäumende Erbitterung, die

---

1 Siehe Peter Glotz: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. Berlin, München 2003.

im Revolutionsjahr 1848 im deutsch-tschechischen Verhältnis aufkam«,<sup>2</sup> verantwortlich zu machen. Als sei der laut Glotz »hergestellte Nationalismus«, und nicht etwa die tatsächlichen Verhältnisse, d. h. vor allem die reale Lage der Tschechen im damaligen Böhmen und deren historische Entwicklung, für die letzten Endes tragischen Zuspitzungen im deutsch-tschechischen Verhältnis verantwortlich. Dieses Darstellungsmuster liegt im übrigen einer großen Zahl von Schilderungen aus dem Milieu der »sudetendeutschen« Geschichtsinterpretation zugrunde.

Mit diesem Hinweis soll natürlich nicht in Abrede gestellt werden, daß insbesondere seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts der verstärkt aufkommende »Nationalismus« im öffentlichen Bewußtsein eine immer stärkere Rolle zu spielen begann. Allerdings, und dies kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden, ist die Geburtsstätte des »Nationalismus« nicht etwa Ostmitteleuropa. Es handelt sich zweifellos um eine zumindest gesamteuropäische Erscheinung, wobei hier ausgeklammert bleiben soll, in welchen unterschiedlichen Ausprägungen und zeitlichen Abläufen sich Entwicklungen dieser Art in den verschiedenen Regionen vollzogen. Auf jeden Fall ist der aufkommende und sich immer stürmischer entwickelnde Nationalismus nicht ein geographisches Phänomen, sondern Ergebnis grundlegender Veränderungen in den sozial-ökonomischen Strukturen der Gesellschaft im Prozeß des Übergangs von der zerfallenden Feudalgesellschaft zum Kapitalismus. Aber wenn es um die geographische Dimension dieses Problems geht, ist es schon interessant, daß z. B. in Böhmen politisch engagierte Intellektuelle, wie Karel Havlíček Borovský und ihm Nahestehende, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf westeuropäische Entwicklungen nationale Probleme und Forderungen öffentlich erörterten, nicht zuletzt deshalb, um auf diesem Wege die drückenden Fesseln der Zensur zu umgehen.

Andererseits ist nicht außer Acht zu lassen, daß sich unter den spezifischen Verhältnissen des östlichen Europa nationale Entwicklungen und deren ideologische Reflexionen nicht nur zeitlich versetzt, sondern auch im Großen und Ganzen stürmischer, militanter und konfliktreicher ausprägten. Dies trifft in vollem Umfang auch für die »nationale Wiedergeburt« (národní obrození), getragen von einer breiten und in sich stark differenzierten tschechischen Nationalbewegung, in Böhmen zu.

Unter den vielen herausragenden Persönlichkeiten dieser Bewegung, die die tschechische Geschichte des 19. Jahrhunderts maßgeblich prä-

---

2 Ebenda. S. 42.

ten, nimmt der bedeutende Historiker und Politiker František Palacký einen ganz besonderen Platz ein. Neuere, unter anderem im Umfeld seines 200. Geburtstages 1998, in Tschechien erschienene Würdigungen seiner Person und seiner Lebensleistung<sup>3</sup> vermitteln ein einprägsames Bild seines Schaffens und der über alle politischen Lager hinweg noch immer ungebrochenen Verehrung des »Vaters der Nation«.

Als Palacký im April 1823 nach Prag kam, wo er, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, dort nur für einen kurzen Zeitraum vor einer eigentlich beabsichtigten Europareise einen Zwischenaufenthalt einzulegen, seinen ständigen Aufenthalt nahm, stellte er sehr schnell enge Kontakte und freundschaftliche Beziehungen zu den in Prag wirkenden aktiven Beförderern der »nationalen Wiedergeburt« her. Aus Preßburg (Bratislava), wo er sich fast ein Jahrzehnt lang an einer der bestrenommierten Bildungsanstalten auf den Beruf eines evangelischen Geistlichen vorbereitet hatte, brachte er günstige Voraussetzungen dafür mit, sich als noch relativ junger Mensch schnell Ansehen und Beachtung in der Prager »Gesellschaft« zu erwerben.<sup>4</sup> Es waren dies insbesondere seine gründliche Ausbildung, in deren Verlauf er auch in sehr engen Kontakt zum deutschen Geistesleben dieser Zeit kam, darunter nicht zuletzt zu damals aktuellen Entwicklungen der klassischen deutschen Philosophie, sowie seine tiefe Verbundenheit mit dem Leben des »einfachen Volkes«, das seine Kindheit geprägt hatte, seine zunehmende Hinwendung zur tschechischen Sprache und allem »Tschechischen«, schließlich gemeinsam mit Jan Kollár und Pavel Josef Šafařík geführte Gespräche über Möglichkeiten der Wiederbelebung der Kultur des tschechischen Volkes und den dafür zu leistenden eigenen Beitrag,<sup>5</sup> aber auch seine Kontakte zu ungarischen Adelskreisen.

Prägend für seinen weiteren Lebensweg waren in der ersten Zeit seines Aufenthaltes in Prag vor allem die engen Kontakte zu Josef Jungmann und Josef Dobrovský. Letzterer gab ihm Gelegenheit, ihm bei den vorbereitenden Arbeiten zur Publikation alter slawischer Texte hilfreich

---

3 Verwiesen sei insbesondere auf Jiří Kořalka: František Palacký 1798–1876. · ivotopis. Praha 1998. – František Šmahel/Eva Dolealová (Hrsg.): František Palacký 1798–1998: dějiny a dnešek. Sborník z jubilejní konference. Praha 1999. – Zdeněk Šolle: Století české politiky: počátky české politiky od Pálackého a Havlíčka a po realisty Kaizla, Kramáře a Masaryka. Praha 1988.

4 Siehe Jiří Kořalka: František Palacký 1798–1876. · ivotopis. Praha 1998. S. 69ff.

5 Siehe Joseph Frederick Zacek: Palacký. The Historian as Scholar and Nationalist. Den Haag, Paris 1970. S. 16f.

zur Hand zu gehen, was nicht nur unter dem Gesichtspunkt der materiellen Absicherung des Alltagslebens von Bedeutung war. Es waren vor allem das durch die Arbeit mit den historischen Quellen umfassende Kennenlernen der Zeugnisse der Vergangenheit, der damit verbundene Erwerb und die stetige Vervollkommnung der quellenkritischen Fähigkeiten sowie slawistischer Kenntnisse, die Palackýs weitere berufliche Entwicklung nachhaltig beeinflussten. Er nahm Abstand von seinem ursprünglichen Plan des Studiums der Rechtswissenschaften und verfolgte, auch während seiner zeitweiligen Tätigkeit als Hauslehrer, konsequent das Ziel, sich der Erforschung der Geschichte seiner Heimat zu widmen. Es festigte sich seine tiefe Überzeugung, daß die Erforschung und Darstellung der Geschichte der tschechischen Nation als Voraussetzung und Bestandteil der »nationalen Wiedergeburt« von fundamentaler Bedeutung sei. Er sah – wie seine Mitstreiter in der nationalen tschechischen Bewegung – in der seit der Schlacht am Weißen Berge 1620 systematisch betriebenen Germanisierung und der gegen Ende des 18. Jahrhunderts bereits fast vollständig erfolgten Zurückdrängung der tschechischen Nationalkultur eine akute Bedrohung der eigenständigen Existenz der tschechischen Nation.

Erforschung und Darstellung der Geschichte waren somit für František Palacký, seit 1831 Historiograph der böhmischen Stände, nicht Selbstzweck, sondern die seit langen Jahren erträumte und angestrebte Möglichkeit, einen wirksamen Beitrag zur »Wiederbelebung« der eigenen Nation leisten zu können. Dieses Verständnis seines umfangreichen wissenschaftlichen Schaffens hat sicher zu Akzentsetzungen und Standpunkten beigetragen, die seit jeher Gegenstand von Anfeindungen und berechtigten kritischen Wertungen waren, auch seitens nachfolgender Generationen tschechischer Historiker.<sup>6</sup> In einem gewissen Sinne verständlich waren und sind sie allemal, waren sie doch auch Resultat eines gerechten Zorns über Thesen und der Versuch ihrer Abwehr, die den Anspruch der so genannten geschichtslosen kleinen Nationen des östlichen Europas auf eine gesicherte und eigenständige nationale Existenz nicht gelten lassen wollten oder sogar, wie etwa bei Friedrich Engels, als

---

6 Dazu ausführlich Richard Georg Plaschka: Von Palacký bis Pekař. Geschichtswissenschaft und Nationalbewußtsein bei den Tschechen. Mit einem Nachwort von Heinrich Felix Schmid. (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas, Bd. 1). Graz, Köln 1955.

»konterrevolutionär« gänzlich verwarfen.<sup>7</sup> Ergebnis von Akzentsetzungen und »Übertreibungen« dieser Art<sup>8</sup> war z. B. der Entschluß, dem erteilten Auftrag der böhmischen Stände, eine »Geschichte Böhmens« zu erarbeiten, zwar in der zunächst veröffentlichten deutschen Fassung formal zu entsprechen, diesen jedoch unter der Hand in der etwas später erschienenen tschechischen Fassung in eine »Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě« (Geschichte der tschechischen Nation in Böhmen und Mähren) zu wandeln.

Die Zahl derer, die in der von Palacký vorgelegten »Geschichte der tschechischen Nation« – zu Recht – das Ergebnis seines Kampfes um die Geschichte und damit um die Berechtigung seiner Forderungen nach Anerkennung des Rechtes der tschechischen Nation auf gesicherte Existenz und Gleichberechtigung und darin zugleich – zu Unrecht – einen angeblichen »Deutschenhaß« erblickten, schwoll sehr schnell an (und ist bis heute bedeutend). Der Vorwurf angeblicher »Deutschfeindlichkeit« traf Palacký schwer, zumal er in der Tat nicht begründet war. Er beruht unter anderem auf einem methodologischen Ausgangspunkt Palackýs, der seinerzeit unter der unmittelbaren Wirkung Hegels<sup>9</sup> weit verbreitet und daher in keiner Weise etwa nur spezifisch für Palacký war. Es war die Auffassung vom Kampf der Gegensätze als einer wichtigen Triebkraft geschichtlicher Entwicklung,<sup>10</sup> wie sie etwa auch von Palackýs

---

7 Siehe Friedrich Engels: Der demokratische Panslawismus. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 6. S. 270–286. – Siehe dazu auch Jan Křen: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 71). München 1996. S. 72ff.

8 Tomáš Garrigue Masaryk gibt dazu 1898 folgende Einschätzung: »Dagegen bedarf die Meinung betreffs einer besonders demokratischen Gesinnung der slavischen Nation einer Berichtigung. Palacký verfällt hier in jene Übertreibungen, welche wir damals bei allen nationalen Philosophen finden. Bei all seinem kritischen Wesen spricht aus ihm jene Kollár'sche slavische Begeisterung, welche ihn nach den ersten Misserfolgen der constitutionellen Politik auch zu jenem »slavischen Cosmopolitismus« führte, den schon Havlíček durch das slavische, in Wahrheit bewusste und durchdachte »Böhmentum« zu ersetzen sich bemühte.« (Tomáš Garrigue Masaryk: Palackýs Idee des böhmischen Volkes. Prag 1898. S. 56f.).

9 Allein die Tatsache, daß Palacký in mehreren seiner politischen Schriften die Hegelsche Kategorie des »Weltgeistes« gern heranzog, ist hierfür ein aussagekräftiger Beleg.

10 Siehe die ausführliche Analyse des Konzepts des »dynamischen Dualismus« im geschichtswissenschaftlichen Schaffen Palackýs bei Antonín Kostlán: Vliv mýtu o nezka-enosti přírodních národů na dílo F. Palackého. In: František Šmahel/Eva Dole- alová (Hrsg.): František Palacký 1798–1998: dějiny a dnešek. Sborník z jubilejní konference. Praha 1999. S. 53–62.



Zeitgenossen Leopold von Ranke in dessen Sicht auf den deutsch-französischen Gegensatz geteilt wurde. Wenn Palacký in diesem Sinne die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen, die schließlich, zumindest zu seiner Zeit, in die Zurückdrängung und Behinderung des tschechischen Elements in Böhmen und die weitgehende Germanisierung nicht nur des kulturellen und geistigen Lebens, sondern auch die juristisch abgesicherte Privilegierung und Vormachtstellung der Deutschen in Böhmen mündete, als eine der Kernfragen der Geschichte seines Landes und seiner Nation betrachtete, ist dies keineswegs von vornherein »Deutschenhaß« oder »Deutschenfeindlichkeit«.

Betrachtet man unvoreingenommen die wissenschaftlichen und politischen Auffassungen Palackýs über das tschechisch-deutsche Verhältnis (oder auch den tschechisch-deutschen Konflikt), dann tritt nicht ein ihm unterstellter Haß auf die Deutschen oder gar ein Schüren desselben zu Tage, sondern als eine zentrale und sich unabdingbar aus der Entwicklung dieses Verhältnisses ergebende ganz anders geartete Forderung: die Forderung nach Gleichberechtigung der tschechischen Nation (wie auch der anderen slawischen und nichtslawischen kleinen Völker) innerhalb der Habsburger Monarchie.

Nicht zufällig wird die zweite Abteilung der von František Palacký fast am Ende seines langen wissenschaftlichen und politischen Wirkens unter dem Titel »Gedenkblätter«<sup>11</sup> herausgegebenen Sammlung von Texten, die vorwiegend politische Schriften aus den Jahren 1848–1873 enthält, mit einem sehr kurzen Dokument eröffnet, dessen Titel für eines der politischen Grundmotive des Wirkens Palackýs steht: »Erklärung über die Gleichberechtigung der Nationalitäten«<sup>12</sup> [Nr. 1 der nachfolgend zusammengestellten Dokumente]. Es ist eine gemeinsam von »deutschen« und »böhmischen« Schriftstellern Prags am 21. März 1848 abgegebene öffentliche Erklärung, in der sich, unter dem unmittelbaren Eindruck der mit dem Konstitutionsversprechen erweckten Erwartungen, beide Seiten für eine wirkliche Gleichberechtigung der in Böhmen lebenden Deutschen und Tschechen aussprechen. In der aus der Feder Palackýs stammenden Erklärung wird dabei, sicher nicht ohne Grund, sehr deutlich unterstrichen, was unter dieser »Gleichberechtigung« zu

---

11 Siehe Franz Palacký: Gedenkblätter. Auswahl von Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren. Als Beitrag zur Zeitgeschichte herausgegeben von Franz Palacký. Prag 1874 (im folgenden Gedenkblätter ...).

12 Siehe Gedenkblätter ... S. 145f.

verstehen sei, daß nämlich »weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug geniessen sollen«. Und fast prophetisch mutet der folgende Satz an: »Es soll daher auch des böhmischen Theils der Bevölkerung Eifer und Bemühung, dieser Gleichberechtigung in Allem erst wirklich theilhaft zu werden, nicht als eine Störung der Eintracht anzusehen sein.« Es war damit in sehr knappen Worten, zu diesem Zeitpunkt bezeichnender Weise gemeinsam von deutschen und tschechischen Schriftstellern, eines der Schlüsselprobleme der tschechischen Geschichte des folgenden Jahrhunderts angesprochen: nämlich das andauernde, von verschiedensten politischen Konzeptionen ausgehende, sich stetig verschärfende Ringen um eine wirklich gleichberechtigte Position der Tschechen einerseits und der hartnäckige Kampf der deutschen Seite um Sicherung der innegehabten Machtpositionen und Privilegien andererseits.

So bedeutsam es auch war, dieser Forderung in wirksamer Form öffentlich Ausdruck zu verleihen, so war sie selbst eine zwar von Palacký voll geteilte, aber nicht von ihm allein entwickelte Forderung. Sie war politisches Handlungsmotiv einer sich stets verbreiternden nationalen Bewegung der Tschechen. Palackýs Verdienst besteht vor allem darin, daß er dieser Forderung nicht nur eine aus dem Naturrecht abgeleitete historische (und philosophische) Begründung gab, sondern auch jene Bedingungen herausarbeitete, die nach seiner Meinung erst die Möglichkeiten für ihre weitestgehende Realisierung schaffen würden. In seinem berühmten Brief nach Frankfurt am Main vom 11. April 1848<sup>13</sup> [Nr. 2 der nachfolgend zusammengestellten Dokumente], als »Gründungsurkunde des Austroslawismus« in die Geschichte eingegangen, sieht er, jeden Gedanken eines Anschlusses Österreichs an Deutschland als verhängnisvoll für die eigenständige Entwicklung der kleinen Völker im Habsburger Reich ablehnend, in der demokratischen und föderalistischen Umgestaltung des österreichischen Kaiserstaates die einzige Voraussetzung für die gesicherte Existenz und nationale Entwicklung der mehrheitlich slawischen Völker innerhalb seiner Grenzen. Ein so umgestalteter Bund gleichberechtigter Völker unter dem Schutz der weiter bestehenden, jedoch »postabsolutistischen«, die Gleichberechtigung aller Glieder des Bundes garantierenden Monarchie wäre zugleich der notwendige Schutz gegen die von einer russischen »Universalmonarchie« und von Deutsch-

---

13 Siehe Eine Stimme über Oesterreichs Anschluss an Deutschland (1848). In: Ebenda. S. 148–155.

land ausgehenden potentiellen Bedrohungen der kleinen Völker.<sup>14</sup> Seine Argumentation mündet schließlich in den allgemein bekannten Satz: »Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europa's, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.«

Es lag in der Konsequenz dieser von Palacký prägnant formulierten, aber, wie bereits gesagt, von vielen einflußreichen Gesinnungsfreunden geteilten Position, daß zugleich der Versuch unternommen wurde, der der Vereinigung der Deutschen dienenden Einberufung eines Parlaments nach Frankfurt am Main eine gleichen Zielen dienende Aktion der Slawen (vor allem jener der Habsburger Monarchie) zur Seite zu stellen.<sup>15</sup> Palacký hatte sich frühzeitig dem Vorbereitungskomitee angeschlossen und sich aktiv in die Abstimmung des Vorhabens mit den Behörden, die sich mehrheitlich skeptisch, kritisch oder gar offen ablehnend verhielten, eingeschaltet.<sup>16</sup> Bezeichnend für die damalige Situation war, daß allein das Vorhaben, einen Kongreß der Slawen Österreichs einzuberufen und damit ein Forum zur Beratung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten zu schaffen, in den die Geschicke der Monarchie bisher maßgeblich bestimmenden deutschen Kreisen beinahe als eine Art Sakrileg betrachtet wurde und auf scharfe Ablehnung stieß. Dies war der Grund für die Veröffentlichung einer von Palacký verfaßten Erklärung des Vorbereitungskomitees des Slawenkongresses vom 5. Mai 1848 [Nr. 3 der nachfolgend zusammengestellten Dokumente], in der mit Nachdruck ein

---

14 Für den in diesem Konzept von vornherein enthaltenen Verzicht auf die Forderung nach eigener Staatlichkeit, ein eigentlich erstaunliches Phänomen und zugleich eines der gravierendsten Probleme der nationalen tschechischen Bewegung zu dieser Zeit, gibt Otto Urban folgende bedenkenswerte Erklärung: »Wie weit der Verlust der böhmischen Staatlichkeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts fortgeschritten war, belegt die Tatsache, daß niemand unter den Sprechern der tschechischen Gesellschaft den Mut fand, eindeutig und mit Nachdruck die Frage der böhmischen Staatlichkeit als solche überhaupt zu stellen. Alle suchten sie nach einem ›Schutzdach‹ für die tschechischen Emanzipationsbestrebungen, das sie zumeist in einem neugestalteten österreichischen Kaisertum entdeckten. Der seine Flügel ausbreitende Österreichische Adler sollte den schlafenden böhmischen Löwen beschützen.« (Otto Urban: Die tschechische Gesellschaft. 1848–1918. Bd. 1 und 2. Wien 1994. Bd. 1. S. 225).

15 Siehe den Aufruf zur Einberufung eines Slawenkongresses nach Prag vom 1. Mai 1848 »Slované, bratři!«. In: Slovanický sjezd v Praze roku 1848. Sbíрка dokumentů. Hrsg. von Václav · aček unter Mitwirkung von Zdeňek Tobolka. Praha 1958 (im folgenden Slovanický sjezd 1848 ...). S. 48f. (deutsche Fassung siehe ebenda. S. 50).

16 Zu Palackýs Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Slawenkongreß ausführlich Jiří Kořalka: František Palacký 1798–1876. · ivotopis. Praha 1998. S. 281–286.

Bekanntnis zum Fortbestand des österreichischen Kaiserstaates abgegeben, die volle Gleichberechtigung aller Nationalitäten in ihm ohne jegliche Beeinträchtigung irgend einer nichtslawischen Nationalität gefordert und der Entschluß bekundet wurde, die sich aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung ergebenden Rechte in vollem Umfang wahrzunehmen und gegen jeden Angriff zu verteidigen. Es sei somit einleuchtend, heißt es abschließend, »dass diese ganze Maßregel von wesentlich conservirender Natur ist und nichts darbietet, was unsere gerechten und freisinnigen Mitbürger von nicht slavischen Stämme nur im mindesten beunruhigen könnte«. <sup>17</sup>

Den Verlauf, die auf ihm zu Tage getretenen Kontroversen, z. B. zwischen den Vertretern Polens und den »österreichischen« Slawen, die politischen Turbulenzen des Prager Juni-Aufstandes, die seine planmäßige und ordnungsgemäße Beendigung unmöglich machten, sowie die Nachwehen und Folgen des Prager Slawenkongresses, dem František Palacký präsiidierte, im einzelnen zu rekapitulieren, <sup>18</sup> würde den hier gewählten Rahmen sprengen. Unterstrichen sei an dieser Stelle lediglich, daß in dem »Manifest an die Völker Europas« <sup>19</sup> [Nr. 4 der nachfolgend zusammengestellten Dokumente], von Palacký unter Berücksichtigung verschiedener Entwürfe und Anmerkungen prominenter Kongreßteilnehmer verfaßt, das aus der Großen Revolution der Franzosen übernommene Motto »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« nicht nur als für den einzelnen Menschen, sondern auch als eine für die Nationen zutreffende Forderung in den Mittelpunkt gestellt wird. Keiner Nation sei von der Natur das Recht zur Herrschaft über eine andere verliehen worden, keine sei von Natur aus dazu bestimmt, einer anderen als Mittel zur Erreichung ihrer besonderen Ziele zu dienen. Eine deutliche Erweiterung des Blickwinkels wird in dem abschließenden Teil des Manifestes sichtbar: es geht bei der Gestaltung der Zukunft Europas nicht nur um das Schicksal der Slawen. Daher der Vorschlag, einen allgemeinen europäischen

---

17 Slovanský sjezd 1848 ... S. 52.

18 Verwiesen sei hier aus dem großen Umfang der dazu erschienenen Literatur auf die gelungene zusammenfassende Darstellung von Josef Kolejka: Der Slawenkongreß in Prag im Juni 1848. Die slawische Variante einer österreichischen Föderation. In: Rudolf Jaworski/Robert Luft (Hrsg.): 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 30. November bis 1. Dezember 1990. München 1996.

19 Der Titel des Dokuments wird in der Literatur verschieden angegeben (Manifest ..., Appell ..., Proklamation ...).

Völkerkongreß zur Beratung aller internationalen Angelegenheiten einzuberufen, geboren aus der Überzeugung, daß die freien Völker dazu befähigter seien als bezahlte Diplomaten.<sup>20</sup>

Das in den Revolutionswochen des Jahres 1848 entwickelte umfassende Konzept bildete auch die Grundlage der gesamten intensiven politischen Tätigkeit Palackýs am Ende der 1840er Jahre, insbesondere als einer der böhmischen Abgeordneten der Reichstages in Wien und Kremsier (Kroměříž), die mit der Ausarbeitung der Verfassung eines neu zu konstituierenden österreichischen Staates befaßt waren und die schließlich im Zuge der neoabsolutistischen Restauration der Monarchie ein jähes Ende fanden. Die in dieser Zeit von Palacký verfaßten Dokumente, darunter mehrere wichtige Vorarbeiten für eine österreichische Verfassung, insbesondere die aus der Feder Palackýs stammende »Denkschrift der böhmischen Abgeordneten über die von ihnen auf dem constituirenden Reichstage zu Wien und Kremsier befolgten politischen Grundsätze« vom 21. März 1849<sup>21</sup> geben interessante Aufschlüsse über die Ausformung des bereits im Brief nach Frankfurt in seinen Grundzügen dargelegten Konzepts. Als Kernfrage stellt sich immer die nach der tatsächlichen Gleichberechtigung der Völker der Monarchie und die für ihre Garantie zu schaffenden Bedingungen heraus, wobei es, auch in nachfolgenden Jahren der Rückkehr Palackýs in die aktive Politik, unter Berücksichtigung neuer politischer Entwicklungen bemerkenswerte Weiterentwicklungen seiner Ansichten gibt.

Es ist hier nicht der Platz, das Schicksal der Ideen Palackýs in den nachfolgenden Jahrzehnten im einzelnen nachzuzeichnen. Es kann zusammenfassend lediglich festgestellt werden, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Habsburger Monarchie für die Chancen der Verwirklichung seiner Grundidee der Gleichberechtigung der Völker als Bedingung für die eigenständige Entwicklung der tschechischen Nation mehr als ungünstig war. Insbesondere die sechziger Jahre bis hin zum österreichisch-ungarischen Ausgleich ließen immer deutlicher erkennen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Österreich eine Richtung eingeschlagen hatte, in der die Realisierung des ursprünglichen Konzepts völlig aussichtslos erschien. Zutiefst enttäuscht von diesen Entwicklungen, versuchte er nochmals, alle seine argumentative Kraft in die Waagschale zu werfen und das seine politischen Aktivitäten

---

20 Siehe Slovanský sjezd 1848 ... S. 361.

21 Siehe Gedenkbücher ... S. 189–205.

bestimmende Motto zu verteidigen. In einer 1865 im »Národ« erschienenen Artikelserie, die anschließend als eigenständige Broschüre unter dem Titel »Idea státu rakouského« (in der deutschen Fassung »Oesterreichs Staatsidee«) erschien, griff er in die in der Monarchie intensiv geführte Auseinandersetzung<sup>22</sup> um mögliche Neugestaltungen des Staates ein, in der sich die dualistische Variante herauskristallisierte. Er warnte eindringlich davor, daß sowohl zentralistische als auch dualistische Konstruktionen immer zur Unterordnung der »anderen« Völker führen werden. Einzig und allein in der föderalen Lösung der Probleme des Staatsaufbaus der Monarchie seien Bedingungen für die Gleichberechtigung aller Völker zu schaffen. Sollte eine solche Lösung nicht realisiert werden, gäbe es für die Zukunft des Reiches allergrößte Probleme, bis hin zu dessen möglichem Untergange – und es finden sich ganz am Schluß die Worte: »Der Tag, an dem der Dualismus proclamirt wird, wird zugleich durch unwiderstehliche Naturnothwendigkeit der Geburtstag des Panslavismus in seiner am wenigsten erfreulichen Gestalt werden; als Pathe werden ihm die Väter des Dualismus stehen. Was dann folgen wird, kann sich der Leser selbst vorstellen. Wir waren vor Österreich da, wir werden es auch nach ihm sein.«<sup>23</sup>

Kurz darauf, nachdem der österreichisch-ungarische Ausgleich vollzogen und damit der Dualismus der Monarchie zu einer Realität geworden war, verschärfte sich Palackýs Ton erneut. Deutlicher als je zuvor treten in seinem 1870 verfaßten »čechischen Memorandum« [Nr. 5 der zusammengestellten Dokumente] die Bitterkeit, Empörung und die grenzenlose Enttäuschung über das endgültige Scheitern seiner Vorstellung von einem gangbaren Weg zur nationalen Eigenständigkeit und Gleichberechtigung seines Volkes hervor, die zu erringen und befördern das beständig verfolgte Ziel seines wissenschaftlichen und politischen Schaffens war. Es endet mit den trotzigen Worten: »Die Böhmen haben seit Menschengedenken Beweise ihrer Loyalität in Hülle und Fülle dargebracht; trotzdem wurden und werden sie in Oesterreich, unter den Augen der Regierung, fortwährend geneckt, gehöhnt und verunglimpft; ihre nationale Ehre gilt in Wien stets für vogelfrei, und sie werden zunächst nur durch feindselige Behandlung ausgezeichnet. Gleichwohl hofften sie bis

---

22 Siehe dazu Otto Urban: Die tschechische Gesellschaft. 1848–1918. Bd. 1. Wien 1994. S. 270ff.

23 Franz Palacký: Oesterreichs Staatsidee. Wien 1974 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Prag 1866). S. 77.

zur letzten Stunde immer, man werde endlich doch einmal zu der Einsicht kommen, dass Gerechtigkeit und das gleiche Recht für Alle die beste Politik für Oesterreich sei. Nachdem sie nun aber den Kelch getäuschter Hoffnungen bis auf die Neige geleert: wäre es da ein Wunder, wenn sie endlich der Gefahr, in die der Staat sich selbst stürzt, gleichgiltig zusehen, und auch dessen Untergang keine Thräne nachweinen würden?

Den ihnen zugemutheten nationalen Selbstmord werden sie aber gewiss nie und nimmer sich zu Schulden kommen lassen.«<sup>24</sup>

Der tiefgreifende Wandel seiner Ansichten zum deutsch-tschechischen Verhältnis und zu dessen Ausgestaltung im Sinne eines konstruktiven, gleichberechtigten Nebeneinanders ist deutlich erkennbar. Abgesehen von einigen anderen einschneidenden Korrekturen seiner ursprünglichen Positionen, z. B. die Einschätzung Rußlands und der von ihm ausgehenden Gefahren betreffend,<sup>25</sup> ist es vor allem seine Sicht auf eben dieses Verhältnis, die sich im Laufe der Zeit und im Ergebnis der darin sichtbar gewordenen politischen Entwicklungen und gewonnenen Erfahrungen von Grund auf verändert hat. Er selbst blickte in dem 1874 verfaßten Schlußwort zu seinen »Gedenkblättern« voller Enttäuschung und Resignation auf das Jahr 1848 und den »Freudentaumel« dieses Jahres zurück, in dem nicht nur er, sondern, wie er meint, auch viele Vertreter der Deutschböhmen die gerade errungene politische und bürgerliche Freiheit auch auf die nationale Freiheit, d. h. auf die »Gleichberechtigung der Nationen« zu beziehen für richtig und gerechtfertigt gehalten hatten. Und er bekennt: »Es war dies, ich muss es gestehen, meinerseits ein grosser politischer Fehler, der grösste, den ich je begangen zu haben mir bewusst bin: ich hatte mit Factoren gerechnet, die sich hintennach als solche nicht bewährt haben; ich hatte geglaubt, dass die damals, nach wie vor, fast ausschliesslich deutschen Machthaber in Oesterreich, darunter auch anerkannte Ehrenmänner, dem Dogma der nationalen Gleichberechtigung nicht bloss aus augenblicklicher Noth, sondern aus aufrichtiger Ueberzeugung, aus eigenem freien Willen, zustimmten und ihm Folge zu geben bereit waren. – Vertrauen in die Humanität und Gerechtigkeitsliebe der Deutschen: wer wird den ersten Stein gegen mich dafür erheben?«<sup>26</sup>

24 Gedenkblätter ... S. 281f.

25 Siehe Palacký Politisches Vermächtnis. Autorisierte deutsche Uebersetzung. Prag 1872. S. 26ff.

26 Gedenkblätter ... S. 295.

Damit ist in der Tat eine Wandlung von Grund auf vollzogen. Die bereits in seiner »Geschichte der böhmischen Nation« anklingenden Vorbehalte und Ressentiments gegenüber den deutschen Mitbewohnern, überdeckt noch von in der politischen Aktivität gehegten Hoffnungen auf einen möglichen Wandel im Verhalten der deutschen Landsleute, haben sich nicht nur voll ausgeprägt, sondern sind einer grundsätzlich negativen Bewertung »der Deutschen« gewichen. Vor allem die Erfahrungen der sechziger Jahre und die in ihnen vollends zerbrochenen Hoffnungen auf die Umgestaltungen Österreichs in einen Bund gleichberechtigter Völker, in dem jedem die volle Entfaltung seiner »Nationalität« gesichert sei, veränderten seine Sicht auf dieses Grundproblem der Entwicklung Böhmens. Er konstatiert, daß es nicht gelungen sei, die Lage der Tschechen in Böhmen grundlegend zu ändern und beklagt, daß von Gleichberechtigung in keiner Weise die Rede sein könne. »Die Deutschböhmen«, erklärt er, »welche ein Drittel der Landesbevölkerung bilden und kaum ein Drittel der Gesamtsteuer derselben tragen, [verfügen] über die Majorität im Landtage der Art, dass sie *mehr als zwei Drittel Stimmen* in der Landesrepräsentation führen, und den Nationalböhmern kaum ein Drittel zugestehen, – ein schreiender Beleg, wie sie da, wo sie die Macht besitzen, Gerechtigkeit zu üben und ›das gleiche Recht‹ den Slawen zu gewähren wissen!«<sup>27</sup> Und wenig später fährt er fort: »Wir haben in den grossen politischen Krisen seit 1848 am Ende nur die Herrschaft gewechselt: anstatt des oft milden Absolutismus eines einzelnen Herrschers ist bei uns der egoistischste, rücksichtsloseste Absolutismus einer uns feindseligen *Race* getreten.«<sup>28</sup>

Ob es sich mit diesen aus enttäuschten Erfahrungen resultierenden Wandlungen in den Ansichten Palackýs an dessen Lebensabend um die Wandlung eines in der Hoffnung auf gemeinsames Wirken von Deutschen und Tschechen zur Gewährleistung der *Gleichberechtigung der Nationalitäten* auf seinem politischen Weg Gestarteten zum »Deutschenhasser« handelte, sei dahingestellt. Unstrittig ist, daß er offensichtlich in den Haltungen und politischen Manövern der Deutschen in Österreich und der Deutschböhmen das Haupthindernis für die Erringung und Sicherung der nationalen Gleichberechtigung der Tschechen sah. Sein Glaube an die Möglichkeit, Österreich umzugestalten und damit das er-

---

27 Ebenda. S. 301.

28 Ebenda. S. 307.



träumte Ziel zu erreichen, war zerstoßen. Sein Wort aus dem Brief nach Frankfurt, daß der österreichische Kaiserstaat, bestünde er nicht bereits, sobald als möglich geschaffen werden müßte, war nach seinem eigenen Zeugnis am Ende seines Lebens gegenstandslos geworden.<sup>29</sup> In seinen letzten Bekundungen wirft Palacký die Frage nach dem Bestand Österreichs und seiner Erhaltenswürdigkeit auf, allerdings vor einer konsequenten und eindeutigen Antwort zurückschreckend.

Jahrzehnte später erst wird es Tomáš Garrigue Masaryk sein, der auf die von Palacký aufgeworfene Frage die aus seiner Sicht im Interesse der tschechischen Nation einzig noch verbliebene Antwort gibt und sie politisch aktiv betreibt: Gründung eines eigenen tschechoslowakischen Staates.<sup>30</sup> Daß damit das Problem des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen, die Auseinandersetzung um Gleichberechtigung, Privilegierung und Entprivilegierung von Bürgern verschiedener Nationalität in dem neu geschaffenen Staat erneut offen war und zu einer Schicksalsfrage der Entwicklung und Existenz dieses Staates mit dramatischen und tragischen Konsequenzen wurde, ist bekannt, obwohl es bis zu einer sachlichen, entpolitisierten und allgemein akzeptierten Bewertung noch ein sehr, sehr weiter Weg sein wird.

---

29 Siehe Palacký Politisches Vermächtnis. Autorisierte deutsche Uebersetzung. Prag 1872. S. 24.

30 Dazu ausführlicher Jaroslav Opat: TGM – pokračovatel v Palackého díle politickém. In: František Šmahel/Eva Dolealová (Hrsg.): František Palacký 1798–1998: dějiny a dnešek. Sborník z jubilejní konference. Praha 1999. S. 349–360. – Eckart Mehls: Kleine Staaten – große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. In: Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente. Leipzig 10(2001)1. S. 73–94.

FRANTIŠEK PALACKÝ

## Ausgewählte Dokumente<sup>1</sup>

### 1. ERKLÄRUNG ÜBER DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER NATIONALITÄTEN (1848)<sup>2</sup>

Gleich nach der auch in Prag am 15 März 1848 proclamirten Constitution näherte mein ehemaliger Freund, Karl Egon Ebert, sich mir wieder, und wir beide beriefen sämtliche in Prag wohnenden sowohl deutschen als böhmischen Schriftsteller zu einer gemeinsamen Berathung am 18 März über die Frage, wie wir uns bei der plötzlich gewonnenen Pressfreiheit zu verhalten hätten, um nicht nur einem etwaigen Ausbruch der nunmehr entfesselten Leidenschaften, sondern auch einer Compromittierung der Freiheit selbst, durch deren etwa unbesonnenen Missbrauch, zu steuern. Da aber in der Versammlung jenes Tages kein eigentlicher Beschluss zu Stande kam: so berief ich zum 20 März die böhmischen Literaten allein, und legte ihnen den Entwurf einer in 4 Punkten gefassten Resolution vor, der auch schliesslich einstimmig approbirt wurde, wie in meinem Radhost (Band III, S. 7, 8)<sup>3</sup> zu lesen ist. Am folgenden Tage, 21 März, kamen wir sowohl deutsche als böhmische Schriftsteller in ziemlicher Anzahl wieder zusammen, und es wurde nachstehende Erklärung gleichfalls einstimmig zum Beschluss erhoben, – wie ich darüber in meinem Radhost (III, 277) und daraus in meinem sogenannten »Politischen Vermächtnis« (S. 6), umständlicher berichtet habe. – Zu den Namen, welche in der Sitzung selbst unterzeichnet wor-

- 
- 1 Die Wiedergabe der Dokumente folgt der Originalfassung der jeweils angegebenen Quelle.
  - 2 Franz Palacký: Gedenkblätter. Auswahl von Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren. Als Beitrag zur Zeitgeschichte herausgegeben von Franz Palacký. Prag 1874 (im folgenden Gedenkblätter ...). S. 145f.
  - 3 Unter dem Titel »Radhost« veröffentlichte Palacký 1871 bis 1873 eine dreibändige Zusammenfassung seiner tschechisch geschriebenen Artikel, Aufrufe und Essays. Den »Epilog« (doslov) zu »Radhost« betrachtete er als sein politisches Testament.

den, verlangten später Einige, die nicht anwesend gewesen, auch die ihrigen beifügen zu dürfen: so kamen an die 60 Unterschriften zu Stande.-

Die Schriftsteller Prags, böhmischer wie deutscher Zunge, gehoben von dem Gefühle der Freiheit und der in der letzten Zeit an den Tag getretenen Eintracht der böhmischen und deutschen Bevölkerung ihres Vaterlandes, haben in ihrer am 21 März 1848 gehaltenen Versammlung einstimmig den Beschluss gefasst, öffentlich zu erklären, mit allen Kräften dahin wirken zu wollen, dass dieses glückliche Verhältnis nicht gestört, sondern fest aufrecht erhalten werde. Es soll auf Grundlage vollständiger Gleichberechtigung beruhen, so dass weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug geniessen sollen. Es soll daher auch des böhmischen Theils der Bevölkerung Eifer und Bemühung, dieser Gleichberechtigung in Allem erst wirklich theilhaft zu werden, nicht als eine Störung der Eintracht anzusehen sein.

Sie erklären ferner, die Vereinigung der böhmischen Krone mit dem österreichischen Staate durch das Band der constitutionellen Monarchie in Schrift und Wort auf's Kräftigste wahren zu wollen.

Paul Joseph Šafařík, Vorsitzender. – Franz Palacký. – Karl Egon Ebert. – Ignaz Kuranda. – Kreutzberg. – Dr. Weitenweber. – Jul. Köllner-Werdenau. – Karl Leiner. – Mos. Landau. – Johann Slav. Tomiček. – A. J. Austerlitz. – Fr. Daucha. – J. B. Malý. – Ulm. – Jos. Kaj. Tyl. – Johann Praw. Kaubek. – Moritz Hartmann. – Dr. Ambros. – Anton Marek. – Dr. Lukas. – Franz Bezděka. – Ferd. B. Mikowec. – Karel Wladislaw Zap. – Karel Storch. – Kristian Stefan. – Johann Erasm. Wocel. – J. Slav. Liblinský. – Dr. Lederer. – C. J. Vietz. – Karl Sabina. – Hanka. – V. Slawomil Wáwra. – Alfred Meissner. – Wilém D. Lambl. – Anton Musil. – K. Hawliček. – Franz Řezáč. – Karl Viktor Hansgirk. – Fr. Petřina. – Jan Bedřich Dambeck. – Edlenbach. – D. C. Jelínek. – Wácslaw Wlad. Tomek. – F. A. Weber. – W. Wondra. – Fr. J. Schopf. – Dr. Stanik. – Wácslaw Štule. – Dr. Čejka. – František Šohaj. – Joseph Wenzig. – Joseph Jireček. – Wácslaw Reišel Kokořinský. – Stuchlý Jos. Fr. – Pr. Otto Kröpfel. – Fr. Schneider. – Rudolf Glaser. – J. Helbling von Hirzenfeld. – Hermin Jireček.

## 2. EINE STIMME ÜBER OESTERREICHS ANSCHLUSS AN DEUTSCHLAND (1848)<sup>4</sup>

Üeber das folgende, einst grosses Aufsehen machende und auch folgenreiche Schreiben nach Frankfurt, werde ich hier um so weniger sagen, je mehr darüber an anderen Orten, und meinerseits auch im Radhost (III, 278) und Polit. Vermächtnis (S. 7) mitgetheilt worden ist.

An den Fünfziger-Ausschuss, zu Händen des Hrn. Präsidenten Soiron in

Frankfurt a. M.

P. P.

Das Schreiben vom 6 April l. J., womit Sie, hochgeehrte Herren! mir die Ehre erwiesen, mich nach Frankfurt einzuladen, um an Ihren »hauptsächlich die schleunigste Berufung eines deutschen Parlaments« bezweckenden Geschäften Theil zu nehmen, – ist mir so eben von der Post richtig zugestellt worden. Mit freudiger Ueberraschung las ich darin das vollgiltige Zeugniß des Vertrauens, welches Deutschlands ausgezeichnete Männer in meine Gesinnung zu setzen nicht aufhören: denn indem sie mich zur Versammlung »deutscher Vaterlandsfreunde« berufen, sprechen sie mich selbst von dem eben so ungerechten als oft wiederholten Vorwurfe frei, als habe ich mich gegen das deutsche Volk jemals feindselig bewiesen. Mit wahrem Dankgeföhle erkenne ich darin die hohe Humanität und Gerechtigkeitsliebe dieser ausgezeichneten Versammlung an, und finde mich dadurch um so mehr verpflichtet, ihr mit offenem Vertrauen, frei und ohne Rückhalt, zu antworten.

Ich kann Ihrem Rufe, meine Herren! weder in eigener Person, noch durch Abordnung eines andern »zuverlässigen Patrioten« an meiner Statt, Folge leisten. Erlauben Sie mir, die mich bestimmenden Gründe Ihnen so kurz als möglich vorzutragen.

Der ausgesprochene Zweck Ihrer Versammlung ist, einen *deutschen Volksbund* an die Stelle des bisherigen *Fürstenbundes* zu setzen, die deutsche Nation zu wirklicher Einheit zu bringen, das deutsche Nationalgefühl zu kräftigen, und Deutschlands Macht dadurch nach Innen und Aussen zu erhöhen. So sehr ich auch dieses Bestreben und das ihm zu Grunde liegende Gefühl achte, und eben weil ich es achte, darf ich mich daran nicht betheiligen. Ich bin kein Deutscher, – fühle mich wenigstens

---

4 Gedenkblätter ... S. 148–155.

nicht als solcher, – und als blossen meinungs- und willenslosen Ja-Herrn haben Sie mich doch gewiss nicht zu sich berufen wollen. Folglich müsste ich in Frankfurt entweder meine Gefühle verläugnen und heucheln, oder bei sich ergebender Gelegenheit laut widersprechen. Zum ersten bin ich zu offen und zu frei, zum zweiten nicht dreist und rücksichtslos genug; ich kann es nämlich nicht über's Herz gewinnen, durch Mislaute einen Einklang zu stören, den ich nicht allein in meinem eigenen Hause, sondern auch beim Nachbar, wünschenswerth und erfreulich finde.

Ich bin ein Böhme slawischen Stammes, und habe mit all dem Wenigen, was ich besitze und was ich kann, mich dem Dienste meines Volkes ganz und für immer gewidmet. Dieses Volk ist nun zwar ein kleines, aber von jeher ein eigenthümliches und für sich bestehendes; seine Herrscher haben seit Jahrhunderten am deutschen Fürstenbunde Theil genommen, es selbst hat sich aber niemals zu diesem Volke gezählt, und ist auch von Andern im Ablauf aller Jahrhunderte niemals dazu gezählt worden. Die ganze Verbindung Böhmens, zuerst mit dem heil. römischen Reiche, dann mit dem deutschen Bunde, war von jeher ein reines Regale, von welchem das böhmische Volk, die böhmischen Stände, kaum jemals Kenntniss zu nehmen pflegten. Diese Thatsache ist allen deutschen Geschichtsforschern wohl eben so gut, wie mir selbst bekannt; und sollte sie ja noch von Jemanden in Zweifel gezogen werden, so bin ich erbietig, sie seiner Zeit bis zur Evidenz sicher zu stellen. Selbst bei der vollen Annahme, dass die böhmische Krone jemals im Lehensverbande zu Deutschland gestanden (was übrigens von böhmischen Publicisten von jeher bestritten wird), kann es keinem Geschichtskundigen einfallen, die ehemalige Souverainetät und Autonomie Böhmens nach Innen in Zweifel zu ziehen. Alle Welt weiss es, dass die deutschen Kaiser, als solche, mit dem böhmischen Volke von jeher nicht das Mindeste zu thun und zu schaffen gehabt haben; dass ihnen in und über Böhmen weder die gesetzgebende, noch die richterliche oder vollziehende Gewalt zukam; dass sie weder Truppen noch irgend Regalien aus dem Lande jemals zu beziehen hatten; dass Böhmen mit seinen Kronländern zu keinem der ehemaligen zehn deutschen Kreise gezählt wurde, die Competenz des Reichskammergerichts sich niemals über dasselbe erstreckte u. s. w.; dass somit die ganze bisherige Verbindung Böhmens mit Deutschland als ein Verhältnis, nicht von Volk zu Volk, sondern nur von Herrscher zu Herrscher, aufgefasst und angesehen werden muss. Fordert man aber, dass über den bisherigen Fürstenbund hinaus nunmehr das *Volk* von Böhmen selbst mit dem deutschen Volke sich verbinde, so ist

das eine wenigstens neue und jeder historischen Rechts-Basis erman- gelnde Zumuthung, der ich für meine Person mich nicht berechtigt füh- le, Folge zu geben, so lange ich dazu kein ausdrückliches und vollgiltiges Mandat erhalte.

Der zweite Grund, der mir verbietet, an Ihren Berathungen Theil zu nehmen, ist der Umstand, dass nach Allem, was über Ihre Zwecke und Ansichten bisher öffentlich verlautet hat, Sie nothwendiger Weise darauf ausgehen wollen und werden, Oesterreich als selbstständigen Kaiserstaat unheilbar zu schwächen, ja ihn unmöglich zu machen, – einen Staat, dessen Erhaltung, Integrität und Kräftigung eine hohe und wichtige An- gelegenheit nicht meines Volkes allein, sondern ganz Europas, ja der Hu- manität und Civilisation selbst ist und sein muss. Schenken Sie mir auch darüber ein kurzes und geneigtes Gehör.

Sie wissen, welche Macht den ganzen großen Osten unseres Welt- theils inne hat; Sie wissen, daß diese Macht, schon jetzt zu kolossaler Größe herangewachsen, von Innen heraus mit jedem Jahrzehend in grö- ßerem Maße sich stärkt und hebt, als solches in den westlichen Ländern der Fall ist und sein kann; daß sie im Inneren fast unangreifbar und unzugänglich, längst eine drohende Stellung nach Außen genommen hat, und wenn gleich auch im Norden aggressiv, dennoch, vom natürlichen Instinct getrieben, vorzugsweise nach dem Süden zu sich auszubreiten sucht und suchen wird; daß jeder Schritt, den sie auf dieser Bahn noch weiter vorwärts machen könnte, in beschleunigtem Lauf eine neue *Uni- versalmonarchie* zu erzeugen und herbeizuführen droht, d. i. ein unab- sehbares und unnennbares Übel, eine Calamität ohne Maass und Ende, welche ich, ein Slawe an Leib und Seele, im Interesse der Humanität deshalb nicht weniger tief beklagen würde, wenn sie sich auch als eine vorzugsweise slawische ankündigen wollte. Mit demselben Unrecht, wie in Deutschland als Deutschenfeind, werde ich in Russland von Vielen als Russenfeind bezeichnet und angesehen. Nein, ich sage es laut und offen, ich bin kein Feind der Russen: im Gegentheile, ich verfolge von jeher mit Aufmerksamkeit und freudiger Theilnahme jeden Schritt, den dieses gro- ße Volk innerhalb seiner natürlichen Grenzen auf der Bahn der Civilisati- on vorwärts thut. Da ich jedoch, bei aller heißen Liebe zu meinem Volke, die Interessen der Humanität und Wissenschaft von jeher noch über die der Nationalität stelle: so findet schon die blosse Möglichkeit einer russischen Universalmonarchie keinen entschiedeneren Gegner und Bekämpfer, als mich; nicht weil sie russisch, sondern weil sie eine Uni- versalmonarchie wäre.

Sie wissen, daß der Süd-Osten von Europa, die Gränzen des russischen Reichs entlang, von mehren in Abstammung, Sprache, Geschichte und Gesittung merklich verschiedenen Völkern bewohnt wird, – Slawen, Walachen, Magyaren und Deutschen, um der Griechen, Türken und Schkipetaren nicht zu gedenken, – von welchen keines für sich allein mächtig genug ist, dem übermächtigen Nachbar im Osten in alle Zukunft erfolgreichen Widerstand zu leisten; das können sie nur dann, wenn ein einiges und festes Band sie alle mit einander vereinigt. Die wahre Lebensader dieses nothwendigen Völkervereins ist die Donau: seine Centralgewalt darf sich daher von diesem Strome nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. Wahrlich, existirte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europa's, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.

Warum sahen wir aber diesen Staat, der von der Natur und Geschichte berufen ist, Europa's Schild und Hort gegen asiatische Elemente aller Art zu bilden, – warum sahen wir ihn im kritischen Momente, jedem stürmischen Anlauf preisgegeben, haltungslos und beinahe rathlos? – Weil er in unseliger Verblendung, so lange her die eigentliche rechtliche und sittliche Grundlage seiner Existenz selbst verkannt und verläugnet hat: den Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung und Gleichbeachtung aller unter seinem Scepter vereinigten Nationalitäten und Confessionen. Das Völkerrecht ist ein wahres Naturrecht: kein Volk auf Erden ist berechtigt, zu seinen Gunsten von seinem Nachbar die Aufopferung seiner selbst zu fordern, keines ist verpflichtet, sich zum Besten des Nachbars zu verläugnen oder aufzuopfern. Die Natur kennt keine herrschenden, so wie keine dienstbaren Völker. Soll das Band, welches mehre Völker zu einem politischen Ganzen verbindet, fest und dauerhaft sein, so darf keines einen Grund zur Befürchtung haben, dass es durch die Vereinigung irgend eines seiner theuersten Güter einbüßen werde: im Gegentheil muss jedes die sichere Hoffnung hegen, bei der Centralgewalt gegen allenfällige Uebergriffe der Nachbarn Schutz und Schirm zu finden; dann wird man sich auch beeilen, diese Centralgewalt mit so viel Macht auszustatten, dass sie einen solchen Schutz wirksam leisten könne. Ich bin überzeugt, daß es für Oesterreich auch jetzt noch nicht zu spät ist, diesen Grundsatz der Gerechtigkeit, die *sacra ancora* beim drohenden Schiffbruch, laut und rückhaltlos zu proclamiren und ihm praktisch allenthalben Nachdruck zu geben; doch die Augenblicke sind kostbar, möchte man doch um Gotteswillen nicht eine Stunde län-

ger zögern! Metternich ist nicht bloss darum gefallen, weil er der ärgste Feind der Freiheit, sondern auch darum, weil er der unversöhnlichste Feind aller slawischen Nationalität in Österreich gewesen.

Sobald ich nun meine Blicke über die Gränzen Böhmens hinaus erhebe, bin ich durch natürliche wie geschichtliche Gründe angewiesen, sie nicht nach Frankfurt, sondern nach Wien hinzurichten, und dort das Centrum zu suchen, welches geeignet und berufen ist, meines Volkes Frieden, Freiheit und Recht zu sichern und zu schützen. *Ihre* Tendenz, meine Herren! scheint mir aber jetzt offen dahin gerichtet zu sein, dieses Centrum, von dessen Kraft und Stärke ich nicht für Böhmen allein Heil erwarte, nicht nur, wie gesagt, unheilbar zu schwächen, sondern sogar zu vernichten. Oder glauben Sie wohl, die oesterreichische Monarchie werde noch ferner Bestand haben, wenn Sie ihr verbieten, innerhalb ihrer Erblände ein eigenes, von dem Bundeshaupt in Frankfurt unabhängiges Heer zu besitzen? Glauben Sie, der Kaiser von Oesterreich werde sich auch dann noch als Souverain behaupten können, wenn Sie ihn verpflichten, alle wichtigeren Gesetze von Ihrer Versammlung anzunehmen, und somit das Institut der österreichischen Reichsstände so wie alle durch die Natur selbst gebotenen Provinzial-Verfassungen der verbundenen Königreiche illusorisch zu machen? Und wenn dann z. B. Ungarn, seinem Triebe folgend, von der Monarchie sich ablöst, oder, was beinahe gleichbedeutend ist, zu ihrem Schwerpunkt sich gestaltet, – wird dieses Ungarn, das von einer nationalen Gleichberechtigung innerhalb seiner Gränzen nichts wissen will, in die Länge sich frei und stark behaupten können? Nur der Gerechte ist wahrhaft frei und stark. Es kann aber von einem freiwilligen Anschluss der Donauslawen und der Walachen, ja der Polen selbst, an einen Staat, der den Grundsatz aufstellt, dass man vor allem Magyare, und dann erst Mensch sein müsse, nicht die Rede sein; und von einem gezwungenen noch weniger. Um des Heils von Europa willen darf Wien zu einer Provinzialstadt nicht herabsinken! Wenn es aber in Wien selbst Menschen gibt, die sich Ihr Frankfurt als Capitale wünschen, so muss man ihnen zurufen: Herr! vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie wollen!

Endlich muss ich noch aus einem dritten Grunde Anstand nehmen, bei Ihren Berathungen mitzuwirken: ich halte nämlich alle bisherigen Projecte zu einer Reorganisirung Deutschlands auf Grundlage des Volkswillens für unausführbar und in die Länge unhaltbar, wenn Sie sich nicht zu einem echten Kaiserschnitt entschliessen, – ich meine die Proclamirung einer deutschen Republik, – wäre es auch nur als eine Uebergangsform.



Alle versuchten Vorschriften von Theilung der Gewalt zwischen halb-souverainen Fürsten und dem souverainen Volk erinnern mich an die Theorien der Phalanstere, die gleichfalls von dem Grundsatz ausgehen, die Betheiligten werden wie Ziffern in einem Rechenexempel sich verhalten und keine andere Geltung in Anspruch nehmen, als welche die Theorie ihnen anweist. Möglich, dass meine Ansicht unbegründet ist, dass ich in meiner Ueberzeugung mich täusche, – aufrichtig gesagt, ich wünsche selbst, dass solches der Fall sei, – aber diese Ueberzeugung ist da, und ich darf diesen Compass keinen Augenblick aus der Hand geben, wenn ich in den Stürmen des Tages nicht haltungslos mich verlieren will. Was nun die Einführung einer Republik in Deutschland betrifft, – so liegt diese Frage so ganz ausserhalb des Kreises meiner Competenz, dass ich darüber nicht einmal eine Meinung äussern will. Von den Gränzen Oesterreichs muss ich aber jeden Gedanken an Republik in vorhinein entscheiden und kräftig zurückweisen. Denken Sie sich Oesterreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst, – welch' ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmonarchie!

Um endlich meine lange und doch nur flüchtig hingeworfene Rede zu schliessen, muss ich meine Ueberzeugung in kurzen Worten dahin aussprechen: dass das Verlangen, Oesterreich (und mit ihm auch Böhmen) solle sich volksthümlich an Deutschland anschliessen, d. h. in Deutschland aufgehen, eine Zumuthung des *Selbstmords* ist, daher jedes moralischen und politischen Sinnes ermangelt; dass im Gegentheile die Forderung, Deutschland möge sich an Oesterreich anschliessen, d. h. der österreichischen Monarchie unter den oben angedeuteten Bedingungen beitreten, einen ungleich besser begründeten Sinn hat. Ist aber auch diese Zumuthung, dem deutschen Nationalgefühl gegenüber, unstatthaft: so erübrigt nichts, als dass beide Mächte, Oesterreich und Deutschland, neben einander gleichberechtigt sich constituiren, ihren bisherigen Bund in ein ewiges Schutz- und Trutzbündniss verwandeln, und allenfalls noch, wenn solches ihren beiderseitigen materiellen Interessen zusagt, eine Zolleinigung unter einander abschliessen. Zu allen Maassregeln, welche Oesterreichs Unabhängigkeit, Integrität und Machtentwicklung, namentlich gegen den Osten hin, nicht gefährden, bin ich mitzuwirken immer freudig bereit.

Genehmigen Sie, meine Herren! den Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung und Ergebenheit.

Prag den 11 April 1848.

### 3. [ERKLÄRUNG DES VORBEREITUNGSKOMITEES DES SLAWENKONGRESSES 1848 VOM 5. MAI 1848]<sup>5</sup>

Auf den 31. Mai l. J. ist nach Prag eine Slawenversammlung durch öffentlichen Aufruf ausgeschrieben worden. Die Unterzeichner dieser Proclamation geben zur allgemeinen Verständigung über die sie dabei leitenden Grundsätze folgende

#### Erklärung.

Indem wir den Aufruf an unsere slawischen Brüder in Österreich, sich zu Berathung unserer gemeinsamen Angelegenheiten in Prag am 31. Mai l. J. zu versammeln, unterzeichnen, fühlen wir uns durch die Rücksichten, die wir auch unseren nichtslawischen Landsleuten schuldig sind, bewogen, uns über die Gesinnungen und Grundsätze, von welchen wir dabei ausgehen, im Nachstehenden klar und unumwunden auszusprechen.

1. Wir erklären offen und feierlich, dass wir fest und unwandelbar entschlossen sind, dem angestammten, uns nach constitutionellen Grundsätzen regierenden Hause Habsburg-Lothringen die alte Treue unverändert zu bewahren und die Erhaltung der Integrität und Souveränität des österreichischen Kaiserstaats mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern. Wir weisen daher in Vorhinein alle von Uibelwollenden gegen uns etwa erhobenen Verdächtigungen über angeblichen Separatismus, Panslavismus, Russismus und wie alle derlei Schlagwörter sonst noch lauten mögen, dahin zurück, woher sie kommen, in das Gebiet der Lüge und Verläumdung.

2. Wir erklären ebenso feierlich, dass es nie unsere Absicht gewesen ist, noch sein wird, irgend eine nichtslawische Nationalität zu beeinträchtigen oder zu bedrücken, indem unser Streben von jeher dahin gerichtet ist, dem Grundsätze der vollen Gleichberechtigung aller Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaate die nöthige Anerkennung und praktische Geltung zu verschaffen.

---

5 Slovanský sjezd v Praze roku 1848. Sbíрка dokumentů. Hrsg. von Václav · aček unter Mitwirkung von Zdeňek Tobolka. Praha 1958. S. 51f.

3. Endlich erklären wir, dass wir entschlossen sind, die den soeben ausgesprochenen Grundsätze gemäss unserer slavischen Nationalität im Volks- und Staatsleben gebührenden Rechte in ihrem vollen Umfange in Anspruch zu nehmen, sie zu bewahren und gegen jeden Angriff, er komme woher er wolle, zu schützen, und dass somit der von uns beabsichtigten Slavenversammlung kein anderes Motiv zu Grunde liegt, als der Wunsch, durch freundliches Einverständniss der von einander getrennten Slavenstämme jenen uns heiligen Zweck auf die zugleich sicherste und friedlichste Weise zu erreichen.

Da somit unsere nationale Selbständigkeit und Einigung durch den Fortbestand der Integrität und Souverainität des österreichischen Kaiserstaats mitbedingt wird, so ist es einleuchtend, dass diese ganze Massregel von wesentlich conservirender Natur ist und nichts darbietet, was unsere gerechten und freisinnigen Mitbürger von nicht slavischen Stämme nur im mindesten beunruhigen könnte.

Prag, am 5. Mai 1848.

Josef Mathias Graf von Thun  
 Johann Ritter von Neuberg  
 Albert Graf Deym  
 Johann Graf-Kolowrat-Krakowský  
 Karl Maria Freiherr Villani  
 Friedrich Graf Rumerskirch  
 Venceslav Hanka  
 Robert Frhr. Hildprandt  
 J. Erazim Wocel  
 J. Franta Šumavský

Matthäus Fr. Klácel  
 P. Václav Štulc  
 Dr Václav Staněk  
 Karel Jaromír Erben  
 Frant. Palacký  
 W. W. Tomek  
 Václav Nebeský  
 M. Dr. Fanta  
 Dr. Fr. Ladislav Rieger  
 Karl Vladislav Zap.

#### 4. PROCLAMATION DER ERSTEN SLAWENVERSAMMLUNG IN PRAG AN DIE VÖLKER EUROPAS<sup>6</sup>

Der Zusammentritt eines Slawencongresses in Prag ist ein ungewöhnliches Ereignis, wie in Europa, so auch bei uns Slawen selbst. Zum ersten Mal, seit die Geschichte uns nennt, sind wir zerstreute Glieder einer grossen Völkerfamilie aus entfernten Gegenden zahlreich zusammengeströmt, um uns als Brüder wieder zu erkennen, und unsere gemeinsamen Angelegenheiten friedlich zu berathen und wir haben uns verständigt, nicht allein durch das Mittel unserer herrlichen, von 80 Millionen Stammgenossen gesprochenen Sprache, sondern auch durch den harmonischen Schlag unserer geistigen Interessen. Die Wahrheit und Offenheit, welche alle unsere Verhandlungen leitete, bestimmte uns, es auch vor Gott und der Welt auszusprechen, was wir gewollt und welche Grundsätze unsern Verhandlungen als Richtschnur gedient haben.

Die romanischen und germanischen Völkerstämme, einst als gewaltige Eroberer in Europa berühmt, haben mit der Kraft ihrer Schwerter seit Jahrtausenden nicht nur ihre staatliche Unabhängigkeit gesichert, sondern auch für ihre Herrschsucht mannigfache Befriedigung sich zu verschaffen gewusst. Ihre Staatskunst stützte sich zunächst auf das Recht des Stärkeren, nahm die Freiheit für die bevorzugten Classen allein in Anspruch, regierte mittelst Privilegien, und erkannte den Volksmassen nur blosse Pflichten zu; erst in der jüngsten Zeit gelang es der, gleich Gottes Odem über die Länder einher brausenden Macht der öffentlichen Meinung alle Ketten des Feudalismus plötzlich zu sprengen und die unverjähbaren Rechte des Menschen für das Individuum allenthalben wieder zu gewinnen. Bei den Slawen dagegen, wo man die Freiheit von jeher um so inniger liebte, je weniger man sich herrsch- und eroberungssüchtig erwies, wo der Hang zur Unabhängigkeit die Bildung jeder höheren Centralgewalt gehindert hatte, verfiel in Ablauf der Jahrhunderte ein Stamm nach dem andern in Abhängigkeit; durch eine Politik, die vor den Augen der Welt längst nach Gebühr gerichtet worden, wurde zuletzt auch noch das ritterliche Volk der Polen, unserer edlen Brüder, um seine staatliche Existenz gebracht, die ganze grosse Slawenwelt schien der Zwingherrschaft unwiderruflich verfallen, und die Wohldiener derselben verfehlten nicht, ihr auch die Fähigkeit zur Freiheit

---

6 Slawische Jahrbücher. 1848. Parg [1848]. S. 181–185.

abzusprechen. Doch auch dieser thörichte Wahn schwindet vor der Stimme Gottes, welche in den unerhörten Umwälzungen der Gegenwart jedem Herzen verständlich spricht; der Geist hat endlich den Sieg davon getragen, der Zauberbann ist gelöst, der tausendjährige Plan, den rohe Gewalt, mit List und Tücke im Bunde, aufgeführt und gehalten, – er stürzt vor unsern Augen in Trümmer, ein frischer Lebenshauch weht über die weiten Gefilde und treibt neue Schöpfungen empor, das freie Wort, die freie That, sie werden zur Wahrheit. Da erhebt auch der lang gedrückte Slawe sein Haupt wieder, wirft den Zwang von sich, und fordert mit lauter und entschiedener Stimme sein altes Erbe wieder: die Freiheit. Stark durch seine Zahl, noch stärker durch seinen Willen und die wiedererlangte brüderliche Einmüthigkeit seiner Stämme, bleibt er dennoch seiner Natur und den Grundsätzen seiner Väter treu: er will keine Herrschaft, keine Eroberung, er will die Freiheit für sich wie für Jedermann; er fordert sie unbedingt als die Anerkennung des heiligsten Rechts des Menschen. Darum verdammen und verabscheuen wir Slawen jede Herrschaft der Gewalt, die sich neben dem Gesetze geltend machen will, wir verwerfen alle Privilegien und Vorrechte, sowie alle politischen Ständeunterschiede und verlangen unbedingte Gleichheit vor dem Gesetze; fordern das gleiche Maas von Rechten und Pflichten für Jedermann; wo immer unter Millionen auch nur ein Knecht geboren wird, da kennt man die wahre Freiheit noch nicht. Ja, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Staatsangehörigen sind, wie vor einem Jahrtausende, so auch heutzutage wieder unsere Losung.

Doch nicht das Individuum, nicht der einzelne Mensch im Staate allein ist es, wofür wir unsere Stimmen erheben, zu dessen Gunsten wir unsere Forderungen stellen. Nicht minder heilig, als der Mensch in seinem angeborenen Rechte, ist uns auch das Volk mit der Gesammtheit seiner geistigen Interessen. Wenn gleich die Geschichte einzelnen Völkern vor anderen eine vollendetere humane Entwicklung zugesteht, so belehrt sie uns dennoch, dass der Entwicklungsfähigkeit auch der Anderen keine Schranken gesetzt sind; die Natur kennt weder edle, noch unedle Völker an sich, sie hat keines derselben zur Herrschaft über ein anderes berufen, hat keines bestimmt, einem anderen als Mittel zu dessen besonderen Zwecken zu dienen; die gleiche Berechtigung aller zur höchsten Humanität ist ein Gesetz Gottes, das keines von ihnen ungestraft zu verletzen wagen darf. Leider aber scheint dieses Gesetz in unseren Tagen auch von den gebildetesten Völkern noch nicht nach Gebühr erkannt und gewürdigt zu werden; Ansprüche von Obrigkeit, von Be-

vormundung, die man den Individuen gegenüber willig fahren liess, erhebt man noch immer einzelnen Völkern gegenüber; man strebt nach Herrschaft im Namen der Freiheit, und weiss diese von jener nicht zu trennen. So versagt der freie Britte dem Irländer die volle nationale Ebenbürtigkeit, so droht der Deutsche manchem slawischen Stamme mit Zwang, wenn er sich weigert, zum Bau von Deutschlands politischer Grösse beizutragen, so scheut der Magyare sich nicht, das Recht der Nationalität in Ungarn für seine Raçe ausschliesslich in Anspruch zu nehmen. Wir Slawen verdammen solche Anmaassungen unbedingt und weisen sie um so entschiedener von uns, je heuchlerischer sie sich unter der Maske der Freiheit verbergen. Doch treu unserm natürlichen Sinne, dem Rachegefühl für vergangene Unbill unzugänglich, bieten wir allen Nachbarvölkern die brüderliche Hand, welche wie wir bereit sind, die vollkommen gleiche Berechtigung aller Nationalitäten, unabhängig von deren politischer Macht und Grösse, anzuerkennen und thatsächlich zu schützen.

Eben so verdammen und verabscheuen wir offen jene Politik, welche sich anmasst, Länder und Völker als einen der Herrschermacht preisgegebenen Stoff zu behandeln, nach Willkühr und Laune zu nehmen, zu tauschen, zu vertheilen ohne Rücksicht auf Stamm, Sprache, Sitten und Neigungen der Völker, ohne Beachtung ihres natürlichen Zusammenhangs, ihrer berechtigten Selbstständigkeit. Die rohe Waffengewalt allein entschied das Loos der Ueberwundenen, oft gar nicht zum Kampfe Gelangten, von denen man in der Regel nichts wollte als Soldaten und Geld zur Verstärkung der Zwingmacht, und allenfalls erheuchelte Bezeugungen von Anhänglichkeit für den Zwingherrn.

Von dem Grundsatz ausgehend, dass die gewaltige Geistesfluth der Gegenwart neue politische Schöpfungen bedinge, dass ein Wiederaufbau des Staates, wo nicht in neuen Gränzen, doch auf neuen Grundlagen Statt finden müsse, haben wir dem Kaiser von Oesterreich, unter dessen constitutioneller Regierung wir der Mehrzahl nach leben, den Vorschlag gemacht, den Kaiserstaat in einen Bund gleichberechtigter Nationen umzugestalten, welcher den abweichenden Bedürfnissen der letztern, so wie der Einheit der Monarchie gleiche Rechnung tragen soll. Wir erblicken in einem solchen Bunde das Heil nicht nur für uns allein, sondern auch für Freiheit, Civilisation und Humanität überhaupt, und hoffen auf des aufgeklärten Europa's freiwilligen Beistand zu dessen Verwirklichung. Auf jeden Fall sind wir entschlossen, unserer Nationalität in Oesterreich mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln jene volle staatli-

che Anerkennung und Stellung zu erringen, welche das deutsche und magyarische Element bereits inne haben, und rechnen dabei auf diejenige Unterstützung, welche dem guten Rechte in jeder wahrhaft freien Brust warm entgegen strömt.

Den Feinden unserer Nationalität ist es gelungen, Europa mit dem Gespenst des politischen Panslawismus zu erschrecken, der angeblich alle Errungenschaften der Freiheit, der Bildung und Humanität zu vernichten droht. Wir kennen die Zauberformel, welche allein dieses Gespenst zu bannen vermag, und wollen sie im Interesse der Freiheit, Bildung und Humanität den zum Theil durch eigenes Schuldbewusstsein geängstigten Völkern nicht vorenthalten: sie heist Gerechtigkeit, Gerechtigkeit gegen das Slawenvolk überhaupt und gegen die gedrückten Zweige desselben insbesondere.

Der Deutsche rühmt von sich, dass er mehr als andere Völker fähig und geneigt sei, die Eigenthümlichkeiten aller fremden Nationalitäten unbefangen aufzufassen und zu würdigen: wir wünschen und verlangen, wenn er vom Slawen spricht, dass er aufhöre, diese Worte fortan noch Lügen zu strafen. Wir erheben laut die Stimme für unsere unglücklichen Brüder, die Polen, welche durch die schmäzlichsten Künste der Politik um ihre Selbstständigkeit gebracht worden sind; wir fordern die Kabinete auf, diese alte Sünde, den Fluch, der erblich auf ihrer Politik lastet, endlich zu sühnen, und rechnen dabei auf die Sympathien von ganz Europa. Wir protestiren gegen das unwillkührliche Zerreißen von Ländern; wie es heutzutage im Gr. Herz. Posen durchgeführt werden will, und erwarten von der preussischen und sächsischen Regierung, dass sie von der bisher planmässig betriebenen Entnationalisirung der in Schlesien, der Lausitz, Posen und West-Preussen lebenden Slawen fortan abstehe; wir fordern das ungarische Ministerium auf, die empörenden Gewaltmassregeln, die es gegen die slawischen Stämme in Ungarn, namentlich gegen die Serben, Kroaten, Slowaken und Russinen getroffen, schleunigst abzuschaffen, und dahin zu wirken, dass ihnen die ihnen gebührenden Nationalrechte in vollem Masse baldigst gewährt werden, hoffen, dass eine herzlose Politik unsere slawischen Brüder in der Türkei nicht lange mehr hindern wird, ihre Nationalität auch staatlich zu entwickeln und naturgemäss geltend zu machen. Wenn wir hier einen feierlichen Protest gegen unwürdige Acte einlegen, so geschieht es, weil wir zugleich den wohlthätigen Wirkungen der Freiheit vertrauen. Die Freiheit muss und wird die bisher herrschenden Völker gerechter machen und

zu der Einsicht bringen, dass Unrecht und Willkür nicht jenem Schande bringt, der sie erleiden muss, sondern dem, der sie übt.

Wir, die wir die Jüngsten, doch nicht die Schwächeren, auf Europa's politischer Bühne wieder erscheinen, wir tragen sofort auf die Beschickung eines allgemeinen europäischen Völker-Congresses zur Ausgleichung aller internationalen Fragen an; denn wir sind überzeugt, dass sich freie Völker leichter untereinander verstehen, als bezahlte Diplomaten. Möchte doch dieser Vorschlag bei Zeiten beachtet werden, ehe die Reactions-Politik einzelner Höfe es wieder dahin bringt, dass die durch Neid und Hass aufgestachelten Völker sich untereinander zerfleischen.

Im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft aller Völker.



5. AUCH EIN »ČECHISCHES« MEMORANDUM (1870)<sup>7</sup>

Der moderne Wiener politische Jargon ist eitel Lug und Trug. Er schwärmt in Liberalismus, und fordert von den Böhmen angeblich nichts als Anerkennung der Verfassung und die Beschickung des Reichsraths.

Aber der Reichsrath, den er meint, ist kein Reichsrath, die Verfassung, die er preist, ist keine Verfassung, und sein Liberalismus ist zunächst nur ein rohes Herrschgelüste.

Der angebliche Reichsrath ist eine aus ungerechten und unberechtigten Wahlordnungen hervorgegangene Versammlung von Abgeordneten einiger nichtungarischer Länder, die sich eine dictatorische Gewalt über Böhmen anmassen.

Die sogenannte Verfassung ist nichts als ein künstlich eingerichteter politischer Organismus zur Vergewaltigung eines Volksstammes durch den anderen, einer Partei durch eine andere.

Der Liberalismus, der zu seiner Stütze Polizei und Gendarmen, willfährige Richter und Kerkermeister in Anspruch nimmt, ist der unverschämteste und verächtlichste Despotismus, den es je irgendwo gegeben hat.

Wer in der Staatsgesellschaft herrschen will, ist kein Freund der Freiheit; denn das Herrschen der Einen setzt notwendig die Knechtung Anderer voraus, die da beherrscht worden sollen, und wo es nur Herren und Knechte gibt, da kann von Freiheit keine Rede sein. Wenn daher Deutsche und Magyaren über die Slawen und Romanen in Oesterreich und Ungarn herrschen, und dabei doch auch den Ruhm der Freisinnigkeit ansprechen wollen, so liegt in dem Beiden entweder Blödsinn, oder schamlose Perfidie.

Die an die Böhmen gestellte Forderung zum Eintritt in den sogenannten Reichsrath involvirt in sich die Auflösung und das endliche Aufgehen Böhmens in einem Staatsgebilde, das so neu und unförmlich ist, dass man noch nicht einmal einen passenden Namen dafür zu finden gewusst hat; vorläufig nennt man es bald Cisleithanien, bald die Westhälfte Oesterreichs, obgleich auch z. B. die Bukowina dazu gerechnet wird. Es handelt sich also dabei um eine Mediatisirung der bisher souveränen Kro-

---

7 Gedenkblätter ... S. 279–282 (gedruckt in Franz Schuselkas Wochenblatt »Die Reform«. Wien (1870)22).

ne Böhmens, um die Abschaffung und Vernichtung der tausendjährigen historisch-politischen Individualität des böhmischen Königreichs, und um die endliche Absorbirung der böhmischen Nationalität durch eine andere. Denn durch die sogenannte Decemberversfassung wird das Königreich Böhmen factisch in ein blosses Departement von Cisleithanien umgewandelt, und angewiesen, von diesem Gesetze anzunehmen. Darin liegt die Aufhebung und Negirung der böhmischen Nationalität für alle Zukunft; denn ein Volk, das seine Sprache in Gesetzgebung und Verwaltung nicht einmal in einem freien Staate zur Geltung bringen darf, kann seinem nationalen Tode über kurz oder lang nicht entrinnen. Wer auf Erden ist aber berechtigt, den Böhmen ihre Nationalität zu nehmen?

Wegen der Missstimmung, welche einst die josephinischen Centralisationsbestrebungen auch in Böhmen erzeugt hatten, hat Kaiser Leopod II diesem Lande am 12 August 1791 die feierliche urkundliche Zusicherung gegeben, dass fortan eine Aenderung der böhmischen Verfassung ohne Einvernehmung der böhmischen Stände nicht stattfinden dürfe, noch auch werde. Diese Zusage hat der noch lebende Kaiser Ferdinand (als König von Böhmen der V) bei seiner Krönung im September 1836 virtuell mitbeschworen. Wer darf es wagen, ihr bindende Rechtskraft abzusprechen?

Die alte Maxime: *regnum regno non praescribit leges*, gilt auch in der Umschreibung: *gens genti non praescribat leges*. Woher nehmen die Herren von Ober- und Niederösterreich, die von der Steiermark, von Galizien u. s. w. das Recht, den Böhmen Gesetze vorzuschreiben? Die Natur gibt es ihnen nicht, die Geschichte noch weniger. Auch die Regierung konnte ihnen das nicht verleihen, was ihr selbst nicht zusteht.

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, waren die Böhmen seit 1848 aus freiem Willen immer bereit, in Verhandlungen über einen constitutionellen *modus vivendi* mit den übrigen Ländern der Monarchie einzutreten. Immer waren sie willig, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, wofern nur auch den Ländern und Völkern das gewahrt würde, was sie zu ihrer nationalen Existenz nicht entbehren können: aber immer und immer begegneten sie dabei nur, bald gröberem, bald feinerem, Vergewaltigungsgelüsten.

Auf der Wiener Burg prangt die Inschrift: *Justitia regnorum fundamentum*, und die *justitia* gründet sich bekanntlich auf den Spruch: Was Du nicht willst, dass Dir geschehe, das thue auch Anderen nicht. Entzieht man aber dieses Fundament dem modernen Staatsbau Oesterreichs, wie lange wird er den kommenden Stürmen widerstehen können?

Die Böhmen haben seit Menschengedenken Beweise ihrer Loyalität in Hülle und Fülle dargebracht; trotzdem wurden und werden sie in Oesterreich, unter den Augen der Regierung, fortwährend geneckt, gehöhnt und verunglimpft; ihre nationale Ehre gilt in Wien stets für vogelfrei, und sie werden zunächst nur durch feindselige Behandlung ausgezeichnet. Gleichwohl hofften sie bis zur letzten Stunde immer, man werde endlich doch einmal zu der Einsicht kommen, dass Gerechtigkeit und das gleiche Recht für Alle die beste Politik für Oesterreich sei. Nachdem sie nun aber den Kelch getäuschter Hoffnungen bis auf die Neige geleert: wäre es da ein Wunder, wenn sie endlich der Gefahr, in die der Staat sich selbst stürzt, gleichgiltig zusehen, und auch dessen Untergang keine Thräne nachweinen würden?

Den ihnen zugemutheten nationalen Selbstmord werden sie aber gewiss nie und nimmer sich zu Schulden kommen lassen.

Wien den 29 Mai 1870.

ERWIN LEWIN

## **Zu historischen Aspekten der albanischen Nationwerdung im 20. Jahrhundert**

Die Herausbildung der albanischen Nation und Eigenstaatlichkeit erfolgte auf einem widerspruchsvollen Weg, der ebenso wie derjenige anderer Staaten und Nationen allgemein-europäische und national-besondere Züge aufwies. Ihre Formierung setzte aufgrund der historischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Ausgangsbedingungen mit erheblicher Verspätung ein.

In den ethnisch albanischen Gebieten wechselten wiederholt seit dem Ausgang der Antike Oberherrschafts- und Unterordnungsverhältnisse und setzten sich über das Mittelalter bis in die Neuzeit fort. Aufgrund der geostrategischen Lage befand sich der Siedlungsraum am Westbalkan immer wieder im imperialen wie regionalen Interessen-, Einfluß- und Machtbereich äußerer Kräfte. Ein Blick auf die Geschichte verdeutlicht, daß Sprache, Kultur und Ethnos des albanischen Volkes durch jahrhundertelange, zunächst römische und später römisch-byzantinische respektive osmanisch-islamische Herrschaft sowie eine gegenseitige Abgrenzung wie Durchdringung beeinflusst waren. Seit dem 15. Jahrhundert waren die albanischen Territorien über 500 Jahre an die militär-bürokratische Feudaldespotie des Osmanischen Reiches gebunden, dessen wirtschaftliche wie geistig-kulturelle Wirkungen die zum Osmanischen Reich gehörenden Gebiete zu einer der rückständigsten Provinzen in Europa werden ließen. Eigene Geschichtstraditionen waren für eine lange Zeit nachhaltig verdrängt. An der ökonomischen und kulturellen Peripherie von Orient und Okzident gelegen, blieb das Land bis weit in das 20. Jahrhundert auf einer vorkapitalistisch geprägten Entwicklungsstufe stehen.<sup>1</sup>

Die langwährenden Fremdherrschaften und Fremdbestimmungen bedingten, daß sich ein Interessenausgleich oder eine Verbindung von innen und äußeren Elementen im Prozeß nationaler Formierung denkbar

---

1 Siehe Helge Duda: Nationalismus – Nationalität – Nation: Der Fall Albanien. Unter Berücksichtigung des Kosovo. München 1991. S. 123.

ungünstig gestalteten. Das bewirkte, daß Fremdes, da es nicht in friedlicher Absicht eindrang, nur schwer verarbeitet werden konnte, sondern sich innere wirtschaftliche, geistige und politische Faktoren und Akteure stets von neuem auf die wechselnden Bedingungen einstellen und – da sie naturgemäß von schwächerem Gewicht waren – zwischen unterschiedlichen Interessen- und Machtansprüchen lavieren mußten. Letztlich gerieten sie immer wieder in Abhängigkeiten, was einer progressiven Entwicklung nicht förderlich war.

In neueren albanischen Arbeiten werden die äußeren Momente jedoch verabsolutiert, wenn davon gesprochen wird, daß die Albaner in den letzten Jahrhunderten kaum einmal die Möglichkeit hatten, zwischen gut und böse – Freiheit und Besetzung –, sondern immer nur zwischen einem kleinen und einem größeren Übel – einem Eroberer und einem noch gefährlicherem Eroberer – zu wählen. Auf diese Weise seien über einen langen Zeitraum zwei mehr oder weniger beständige politische Traditionen entstanden: Die Tradition der Zusammenarbeit mit Fremdherrschern vom Balkan, insbesondere slawischer oder griechischer Herkunft, gegen nichtbalkanische Eindringlinge, und die Tradition des Zusammengehens mit außerbalkanischen Eroberern – im konkreten mit den Türken – gegen die Balkannachbarn, die sich als existentielle Gefahr für das albanische Volk erwiesen.<sup>2</sup>

So notwendig eine differenzierte Wertung der türkischen Herrschaft in Albanien ist,<sup>3</sup> wo in der bisherigen Geschichtsschreibung vorrangig die negativen Folgen herausgestellt wurden, so wenig hilfreich erscheint eine einseitige und überhöhte Darstellung allein positiver Leistungen und ihre Entgegensetzung zu Einwirkungen von slawischer oder griechischer Seite, die als regressiv und gefährlich charakterisiert werden. Denn letztlich gehörte die Anbindung des Landes an osmanische Wirtschaftsstrukturen wie kulturelle Traditionen mit zu den wesentlichen Ursachen für gesellschaftliche Rückständigkeit sowie für bestimmte retardierende Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung, die über eine lange Zeit fortwirkten.

---

2 Siehe Hysamedin Feraj: *Skicë e mendimit politik shqiptar*. Skopje 1999. S. 39 und 356.

3 Der Begriff »Albanien« wird hier bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit lediglich als Synonym für diejenigen osmanischen Gebiete der Balkanhalbinsel verwendet, in denen Albaner vorwiegend lebten, also die vier vilayets Shkodër, Kosova, Janina und Monastir (Bitola).

Als Forderung bleibt, im Umgang mit dem von ideologischen Dogmen stark geprägten Geschichtsbild eine selbstkritische und distanzierte Position zu finden und den vielschichtigen wechselseitigen Zusammenhang von inneren und äußeren Faktoren in der Entwicklung nicht aufzubrechen. Zweifellos ließen die scheinbare Aussichtslosigkeit, angesichts äußeren Drucks mit eigenen Kräften grundlegende Änderungen zu erreichen, sowie der allgemeine, vor allem durch den Koran gespeiste Fatalismus national-politische Motive teilweise in den Hintergrund treten. So rückten über lange Zeiträume individuelle oder Familien- bzw. lokale Interessen in den Mittelpunkt. Die Folge waren mehr oder weniger isolierte Gemeinschaften, die kaum aus der Stagnation herauskamen und die nur schwerfällig nach Modernität und Einigung strebten.<sup>4</sup> Andererseits ist auf eine in der Literatur benannte Eigenheit des Albaners, seinen ausgeprägten Individualismus,<sup>5</sup> sowie auf eine lange Zeit fehlende politikfähige bürgerliche Elite zu verweisen, die eine nationale Assimilationskraft hätte entfalten können. Die Ausprägung allgemeiner gesellschaftlicher Vorstellungen und Werte ist dadurch erschwert und außerordentlich verzögert worden.

Die Albaner entwickelten dennoch, ohne daß ihnen die Gründung eines einheitlichen, alle albanischen Siedlungsgebiete umfassenden eigenen Staates frühzeitig gelungen wäre und trotz starker Zersplitterung ihres Sprachgebietes, ein ausgeprägtes Bewußtsein ihrer Eigenständigkeit sowie ihrer Zusammengehörigkeit über trennende Staatsgrenzen hinweg. Wesentlich dafür waren: Stolz auf eine Vergangenheit, die zu den ältesten in Europa zählt, Widerstandsgeist und Leidensfähigkeit eines kleinen Volkes einerseits sowie andererseits Verlust der Kontinuität aufgrund der osmanischen Herrschaft. Eine kulturell-geistige Bewegung, die politische Bestrebungen nach nationaler Autonomie und Unabhängigkeit inspiriert hätte, formierte sich erst, als sie bei den Nachbarn der Albaner schon abgeschlossen war. Wenn für Ost- bzw. Südosteuropa gegenüber Westeuropa eine sozialhistorische Verspätung wesentlicher Prozesse der Nationsbildung festgestellt wird,<sup>6</sup> so trifft das für Identitätsfindung und

---

4 Siehe Bernd J. Fischer: *King Zogu and the Struggle for Stability in Albania*. New York 1984. S. 44.

5 Siehe Faik Konica: *Shqipëria: Kopshti shkëmbor i Europës Juglindore dhe ese të tjera*. Tirana 1993. S. 165.

6 Siehe Ernstgert Kalbe: *Osteuropa – ein Jahrtausenthema*. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). In: *Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente*. Leipzig 6(1997)1. S. 168. – Ernstgert Kalbe: *Methodologisches und Historisches*

Nationwerdung sowie nationalstaatliche Formierung in Albanien im Vergleich zu seinen Nachbarn in besonderem Maße zu, da hier gravierende Entwicklungsunterschiede bestanden. Sie konnten im Verlauf der historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts weder in der sich herausbildenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft noch unter realsozialistischen Bedingungen dauerhaft überwunden werden.

Im Weiteren werden Bedingungen und Faktoren, die nationales Bewußtsein entstehen ließen, sowie relevante Einschnitte auf dem Wege der albanischen Nationwerdung und Eigenstaatlichkeit knapp umrissen.

## 1. DIE URSPRÜNGE DER NATIONALEN WIEDERGEBURTS- BEWEGUNG: DIE »RILINDJA KOMBËTARE«

Die Voraussetzungen nationaler Konstituierung begannen in den historisch instabilen albanischen Gebieten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts heranzureifen. Zu diesem Zeitpunkt gerieten die westlichen Provinzen der Europäischen Türkei infolge des anhaltenden Niedergangs des Osmanischen Reiches und der sozialökonomischen Strukturveränderungen, die neue gesellschaftliche Kräfte hervorbrachten, in Bewegung. Ein sichtbarer Ausdruck war der weitere Zerfall des traditionellen Militär-Lebenswesens, was die Privatisierung und Erbllichkeit bisheriger Lehen und mit dem çiflik-System neue Formen des Grundbesitzes ermöglichte. Die Positionen des grundbesitzenden albanischen Feudaladels wurden gestärkt, große Ländereien blieben in den Händen einheimischer Adelsfamilien, wie denen der Vlora, Libohova, Toptani oder Vërlaci.

Die türkische Regierung suchte ihrerseits die Privilegien der Inhaber ehemaliger Militärlehen zu beschneiden, indem sie die höheren Verwaltungsposten mit nichtalbanischen Beamten besetzte. Nur mit großen Anstrengungen war es der Pforte gelungen, die beiden 1760 in Nordalbanien durch die Familie der Bushatlli bzw. 1788 im Süden durch Ali Pasha Tepelena begründeten halbautonomen Fürstentümer, von denen positive Wirkungen für einen entstehenden Binnenmarkt wie für das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Albaner ausgegangen waren, niederzuringen.<sup>7</sup> Die Reformpolitik, insbesondere die Tanzimat-Reformen, die Sultan Ab-

---

zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 4. Leipzig 2002. S. 9ff.

7 Siehe Kristo Frashëri: The History of Albania (a Brief Survey). Tirana 1964. S. 103ff.

dyl Medshid im Jahre 1839 begann, um nach europäischem Muster eine neue Zivilverwaltung mit neuen Steuern und die allgemeine Wehrpflicht durchzusetzen, vermochten der Zentralgewalt kaum mehr Geltung zu verschaffen. In Albanien stieß die Verwirklichung der Reformen auf den entschiedenen Widerstand nicht nur des Feudaladels, dessen Privilegien bedroht wurden. Auch die Masse der Bauernschaft widersetzte sich der Einführung der Militärdienstpflicht, der Entwaffnung und der Erhebung neuer Steuern. In den Jahren 1833/1834, 1837 und 1847 brachen in Südalbanien, 1854 in Shkodër und 1876/1877 in der Mirdita bewaffnete Aufstände aus, die freilich noch lokal begrenzten Charakter trugen.<sup>8</sup>

Von nachhaltiger Wirkung war die Einbeziehung der albanischen Territorien in die internationalen Handelsbeziehungen. Die Adria Häfen Durës, Vlorë und Sarandë dienten auch als Transithäfen für Serbien und Makedonien. Wachsender Handel mit anderen Ländern wie Österreich-Ungarn und Italien begünstigte den Austausch von Waren und den Fluß zivilisatorischer Informationen. Er beförderte die Handelsverbindungen im Lande selbst: Es bildeten sich Handelszentren heraus, Handelskammern und Handelsgerichte sowie erste Zweigstellen der Kaiserlichen Osmanischen Bank wurden 1870 errichtet. Den Hauptnutzen aus dieser Entwicklung zogen Händler und Kaufleute – jene Vertreter des aufsteigenden Bürgertums, die im ursächlichen Zusammenhang mit der Entstehung einer albanischen Nationalbewegung standen. Aufgrund der schwachen und einseitigen kapitalistischen Entwicklung bildete sich vor allem ein Handelsbürgertum heraus. Zahlenmäßig überwogen klein- und mittelbürgerliche Schichten, nur eine kleine Gruppe von Großhändlern war mit dem Außenhandel verbunden. Dennoch waren es gerade deren Interessen, die die Beseitigung der Anarchie und Schutz vor der Willkür der türkischen Verwaltung, den Bau von Straßen und Brücken, finanzielle Hilfe und Investitionen, vor allem jedoch kulturelle Aufklärung, Überwindung der Unterdrückung und Abhängigkeit erforderten.

Erst das Aufkommen dieser neuen Gesellschaftsschicht schuf Grundlagen für geistige Aufklärung und beförderte die Herausbildung eines Gemeinschaftsbewußtseins. Albanische Händler und Intellektuelle, die aus dem Landadel hervorgegangen waren, kamen im Ausland in engere Berührung mit den geistigen Problemen der Zeit. Die aktivsten und progressiven Vertreter, die sich am Vorbild der entwickelten europäischen

---

8 Siehe Ligor Mile: Kryengritja e malesorëve të veriut në pragun e Lidhjes së Prizrenit. In: Mbi lëvizjen kombëtare shqiptare. Tirana 1962. S.19ff.



Länder orientierten, förderten Schulen und kulturelle Einrichtungen. Ein konkretes Beispiel war das Zosimea-Gymnasium in Janina, das um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu den besten höheren Schulen im Westen der Europäischen Türkei zählte. Zu seinen Absolventen gehörten auch die Gebrüder Frashëri, deren Name untrennbar mit der albanischen Wiedergeburtsbewegung verbunden ist.<sup>9</sup>

Die »Rilindja kombëtare« setzte in den vierziger Jahren ein und durchlief verschiedene Etappen, die miteinander verbunden waren: Zunächst eine aufklärerische Bildungs- und Schulbewegung, eine national-kulturelle Sprach- und Kulturbewegung sowie eine nationalpolitische demokratische oder liberale Bewegung für Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit. Als ein Ausgang aus der feudalen Vergangenheit und ein Vorwärtsschritt zur entstehenden Nation stellte sie insofern keine Ausnahme auf dem Balkan dar, als auch bei den Nachbarvölkern Identitätsfindung und Eigenstaatlichkeit mit einem intensiven Bildungswillen eingesetzt hatten. Angesichts der Tatsache, daß die kapitalistischen Formen der Warenproduktion in einem embryonalen Stadium stecken blieben, verlief der Prozeß insgesamt widersprüchlich.

Starke Impulse für eine kulturell-nationale Aufklärung gingen von den in der Emigration lebenden Albanern aus. Die Auswanderungsgeschichte hatte schon im 14./15. Jahrhundert begonnen, als nach der türkischen Eroberung viele Einwohner ihre angestammten Gebiete verlassen mußten. Die bedeutendsten Zentren der albanischen Emigration bildeten Süditalien und Sizilien, wo die Arbereschen albanisches Brauchtum und Sprache über Jahrhunderte behaupteten, Griechenland (Epirus), Istanbul, Bukarest, Sofia sowie Kairo, Alexandria und Boston. Dort entstanden Vereine und Klubs sowie Zeitschriften, die Erfahrungen an die Landsleute daheim weitergaben und damit die Herausbildung fortschrittlicher Ideen unterstützten. Zu nennen sind die »Shoqëria e të shtypurit shkronja shqip« (Gesellschaft für den Druck albanischer Schriften), 1879 in Istanbul gegründet, die »Drita« (Das Licht), die als Zweigorganisation der zuvor genannten in Bukarest entstand, ebenso die Gesellschaft »Dëshira« (Die Sehnsucht) in Sofia und die »Bruderschaft der Albaner« in Kairo. Wichtige Zeitschriften bzw. Zeitungen waren »Fjamuri i Arbërit« (Banner der Arbereschen), »La Nazione albanese«, beide in Italien veröffentlicht, die in Brüssel erscheinende »Albania«, der »Shqipëtarë« (Der Albaner) in Bukarest, die »Drita« in Sofia.

---

9 Siehe Johannes Faensen: Die albanische Nationalbewegung. Berlin 1980. S. 21.

Einer der ersten albanischen Aufklärer, der die Bedeutung von Sprache und Schrift als Träger nationaler Identität formulierte, war Naum Veqilharxhi (1767–1846). Aus einer Kaufmannsfamilie stammend, war er 1806 nach Rumänien ausgewandert, wo er 1821 am bewaffneten Aufstand in der Walachei teilnahm. Er setzte sich für die Verbreitung der albanischen Sprache ein und entwickelte 1844 und 1845 mit seinen Fibeln dafür ein eigenes Schriftsystem. In einem Rundschreiben forderte er 1846 die Albaner auf, dem Beispiel fortgeschrittener Nationen nachzueifern. Einem Volk, dem die Muttersprache und die Bildung vorenthalten werden, schrieb er, drohe die Gefahr der Versklavung. Die türkische Regierung widersetzte sich solchen Forderungen; sie verbot die Bildung laizistischer Schulen und die Verbreitung albanischen Schrifttums mit der Begründung von der Priorität des Glaubens gegenüber der nationalen Zugehörigkeit. Erst im Jahre 1887 konnte die erste nationale albanische Schule aus Spendenmitteln in Korçë errichtet werden.

Dem Vorbild Veqilharxhis eiferten andere Patrioten der »Rilindja« nach: So machte sich besonders Konstandin Kristoforidhi (1827–1895) aus Elbasan durch seine grammatischen Arbeiten, Bibelübersetzungen und Wörterbücher verdient, mit denen er die Fundamente einer gemeinsamen albanischen Literatursprache legte. Beflügelt wurde dieses Streben, die nationale Sprache in ihrer identifikatorischen Funktion voll auszunutzen, durch die im 19. Jahrhundert aufblühende historisch-vergleichende Sprachwissenschaft. Forscher wie Johann Georg von Hahn<sup>10</sup> wiesen die Zugehörigkeit des Albanischen zur indoeuropäischen Sprachfamilie nach und zählten die Albaner zu den autochthonen Völkern auf dem Balkan.

Zu den sprachlichen Bestrebungen kam in den achtziger Jahren eine vielseitige literarische Tätigkeit. Die Literatur der Wiedergeburt bedeutete gegenüber jener der vorhergehenden Zeit mit überwiegend religiösem Charakter einen großen Schritt nach vorn. Das galt sowohl für die Wahl der Themen als auch für die künstlerische Verarbeitung neuer Stoffe. Den Durchbruch brachten die »Kënget e Milosaos« (Die Lieder des Milosao) des Italoalbaners Girolamo de Rada (1814–1903) im Jahre 1836 über den albanischen Widerstand gegen die osmanischen Eroberer im Mittelalter. Jetzt traten die Beschäftigung mit der Folklore, die Samm-

---

10 Siehe Gerhard Grimm: Johann Georg von Hahn (1811–1869). Leben und Werk. Albanische Forschungen. Bd. 2. Wiesbaden 1964.

lung von Liedern und Sprichwörtern und die Verarbeitung historischer Ereignisse und Personen, wie der des Nationalhelden Skanderbeg, in den Vordergrund.

Zu nennen sind Dichter und Schriftsteller der »Rilindja kombëtare« wie Naim Frashëri (1846–1900), der von seinen 22 selbständigen Werken 15 in albanischer Sprache verfaßte, darunter das Epos »Istoria e Skënderbeut« (Geschichte Skanderbegs) 1898, Pashko Vasa (1825–1892), Prenk Doçi (1846–1917), Thimi Mitko (1820–1890), Spiro Dine (1844–1922), Andon Zako Çajupi (1844–1922), Filip Shiroka (1859–1935). Sie machten ihre Landsleute mit der ruhmvollen Vergangenheit und der Schönheit der Heimat vertraut und schufen ein Gefühl kultureller Identität. In ihren Gedichten und Prosaarbeiten wurde künstlerisch zusammengefaßt, was bereits als mythische Überlieferung oder geschichtliche Erinnerung im albanischen Sprachraum vorhanden war. Jedenfalls glaubten die Zeitgenossen daran, daß die antitürkischen Kämpfe Skanderbegs ihre erste gemeinsame und erfolgreiche historische Aktion war, und die literarische Bearbeitung des weit zurückliegenden Geschehens paßte sich in diesen Glauben ein und stärkte ihn noch. Mit der Rückbesinnung auf die Vergangenheit, als man sich des eigenen »Wir« besser bewußt wurde, entstand ein Grundstock für nationale Ideen sowie die Annäherung aller Albaner ohne Glaubens- und Stammesunterschiede. Nicht zufällig hatte Pashko Vasa, der das geistige Erwachen wesentlich beförderte, in dem Gedicht »O moj Shqypni« (Oh mein Albanien) seine Landsleute aufgefordert, die innere Aufspaltung zu überwinden und sich zusammenzuschließen zur Befreiung des Landes.<sup>11</sup> Er beklagte ein fehlendes Zusammengehörigkeitsbewußtsein, dem das gemeinsame Bekenntnis zum Albanertum zugrunde gelegt werden sollte.

Von besonderem Gewicht für den Fortgang der »Rilindja« und deren Übergang von einer kulturellen in eine politisch motivierte und mit einem nationalen Programm ausgerichtete Bewegung war die Orientkrise. Die nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im russisch-türkischen Krieg von 1877/1878 mit dem Präliminarfrieden von San Stefano vorgesehene Bildung eines Großbulgariens unter Einschluß albanischstämmiger türkischer Gebiete sowie Forderungen Serbiens, Montenegros und auch Griechenlands, das gar nicht am Krieg teilgenommen hatte, nach Ausweitung ihrer Grenzen auf Kosten von unter osmanischer Verwal-

---

11 Siehe Maximilian Lambertz: Albanisches Lesebuch II. Leipzig 1948. S. 23.

tung stehenden albanischen Territorien nährten bei den Albanern Ängste, völlig aufgeteilt zu werden. Der Berliner Kongreß relativierte zwar diese machtpolitischen Vorstellungen, jedoch blieben eigene albanische Interessen letztlich unberücksichtigt.

Für die Protagonisten der nationalen Wiedergeburt stellte sich akut die Frage, wie auf diese Bedrohung zu reagieren sei. Wenn von Albanern bis dahin aufgrund ihrer mehrheitlich islamischen Religionszugehörigkeit die Forderung nach Autonomie oder Unabhängigkeit nicht gestellt worden war, rückte nun gezwungenermaßen die Beschäftigung mit eigenen Konzepten für Selbständigkeit und Nationsformierung in den Vordergrund.

Das Verhältnis zur Hohen Pforte wandelte sich daher nach 1878 zu- sehends. Das widerspiegelte die Gründung der »Albanischen Liga« (nach ihrem Gründungsort Prizren auch »Liga von Prizren«) im Juni 1878. Hervorgegangen aus einer Vielzahl von Komitees zur Selbstverteidigung der bedrohten albanischen Provinzen, gehörten ihr feudale Grundbesitzer ebenso wie Vertreter des Bürgertums und Kleriker der verschiedenen Religionsgemeinschaften an. Ihre Ziele, anfangs an Vorstellungen des osmanischen Staates zur eigenen Machterhaltung orientiert, richteten sich im weiteren Verlauf auf den Zusammenhalt albanischer Gebiete und deren Verteidigung, und sie verkörperte in ihrem Wirken das erwachende Nationalgefühl der Albaner.

In einem Memorandum, das Vertreter der Liga aus Shkodër am 13. Juni 1878 an den britischen Premier Lord Baconsfield sandten, hieß es, daß die Albaner ein eigenes Volk seien, mit eigener Sprache und eigenen Traditionen. Sie gehörten zwar verschiedenen Religionen an, hätten aber ihre gemeinsame Herkunft nicht vergessen. Sie wollten keine Türken sein und wehrten sich ebenso gegen Bestrebungen, sie zu Slawen oder Griechen zu machen. Auch wenn in den Liga-Statuten Ansprüche des Sultans auf albanische Gebiete formal anerkannt wurden, war dies mehr eine taktische Maßnahme denn ein Infragestellen der genannten grundsätzlichen Aussagen zu begreifen.<sup>12</sup> Unter dem Einfluß national bewußter Kräfte, wie des älteren Bruders von Sami Frashëri, Abdyl Frashëri (1839–1892), blieb es nicht bei der Verbitterung über die Nachgiebigkeit der Pforte, die sich zur Abtretung albanischer Gebiete verpflichtet hatte,

---

12 Siehe Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 95f.

sondern es wurde erstmals eine Verwaltungsautonomie für ein zu bildendes einziges vilayet Albanien in ethnischen Grenzen verlangt. Die »Liga von Prizren« erreichte mit der Bildung einer provisorischen Regierung 1881 im Wirken für die Verteidigung der territorialen Integrität und die Gewährung einer autonomen Selbstverwaltung ihren Höhepunkt.

Die Türkei vermochte zwar die »Albanische Liga« im Mai 1881 mit Waffengewalt niederzuwerfen, ihre Auswirkungen auf das Anwachsen der Nationalbewegung jedoch nicht mehr zu verhindern. Der albanische Widerstand, der sich in der Vergangenheit mehr gegen neue Steuern, Wehrdienst und Stärkung der osmanischen Zentralgewalt gerichtet hatte, orientierte sich nun zunehmend auf die Erringung der politischen Selbstverwaltung. Es war der jüngste der Frashëri-Brüder, Sami Frashëri (1850–1904), einer der bedeutendsten osmanischen Aufklärer seiner Zeit, der das politische Programm dafür formulierte. In seiner Schrift »Albanien – was ist es gewesen, was ist es, und was wird es sein?«, die 1899 in albanischer Sprache in Bukarest erschien, ohne den Verfasser zu nennen, umriß er die Gefahren einer Zerstückelung des Mutterlandes.

Er schöpfte wie andere »Rilindja«-Vertreter die ideenpolitische Argumentation daraus, daß er die Albaner als entrechtete und unterdrückte Nation auffaßte und für ihre Anerkennung als eigenständige Nation warb. Frashëri verstand die Nation nicht als politische Bekenntnisgemeinschaft wie sie in Westeuropa mit der Französischen Revolution ihren Anfang genommen hatte, sondern sah deren Zusammengehörigkeit auch ohne Staat in der Sprache und Kultur begründet. Dabei berief er sich auf die gemeinsame Abstammung und Geschichte und forderte die Albaner auf, als direkte Nachkommen der Illyrer und älteste Nation Europas endlich zum Nutzen Albaniens tätig zu werden, was sie bisher versäumt hätten. Eine Art einigendes Band stellte in dieser langen historischen Genealogie das sogenannte Albanertum dar – die Idee des »shqiptarizmi«, die bereits Pashko Vasa formuliert hatte, als er von seinen Landsleuten einforderte, über alle Unterschiede hinweg auf dieser Grundlage zusammenzustehen. Die Idee des »Albanertums« ist in späteren Geschichtsabschnitten, so im antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges, wieder aufgenommen worden; sie war indessen nicht immer vor der Gefahr politischen Mißbrauchs gefeit.

Sami Frashëri sah als Ausweg die Loslösung Albaniens vom Osmanischen Reich. Für ihn bestand die Zukunft der Albaner in einem eigenen Staat mit einer eigenständigen Regierung und weitgehender autonomer Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Erstmals wurden

Grundzüge und organisatorische Strukturen des künftigen Staates entworfen. Albanien sollte eine Republik sein mit einem Ältestenrat (pleqësia) als kollektivem Staatsoberhaupt. Exekutive und Legislative sollten getrennt sein. Für die lokale Verwaltung waren Gouverneure vorgesehen, die vom Sultan für die Dauer von fünf Jahren eingesetzt werden sollten. Hinsichtlich der türkischen Oberherrschaft ließ sich Sami Frashëri offenbar von dem zwischen der Türkei und Bulgarien bestehenden Verhältnis inspirieren. Ähnliche Beziehungen hatten bis 1878 auch zwischen dem Osmanischen Reich und Montenegro, Serbien und Rumänien bestanden. Was die territoriale Ausdehnung betrifft, so antizipierte er sie wie andere Aufklärer in einer Form, die die mehrheitlich albanisch besiedelten Gebiete einbezog.

Zieht man eine Zwischenbilanz der erreichten Ergebnisse der »Rilindja kombëtare«, bleibt festzuhalten, daß unter den konkreten Bedingungen dank einer vielseitigen Tätigkeit ihrer prägenden Gestalten die Voraussetzungen heranreiften, unter denen die kulturell-geistige in eine politische Bewegung hinüberwachsen konnte. Die spontane Empörung gegen die fremde Unterdrückung vollzog sich in immer stärkerem Maße auf der Grundlage einheitlicher Ideen. Doch entstand albanisches Nationalgefühl wesentlich unter dem Druck einer von außen bedrohten Schicksalsgemeinschaft und weniger im Verständnis aufgeklärten Bürgerbewußtseins. Die europäische Aufklärung konnte aufgrund der weit in das 19. Jahrhundert nachwirkenden Faktoren mittelalterlich-feudaler und fremdbestimmter Zentralstaatlichkeit nur gebrochen rezipiert werden. Die Lösung der Kernaufgabe, eine moderne Nation und einen Nationalstaat zu konstituieren, wurde nicht erreicht. Dieser Prozeß stockte nicht nur wegen der angesprochenen inneren Faktoren und Rückstände, sondern wurde auch massiv durch äußere Umstände beeinflusst. Sie blieb als Aufgabe der albanischen Gesellschaft und ihrer Eliten noch im 20. Jahrhundert bestehen.

## 2. NATIONALE IDENTITÄT UND RELIGION

Auffällig bei der Ausprägung einer nationalen Identität und Eigenständigkeit waren die Probleme, die sich aus der multireligiösen Situation, d. h. der unterschiedlichen Religionszugehörigkeit der Bevölkerung zur römisch-katholischen, griechisch-orthodoxen Kirche und zum Islam ergaben. Zentral ist dabei die Frage danach, in welchem Maße die religiöse

Aufspaltung der Albaner den Prozeß der Identitätsfindung prägte bzw. welches Gewicht die jeweilige Religion bei der Ausbildung geistig-kultureller Voraussetzungen der albanischen Wiedergeburtbewegung erlangt hat.

Als die Vorfahren der Albaner im 11. Jahrhundert von dem byzantinischen Geschichtsschreiber Michael Attalates erstmals als »Arvaniten« in einer Chronik erwähnt wurden, waren sie bereits christianisiert.<sup>13</sup> Nach dem Vordringen der Osmanen auf den Balkan hatten beide christliche Kirchen ihre bisherige Vormachtstellung verloren. Mit der Ausweitung der politischen Macht des mohammedanischen Staates war die Ausbreitung des Islam aufs engste verknüpft, da nach der ursprünglichen Vorstellung des Propheten Religion und Staat ein untrennbares Ganzes bilden sollten. Die neue Religion erhielt in der albanischen Geschichte neben Ostkirche und Papsttum ein spezifisches Gewicht. Tatsächlich erlangte der Islam in keinem südosteuropäischen Land – mit Ausnahme Bosniens und einiger bulgarischer Gebiete – eine so große Verbreitung wie in Albanien, wo über zwei Drittel der Bevölkerung zum neuen Glauben konvertierte.<sup>14</sup>

Stellt man die Frage nach den Gründen und Wirkungen, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Ohne unzulässig zu vereinfachen, sei auf folgende Aspekte verwiesen:

*Erstens:* Anfangs wechselten Angehörige albanischer Adelsfamilien, soweit sie nicht vertrieben oder geflohen waren, die Konfession, weil sie sich davon materielle und politische Vorteile versprachen. Sie machten sich den Umstand zunutze, daß im islamischen Staat das geistliche wie weltliche Leben wesentlich durch den Koran geregelt wurde. Dieser bildete das Gesetz schlechthin: »Wer von den Untertanen des Sultans Muslim war, gehörte zum Staatsvolk der Osmanen.«<sup>15</sup> Dabei war unerheblich, ob er als ein solcher geboren wurde oder von einem anderen Volk abstammte. Für Konvertiten bestanden durchaus Möglichkeiten, die höchsten Würden des Reiches zu erlangen. Es ist beispielsweise belegt, daß

---

13 Siehe ebenda. S. 39.

14 Siehe Roberto Morozzo della Rocca: *Nazione e religione in Albania (1920–1944)*. Hier die albanische Ausgabe Roberto Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944*. Tirana 1994. S. 21.

15 Ernst Christoph Suttner: *Das religiöse Moment in seiner Bedeutung für Gesellschaft, Nationsbildung und Kultur Südosteuropas*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*. Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft e. V. München 37(1997)1 (im weiteren Ernst Christoph Suttner: *Das religiöse Moment ...*). S. 6.

in den ersten Jahrhunderten von den 92 Großwesiren 25 albanischer Abstammung waren.<sup>16</sup> Übrigens steht eine der bekanntesten albanischen Figuren aus dem 15. Jahrhundert, Skanderbeg, dafür, der die albanische Selbständigkeit nachhaltig verteidigt und das Volk in das Bewußtsein der Zeitgenossen gerückt hatte. Die Symbolkraft des albanischen Nationalhelden wirkt bis in die jüngste Gegenwart wie die Grundsteinlegung für ein Denkmal Skanderbegs in Prishtina im Sommer des Jahres 2001 belegt.<sup>17</sup>

*Zweitens:* Größere Übertritte der übrigen christlichen Bevölkerung nach jenen des Großteils der Oberschicht zu dem neuen Glauben sind für die Frühzeit quellenmäßig nicht belegt. Zu Massenübertritten ist es dann auch erst im 17. und 18. Jahrhundert gekommen, und zwar weniger aus religiöser Überzeugung denn aus wirtschaftlichen und anderen Gründen. Nicht zu übersehen ist, daß es neben der genannten, mehr oder weniger freiwilligen, auch eine gewaltsame Islamisierung gegeben hat.<sup>18</sup> So erstaunt es schon, daß ausgerechnet dort, wo sich die Bevölkerung erst 25 Jahre nach ihren Nachbarn den osmanischen Eroberern unterworfen hatte, die neue Religion in solchem Umfang angenommen wurde.

Als ein wesentlicher Grund ist anzusehen, daß die Albaner als die zahlenmäßig kleinste ethnische Gruppe gegenüber Slawen und Griechen quantitativ kein großes Widerstandspotential aufbringen konnten, zumal sie bereits negative Erfahrungen aus ihrer Niederlage im 15. Jahrhundert gesammelt hatten.

Zu weiteren Mitteln gehörte diesbezüglich die diskriminierende türkische Steuerpolitik, insbesondere die Eintreibung der Kopfsteuer bei »Ungläubigen«. Druckmittel waren auch Zwangsumsiedlungen von unzuverlässigen Gruppen in muslimisch besiedelte Gebiete, und schließlich die Verfolgungen und Repressalien nach mißglückten Aufständen. So als sich katholische Albaner 1649 in Shkodër erhoben oder als 1689 während des Großen Türkenkrieges österreichische Heere auf den Balkan vorgedrungen waren. Damals hatten sich neben Serben auch christliche

---

16 Siehe Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 52.

17 Siehe »Bota Sot«. Zürich vom 3. Juli 2001. S. 3.

18 Siehe Georg Stadtmüller: Die Islamisierung bei den Albanern. In: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas. Bd. 3. München 1955. S. 404–429. – Siehe auch Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 52.



Bewohner Nordalbanians erhoben, die beim Rückzug der Österreicher fliehen oder den Islam annehmen mußten.<sup>19</sup> Natürlich richtete sich die türkische Unterdrückung ebenso gegen die christliche Bevölkerung in den Nachbarländern, die jedoch ihre Religion nicht ablegte.

Als spezifische Begründung dafür, warum sich die Albaner dem Islam anschlossen, wird neuerdings verstärkt angegeben, daß sie durch die türkische Herrschaft vor der Assimilierung seitens der Slawen und Griechen gerettet worden seien.<sup>20</sup> Ohne auf die eher zweckgerichtete Argumentation näher einzugehen, bleibt: Der systematische Druck von Seiten der türkischen Verwaltung drängte den Einfluß der christlichen Kirchen zurück. Deren Strukturen konnten nur schwer aufrecht erhalten werden aufgrund der Tatsache, daß im 15./16. Jahrhundert viele Tausende Menschen aus den albanisch besiedelten Gebieten flüchteten.

Begünstigend für die Islamisierung wirkte das Fehlen einer albanischen Nationalkirche. In der albanischen Feudalgeschichte ist ebenso, wie es zu keinem Zentralstaat kam, auf den sich mit Beginn der bürgerlich-ökonomischen Geschichte die neuen Gesellschaftsklassen hätten stützen können, auch keine Nationalkirche entstanden. Damit fand der Widerstand der christlichen Bevölkerung zu wenig Rückhalt, denn es fehlte eine Kraft, die geistig-kulturelle oder staatliche Traditionen über die 500 Jahre währende türkische Herrschaft hätte bewahren können.

*Drittens:* Es erhebt sich die Frage: Wie konnten angesichts der religiösen Spaltung, durch die gegenseitiges Verständnis jedenfalls nicht gerade befördert wurde, Impulse für geistiges Zusammenwirken und die Herausbildung nationaler Ideen ausgehen? Oder noch zugespitzter gefragt: Waren damit nicht Defizite und Brüche für die Identitätsfindung in Albanien vorprogrammiert?

Das war zweifellos der Fall. Denn Identität erwächst wesentlich aus einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Erbe. Was ersteres anlangt, erfolgten über einen längeren Zeitraum kaum substantielle Aussagen. Das Denken und Handeln der Menschen wurde durch religiöse Vorstellungen und Bräuche bestimmt und das Religionsbekenntnis be-

---

19 Siehe ebenda.

20 Siehe Hasan Kaleshi: Das türkische Vordringen auf dem Balkan und die Islamisierung – Faktoren für die Erhaltung der ethnischen und nationalen Existenz des albanischen Volkes. In: Südosteuropa unter dem Halbmond. Hrsg. von Peter Bartl und Horst Glassl. München 1975. S. 125–138. – Siehe auch Hysamedin Feraj: Skicë e mendimit politik shqiptar. Skopje 1999. S. 107ff.

gründete weitgehend das Gefühl der Zusammengehörigkeit.<sup>21</sup> Die religiöse Bindung der Masse der Bevölkerung an den Sultan ist von der türkischen Regierung zur eigenen Herrschaftslegitimation wie für ihre militärischen und politischen Ziele gegenüber anderen Balkanvölkern reichlich ausgenutzt worden.

Die durch den osmanischen Staat und den Islam aufgezwungene fremde Identität führte dazu, daß bei vielen Menschen der Wille, sich zum eigenen Volk respektive zur entstehenden albanischen Nation zugehörig zu fühlen, kaum oder nur schwach ausgebildet war.

Hemmend auf die Ausprägung nationalen Gedankengutes wirkte für die Gläubigen die Gefahr, ethnisch assimiliert zu werden, auch wenn dies kein erklärtes Ziel des osmanischen Staates war. In diese Richtung zielten aber durchaus die Bestrebungen der griechisch-orthodoxen Kirche.

Die religiöse Zersplitterung – wie die der albanischen Gesellschaft und der politischen Kultur insgesamt – haben zu ständigen Konflikten und Krisen beigetragen und unter anderem die Entstehung einer einheitlichen albanischen Kirche behindert. Von Anfang an entstanden Schwierigkeiten, nicht nur die konfessionellen Unterschiede zu überbrücken, sondern angesichts der inneralbanischen Dialekt- und Kulturscheide zwischen Gegen im Norden und Tosken im Süden des Landes auch bei der Zusammenführung bzw. Herstellung historisch-kultureller Traditionen. Diese Faktoren haben eine im Vergleich zu den Nachbarn sichtbare Verzögerung des historischen Prozesses der Nationwerdung bewirkt.

*Viertens:* Allerdings gibt es auch Gründe, die Wirkung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften nicht ausschließlich negativ zu betrachten.

Ganz allgemein ist davon auszugehen, daß auch unter den genannten Gegebenheiten Kirchen und Klöster bzw. religiöse islamische Schulen als alleinige Träger einer – wenn auch in bescheidenem Maße vermittelten – Bildung wirkten. Sie wurden zu Kultur- und Bildungsträgern, indem sie Teile der Bevölkerung durch die katechetische Einweisung ins kirchliche Leben einbezogen und sie zum Mitvollzug der religiösen Riten und kirchlich geformter Volksbräuche anleiteten. Das heißt, lange bevor es eine allgemeine Volksbildung im Sinne von Vermittlung eines Schulwissens gab, leisteten kirchliche Einrichtungen schon Bildung und Aufklärung im allgemeinen Sinn.<sup>22</sup>

---

21 Siehe Johannes Faensen: Die albanische Nationalbewegung. Berlin 1980. S. 22.

22 Siehe Ernst Christoph Suttner: Das religiöse Moment ... S. 9.

Eine solche Rolle übernahmen in den albanischen Gebieten neben den verbliebenen traditionellen kirchlichen Institutionen auch die Vertreter der neuen religiösen bzw. intellektuellen Führungsschicht – nach der Flucht oder der Beseitigung der ehemaligen christlichen Eliten. Die Städte, von denen die Islamisierung ihren Ausgang genommen hatte, wurden seit dem 18. Jahrhundert Zentren von Handel und Handwerk sowie der orientalischen Kultur. Es setzte eine rege Bautätigkeit ein: Moscheen, Türben (Grabbauten), Hamams, Brunnen bildeten wichtige Objekte der städtischen Architektur. Neben Kultbauten entstanden Vorläufer islamischer Schulen, die sogenannten mejtepet, in denen Schüler, und zwar männlichen und weiblichen Geschlechts, im Alter von sechs bis 16 Jahren in die Anfänge der islamischen Religion eingeführt wurden. Diesen folgten höhere geistliche Schulen, die medresetë (Medressen).<sup>23</sup>

Einen spezifischen Anteil hatten die Derwische des liberalen Bektashi-Ordens. Die Bruderschaft der Bektashi war in Albanien weit verbreitet. Sie zählte zeitweise, so Anfang des 19. Jahrhundert, bis zu 100.000 Mitglieder.<sup>24</sup> Ihre Anziehungskraft beruhte vor allem darauf, daß sich in der Lehre der Bektashi sowohl schiitische Elemente, Volksglaube als auch Christliches (Beichte und Absolution, Kreuzzeichen, Dreifaltigkeitsglaube) erhalten hatten. Andererseits spielte eine Rolle, daß sie mit ihrem Gegenmodell zur sunnitischen Staatsreligion einer verbreiteten Stimmung unter der Bevölkerung und auch der feudalen Schichten entgegenkam. Nach dem 1826 erfolgten Verbot des Bektashi-Ordens auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches nahmen die Angehörigen der Bruderschaft zunehmend nationale Ideen in ihre Lehre auf. Die Derwischklöster (teqetë) in Südalbanien waren Bestandteil eines Netzes inoffizieller Schulen, wo man albanisch lesen und schreiben, wo Fibeln, Bücher und Zeitschriften in albanischer Sprache genutzt werden konnten. Sie unterstützten Freischüler, die gegen die Türken kämpften.<sup>25</sup>

Der Dichter Naim Frashëri war Mitglied des Bektashi-Ordens. In seinem bekannten »Notizbuch der Bektashi«, das zugleich als eine maßgebende Quelle für die Lehre der Bektashi angesehen wird,<sup>26</sup> äußerte er

---

23 Siehe Ramiz Zekaj: Zhvillimi i kulturës islame te shqiptarët gjatë shekullit XX. Tirana 1997. S. 74ff.

24 Siehe Roberto Moroco dela Roka: Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944. Tirana 1994. S. 38.

25 Siehe Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum. Staatliches Museum für Volkskunde München 1998. S. 153ff.

26 Siehe Johannes Faensen: Die albanische Nationalbewegung. Berlin 1980. S. 104.

die Überzeugung, daß die unterschiedliche Religionszugehörigkeit die Albaner nicht entzweien sollte. Er trat u. a. für die Zusammenarbeit zwischen Muselmanen und Christen und dafür ein, ihre Kraft zum Wohle, für »das Beste« des Vaterlandes einzusetzen.<sup>27</sup> Den Bemühungen Frashëris, die albanische Sprache als Kultsprache bei den Bektashi durchzusetzen, kommt zweifellos eine über das religiöse Moment hinausgehende Bedeutung für die Herausbildung einer eigenen albanischen Identität zu.

Wichtig scheint, in diesem Zusammenhang auf ein Moment hinzuweisen, das schon in den frühen Phasen der Christianisierung zutage getreten war. Auch unter der römischen Herrschaft wurden zuerst die ethnisch stark gemischten Bewohner der Küstenstädte christianisiert, während im Binnenland, wo das Stammesgefühl wohl schwerer wog als das der Religionszugehörigkeit, die Christianisierung sich über einen sehr langen Zeitraum erstreckte. Blickt man auf das späte Mittelalter, so kann man feststellen, daß die Städte und das flache Land hauptsächlich von der Islamisierung erfaßt wurden. In den nordalbanischen Berggebieten, in denen die türkische Verwaltung nur schwer Fuß fassen konnte, hielt sich das Christentum weit länger. Darüber hinaus trug die Islamisierung teilweise formalen Charakter, zumindest in der Anfangsphase.

Die Erscheinung des religiösen Synkretismus,<sup>28</sup> einem gleichberechtigten Nebeneinander der verschiedenen Religionen und Kulte, belegt, daß es schwierig ist, heutige Begriffe schematisch auf das anzuwenden, was damals in Albanien geschah. Im Grunde genommen erweist sich der Begriff »Konversion« dafür als nicht gänzlich geeignet. Wer im heutigen Verständnis konvertiert, wendet sich ab von dem, was als fehlerhaft eingeordnet wird, und übernimmt die Lehre jener Kirche, der er sich zuwendet. Damals aber genügte ein Überwechseln unter die Zuständigkeit der neuen geistlichen und weltlichen Führungskraft. Tatsächlich blieben die Menschen ihrer Sprache, ihrem familiären und zum großen Teil auch ihrem religiösen Brauchtum nach das, was sie waren.<sup>29</sup>

*Fünftens:* Starke Impulse für geistig-kulturelle Identitätsbildungen vermittelten römisch-katholische Priester in den nordalbanischen Gebie-

27 Siehe Norbert Jokl: Die Bektaschis von Naim Bej Frashëri. In: *Balkan-Archiv*. Leipzig 2(1926). S. 226–256.

28 Siehe Georg Stadtmüller: Die albanische Volkstumsgeschichte als Forschungsproblem. In: *Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa*. Leipzig 5(1941). S. 76. – Siehe auch Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum, Staatliches Museum für Volkskunde München 1998. S. 121.

29 Siehe Ernst Christoph Suttner: Das religiöse Moment .... S. 3.

ten, wo die katholischen Gläubigen rund zehn Prozent der gesamten albanischen Bevölkerung ausmachten.<sup>30</sup> Die religiösen Einrichtungen nahmen außer den geistlichen auch – wenngleich nur begrenzt – Aufgaben der Schulbildung wahr, indem erste Formen einer schulischen Bildung entstanden. Einen wichtigen Beitrag leisteten albanische katholische Priester wie Dom Gjon Buzuku, der schon im Jahre 1555 mit seinem »Meshari« (Meßbuch) das erste bekannt gewordene albanische Buch veröffentlichte, Lekë Matranga (1560–1619) mit seinem 1592 in das Albanische übersetzten Katechismus, Pjetër Budi (1566–1622), Pjetër Bogdani (1625 bis 1689) oder Frang Bardhi (1606–1643), der Skanderbeg-Biograf, der 1635 ein Wörterbuch Lateinisch-Albanisch sowie eine entsprechende Grammatik ausgearbeitet hatte. Mit der Aufbereitung albanischen Wortmaterials – wenn auch in Form liturgischer Texte – entstand ein Grundstock für die Entwicklung und Verbreitung des Albanischen. Im Grunde wurden mit den religiösen Texten entscheidende Voraussetzungen einer Schriftsprache geschaffen.

*Sechstens:* Träger und Bewahrer geistig-kultureller Identität entfalten sich auch in der griechisch-orthodoxen Kirche, zu der sich etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung – im Süden und Südosten Albaniens – bekannte.<sup>31</sup> Seit dem 18. Jahrhundert standen einige mittel- und südalbansische Städte wie Elbasan, Durrës, Berat oder Vlorë in wirtschaftlicher Blüte, was die Entwicklung der Landessprache, besonders der geschriebenen Sprache, wesentlich beförderte. Der Bischof von Durrës, Grigor Durrsaku, übertrug 1761 das Neue Testament ins Albanische. In Elbasan versuchte Dhaskal Todhëri, ein Vorkämpfer der albanischen Muttersprache, diese in den Gottesdienst einzuführen. Er übersetzte religiöse Werke, indem er in der Mundart seiner Geburtsstadt und unter Verwendung eines eigenen Alphabets schrieb. Sein Ziel, eine Druckerei in Elbasan zu errichten, vermochte er jedoch nicht zu realisieren.<sup>32</sup>

Im Unterschied zur katholischen Kirche wurde die Wirkung der orthodoxen weniger durch die Kirchenleitung denn von den Spannungen zwischen der niederen albanischen Geistlichkeit und dem griechisch-orthodoxen Patriarchat in Istanbul gespeist. Administrativ waren die albanischen orthodoxen Diözesen nach Auflösung des Patriarchats von Ohrid

---

30 Siehe Roberto Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944*. Tirana 1994. S. 65.

31 Siehe ebenda. S. 46.

32 Siehe *Historia e Shqipërisë. Vëllim i parë*. Tirana 1959. S. 418.

1767 direkt dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellt.<sup>33</sup> Dessen Haltung war indessen maßgeblich davon bestimmt, orthodoxes Religionsbekenntnis mit griechischer Nationalität gleichzusetzen. Daraus erwuchs mit der aufbrechenden »Rilindja kombëtare« ein tiefgehender Konflikt zwischen dem Patriarchat und den Protagonisten der albanischen Wiedergeburt, die gerade die Erhaltung der Eigenständigkeit und die Entwicklung nationalen Bewußtseins auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Als Mittel, um den Hellenisierungsbestrebungen entgegenzuwirken oder zumindest den Einfluß der orthodoxen Kirchenführung zu neutralisieren, sahen die Aufklärer daher – wie schon dargestellt – die einheimische Sprache an.

Eine weitere Möglichkeit bildete die Schaffung einer eigenständigen albanischen Kirche. Die Bestrebungen zur Lostrennung bzw. – analog der Entwicklung in Serbien, Montenegro oder Bulgarien und Rumänien – zur Anerkennung der kirchlichen Autokephalie gestalteten sich schwierig. Erste Versuche in diese Richtung erfolgten Ende des 19. Jahrhunderts. Erst im März 1908 gelang es in Boston, eine eigenständige orthodoxe Kirchengemeinschaft in den USA zu begründen und das Albanische als Kirchensprache einzuführen, nachdem der russische Erzbischof von New York den Wegbereiter der autokephalen albanischen orthodoxen Kirche, Fan Stilian Noli (1882–1965), zum Priester geweiht hatte, was von dem griechischen Würdenträger zuvor verweigert worden war.<sup>34</sup> Dank Noli und seines Wirkens, der in großem Maße liturgische Texte aus der griechischen in die albanische Sprache übersetzte, und dem Einsatz seiner Mitstreiter erhielten parallele Bemühungen in Albanien, so in Korçë und Durrës, Auftrieb. Die Formierung der Autokephalie war ein natürlicher und notwendiger Prozeß. Doch sollten noch Jahrzehnte vergehen, bis die langjährigen Bestrebungen im September 1922 auf einem Kongreß in Berat von Erfolg gekrönt wurden.<sup>35</sup>

Als Fazit ist festzuhalten: Das von den Albanern angestrebte Ziel – Befreiung von der osmanischen Herrschaft – war eng damit verknüpft, religiös-kulturelle Unterschiede auszugleichen und ein Gemeinschaftsbewußtsein zu entwickeln. Bei aller Spezifik hinsichtlich ihres Gewichtes und ihrer Wirkung haben die verschiedenen Religionen die Herausbildung

---

33 Siehe *Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 77.

34 Siehe Roberto Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944*. Tirana 1994. S. 49.

35 Siehe *70 vjet të kishës ortodokse autokefale shqiptare*. Tirana 1993. S. 11.

einer eigenen Identität und albanischen Nationalbewußtseins nicht verhindert. Die Dominanz religiöser gegenüber anderen Faktoren wirkte sich längerfristig keineswegs desintegrierend aus, vielmehr entstanden unerwartet stabile Beziehungen zwischen Religion und nationaler Identität. Nicht zufällig setzten Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Bestrebungen nach Reformen und Veränderungen des sozialistischen Systems in Albanien mit dem Ruf nach Religionsfreiheit ein. Gerade in Shkodër, einem katholisch geprägten Zentrum im Norden, begannen die ersten Kundgebungen, auf denen sich Katholiken wie Anhänger des Islam zusammenfanden, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Während christliche Religionsgemeinschaften in vergleichbaren Nachbarländern in einer Zeit, als sich noch kein modernes Nationalbewußtsein herausgebildet hatte, als Träger für eine kollektive Identität dienten, bestand jedoch bei den Albanern eine solche direkte Verbindung von Religion und Nation nicht. Hier wurde dieser Zusammenhang wesentlich durch die Sprache als einem unverwechselbaren Kennzeichen und Identifikationsmerkmal vermittelt. Geschichtlich waren von kirchlichen Einrichtungen spezifische Impulse für die Pflege und Weitergabe der albanischen Sprache und Kultur ausgegangen. Wenngleich albanischsprachiges Schrifttum anfänglich nur im lateinischen, griechischen oder arabischen Alphabet geschrieben wurde, erfuhren und verinnerlichten alle, die überhaupt eine Schule besuchen konnten, die Sprache als eines der wichtigen Kriterien der ethnischen Zugehörigkeit.<sup>36</sup> Insbesondere konnte durch Alphabetisierung, kirchliche Bildungsinitiativen und Buchdruck<sup>37</sup> aktiv auf die Formierung der Schriftsprache eingewirkt werden. Mit dem Beitrag der Kirchen bzw. religiösen Gemeinschaften und den Vorleistungen für die albanische Schriftsprache, mit der bildungsbedingte, herrschaftspolitische und auch religiöse Trennungen reduziert werden konnten, entstanden auch Voraussetzungen eines kulturellen Zusammengehörigkeitsbewußtseins.

Es ist durchaus zutreffend davon zu sprechen, daß geistig-kultureller Aufbruch zum einen durch Religion und Kirchen positiv beeinflußt war. Bildlich ausgedrückt bildeten sie in gewisser Weise einen Katalysator,

---

36 Siehe Johannes Faensen: Die albanische Nationalbewegung. Berlin 1980. S. 8ff.

37 Siehe Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 1(6). Leipzig 1999. S. 109.

über den die ethnischen Albaner eine eigene Identität in verschiedenen Lebensformen und Tradition ausbildeten. Andererseits ist nationales Gedankengut originär aus der Kritik an der Kirche heraus entstanden. Auf diese Weise wurden wesentliche geistig-kulturelle Komponenten der »Rilindja kombëtare« ausgeprägt und bewahrt. Walter Markov hat angesichts dieser Entwicklung zu Recht den Schluß gezogen, daß konfessionelle Unterschiede für die nationale Bewegung eine untergeordnete Rolle spielten und religiöse Unterscheidungen das Bewußtsein von der albanischen Nationalität nicht verdrängen konnten.<sup>38</sup>

### 3. DIE AUSRUFUNG DER UNABHÄNGIGKEIT 1912 – DIE »ALBANISCHE FRAGE«

Nach der Jahrhundertwende stießen neue Kräfte aus dem kleinen und mittleren Bürgertum der Städte sowie der Bauernschaft zur Nationalbewegung, wengleich in den albanischen Vilayets ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Zentrum und eine programmatisch klar orientierte Partei oder Organisation nach wie vor fehlten. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts weitete sich die Bewegung gegen die türkische Herrschaft aus und vollzog sich – ähnlich der Haidukenbewegung im gesamten südosteuropäischen Raum – in Form bewaffneter Abteilungen von Freischärlern und Aufständischen. Im Jahre 1906 formierte sich in Monastir (Bitola) ein geheimes »Komitee für die Freiheit Albaniens«, das sich zum Ziel stellte, den Befreiungskampf mit Hilfe solcher Abteilungen (çetat) zu organisieren. Dank der erfolgreichen Tätigkeit der ersten çetat unter Führung von Mihal Grameno (1871–1931), der als progressiver Publizist und Schriftsteller die nationalen Interessen in besonderem Maße reflektierte, sowie von Bajo (1868–1930) und Çerçiz Topulli (1860–1915) wurden Albaner neben Makedoniern und Armeniern zu wichtigen Verbündeten der jungtürkischen Bewegung gegen die Selbstherrschaft Abdul Hamids II. An den Kongressen der Jungtürken von 1905 und 1907 in Paris beteiligten sich auch albanische Vertreter mit eigenen Forderungen, die im

---

38 Siehe Walter Markov: Akteure der Balkandiplomatie 1878–1912. In: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen. Bd. II. Halle/Saale 1958. S. 241. – Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Anhängigkeitsverhältnisse. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig 1999. S. 98 und 157f.



Programm zur Ausarbeitung einer Verfassung Berücksichtigung fanden. Im Sommer 1908 erzwang das jungtürkische »Komitee für Einheit und Fortschritt«, auch gestützt auf die albanischen Aufständischen und Soldaten in den türkischen Garnisonsstädten, die Einführung der Verfassung.

Der Sieg der Jungtürken nährte Hoffnungen und beflügelte die Nationalbewegung der Albaner, welche die durch die Verfassung geschaffenen legalen Bedingungen für ihre Tätigkeit ausnutzten. Innerhalb kurzer Zeit entstanden im Land vierzig neue Klubs, die Zahl der Zeitschriften wuchs; vielerorts wurden Grundschulen eröffnet.<sup>39</sup> Noch im November 1908 tagte in Monastir ein Kongreß von Vertretern der Klubs und Gesellschaften, auf dem das einheitliche – bis heute gültige – lateinische Alphabet der albanischen Sprache ausgearbeitet und bestätigt wurde. Ein Jahr darauf begann in Elbasan die erste albanische Lehrerbildungsstätte ihre Tätigkeit, was für nationale Identität und Formierung von großem Gewicht war.

Allein diese Entwicklung entsprach nicht mehr den Interessen der zur Macht gelangten Jungtürken, die bald ihre Versprechungen vergaßen und das Konzept einer osmanischen Staatsnation verfolgten. Die in der Verfassung garantierten Rechte wurden verletzt, albanische Klubs, Schulen und Buchdruckereien wieder verboten. Schließlich wurden neue Gesetze verabschiedet, die weitere Steuern und die Aushebung albanischer Rekruten bedeuteten. Diese Bestrebungen stießen auf entschiedenen Widerstand: Die nationale Bewegung trat immer mehr aus der Phase einzelner lokaler Aktionen und Aufstände heraus. Durch fortwährende Erhebungen in den Jahren von 1909 bis 1912 trugen die Albaner dazu bei, das Gebäude der türkischen Herrschaft auf dem Balkan in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Vor dem Hintergrund, daß die Zusammenarbeit mit den Jungtürken keine Lösung im Sinne der albanischen Selbständigkeit gebracht hatte, kam es zu unterschiedlichen Auffassungen zwischen verschiedenen Vertretern der nationalen Bewegung. Dreh- und Angelpunkt blieb, ob man sich mit einer Teilautonomie zufrieden geben sollte oder eine völlige Loslösung von der Türkei herbeiführen wollte. Zwei Strömungen mit unterschiedlichen Vorstellungen bildeten sich heraus: Eine gemäßigte Richtung, zu der u. a. Midhat Frashëri (1880–1949), Sohn von Abdyl Frashëri, gehörte, und die sich auf eine beschränkte kulturelle Autonomie orien-

---

39 Siehe *Historia e letërsisë shqipe*. Vëll. II. Tirana 1959. S. 15.

tierte, sowie auf der anderen Seite progressive patriotische Kräfte, die nach selbständiger Verwaltung des Landes strebten. Zu ihnen zählten: Ismail Qemali (1844–1919), ein aus einer Grundbesitzerfamilie in Vlorë stammender liberaler Vertreter, der seine langjährigen Erfahrungen in der Verwaltung des osmanischen Staates in den Dienst der nationalen Sache stellte, Luigj Gurakuqi (1879–1925), Poet und Publizist, der sich um die albanische Sprache verdient gemacht hatte und die Lehrerbildungsstätte in Elbasan leitete, Bajram Curri (1862–1925) und Isa Boletini (1864–1916), beide aus Kosova stammend, die bereits in der »Albanischen Liga« mitgewirkt hatten. Die Auseinandersetzungen dauerten nahezu bis zur Erringung der Unabhängigkeit und erswerten klare Aussagen.

Der Prozeß der Nationwerdung und Eigenstaatlichkeit war im wachsenden Maße in den Kontext des Konkurrenzkampfes europäischer Großmächte, insbesondere Italiens und Österreich-Ungarns, um Hegemonie eingebunden. In Albanien trafen die gegensätzlichen Interessen der beiden Rivalen, die um das Erbe der Türkei am Westbalkan stritten, unmittelbar aufeinander.<sup>40</sup> Für die italienische Regierung war die Ostküste der Adria nach dem gescheiterten Afrika-Abenteuer (Adua 1896) von Gewicht als Mittelmeer Macht. Italienische Abgeordnete und Minister forderten, die »Rechte und Interessen Italiens« in Albanien zu wahren. Unter Bezugnahme auf Bemühungen von Seiten der Arbereschen, in Südtalien Schulen und albanische Zeitungen zu gründen, wurde die Propaganda über Albanien erweitert. Mit italienischer Unterstützung wurden Schiffsverbindungen aufgenommen, der Handel verstärkt, Schulen, Postämter und Krankenstationen in Albanien eingerichtet.

Österreich-Ungarn begründete seinen Anspruch, die europäische Vormacht am westlichen Balkan zu sein, mit »historischen« Rechten und als »Kulturträger« der Balkanvölker. Doch mußte die Doppelmonarchie bereits 1887 in einem Zusatzabkommen zum Dreibundvertrag dem Verbündeten Zugeständnisse machen, indem sie im Falle einer österreichischen Besitznahme auf dem Balkan Italien einen entsprechenden Ausgleich zugestand. Beide Verbündete sprachen sich andererseits – mit Blick auf Ansprüche der Nachbarländer auf albanische Gebiete – für die Erhaltung des territorialen status quo aus.

---

40 Siehe Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914. Berlin 1926. Bd. 36 II. Nr. 14425 und 14426. – Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Wien und Leipzig 1930. Bd. 7. Nr. 9279. – Ebenda. Bd. 8. Nr. 9880.

Als im Frühjahr 1912 in Kosova ein Aufstand begann, der sich rasch auf weitere albanische Provinzen ausdehnte und im Sommer in einen allgemeinen Volksaufstand hinüberwuchs, schien Albanien nach österreichischen Pressemitteilungen vor seiner vollständigen Befreiung zu stehen.<sup>41</sup> Eine »Allgemeine Volksversammlung« beschloß am 23. Juli in Sinja ein Memorandum mit zwölf Forderungen, die der türkischen Regierung übermittelt wurden. An erster Stelle stand die nach Anerkennung der nationalen Existenz der Albaner sowie nach Gewährung der Autonomie. Die Aufständischen erreichten in den Verhandlungen unter Hasan Prishtina (1873–1933) mit der Zentralregierung eine Reihe administrativer und kultureller Rechte, so die Anerkennung der albanischen Nationalität, des lateinischen Alphabets und der Sprachfreiheit. Die Bildung eines selbständigen albanischen Staates blieb indessen weiter offen, was nicht zuletzt auf die Differenzen zwischen den verschiedenen Flügeln der Nationalbewegung zurückzuführen war.

Inzwischen brach im Oktober 1912 der erste Balkankrieg aus, der – durch den albanischen Aufstand begünstigt – eine völlig neue Konstellation schuf. Ein Teil der albanischen Aufständischen wollte sich am Krieg an der Seite der Balkanverbündeten beteiligen, deren Truppen in die albanischen Provinzen einmarschierten und diese kontrollierten. Bald stellte sich heraus, daß die serbischen, montenegrinischen und griechischen Armeen keineswegs als Befreier nach Albanien kamen, sondern eigennützige dynastische Interessen verfolgten. Andere albanische Kräfte suchten einen selbständigen Kampf gegen die Verbündeten zu führen. Auch auf diesem Wege konnte die Zukunft des Landes nicht entschieden werden. Der Balkankrieg vollendete mit der Niederlage der Türkei die Befreiung des Balkans, aber mit dem Einmarsch der verbündeten Armeen in die albanischen Gebiete entstand die reale Gefahr ihrer territorialen Aufteilung.

Jetzt reichte es nicht mehr, auf halbem Wege stehen zu bleiben, und den albanischen Akteuren wurde angesichts der existentiellen Bedrohung eine Entscheidung geradezu aufgezwungen. Eine wirkliche Lösung konnte nur unter Umgehung der Autonomie und durch die vollständige Lostrennung von der Türkei erfolgen. Ende Oktober 1912 traf Ismail Qemali gemeinsam mit Luigj Gurakuqi eine strategische Entscheidung, indem sie eine Konferenz nach Bukarest einberiefen, an der Vertreter aus

---

41 Siehe »Neue Freie Presse«. Wien vom 1. August 1912.

verschiedenen Zentren der Emigration teilnahmen.<sup>42</sup> In Bukarest entstand der Plan für einen gesamtalbanischen Kongreß, der als nationales Organ die Interessen auch im internationalen Rahmen wahrnehmen sollte. Dieser Plan fand Zustimmung. Indem Qemali die zwischen den Großmächten bestehenden Widersprüche ausnutzte – die österreichische Regierung hatte ihre Position zur Erhaltung des status quo aufgegeben, um Serbien den Zugang zur Adria zu verlegen – konnte er sich die Unterstützung Österreich-Ungarns und damit des Dreibundes sichern.

Am 28. November 1912 traten Delegierte aus allen Provinzen in der südalbanischen Hafenstadt Vlorë zur Nationalversammlung zusammen. Einstimmig wurde beschlossen, daß »Albanien ab heute unter einer provisorischen Regierung selbständig und frei sowie unabhängig [wird]«. <sup>43</sup> Ismail Qemali wurde beauftragt, die erste nationale albanische Regierung zu bilden. Das Hauptziel bestand darin, den neuen Staat soweit zu festigen, daß die in London zusammengetretene Botschafter-Konferenz der Großmächte zur Regelung der Balkanfrage vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Der erste diplomatische Akt der Regierung war die Neutralitätserklärung im Balkankrieg sowie die Mitteilung an die Mächte über die Ausrufung der Unabhängigkeit und die Bildung einer provisorischen albanischen Regierung. In dem Telegramm Qemalis wurden die Großmächte ersucht, »diese Veränderung im politischen Leben der albanischen Nation«<sup>44</sup> anzuerkennen.

Eine Antwort erhielt die Regierung Qemali auf ihr Ersuchen nicht. Die Botschafter Deutschlands, Österreich-Ungarns, Italiens, Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens sprachen sich am 17. Dezember 1912 lediglich für eine Autonomie Albaniens unter dem Sultan sowie für eine Kontrolle durch die großen »Sechs« aus. Erst im Juli 1913 einigte man sich nach heftigen diplomatischen Gefechten über den Status und die Grenzen auf ein Statut, das einen Kompromiß bedeutete: Die Bindung Albaniens an die Türkei wurde aufgehoben und der neue Staat erhielt den Status eines autonomen Fürstentums unter der Garantie der sechs Mächte, die auch einen Fürsten zu bestimmen hatten und ihre Vollmachten in Form einer Internationalen Kontrollkommission ausübten. Die

---

42 Siehe »Deutsche Tageszeitung«, Berlin vom 6. November 1912.

43 Lef Nosi: Dokumenta historike për t'i shërbye historiës tonë kombëtare. Elbasan 1924. S. 122.

44 Qeveria e përkohëshme dhe veprimtaria e saj (28 nëntor 1912 – 28 janar 1914). Tirana 1963. S. 37.

Wahl fiel übrigens auf den deutschen Prinzen Wilhelm zu Wied (1876 bis 1945), der seine Herrschaft in Albanien allerdings nur ein knappes halbes Jahr, von März bis September 1914, ausüben konnte.

Betrachtet man den Verlauf der »Rilindja kombëtare« seit dem 19. Jahrhundert, so wird deutlich, daß sich die Bildung eines eigenen Staates – ähnlich den Prozessen im gesamten südosteuropäischen Raum – auf dem Weg der Sezession vom übernationalen Osmanischen Reich vollzog. Das natürliche, unumgängliche historische Streben der nationalen Bewegung nach einem Nationalstaat konnte weder durch die Unterdrückungshaltung der Türkei noch durch die Ansprüche und den Widerstand der Nachbarn verhindert werden. Die Proklamierung der Unabhängigkeit Albaniens war – trotz ihrer Verspätung – von großem Gewicht, um die Chance zu wahren, die Gemeinsamkeiten von Sprache, Kultur, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens weiter ausprägen und stabilisieren zu können. Dennoch blieb die bürgerliche Nationwerdung – nicht zuletzt dem historisch vielfach belasteten Erbe geschuldet – unvollendet. Gravierend waren weniger die formalen Beschränkungen der Souveränität des neuen Staates als die Grenzziehung, die auf der Londoner Botschafter-Konferenz vorgenommen wurde. Die Großmächte beschlossen, Albanien nicht in seinen ethnischen Grenzen herzustellen, sondern entgegen den nationalen Interessen die albanischen Siedlungsgebiete – nach dem Prinzip zugunsten der jeweiligen Verbündeten – zu zerstückeln. Es handelte sich im wesentlichen um die Abtrennung Kosovas und albanischer Siedlungsgebiete in Westmakedonien und Nordgriechenland (Çamëria). Auf diese Weise wurden Grenzen festgelegt, bei denen rund die Hälfte des albanischen Volkes außerhalb des Nationalstaates verblieben.<sup>45</sup> Die ungelöste Kosova-Frage sowie die damit verbundene territoriale Unsicherheit beeinflussten zweifellos die nationale Formierung über einen langen Zeitraum.

Der Preis, der für das Zuspätkommen der albanischen Nationalbewegung gezahlt werden mußte, war hoch: Die Einheit der Nation kam nicht zustande. Was blieb, waren die territorialen Folgen als Kern der »albanischen Frage«, die bis in die jüngste Gegenwart hineinwirken und die politische und soziale Realität des Landes mitbestimmen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß national motivierte Konflikte, die immer wieder aufbrechen, wesentlich die Folge willkürlich gezogener Grenzen sind,

---

45 Siehe Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme. Tirana 1994. S. 140.

die dem Land auch seine ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten und die Durchsetzung von Warenwirtschaft und Staatlichkeit insgesamt deformierten.

#### 4. ALBANIEN ALS OBJEKT FREMDER INTERESSEN: REPUBLIK UND MONARCHIE

Der Versuch Ismail Qemalis und anderer Patrioten, unter starkem äußeren Druck mit der Proklamierung der Unabhängigkeit – gewissermaßen als Krönung der nationalen Wiedergeburtbewegung – eine einheitliche Identität im Sinne des albanischen Nationalismus zu schaffen, stieß praktisch auf außerordentliche Hemmnisse. In Wahrheit hatte der unabhängige albanische Staat, der von Anfang an einen harten Existenzkampf führen mußte, kaum Chancen, eine gesellschaftliche Integration durchzusetzen. Im April 1915 gestanden die Entente-Länder Frankreich, Rußland und Großbritannien in London in einem Geheimvertrag Italien als Gegenleistung für dessen Kriegseintritt gegen die Mittelmächte das »Recht« der Expansion in Albanien zu, obwohl die Großmächte dem Land zwei Jahre zuvor die Selbständigkeit zugebilligt hatten. Die Verwirklichung des Geheimvertrages hätte bedeutet, den territorial schon gestutzten Staat auf ein Restgebilde in Mittelalbanien mit einer Einwohnerzahl von etwa 250.000 Menschen zu reduzieren und diesen Rumpfstaat unter italienisches Protektorat zu stellen. Alle anderen Territorien sollten zwischen Italien, Serbien, Montenegro und Griechenland aufgeteilt werden.<sup>46</sup>

Die Besetzung Albaniens durch Truppen der beiden feindlichen Kriegsblöcke und die damit verbundene Kampfhandlungen führten das Land an den Rand des Ruins. Die an sich rückständige Wirtschaft wurde völlig zerrüttet, die Verbindungen zwischen den einzelnen Regionen brachen ab. Es kam zu Hungersnöten; Epidemien rafften die Menschen hinweg. Im Ergebnis des Krieges waren große Opfer zu beklagen. Am Ende des Ersten Weltkrieges erhoffte die Bevölkerung einen möglichst raschen Abzug der Besatzungstruppen sowie die Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit auf der von den Siegermächten einzuberufen-

---

46 Siehe Çështja shqiptare në aktet ndërkombëtare të periudhës së imperializmit. Hrsg. von Arben Puto. Bd. 2: 1912–1918. Tirana 1987. S. 634f.

den Friedenskonferenz. Diese Hoffnungen wurden dadurch genährt, daß albanische Freiwillige an der Seite italienischer und französischer Armeen gegen österreichisch-ungarische Truppen mitgekämpft hatten.

Progressive albanische Zeitungen wie die »Koha e Re« (Die Neue Zeit) und »Populli« (Das Volk) beriefen sich auf die vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Zusammenhang mit dem Kriegseintritt der USA verkündeten Prinzipien, wonach den europäischen Völkern das Recht auf Freiheit und eine demokratische Entwicklung eingeräumt werden sollte.<sup>47</sup> Andererseits wurde die Souveränität auch durch aufbrechende innere Widersprüche in der Nationalbewegung in Frage gestellt: Zum einen durch separatistische Bestrebungen konservativer Elemente, wie des ehemaligen Innen- und Kriegsministers Esad Pasha Toptani in der Regierung des Prinzen zu Wied, seine eigene Macht zu etablieren, bzw. zum anderen durch die Einsetzung der Regierung unter Turhan Pasha Përmeti im Dezember 1918 in Durrës, die sich auf die »Schutzmacht« Italien orientierte.

Auf der Pariser Friedenskonferenz, wo die albanischen Abgesandten zur sogenannten Vierten Kategorie der neutralen oder neu entstehenden Staaten gehörten, blieben die Forderungen nach Selbstbestimmung unberücksichtigt. Albanien diente den Siegermächten im Grunde als Kompensationsobjekt, mit dessen Hilfe die Widersprüche im Adria-raum beigelegt werden sollten. So sah die Übereinkunft Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vom 14. Januar 1920 die Aufteilung des albanischen Staates und ein italienisches Mandat über den restlichen Teil Albaniens vor. Das war der Londoner Geheimvertrag in Aktion, der eigentlich nach der Veröffentlichung durch die russischen Bolschewiki 1917 hinfällig geworden war. Die Proteste der albanischen Vertretung in Paris, die erklärte, daß dies »im Gegensatz zu jedem Prinzip der Gerechtigkeit (stehe) und kein Beispiel, nicht einmal im Verhalten der Konferenz gegenüber den feindlichen und besiegten Ländern« finde,<sup>48</sup> vermochten die Gefahr nicht zu bannen.

Die Vereinbarung vom 14. Januar führte zu einer Veränderung der Situation im Lande. Angesichts der ständigen Fremdbestimmung durch äußere Mächte wurden solche politische Organisationen wie das Ende 1918 in Shkodër entstandene Komitee Nationale Verteidigung von Kosova

---

47 Siehe »Koha e Re«, Shkodër vom 28. Januar 1919. – Siehe auch »Populli«, Shkodër vom 29. Januar 1919.

48 Shqipnia përpara Koferencës së Paqës. Pjesë II. Shkodër 1921. S. 63.

sowie Klubs und Gesellschaften in den wichtigsten Städten zu Initiatoren einer massiven Protestbewegung. Zu den Mitgliedern zählten Intellektuelle, Handelsleute, Angestellte sowie feudale Vertreter, die in Opposition zu den mächtigen Grundbesitzern standen. Bekannt wurden solche Aktivisten wie Sulejman Bej Delvina (1884–1932), Nikollë Ivanaj (1879–1951), Sali Nivica (1891–1920), Sotir Peci (1873–1932), Hoxhë Kadri Prishtina (1878–1925), Abdi Toptani (1864–1942). Sie schufen durch ihre vielfältigen Aktivitäten Grundlagen für ein kollektives Selbstbewußtsein und gaben wesentliche Impulse, um das Ziel einer nationalen Integration in praktische Politik umzusetzen.

Als geeignetes Mittel für den Zusammenschluß und die Erringung der vollständigen Unabhängigkeit erwies sich, wie bei wichtigen Einschnitten in der Geschichte der Nationalbewegung schon zuvor, eine gesamt-nationale Versammlung (kuvend). Vorbereitungsarbeiten dafür hatten bereits im Herbst 1919 begonnen. Nikollë Ivanaj brachte in der von der »Partia Politike« in den USA herausgegebenen Zeitung »Albania« zum Ausdruck, daß wir »heute wieder den Kampf gemeinsam und brüderlich für wirkliche Freiheit und nationale Vereinigung führen müssen«,<sup>49</sup> was die beste Antwort auf alle Pläne zur Zerstückelung des Landes sei. Es wurde sogar die Losung aufgestellt, die »Liga von Prizren« neu zu gründen.

Im Januar 1920 konstituierte sich der nationale Kongreß in der mittelalbanischen Stadt Lushnje. Einstimmig sprachen sich die Delegierten gegen die Pläne der Pariser Friedenskonferenz aus. Sie forderten die vollständige Unabhängigkeit in den von den Großmächten im Jahre 1913 anerkannten Grenzen. In dem Protestschreiben an die Friedenskonferenz hieß es, daß das albanische Volk jegliches Mandat oder ausländisches Protektorat ablehne. Damit der Protest keine leere Formel blieb, beschloß der Kongreß, Komitees der nationalen Verteidigung zu bilden, die den bewaffneten Widerstand organisieren sollten. Nach ausführlicher Diskussion wurde die pro-italienische Regierung Turhan Pasha abgelöst und eine neue Regierung unter Sulejman Delvina gebildet, die im Februar 1920 ihren Sitz in der neuen Hauptstadt Tirana nahm. Im Hinblick auf die Staatsform konnte keine Übereinstimmung erzielt werden, da sich innenpolitisch konservativ eingestellte Delegierte für die Monarchie sowie eine Rückkehr des Prinzen zu Wied und gegen die Republik ausspra-

---

49 »Albania«. Worcester vom 20. November 1919.



chen. Der Kongreß legte fest, daß neben der Regierung und einem Nationalrat (Senat), der die Aufgaben des Parlaments übernahm, auch ein Hoher Rat (Regentschaftsrat) gebildet werden sollte, der bei Ausrufung der Monarchie zurücktreten würde.

Die Regierung Delvina konnte dank einer entschlossenen Politik und, getragen vom Widerstand der Bevölkerung, die vom nationalen Kongreß gestellten Ziele realisieren. Am 27. März 1920 trat in Tirana das erste albanische Parlament zusammen. Als die französischen Truppen unter starkem Druck im gleichen Monat die Stadt Shkodër und im Juni Korçë räumten, übernahmen Abteilungen der neu gebildeten Gendarmerie, unterstützt von den Einwohnern, die Verwaltung. Dadurch wurde der Einmarsch serbischer bzw. griechischer Truppen in diese Gebiete verhindert. Dennoch hielt die Armee des jugoslawischen Staates noch bis zum November 1921 albanische Territorien besetzt. Den Höhepunkt der nationalen Bewegung bildete im Sommer 1920 der bewaffnete Kampf gegen die italienischen Besatzungstruppen in Südalbanien und in der Hafenstadt Vlora. Der erfolgreiche Ausgang dieses Kampfes zwang die Regierung in Rom, am 2. August 1920 den italienisch-albanischen Vertrag zu unterzeichnen, in dem sich Italien zum Rückzug vom albanischen Festland verpflichtete und auf ein Mandat über Albanien verzichten mußte. Am 17. Dezember 1920 wurde das Land in den Völkerbund aufgenommen.

Mit der Wiedergewinnung der Souveränität errang die Nationalbewegung einen großen Erfolg. Das war zweifellos ein auf einem widerpruchsvollen Weg erreichter qualitativer Einschnitt. Eine umfassende politische, kulturelle und wirtschaftliche Modernisierung Albaniens, insbesondere die Beschneidung der Macht des Agrarfeudalismus und die Einführung bürgerlich-demokratischer Rechte, standen noch aus. Die Rahmenbedingungen für die weitere nationale Formierung gestalteten sich auch nach der internationalen Anerkennung des albanischen Staates ungünstig. Hauptursachen waren dafür die halbfeudalen Verhältnisse, bestehende Stammesstrukturen sowie die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen der Zerstückelung des albanischen Siedlungsraumes. Hinzu kam, daß parlamentarisch-demokratische Traditionen nahezu fehlten; erfahrene politische Parteien existierten nicht. Lediglich zu den Parlamentswahlen 1921 entstanden mit der »Partia Popullore« (Volkspartei) des orthodoxen Bischofs Fan Stilian Noli, die sich an westlich-demokratischen Vorstellungen orientierte, und der »Partia Përparimtare« (Fortschrittspartei), zu der Großgrundbesitzer, Kleriker und konservative

Bürgerliche tendierten, verschiedene politische Gruppen. Das war ein erster Versuch, um neuen Erfordernissen Rechnung zu tragen; sie gingen indessen nicht über einen lockeren Zusammenschluß hinaus und zerfielen auch wieder.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwäche und der politischen Unsicherheit verschärfte sich die Auseinandersetzungen darüber, auf welchem Weg das Land gefestigt und demokratisiert werden sollte. Die seit Dezember 1922 von Ahmet Zogu (1895–1961) geführte Regierung fand dafür kein geeignetes Konzept. Einerseits wurde mit dem am 8. Dezember 1922 vom Parlament angenommenen Erweiterten Statut von Lushnje erstmals eine Verfassung ausgearbeitet, die Grundrechte der Bürger festschrieb. Es erfolgte eine Trennung von Staat und Kirche. Positiv im Sinne einer Integration wirkte die Institutionalisierung der autokephalen orthodoxen albanischen Kirche. Andererseits legte die Zogu-Regierung im Streben, die Macht und die herrschende Position der hinter ihr stehenden Großgrundbesitzer und Händler zu sichern, im August 1923 ein Wahlgesetz für die Konstituierende Versammlung vor, mit dem die Abgeordneten nicht direkt gewählt, sondern durch Wahlmänner (zgjedhësit e dytë) bestimmt werden sollten. Das Gesetz wurde gegen den Widerstand oppositioneller Kräfte beschlossen und eröffnete Möglichkeiten einer Manipulation.

Parallel gewannen bestehende und sich neu formierende kulturelle und politische Vereine und Gesellschaften zunehmend Einfluß auf das öffentliche Leben. Im Herbst 1922 war von Avni Rustemi (1895–1924), Llazar Fundo (1898–1944) und weiteren demokratisch gesinnten jungen Intellektuellen die Gesellschaft »Bashkimi« (Die Vereinigung) in Tirana gegründet worden, die sich aktiv für Demokratisierung und wirtschaftliche und soziale Reformen einsetzte. Als es nach den Wahlen von Ende Dezember 1923 nicht gelang, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, eskalierte die Situation. Nach einem Attentat auf Zogu im Parlament wurde im April 1924 auch der Führer von »Bashkimi«, Avni Rustemi, niedergeschossen. Dieser politisch motivierte Mord war der Auslöser für einen von der jungen Armee unterstützten bewaffneten Aufstand im Juni 1924.

Die von dem »starken Mann« Ahmet Zogu dirigierte konservative Regierung wurde durch diese – in der Literatur auch als demokratische Junirevolution bezeichnete – Aktion gestürzt und eine demokratische Regierung unter dem orthodoxen Bischof Fan Stilian Noli gebildet. Die Ereignisse in Albanien lösten auch ein internationales Echo aus. Die neue

Regierung trug in ihrem Programm Forderungen der Massenbewegung nach radikalen Reformen Rechnung. Auf politischem Gebiet sollten durch freie und direkte Wahlen demokratische Verhältnisse eingeführt und durchgesetzt werden. Vorgesehen waren eine Agrarreform und die Verbesserung der Lage der Bauern sowie ihre Befreiung aus ökonomischer Abhängigkeit und die Einführung eines neuen Steuersystems zugunsten der unteren Schichten des Volkes. Ebenso sollten freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den Nachbarländern, hergestellt werden.

Das Reformprogramm stieß auf den Widerstand konservativer Kräfte sowohl im Inneren als auch im Ausland, wo eine Kampagne gegen die »bolschewistische« albanische Regierung einsetzte. Unter solchem Druck konnten die Reformen nicht verwirklicht werden. Die neue Regierung verteilte nicht – wie versprochen – Land an die Bauern. Zogu, der im Juni geflohen war, stürzte im Dezember 1924 mit jugoslawischer Hilfe sowie von russischen Weißgardisten die Noli-Regierung und errichtete eine autoritäre Herrschaft, zunächst in Form eines Präsidialregimes und ab 1928 als König einer Erbmonarchie. Zogu lehnte sich wirtschaftlich und politisch eng an Italien an, was in der Politik der »Offenen Türen« und in zunehmender Abhängigkeit vom Nachbarn (Tirana-Verträge von 1926 und 1927) jenseits der Adria konkreten Ausdruck fand. Verschiedene Reformen, wie die Verfassung von 1928, die unverkennbar vom (westeuropäischen) Zeitgeist geprägt war, die Einführung des Zivilgesetzbuches, der Versuch, 1933 das staatliche Bildungsmonopol zu errichten, oder die Verkündung einer bürgerlichen Agrarreform 1930 scheiterten bzw. ihre Ergebnisse entsprachen nicht den in sie gesetzten Erwartungen.

Nach der Niederschlagung der Volkserhebung vom Juni 1924 hatte in Albanien eine Terrorwelle eingesetzt. Die führenden politischen Köpfe wurden in die Emigration gezwungen, darunter auch Noli. Viele der gemäßregelten und verfolgten Personen fanden in Österreich, Frankreich oder in der UdSSR Asyl. Sie gewannen in der Folge Einfluß auf die Vorstellungswelt nationaler Kräfte im Land, wo soziale Spannungen, Streiks der Arbeiterschaft und Bauernrevolten ausbrachen. Ende der zwanziger bzw. in den dreißiger Jahren entstanden gewerkschaftliche Organisationen und erste kommunistische Gruppen.

Die Monarchie litt, wie die Albanische Republik zuvor, unter innerer politischer Instabilität und äußerer Abhängigkeit. Diese Schwäche ließ auch keine Möglichkeiten, praktische Ergebnisse bei der Lösung der »al-

banischen Frage« zu erreichen, zumal auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den zu den Nachbarstaaten gekommenen albanischen Minderheiten und dem »Mutterland« aufgrund vielfältiger Hemmnisse geschwächt wurde. In Kosova wurde der Widerstand bewaffneter albanischer Gruppen zerschlagen. 1925 war die einflußreiche politische Organisation »Xhemijet« (Die Vereinigung) verboten worden. Als Untertanen des SHS-Staates bzw. seit 1929 des Königreiches Jugoslawien sahen sich die Albaner einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt.<sup>50</sup>

Nachdem es bereits 1938 Überlegungen gegeben hatte, Albanien unter die Personalunion des italienischen Königshauses zu stellen,<sup>51</sup> überfiel das faschistische Italien am 7. April 1939 das Land, um im Gegenzug zur Politik der »europäischen Neuordnung« des Deutschen Reiches eigene Ansprüche auf dem Balkan militärisch abzusichern.

Als Fazit bleibt: Infolge des verspäteten Aufbruchs der spontanen demokratischen Bewegung wurde der Staat nicht von den Trägern der Nationalbewegung übernommen, sondern von feudalen oder bürgerlich-händlerischen Oberschichten, die einerseits nach Legitimation strebten, andererseits von ausländischen Protektoren abhingen. Ansätze, einen Weg hin zu Demokratie und Modernisierung des Landes aufzubrechen, wurden zunichte gemacht und Chancen demokratischer Staatlichkeit, die in der nationalen Wiedergeburtbewegung lagen, blieben ungenutzt. Die politische Kultur und Struktur wurde durch patriarchalische Traditionen und Fremdherrschaften geprägt, die wegen fehlender Demokratieerfahrungen und einer unvollendeten bürgerlichen Revolution weiterwirkten.

## 5. »GROSSALBANISCHE« LÖSUNG UNTER FASCHISTISCHER VORHERRSCHAFT

Faschistische Besatzungszeit und Zweiter Weltkrieg hinterließen nicht nur eine traumatische Erinnerung, sondern stellten für nationales Denken wie

---

50 Bis 1929 mußten laut einer zeitgenössischen Denkschrift mehr als 50.000 muslimische Albaner aus Kosova ihre angestammten Stätten verlassen und in die Türkei auswandern, und weitere 10.000 nahmen in anderen Ländern Zuflucht (siehe Denkschrift. Die Lage der unterdrückten Völker auf dem Balkan. Hrsg. Die Balkan-Föderation. März 1929. o. O. S. 15).

51 Siehe Bernhard Tönnies: Sonderfall Albanien. Enver Hoxhas »eigener« Weg und die historischen Ursprünge seiner Ideologie. München 1980. S. 404.

für die Gesamtentwicklung eine tiefe Zäsur dar. Das Land wurde nach der Flucht Zogus ins Ausland und der vom »Großen Faschistischen Rat« in Rom gebilligten »Union Albaniens und Italiens« am 15. April 1939 endgültig zu einer italienischen Kolonie. Die Errichtung des faschistischen Okkupationsregimes, die wirtschaftliche Ausplünderung und politische Entmündigung – Verbot von Streiks, Demonstrationen, Versammlungen, Einführung drakonischer Strafen bis zur Erschießung – und der Ausbau Albaniens als Brückenkopf für weitere militärische Unternehmungen Italiens auf dem Balkan bedrohten die Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Dagegen brach spontaner Widerstand aus.

Im Unterschied zu vorangehenden Entwicklungsabschnitten traten junge radikalisierte Kräfte auf die politische Bühne; das waren vor allem Intellektuelle, die aus kleinbürgerlichen und bürgerlichen Verhältnissen, aber auch aus der Arbeiterschaft hervorgingen. Viele der in die Emigration gezwungenen und im Ausland ausgebildeten linken Aktivisten lehnten die überkommenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab, die durch die Königsdiktatur konserviert worden waren und von den faschistischen italienischen Eroberern nicht angetastet wurden. Ihre politische und organisatorische Basis bildete die Kommunistische Partei Albaniens (KPA), die aufgrund der großen Rückständigkeit und Abhängigkeit des Landes in einem langwierigen Prozeß erst im November 1941 entstanden war. Dennoch stellten die albanischen Kommunisten, obwohl die Partei zahlenmäßig klein war und über keine längeren Traditionen verfügte, ein wesentliches Element der nationalen Integration dar. Sie verfolgten gegenüber bisherigen Trägern der traditionellen Gesellschaftsordnung, die teilweise offen mit den Eroberern zusammenarbeiteten, ernstzunehmende Alternativen, indem sie nicht nur auf Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse setzten, sondern den bäuerlichen Massen und den Arbeitern eine soziale Perspektive boten.

Die Grundlinien ihres Wirkens waren in der Entschließung der Gründungskonferenz der KPA festgelegt: Befreiung und nationale Unabhängigkeit des Landes und Bildung einer demokratischen Volksregierung in einem vom Faschismus freien Albanien. Als entscheidendes Kampfmittel sah man den bewaffneten Widerstand an.<sup>52</sup> Die lokalen Parteizellen wurden verpflichtet, verstärkt Aktionen gegen die Besatzungsmacht durchzuführen und sich aktiv einzusetzen für die Bildung von Partisaneneinheiten

---

52 Siehe Dokumenta kryesore të PPSH. Bd. I (1941–1948). Tirana 1960. S. 22f.

und -freischaren, die aus der Zeit des antitürkischen Kampfes große Traditionen hatten. Nationalgesinnte und demokratische Kräfte aus allen Bevölkerungsschichten, insbesondere der Bauernschaft, sollten einbezogen und auf diese Weise Voraussetzungen für eine umfassende nationale Bewegung oder Front geschaffen werden. In dem am 25. August 1942 erstmals erscheinenden Organ der KPA, »Zëri i Popullit« (Stimme des Volkes) hieß es, es gelte »alles Ehrliche und Antifaschistische ohne Unterschied des Glaubens, der politischen Gruppierung und unterschiedlicher Strömungen zu vereinigen«.<sup>53</sup>

Auf dieser Plattform, die von ihrer politischen Programmatik her anfänglich keineswegs streng pro-kommunistisch ausgerichtet war und auch von nichtkommunistischen Kräften, wie Myslim Peza (1897–1984) und dem Zogu-Anhänger Abaz Kupi (1891–1976), unterstützt wurde, entstand im September 1942 im mittelalbanischen Peza auf Initiative der KPA die Nationale Befreiungsfront. Ihrem Leitungsgremium, dem aus sieben Mitgliedern bestehenden Generalrat der Nationalen Befreiung, gehörten neben den Kommunisten Ymer Dishnica, Mustafa Gjinishi, Enver Hoxha (1908–1985) weiter an: Abaz Kupi, Ndoc Çoba, Myslim Peza, Kamber Qafmolla. Von der KPA und der Befreiungsfront gingen die entscheidenden Impulse für den kompromißlosen bewaffneten Widerstand gegen Okkupanten und Kollaborateure, für die Bildung der Nationalen Befreiungsarmee, in der zuletzt bis zu 70.000 Partisanen kämpften, für die Schaffung Nationaler Befreiungsräte und schließlich den bewaffneten Volksaufstand als letztem Schritt des Partisanenkampfes aus.

Wenngleich die Nationale Befreiungsfront über eine breite Repräsentanz verfügte, hatten nicht alle nationalgesinnten Kräfte, darunter frühere Opponenten des Exmonarchen Zogu, die Einladung der KPA angenommen. Diese »Nationalisten« rekrutierten sich vornehmlich aus dem grundbesitzerlich-bürgerlichen Flügel der Zogu-Gegner, die unter dessen Herrschaft ihre Privilegien verloren hatten und emigriert waren. Nach der Flucht des Monarchen zurückgekehrt, kollidierten ihre Interessen jedoch mit der faschistischen Besatzungsmacht. Solche Repräsentanten wie Midhat Frasheri und Muharrem Bajraktari hatten sich im Unterschied zu Großgrundbesitzern wie Shefqet Bej Vërlaci, Mustafa Kruja (1887 bis 1958) u. a., die offen mit den Italienern kollaborierten, nicht kompromittiert. Sie erreichten durchaus Einfluß auf Intellektuelle, Händler sowie

---

53 Ebenda. S. 90.

wohlhabende Bauern. Andererseits waren sie nicht bereit, die von der KPA initiierte und geführte Nationale Befreiungsfront anzuerkennen. Ende November 1942 entstand so die antikommunistische Organisation »Balli Kombëtar« (Nationale Front) – gleichfalls mit dem Anspruch auf die Führung im Widerstandskampf. »Balli Kombëtar« trat für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit und ein ethnisch vereintes Albanien ein. Im Vergleich zum kommunistisch geführten Widerstand hielten sich die Anhänger – mit wenigen Ausnahmen – bei Aktionen gegen den Eroberer zurück, um die eigenen Kräfte nicht vorzeitig aufzureiben. Im Verlauf des Widerstandskampfes vollzog sich eine weitere Differenzierung. Die Haltung von »Balli Kombëtar« schwankte wie auch diejenige der im November 1943 entstandenen pro-monarchistischen »Legaliteti« (Legitimität) zwischen Attentismus, begrenzten Widerstandsaktivitäten und Zusammenarbeit mit den Okkupanten.

Konflikte zwischen der Führung der KPA und den nichtkommunistischen Widerstandsorganisationen brachen auf im Zusammenhang mit der ungelösten »albanischen Frage«, wobei dieses brisante Problem von den faschistischen Eroberern geschickt für eigene Interessen ausgenutzt wurde. Im August 1941 wurden durch Dekret König Viktor Emanuels III. die von Italien besetzten albanisch besiedelten Gebiete Jugoslawiens in Kosova, Makedonien und einigen Grenzregionen Montenegros an das Mutterland angegliedert und auf diese Weise ein sogenanntes »Großalbanien« gebildet.<sup>54</sup> Die über Jahrzehnte gehegte Sehnsucht nach Zusammenführung aller ethnisch albanisch besiedelten Territorien schien verwirklicht. Unter dem Deckmantel, Albanien für die Albaner zu sichern und das Land vor dem Kommunismus zu schützen, konnten die italienische und – nach der italienischen Kapitulation – ab 1943 die deutsche Besatzungsmacht auch Loyalität und Unterstützung gewinnen. In den angeschlossenen Provinzen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren einer nationalen Unterdrückung durch das königliche Jugoslawien ausgesetzt waren, wurde die Verwaltung mit Albanern besetzt, albanische Schulen wurden eröffnet, albanische Zeitungen und Bücher konnten gedruckt werden. Die Macht lag zwar in den Händen der Okkupanten, aber das war für die Bevölkerung nicht so augenfällig.

---

54 Die Auffassung, daß diese Territorien »von Rumpfalbanien annektiert« worden seien, entspricht wohl kaum den realen Gegebenheiten (siehe Jens Reuter: Albanien nationale Frage. In: Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf. München 2000. S. 158).

»Balli Kombëtar« suchte vor dem Hintergrund der scheinbar errungenen nationalen Einheit und angesichts der unübersehbaren Stärke der Nationalen Befreiungsfront eigene Aktivitäten<sup>55</sup> mit dieser zu koordinieren. Letztere, resp. die KPA-Führung, erklärte sich entsprechend ihrer Strategie, den Kampf nicht allein, sondern mit dem ganzen Volk zu führen, zur Aufnahme von Kontakten mit den »Nationalisten« bereit – wohl auch in der Absicht, die Mitglieder von »Balli Kombëtar« für den Zusammenschluß mit der Nationalen Befreiungsfront zu gewinnen. Die im August 1943 von Vertretern des Generalrates der Nationalen Befreiungsfront und von »Balli Kombëtar« in Mukje getroffene Vereinbarung hatte indes keine Chance, verwirklicht zu werden. Sie beinhaltete, ein »Komitee zur Rettung Albaniens« zu bilden, das paritätisch von beiden Organisationen besetzt werden und die Attribute einer provisorischen Regierung erhalten sollte. Als gemeinsam anzustrebendes Ziel war die Unabhängigkeit des Landes und ein »ethnisches Albanien« vorgesehen.<sup>56</sup>

Aus Sicht der albanischen KP-Führung, die sich im engen Zusammenwirken mit der KP Jugoslawiens dafür einsetzte, in den angeschlossenen albanisch besiedelten Gebieten eine Partisanenbewegung aufzubauen, war dies ein unzulässiger Kompromiß, der zugleich die Führungsrolle der KPA in Frage stellte. Das stieß zudem auch auf energischen Widerstand bei der jugoslawischen Partei. Die albanischen Kommunisten sollten »Krieg« führen und keine Verhandlungen anbieten, erklärte Vukmanović-Tempo.<sup>57</sup> Die von der Kommunistischen Internationale als Weltpartei bestimmte »internationalistische« Position der KPA wie der KP Jugoslawiens sah vor, daß sich die Albaner in Kosova unter Führung jugoslawischer Kommunisten zum Widerstand erheben und nach Vertreibung der faschistischen Besatzungstruppen über ihre Zukunft in Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechtes selbst entscheiden sollten.<sup>58</sup> In der Praxis traten dabei Probleme auf und brachen Widersprüche aus, ging es doch darum, die Bevölkerung zum Kampf gegen einen Besatzer zu mobilisieren, der sich als »Befreier« präsentierte. Albanische Kommunisten wie Koço Tashko (1899–1984), die in dieser Frage eine elastischere Politik

---

55 Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Kosova entstand sogar eine »Zweite Liga von Prizren« – so benannt nach ihrer historischen Vorläuferin, um »Großalbanien« in den bestehenden Grenzen sichern zu helfen.

56 Siehe *Historia e Partisë së Punës së Shqipërisë*. Tirana 1968. S. 134.

57 Siehe Enver Hoxha: *Die Titoisten. Historische Aufzeichnungen*. Tirana 1983. S. 70.

58 Siehe Ramiz Alia: *Our Enver*. Tirana 1988. S. 93f.



im Interesse der nationalen Formierung forderten, wurden als »schwankende und opportunistische Elemente« ausgeschaltet.<sup>59</sup>

Die II. Konferenz der Nationalen Befreiungsfront verurteilte Anfang September 1943 »Balli Kombëtar« als »antinationale« und »volksfeindliche« Organisation. Die Forderung, nur diejenigen als Antifaschisten zu betrachten, die mit der kommunistisch geführten Befreiungsfront übereinstimmten, und alle anderen als »Verräter« zu bekämpfen, führte zur endgültigen Abkehr von bürgerlich-nationalen wie konservativen Kräften. Der antifaschistische nationale Widerstand mündete in einen Bürgerkrieg, der – nicht zuletzt wegen der ausbleibenden Unterstützung durch die Alliierten – mit einer Niederlage der »Nationalisten« endete.

Ein letzter Versuch, den unter faschistischer Vorherrschaft erweiterten Staat in den ethnischen Grenzen zu erhalten, ging nach der Kapitulation Italiens von weiteren, bisher nicht durch Zusammenarbeit mit den italienischen Besatzern kompromittierten Vertretern der »alten« Eliten aus. Am 11. September 1943 rief ein von Ibrahim Bej Biçaku geführtes Nationalkomitee die Unabhängigkeit aus – diesmal vorbereitet und dirigiert von Hitlers Sonderbeauftragten Hermann Neubacher. Deutschland trat sogar das Gebiet um Mitrovica, das Teil des besetzten Serbien war, an Albanien ab.<sup>60</sup> Diese Kräfte propagierten, daß sich die deutschen Truppen nur vorübergehend im Land aufhalten würden und sie nur im Interesse der »Identität« Albaniens handelten.<sup>61</sup> Unter deutscher Kontrolle trat eine »Nationalversammlung« zusammen, die die Loslösung Albaniens von Italien erklärte und die Verfassung von 1928 wieder in Kraft setzte. Ebenso wurde ein Regentschaftsrat aus Vertretern der verschiedenen religiösen Gruppierungen bestimmt, an dessen Spitze Mehdi Frashëri (1874–1963) trat. Als Liberaler und Anhänger von Reformen, der nach der Okkupation 1939 zeitweise von der italienischen Besatzungsmacht interniert war, genoß er Sympathie bei nationalen Kräften. Die Führung von »Balli Kombëtar« untersagte ihren Gliederungen jegliche militärische Operation gegen deutsche Verbände. Unterstützung fanden die neuen In-

---

59 Siehe Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KPA. »Bericht Koco Tashkos an die Kommunistische Internationale« vom Herbst 1942. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(2) Leipzig 2001. S. 193ff.

60 Siehe Michael Schmidt-Neke: Geschichtliche Grundlagen. In: Südosteuropa-Handbuch. Bd. VII: Albanien. Göttingen 1993. S. 55.

61 Siehe Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme. Tirana 1994. S. 203.

stitutionen auch bei Abaz Kupi, der aus der Nationalen Befreiungsfront ausgeschieden war und die Organisation »Legaliteti« mit dem Ziel gegründet hatte, die Monarchie unter Zogu wiederzuerrichten.

Die neue »Unabhängigkeit« bestand indessen nur sehr kurze Zeit. Sie endete mit der Niederlage des Deutschen Reiches und der Wiederherstellung der territorialen Vorkriegsverhältnisse.<sup>62</sup> Gestützt auf die entscheidenden Offensiven der Sowjetarmee und der alliierten Verbündeten bei der Zerschlagung des Faschismus in anderen Balkanländern, vertrieb die Nationale Befreiungsarmee die faschistischen Okkupanten endgültig vom albanischen Boden. Am 29. November 1944 war das Land befreit und beschrift, geführt von der KPA den Weg der »Volksdemokratie«, was tatsächlich in einem jahrzehntelangen monistischen Herrschaftssystem gipfelte, in dem Parteibeschlüsse aller gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde lagen.

## 6. DER ALBANISCHE SOZIALISMUS: NATIONALISMUS UND ENVERISMUS

Der Umbruch der politischen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete neue Chancen für die nationale Entwicklung in Albanien. Die aus der militärischen Befreiung durch die kommunistisch geführten Partisanen heraus eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen waren auf ein – zunächst am jugoslawischen Vorbild orientiertes – sozialistisches Gesellschaftsmodell ausgelegt. Gemessen an den historischen Ausgangsbedingungen, konnten infolge revolutionär-demokratischer Umwälzungen durchaus positive Ergebnisse – gewissermaßen im Nachvollzug – bei der Modernisierung von Wirtschaft und Kultur erzielt werden. In diesem Zusammenhang erhielten auch eigene wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kommunikative Grundlagen für die weitere Nationsformierung Auftrieb.<sup>63</sup>

---

62 Siehe Jens Reuter: *Albaniens nationale Frage*. In: *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf*. München 2000. S. 158.

63 Siehe Ernstgert Kalbe: *Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien (Thesen)*. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel. Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II)*. Leipzig (1996)3. S. 53.

Das Gesetz über die Agrarreform im August 1945 beseitigte den Großgrundbesitz; durch Nationalisierung und Enteignung des Auslandskapitals entstanden unter Nutzung der im Lande gewonnenen Rohstoffe (Kupfererz, Chromerz, Eisennickel und Erdöl) Voraussetzungen zur Umwandlung aus einem rückständigen Agrarland in ein Agrar-Industrieland. Von Jahr zu Jahr wurde das Volksbildungswesen verbessert; das Analphabetentum – bis zu 80 Prozent der Bevölkerung war des Lesens und Schreibens nicht kundig – konnte in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum bis 1955 überwunden werden. Bereits 1957 öffnete die Staatsuniversität Tirana ihre Pforten und 1970 führte man für alle Kinder obligatorisch die Acht-Jahres-Schule ein. Einen weiteren Meilenstein auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiet bildete die Gründung der Akademie der Wissenschaften 1972.

Forcierte Industrialisierungsprozesse und eine damit verbundene infrastrukturelle Modernisierung, die Ausprägung einer neuen Sozialstruktur von wachsender Arbeiterschaft sowie Intelligenz, reduzierter Bauernschaft und einer staatlich-bürokratischen Hierarchie bewirkten, daß die wesentlich vorbürgerlich-bäuerliche Gesellschaft aufgebrochen wurde. Angesichts vorher nur schwacher industrieller Entwicklung, die sich vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts zudem in imperialen Abhängigkeiten und mit halbkolonialen Zügen vollzog, waren Ansätze gesellschaftlichen Fortschritts unverkennbar, der alsbald an seine extensiven Entwicklungsschranken stieß. Der Industrialisierungsschub erreichte zu wenig wirtschaftliche Effektivität, technische Innovation und intensive Reproduktion. Die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft führte zu Landflucht und löste demographische Verwerfungen aus. Schließlich konnte durch die zentralistisch-bürokratischen Machtstrukturen keine Effizienz des politischen Systems und keine demokratische Akzeptanz der Machtverhältnisse erzielt werden.<sup>64</sup>

Der nachholende Prozeß nationaler Konstituierung, der unter bürgerlichen oder vorbürgerlichen Verhältnissen und angesichts vielfältiger Pressionen der Vergangenheit keineswegs vollendet war, ist durch die sozialistische Herrschaft von Anbeginn zunächst sowohl gefördert als sodann auch an stark belastet worden. Zum einen durch die Auswirkungen des Bürgerkrieges, der zu Gewalttaten und zusätzlichen Opfern geführt hatte. Andere politische Kräfte außer der Kommunistischen Partei

---

64 Siehe ebenda.

Albaniens und ihren Anhängern hatten nach dem Krieg keinerlei Einfluß mehr auf die Umgestaltung der Gesellschaft. Unrecht wurde weiter praktiziert mit neuer Gewalt gegen Mitglieder und Angehörige der ehemaligen nichtkommunistischen Organisationen, mit neuem Leid und neuen Opfern. Wenigstens 5.157 Menschen mußten in den vergangenen rund fünfzig Jahren aus politischen Gründen ihr Leben lassen, es gab 17.900 politische Gefangene und nach den überlieferten Dossiers wurden 30.383 Menschen teilweise für Jahrzehnte in abgelegene Gegenden verbannt.<sup>65</sup>

Die Mißachtung der demokratischen Grundrechte ging einher mit einer geistigen Uniformierung des Landes mit dem Ziel, religiöse Überzeugungen und selbständiges Denken der Albaner auszuschalten. Die Bestrebungen der »Rilindja«-Vertreter nach Überwindung der religiösen Spaltung und nach nationaler Einigung im 19. Jahrhundert wurden von der 1948 in Partei der Arbeit Albaniens (PAA) umbenannten KPA unter Enver Hoxha auf die Spitze getrieben: Mit der Behauptung vom angeblich atheistischen Charakter des albanischen Volkes wurde diese Tradition für die Ausrufung des Landes zum ersten atheistischen Staat der Welt im Jahre 1967 mißbraucht.

Entscheidend für den weiteren nationalen Formierungsprozeß war, daß dem albanischen Volk auch nach dem Zweiten Weltkrieg die nationale Einheit versagt und alte Belastungen der Zwischenkriegszeit wirksam blieben. Entgegen den während des antifaschistischen Widerstandskampfes, insbesondere von Seiten der jugoslawischen KP-Führung unter Josip Broz Tito, abgegebenen internationalistischen Erklärungen, die Kosova-Frage nach Vertreibung der faschistischen Eroberer auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes zu lösen, wurde das nicht realisiert. Vielmehr verweigerte die Regierung des neuen Jugoslawien den Albanern in Kosova mit Verweis auf historische Ansprüche (Kosovo als »Wiege« Serbiens) das Recht auf Selbstbestimmung.

Die Hoxha-Führung setzte auf die Integrationskraft nationaler Identifikation und den »shqiptarizmi«, um Führungsanspruch und ihre Herrschaft zu legitimieren – wenngleich es in den Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien nicht zu grenzrevisionistischen Forderungen gekommen ist.

---

65 Siehe Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum. Staatliches Museum für Volkskunde München 1998. S. 11.

Im sozialistischen politischen System Albaniens wurden nationale Identität, soziale Homogenität und politische Einheit als die Grundwerte beschworen. Neuerdings zu beobachtende Versuche nachzuweisen, daß Theorie und Praxis des langjährigen Parteiführers Enver Hoxha – der sogenannte Enverismus – nicht mit albanischem Nationalismus zu vereinbaren sei, sondern von »außen«, durch die Komintern, Stalin und andere nichtalbanische Kräfte hineingetragen worden sei,<sup>66</sup> können nicht aus der Welt schaffen, daß Versuche, eine innere Integration zu erreichen, verbunden mit der Isolierung gegenüber der Außenwelt, über lange Zeit hauptsächlich unter Bezugnahme auf das »Albanertum« verwirklicht werden konnten. Dies war gewissermaßen durch die historische Entwicklung und die »stiefmütterliche« Behandlung der Albaner vorgegeben, die sich in einem traumatisch erlebten mehrfachen Verlust der spät errungenen Unabhängigkeit ausdrückte.

Während beispielsweise andere sozialistische Länder im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und im Warschauer Vertrag mehr oder weniger eng untereinander sowie mit der UdSSR verbunden waren, lebte Albanien nach 1961 in radikaler Abgrenzung, und der an demokratische Regeln kaum gewöhnten Bevölkerung wurde eine »Belagerung« durch Imperialismus und Revisionismus eingeredet. Die Folge war eine jahrzehntelange Selbstisolierung mit fast totaler geistiger und physischer Abschottung. Diese Haltung zielte auf eine Abwendung von Europa. Sie wurde maßgeblich geprägt sowohl durch totalitäre Züge als auch nicht überwundene klandestine Strukturen und durch Nationalismus.

Die albanische Parteiführung propagierte die nationale Einheit, gestützt auf Traditionen der Nationalen Befreiungsfront während des antifaschistischen Widerstandes, was einer differenzierten Wertung nicht standhält. Bereits damals hatte man auf die weiter zurückreichenden historischen Erfahrungen des Existenzkampfes der Vorfahren gegen Türken und andere Unterdrücker zurückgegriffen. Im Grunde wurde das von den Aufklärern in der »Rilindja« entwickelte Geschichtsbild fortgeschrieben, jedoch entsprechend den veränderten Bedingungen historisch-materialistisch neu gedeutet. Danach habe sich das albanische Volk, wie es Hoxha formulierte, seinen Weg durch die Geschichte mit dem Schwert in der Hand gebahnt. Die Albaner, Nachfahren der Illyrer, seien als Urbewohner ihres heutigen Siedlungsgebietes ständig der Gefahr aus-

---

66 Siehe Hysamedin Feraj: *Skicë e mendimit politik shqiptar*. Skopje 1999. S. 315ff.

gesetzt gewesen, von ihren Feinden ethnisch vernichtet zu werden. Sie hätten sich jedoch in einem dreitausendjährigen erfolgreichen Überlebenskampf, in dem der antifaschistische Widerstand, die Volksrevolution und der sozialistische Aufbau den Höhepunkt bildeten, als historisch überlegen erwiesen.<sup>67</sup>

Die Fiktion von der homogenen Gesellschaft konnte die Erosion des sozialistischen Systems nicht aufhalten. Tatsächlich hat die KPA/PAA als treibende Kraft des antifaschistischen Widerstandes und dann an der Spitze des neuen Staates den daraus resultierenden Bonus in einer Jahrzehnte währenden monistischen Diktatur verspielt. Von grundsätzlicher Bedeutung war, daß die Führung – zumindest bis zum Tod Hoxhas 1985 – zu Reformen weder willens noch fähig war. Die aus machtpolitischem Kalkül ständig wechselnden außenpolitischen Partnerschaften, anfangs mit Jugoslawien (bis 1948/1949), später mit der UdSSR (bis 1961) und dann mit China (bis 1977) und vor allem der rasch voranschreitende wirtschaftliche Verfall ließen letztlich keinen Raum für ein positives Selbstwertgefühl der Bevölkerung. Die Entwicklung der Nation konnte auf diesem Wege schwerlich vorangebracht werden.

Die Ursachen dafür, daß die vielfältigen Defizite albanischer Nationwerdung in den verschiedenen Etappen nicht überwunden werden konnten, lagen – wie zuletzt beschrieben – im politischen System und seinen strukturellen Demokratiedefiziten, in fehlender Innovationskraft der staatlichen Wirtschafts- und Sozialordnung sowie schließlich in Defiziten pluralistischer Varianten für geistig-kulturelle Erneuerungsprozesse begründet. Alle diese Faktoren, die zu den objektiven Komponenten nachholender Nationsbildung gehören, bedingten in Albanien denkbar ungünstige Voraussetzungen für den Übergang in eine pluralistisch-demokratische Gesellschaft.

---

67 Siehe Michael Schmidt-Neke: Politisches System. In: Südosteuropa-Handbuch. Bd. VII: Albanien. Göttingen 1993. S. 211.



HILMAR WALTER

## **Gesellschaftlicher Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien (zu einigen soziolinguistischen Zusammenhängen)<sup>1</sup>**

Demjenigen, der die Vorgänge in Südosteuropa nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« von den Ufern des Schwarzen Meers bis zur österreichischen Grenze aufmerksam verfolgt hat, wird aufgefallen sein, daß im ehemaligen Jugoslawien, in dem seit anderthalb Jahrhunderten, mit Ausnahme Makedoniens und Sloweniens, das Serbokroatische die offizielle Schriftsprache gewesen ist, jetzt plötzlich von der serbischen, kroatischen und bosnischen Schriftsprache die Rede ist, Sprachen, die auch in den Verfassungen dieser Staaten festgeschrieben sind. Auch in Montenegro sind Stimmen zu vernehmen, die gern eine montenegrinische Schriftsprache konstituieren wollen. Diese – auch aus der Sicht ernstzunehmender Wissenschaftler und vieler einfacher Menschen in diesen Ländern – zumindest ungewöhnliche Situation<sup>2</sup> kann man sich nur erklären, wenn man weiß, daß bei den Balkanvölkern, die jahrhundertlang unter nationaler Fremdherrschaft lebten, die Sprache seit dem Beginn ihrer Nationwerdung in der Gesellschaft stets eine zentrale Rolle gespielt hat und somit zu einem wichtigen Instrument politischer Kämpfe wurde.<sup>3</sup> Nun ist zwar Bulgarien nicht zerfallen wie Jugoslawien und wir haben es nicht mit einer thrakischen und mösischen oder ost- und

---

1 Leicht überarbeitete Fassung eines am 29. April 2004 in der gemeinsamen Sektion Osteuropaforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie Leipzig e. V. gehaltenen Vortrags. Mitveranstalter war die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft e. V. Leipzig.

2 Siehe Miloš Okuka: Eine Sprache – viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien. Klagenfurt, Wien, Ljubljana, Sarajevo 1998. S. 9ff. – Siehe auch Vladimir Anić: Jezik i sloboda. Zagreb 1998. Eine Rezension dazu siehe von Snjeana Kordić in Die Welt der Slawen. München XLIV(1999)2. S. 387ff.

3 Siehe in diesem Zusammenhang die Ausführungen zum Begriff der Sprach- und Kulturnation bei Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994. S. 126ff. und 169ff.



westbulgarischen Schriftsprache zu tun, aber es gibt doch eine ganze Reihe von Problemen, mit denen sich z. B. derjenige, der Bulgarisch lehrt oder sich wissenschaftlich mit dem Bulgarischen beschäftigt, heutzutage herumschlagen muß und die in hohem Maße durch politische und gesellschaftliche Prozesse im Lande bedingt sind. Das betrifft die Interpretation der Sprachgeschichte genau so wie den Zustand der Sprachpraxis in bestimmten Entwicklungsperioden der Gesellschaft, das Verhältnis zu anderen Sprachen, mit denen das Bulgarische in seiner Entwicklung in Kontakt gekommen ist oder steht sowie die gesamte Sprachsituation im Lande. Deshalb kann hier auch nicht die gesamte Problematik, die sich hinter dem gewählten Thema verbirgt, abgehandelt werden. Ich werde mich bemühen, rein intralinguistische (also z. B. grammatische) Fragen dabei auszuklammern und nur ein paar Problemkreise anschnitten, die auch für den Nichtlinguisten interessant sein können. Dabei kann demonstriert werden, daß auch in Bulgarien bestimmte (schrift-)sprachliche Veränderungen zu jeder Zeit unter dem Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse, bestimmter Ideologien und/oder politischer Konstellationen gestanden haben.

## 1.

Das zeigt sich bereits an den Umständen der Entstehung der ersten bulgarischen Schriftsprache im Mittelalter. Deshalb möchte ich zunächst etwas weiter ausholen. Unter anderem lohnt sich das auch, weil die bulgarische Sprache ein Beispiel dafür ist, daß die Bulgaren durchaus nicht – gewissermaßen im Sinne von Karl May – als ein geschichts- und gesichtsloses wildes Volk »in den Schluchten des Balkans« behandelt werden dürfen, wie es von nicht wenigen meinungsbildenden Kräften für die deutsche Öffentlichkeit – gewollt oder aus Unkenntnis (?) – dargestellt wurde und auch noch wird.<sup>4</sup>

Die ersten schriftlichen Quellen, die Informationen über die Ursprünge der Entwicklung aller slawischen Sprachen liefern können, waren bekanntlich mittelalterliche Schriftdenkmäler, die – zunächst in glagolitischer und dann auch in kyrillischer Schrift – in einer Sprache verfaßt

---

4 Bemerkenswerte neue Feststellungen zu dieser Problematik siehe in »Zaključenie« resp. »Schlußbemerkung« in Rumjana Koneva: Lajpcig za bälgarite ili kakvo razkaz-va Illustrierte Zeitung 1878–1918. Sofia 2003. S. 226ff. (bulg.) bzw. 233ff. (dt.).

waren, welche in der internationalen Slawistik hauptsächlich als »Altslawisch« bekannt ist, ihrer Herkunft nach jedoch, wie insbesondere August Schleicher und August Leskien nachgewiesen haben, eindeutig den bulgarischen Dialekten des 9. Jahrhunderts zuzuordnen ist. Umstritten ist nur die genaue Lokalisierung, wobei darüber Einigkeit besteht, daß es sich um Dialekte aus dem Süden des damaligen (slawisch-)bulgarischen Sprachterritoriums gehandelt haben muß, wofür heutige dialektologische Forschungen genügend Anhaltspunkte liefern. Die heutigen Bulgaren sind insofern das einzige slawische Volk, das die Entwicklung seiner Sprache bis zurück ins (europäische) Frühmittelalter verfolgen konnte und kann.

Die zeitliche und entwicklungsmäßige Nähe dieser Sprache zum Urslawischen bzw. Gemeinlawischen machte sie auch zur einzigartigen Quelle für die historisch-vergleichende Sprachwissenschaft, die es ermöglichte, den ursprünglichen Zustand des Slawischen vor der Ausbreitung der Slawen nach ihren heutigen Siedlungsgebieten und der dialektalen Differenzierung, die zum heutigen Zustand führte, zu rekonstruieren und so – vor allem phonetische, aber auch grammatische und lexikalische – Unterschiede zwischen den heutigen Slawinen zu erklären. Diese allgemeinslawistische Bedeutung der altbulgarischen Texte und bestimmte nationalpolitische Erwägungen führten dazu, daß sich in der nichtbulgarischen Slawistik für die Sprache, in der sie verfaßt waren, überwiegend der genannte Terminus Altslawisch einbürgerte. Er ist also ein Ausdruck für einen wichtigen Aspekt der allgemeinen wissenschaftshistorischen Bedeutung dieser ersten slawischen Schriftsprache.

Was aber weit über den Rahmen der Wissenschaftsgeschichte hinausgeht, ist ihre kultur- und sozialgeschichtliche Relevanz. Vor geraumer Zeit hat sich Ivan Gălăbov, der seit 1967 in Salzburg tätig war und von 1970 bis zu seinem viel zu frühen Tod 1978 den dortigen slawistischen Lehrstuhl innehatte, in mehreren Veröffentlichungen mit der Problematik beschäftigt, die im Zusammenhang mit der Rolle des Altbulgarischen als internationale Verkehrssprache steht. Darin arbeitet er mehrere Aspekte heraus:<sup>5</sup>

Die Sprache der ersten altbulgarischen Texte, die von den sogenannten Slawenaposteln Kyrill und Method und ihren Schülern auf Anforde-

---

5 Siehe Das Altbulgarische und das Latein im europäischen Mittelalter. Zur Problematik der übernationalen Kultursprachen. Salzburger Universitätsreden. Salzburg. München 1973. – Siehe auch Ivan Gălăbov: Izbrani trudove po ezikoznanie. Săstaviteli Svetomir Ivančev, Maksim Mladenov, Christo Choliolčev. Sofia 1986. S. 41ff.

rung des Fürsten Rostislav und im Auftrag des byzantinischen Kaisers (865) zur Verwendung bei der slawischen Liturgie im Großmährischen Reich geschaffen wurden (die sprachliche Grundlage soll der slawische Dialekt aus dem Gebiet von Saloniki gewesen sein), wurde als Schriftsprache nach dem Vorbild der Rolle des Lateinischen in der Westkirche konzipiert. Der politische Hintergrund dafür waren Unabhängigkeitsbestrebungen der slawischen Fürsten gegenüber der Kirche in Rom und dem deutschen Klerus sowie Bemühungen von Byzanz, in Westeuropa wieder Einfluß zu gewinnen. Bereits bei der Schaffung der schriftsprachlichen Norm durch Kyrill und Method war also die Tendenz zu einer »übernationalen« Verkehrssprache, wie sie das Lateinische im Mittelalter spielte, vorprogrammiert. Was in der bulgarischen Geschichtsschreibung nicht immer besonders betont wird, ist die damit zusammenhängende Tatsache, daß sich die beiden Brüder und ihre Schüler nicht vorrangig auf die Alphabetisierung der Bevölkerung des Ersten Bulgarenreiches konzentriert hatten, sondern die Schriftsprache als »slawische« betrachteten. Das war insofern legitim, als – wie bereits erwähnt – der Zustand der Sprachen der slawischen Stämme bzw. Völker in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts nach deren Landnahme noch dem sogenannten Gemeinlawischen, dem Slawischen der Übergangsperiode zwischen dem Urslawischen und der ausdifferenzierten Existenz der den späteren Slawinen zu Grunde liegenden Dialekten, sehr nahe stand. Deshalb sind Aussagen, wie wir sie in der Byzantinistik finden, Kyrill hätte in einen Dialekt übersetzt, von dem in der heutigen Slowakei (dem Großmährischen Reich) »wohl kaum jemand auch nur ein Wort verstanden haben dürfte«,<sup>6</sup> kaum ernst zu nehmen.

Die politisch-historischen Gegebenheiten im damaligen Mitteleuropa bewirkten, daß das Altbulgarische (Altkirchenslawische) dort nach relativ kurzer Zeit unter dem Druck der deutschen (römisch-katholischen) Geistlichkeit dem Latein weichen mußte.<sup>7</sup> Seine Existenz als zunächst fast ausschließlich im sakralen Bereich verwendete Kultursprache bildete aber die Basis für den Umstand, daß die Süd- und Ostslawen, die in religiöser und kultureller Hinsicht unter dem entscheidenden Einfluß von

---

6 Siehe John Julius Norwich: Byzanz. Bd. II. Augsburg 2000. S. 98.

7 Interessante Beobachtungen zu den Hintergründen dieser Problematik enthält ein kürzlich erschienener Aufsatz von Heinz Miklas (siehe Chajnc Miklas: Misijata na Kiril i Metodij i obedinenieto na Evropa. In: Bälgaristika – Bulgarica. Sofia (2004)8. S. 9ff.

Byzanz standen, sich einreihen konnten in eine sprachliche Entwicklung, die der bekannte Indoeuropäist Antoin Meillet folgendermaßen charakterisiert: »Seit dem Entstehen des Christentums wurde die griechische Sprache nur dort die Sprache der christlichen Kirche, wo man griechisch sprach. Zu der gleichen Zeit, da im Westen das Latein, die Sprache des Imperiums, offizielle Kirchensprache, die einzige Sprache wurde, die im Gerichtswesen gebraucht wurde, die einzige Sprache, die zur Vorbereitung der Geistlichen und zur Verbreitung der Wissenschaft diente, wurden im Osten ebensoviel gelehrte christliche Sprachen geschaffen, als es Nationalitäten gab, die ihr Selbstbewußtsein erlangt hatten; die Heilige Schrift wurde ins Gotische, Armenische, Koptische, Slavische übersetzt, für jede dieser Sprachen wurde ein gut angepaßtes Alphabet und eine Schriftsprache geschaffen, in die die griechischen Werke übertragen und in der sogar Originalwerke geschaffen wurden.«<sup>8</sup>

Hier kommt ein Umstand ins Spiel, der von Golobov zu Recht besonders hervorgehoben wird. Das ist die Tatsache, daß nach der Übernahme des Christentums durch den bulgarischen Fürsten Boris I. von Byzanz die von Kyrill und Method ursprünglich für *alle* slawischen Christen konzipierte Schriftsprache zur Kultursprache jener Nationalität wird, auf deren sprachlichem Territorium sie entstanden war und somit eine breite soziale Basis für ihre Entwicklung in allen Bereichen des mittelalterlichen Schrifttums erhielt, wie sie für die lateinische Sprache in weiten Gebieten ihres Geltungsbereichs West- und Mitteleuropas nicht zutraf. Das ist m. E. ein wesentlicher Aspekt dessen, was Rudolf Rů ťčka meint, wenn er davon spricht, daß »die Geschichte der albulgarischen Sprache [...] im glückhaften Schnittpunkt von Kräften« liegt, »die ihre geschichtliche Mission bestimmten. Es treffen zusammen das Potential der albulgarischen Volkssprache, der geniale kreative Sprachgebrauch, den die beiden Übersetzer Konstantin Kyrill und sein Bruder Method von ihr machten; das Vorbild des byzantinischen Griechischen mit seiner ausgefeilten Syntax und seinem verfeinerten Stil [...] Das glagolitische Alphabet, in dem die albulgarische Sprache zunächst geschrieben wurde [...], ist die erste phonologische Interpretation *einer* slawischen Sprache.«<sup>9</sup>

---

8 Zitiert nach Grigorij Vinokur: Die russische Sprache. Übertragen von Reinhold Trautmann. Leipzig 1949. S. 23f.

9 Rudolf Rů ťčka: Die albulgarische Sprache als Kraft der Gestaltung und Vermittlung. Beiträge zur Bulgaristik. Konferenzmaterialien Sofia – Leipzig – 1981. Hrsg. von

Die Frage der allmählichen Ablösung des glagolitischen Alphabets, das mit ziemlicher Sicherheit als Werk Kyrills angesehen werden kann, durch das kyrillische in Bulgarien veranlaßt Golobov dazu, ausführlicher auf die Tatsache einzugehen, daß hier eine Kultursprache, die ganz offensichtlich als übernationale konzipiert war, (nach dem mißlungenen Experiment in Mähren) zunächst Verständigungsmittel einer Nationalität in einem bedeutenden mittelalterlichen Staat im Südosten Europas werden konnte. Dabei stellt er die verbreitete These in Frage, daß das altbulgarische Schrifttum im Ersten Bulgarenreich erst nach Ankunft der Schüler Kyrills und Methods (Kliment, Naum und Angelarij) entstanden ist. Vielmehr verweist er auf die Tatsache, daß die in kyrillischer Schrift verfaßten Texte offenbar auf einer anderen dialektalen Grundlage entstanden sind als die Übersetzungen Kyrills und Methods, woraus er schlußfolgert, daß die kyrillische Schrift in Preslav, dem Zentrum des Reichs zu Zeiten von Boris I., entstanden sein muß. Auch das Verhältnis der Vertreter der Schule von Preslav zu den byzantinischen Originalen unterscheidet sich von der Kyrills und Methods. Dazu kommt die bisher kaum befriedigend erklärte Herkunft und Entstehungsweise der kyrillischen Schrift. Golobov vertritt den einleuchtenden Standpunkt, daß offenbar mit der Übernahme des Christentums in Bulgarien genau um die Zeit der Mährischen Mission Kyrills und Methods (864 – Annahme des Christentums, 875 – Mission Kyrills und Methods) in Bulgarien selbst – vor dem Hintergrund der politischen Unabhängigkeitsbestrebungen von Boris I. – bereits Bemühungen im Gange gewesen sein müssen, auf der Grundlage des griechischen Alphabets slawische Texte zu schreiben und auf der Basis bestimmter Dialekte Übersetzungen aus dem Griechischen anzufertigen, d. h. es kann angenommen werden, daß neben der Arbeit Kyrills und Methods an den griechisch-slawischen Übersetzungen auch im bulgarischen Reich eine eigenständige Entwicklung auf diesem Gebiet seitens der in Byzanz ausgebildeten Vertreter der bulgarischen Elite betrieben wurde. Hinweise dazu geben u. a. die Arbeiten von Joan Exarch (2. Hälfte des 9. – erstes Viertel des 10. Jahrhunderts) und Černorizec Hrabăr (Ende des 9. Jahrhunderts). Auch Inschriften wie die auf der Grabplatte des Würdenträgers und Mönchs Mostič von der Mitte des X. Jahrhunderts belegen dies. Diese Bestrebungen bildeten dann die Grund-

---

Dietmar Endler, Hilmar Walter, Ivan Duridanov, Georgi Markov. Sofia 1984. S. 16ff. (Hervorhebung von mir – H. W.).

lage für die schnelle Verbreitung des altbulgarischen Schrifttums in Bulgarien selbst nach der Ankunft von Kyrills und Methods Schülern und der daraufhin einsetzenden Durchsetzung der kyrillischen Schrift Ende des IX. Jahrhunderts. Dadurch entwickelte sich die altbulgarische Schriftsprache zu einer Kirchen- und Gelehrtensprache, welche sich zur sogenannten Volkssprache verhält wie heutzutage etwa eine Hochsprache zu den Dialekten und regionalen Umgangssprachen, wobei das byzantinische Vorbild zusätzlich noch stilistische Besonderheiten in diese Hoch- oder Buchsprache einbringt, die sicherlich auch für den einfachen Bulgaren im Mittelalter Verständnisschwierigkeiten mit sich brachten. Tatsache ist aber, daß die Verbreitung des Altbulgarischen im mittelalterlichen Bulgarien zur Entstehung des ersten slawischen literarischen Zentrums in Europa führte. Dabei muß beachtet werden, daß diese Schriftsprache in erster Linie stets eine Sprache der Liturgie blieb, worauf ihre Autorität beruhte. Die Kirche bestimmte die Entwicklung ihrer Norm und kontrollierte sie. Das wirkte sich so aus, daß durch ständige Hinwendung zur von Kyrill und Method geschaffenen Norm die offizielle Schriftsprache sich immer mehr von der in schneller Entwicklung befindlichen Volkssprache der Bulgaren entfernte.<sup>10</sup> Ihre sakrale Funktion war im Prinzip die Grundlage für die Wahrnehmung ihrer ursprünglichen Funktion als überkulturelles Kommunikationsmittel, allerdings nicht ausgehend von Byzanz resp. von den römisch-katholischen Slawen, sondern von Bulgarien. Von hier aus fand sie Verbreitung bei den Ostslawen und einem Teil der anderen Südslawen (daher auch der Terminus »Altkirchenlawisch«). In diesen Ländern hatte sie wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der modernen Literatursprachen. Insbesondere das Russische weist heute noch – besonders in der Lexik, aber nicht nur da, starke südslawische Einflüsse auf, die darauf zurückgehen, daß in der Kiewer Rus, u. a. mit bulgarischen Geistlichen und Schriftgelehrten, die altbulgarische Literatur und Schriftsprache übernommen wurde. Interessant ist übrigens auch, daß das Altbulgarische seit dem XV. Jahrhundert in der rumänischen orthodoxen Kirche (in der Moldau und der Walachei) und auch zur Abfassung von offiziellen und literarischen Texten verwendet wurde, was die älteste slawische Schriftsprache dem Lateinischen in seiner Rolle als übernationale Schriftsprache noch mehr annähert. So

---

10 Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie stark und dauerhaft diese Tendenz im Mittelalter war, ist die schriftsprachliche Reform des Patriarchen Evtimij (Euthymius) von Tárnovo im XIV. Jahrhundert.

konnte die in Bulgarien entstandene kyrillische Schrift zur Grundlage der sprachlichen Kultur von Millionen von Ostslawen, der Serben, Montenegriner, Teilen der Rumänen (später auch der Moldawier) und im 20. Jahrhundert auf Grund der politischen Gegebenheiten nach der Oktoberrevolution auch zum Instrument der Alphabetisierung einer ganzen Reihe nichtslawischer Völkerschaften werden, von denen die meisten bis dahin über keine eigene Literatursprache verfügten.<sup>11</sup>

In Rußland entwickelte sich eine durch den Einfluß des Russischen modifizierte Version des Altbulgarischen, das sogenannte Kirchenslawische – kodifiziert 1618 in der Grammatik von Meletij Gerassimowitsch Smotritzki, die in der Geschichte moderner slawischer Schriftsprachen (z. B. des Russischen, Serbischen, auch des Bulgarischen als direkter Nachfahre des Altbulgarischen) eine wichtige Rolle spielte.

Die Bulgaren haben also – das sollte man gerade angesichts des derzeit wieder wachsenden Interesses an den osteuropäischen Völkern nicht vergessen – einen grundlegenden Beitrag zur Entwicklung eines bedeutenden Teils der europäischen und auch anderer Kulturen geleistet (dem übrigens von den West- und Mitteleuropäern, vor allem auch den Deutschen, im 18. und 19. Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde, als heutzutage).

## 2.

Diese kulturelle Leistung hat – sicherlich berechtigterweise – bei der Entwicklung eines bulgarischen Nationalbewußtseins seit dem 18. Jahrhundert eine tragende Funktion gehabt. Es ist ja bekannt, daß Paisij in seiner »Slawobulgarischen Geschichte«, die als Basisdokument der bulgarischen Wiedergeburt angesehen wird, Sprachliches und Nationales fast miteinander gleichsetzte.<sup>12</sup> Hinzu kam die Besinnung auf die großartigen historischen Leistungen der Bulgaren im Mittelalter. Die Tradition der altbulgarischen Sprache und Literatur spielt seitdem im Nationalbewußtsein der Bulgaren eine zentrale Rolle. Damit in Verbindung steht, daß in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert

---

11 Siehe Rudolf Rů ťicka: Die altbulgarische Sprache als Kraft der Gestaltung und Vermittlung. Beiträge zur Bulgaristik. Konferenzmaterialien Sofia – Leipzig – 1981. Hrsg. von Dietmar Endler, Hilmar Walter, Ivan Duridanov, Georgi Markov. Sofia 1984. S. 18f.

um den Charakter der Schriftsprache und um ihre Norm das Verhältnis zur schriftsprachlichen Tradition einen wesentlichen Aspekt einbrachte.

Das war um so wichtiger, als – wie gesagt – die Norm der Schriftsprache im Ersten und Zweiten Bulgarenreich sich relativ weit von der gesprochenen Volkssprache entfernt hatte. Als Teil des sogenannten Balkansprachbunds hatte das Bulgarische insbesondere im Bereich der Grammatik systematische Charakteristika entwickelt, die es von allen anderen Slawinen unterschieden und typologisch eher den (nichtslawischen) Nachbarsprachen Albanisch, Rumänisch und Griechisch angenähert hatten. Die schriftsprachliche (im Sinne von »standardsprachlicher«) Entwicklung war im Prinzip mit der Eroberung Bulgariens durch die Türken unterbrochen worden. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse im 19. Jahrhundert führten dann dazu, daß allmählich eine schriftsprachliche Norm entstand, die zwar den Einfluß der Tradition spüren läßt, der aber im wesentlichen doch der Sprachgebrauch städtischer Bevölkerung – hauptsächlich aus Nordbulgarien, wo ein ökonomisch stabiles Bürgertum entstanden war – zugrunde lag. Der Weg zur schriftsprachlichen Tradition aus dem Mittelalter führte dabei für die bulgarischen Intellektuellen zunächst – aufgrund der Nähe der Befreiungsbewegung zu Rußland und der sprachlichen Zugänglichkeit kirchenslawischer und russischsprachiger Literatur – über das Kirchenslawische und Russische (anfänglich wurde davon ausgegangen, daß das Kirchenslawische Altbulgarisch sei), so daß – aufgrund des erwähnten Traditionsbewußtseins – in den ersten bulgarischen Grammatiken immer wieder grammatische Erscheinungen einbezogen wurden, die zwar für das Altbulgarische (und entsprechend auch das Kirchenslawische und Russische) charakteristisch waren, nicht aber für die damalige Volkssprache. Ein typisches Beispiel dafür ist die »Bolgarska gramatika« Neofit Rilskis von 1835, die bis zur Befreiung Bulgariens eine wegweisende Rolle für den muttersprachlichen Unterricht in den Schulen spielte, allerdings für die schriftsprachliche Praxis kaum eine normierende Funktion hatte. Zwischen solchen grammatischen Beschreibungen und der Sprachpraxis bestand eine gewisse Kluft. Auch Grammatiken wie die von Ivan Bogorov, die sich ausdrücklich an der Volkssprache orientierten, können in ihrer Funktion nicht mit den heute üblichen normativen Grammatiken gleichgesetzt werden. Entschlei-

---

12 Siehe Paisi von Chilendar: Slawobulgarische Geschichte. Aus dem Bulgarischen übersetzt, herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Norbert Randow. Leipzig 1984.



dend für den Zustand der bulgarischen schriftsprachlichen Praxis gegen Ende der Wiedergeburt war das bewußte Streben der Schriftsteller oder Literaten, einen für alle Bulgaren verständlichen, relativ einheitlichen Usus zu realisieren. Die Achtung vor der schriftsprachlichen Tradition des Mittelalters führte jedoch dazu, daß trotz der Orientierung auf die zeitgenössischen Umgangssprachen altbulgarische Elemente gewissermaßen auf dem Umweg über russische oder kirchenslawische Quellen Eingang in die moderne Schriftsprache fanden.

Die Sprachfrage ist jedenfalls seit dieser Zeit ein zentrales Problem der nationalen Selbstidentifikation der Bulgaren, und das hat sich auf die Entwicklung und gesellschaftliche Relevanz der Schriftsprache auch im 20. Jahrhundert ausgewirkt. Die gesamte geschilderte Entwicklung war ein Prozeß heftiger Diskussionen um die Norm der Schriftsprache, und das setzte sich – wenn auch mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten – nach der Wiedergründung des bulgarischen Staats 1878 fort, als die Schriftsprache plötzlich in gesellschaftlichen Sphären verwendet werden mußte, in denen vorher das Türkische oder Griechische vorherrschte. Mit der Existenz eines selbständigen bulgarischen Staats wurde die Normierung und Kodifizierung der Schriftsprache aber auch offiziell Angelegenheit der Politik.<sup>13</sup>

Diese Rolle der offiziellen Sprachpolitik läßt sich am besten verdeutlichen am Streit über die Rechtschreibung. Am Ende des 19. Jahrhunderts (1899) hatte sich durch Anweisung von Bildungsminister Ivančov ein von Marin Drinov ausgearbeitetes Alphabet und orthographisches Regelsystem durchgesetzt, das einerseits dazu beitrug, daß die Schriftsprache stärker vereinheitlicht wurde, andererseits aber durch Anwendung des sogenannten etymologischen Prinzips (d. h. Berücksichtigung altbulgarischer resp. kirchenslawischer phonologischer bzw. graphischer Erscheinungen) Buchstaben beinhaltete, die in bestimmten Positionen keinen Lautwert besaßen. Dazu gab es mehrere Grapheme für gleiche und einen Buchstaben für verschiedene Laute, was, wie man sich leicht denken kann, zu großen Schwierigkeiten bei der Aneignung der orthographi-

---

13 Zur gesamten Geschichte der (neu-)bulgarischen Schriftsprache siehe Elena Georgieva/Valentin Stankov/Vladko Murdarov/Stojan · erev/Ralica Cojnska: Geschichte der bulgarischen Schriftsprache (Grundriß). *Miscellanea Bulgarica* 10. Wien 1996. – Zu interessantesten sprachpolitischen Aspekten der schriftsprachlichen Entwicklung in Bulgarien von der Wiedergeburt bis heute siehe Michail Videnov: *Bălgarskata ezikova politika*. Sofia 2003.

schen Regeln führte. Diese von Linguisten, Schriftstellern und vor allem Lehrern als undemokratisch kritisierte Rechtschreibung galt bis 1921. Sie war zu einem bildungspolitischen Problem geworden. Die Regierung des Bulgarischen Volksbauernbundes, die nach dem Ersten Weltkrieg die Macht übernahm, führte deshalb eine neue, vereinfachte und damit demokratischere (leichter erlernbare) Rechtschreibung ein, die der (linguistisch kaum vertretbaren, aber sehr populären) Forderung »schreib wie du sprichst« mehr entsprach. Die nach dem Umsturz 1923 an die Macht gekommenen konservativen Kräfte annullierten diese Entscheidung und führten die alte Drinovsche Orthographie wieder ein. Die Arbeit zweier – nach heftiger öffentlicher Kritik – 1928 und 1936 eingesetzter Rechtschreibungskommissionen war erfolglos. Damit blieb ein wesentliches Problem der Kodifizierung der modernen bulgarischen Schriftsprache bis 1945 ungelöst.<sup>14</sup>

Die Zeit nach 1878 und insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg war jedoch eine wichtige Periode des Aufbaus für die bulgarische Schriftsprache nach den Anforderungen einer modernen Gesellschaft in einer Periode des Übergangs zu kapitalistischen Gesellschaftsformen und weiterer nationaler Entwicklung. Es festigte sich das grammatische Regelwerk, es entwickelten sich stilistische Normen und der Wortschatz, insbesondere auf den Gebieten der Administration, der Wissenschaften und der Technik. Eine wesentliche Rolle für die sprachlichen Wandlungsprozesse spielte die stürmische Entwicklung schöngeistiger Literatur, des Theaters und der Publizistik. Insbesondere in letzterer waren – wie in den Fachsprachen – nicht zu unterschätzende Einflüsse anderer Sprachen zu verzeichnen.<sup>15</sup> Nicht unerwähnt bleiben kann, daß sich in dieser Zeit auch die orthoepischen Normen der »Hochsprache« herausbildeten. In den dreißiger und vierziger Jahren erschienen eine Reihe von Grammatiken und Wörterbüchern, die normativen Charakter beziehungsweise Anspruch hatten und die sogenannte Sprachkultur der Gesellschaft positiv beeinflussten.<sup>16</sup> Die soziale Differenzierung der bulgarischen Ge-

---

14 Einzelheiten siehe in Rusin Rusinov: Učebnik po istorija na novobälgarskija kni: oven ezik. Sofia 1980. S. 322ff.

15 Einen Überblick über die ersten vorbereitenden Grundlagen dieser Entwicklung in der Zeit bis 1878 gibt Peter Hill: The development of the Bulgarian standard language. In: Standard Language in the Slavic World. Ed. by Peter Hill and Volkmar Lehmann. Slavistische Beiträge. Bd. 235. München 1988. S. 98ff.

16 Siehe Rusin Rusinov: Učebnik po istorija na novobälgarskija kni: oven ezik. Sofia 1980. S. 259ff.

sellschaft schränkte jedoch die kommunikative Wirkung der Schriftsprache erheblich ein. Statistiken weisen aus, daß in dieser Zeit über 70 Prozent der Bulgaren zur Landbevölkerung zählten. Dialektologen haben festgestellt, daß die Sprachpraxis der Masse dieser, zum großen Teil in kleinen Ortschaften lebenden Menschen allein durch den Dialekt geprägt war. Es fehlte ihnen eine solche Beherrschung schriftsprachlicher Normen, die zu einer – aus anderen Sprachen bekannten – Diglossie (der Verwendung von Dialekt und Schriftsprache bzw. der Schriftsprache angenäherten regionalen Umgangssprachen entsprechend der jeweiligen Kommunikationssituation) hätte führen können. Die sozialen Barrieren bewirkten, daß für sie nicht die Notwendigkeit und auch meist nicht die Möglichkeit bestand, sich ein anderes Sprachverhalten zuzulegen. Andererseits wurden die Dialekte, d. h. die »Volkssprache« von den Gebildeten als niedrigere, plebeische Existenzform der Sprache angesehen, was sich, wie Todor Bojadiev feststellt, u. a. in der Sprache der schöngeistigen Literatur, auch der Klassiker, niedergeschlagen hat.<sup>17</sup>

Die Existenz von gesellschaftlichen Kräften mit unterschiedlichen Interessen führte aber auch zur Herausbildung von soziolektalen Gebilden in der Sprache, die sich hauptsächlich im Bereich der Verwendung von bestimmten lexikalischen Mitteln bzw. auch Sprachregelungen, insbesondere in der Publizistik, manifestierten. Dazu gehörte unter anderem die Entwicklung des speziellen Wortschatzes und Sprachgebrauchs der Arbeiterbewegung, aber auch, insbesondere in der Zeit nach dem Machtantritt Hitlers in Deutschland, die Übernahme bestimmter Elemente der LTI (Lingua Tertii Imperii)<sup>18</sup> meist auf dem Wege der Lehnübersetzung.

### 3.

Eine der ersten Aktionen auf dem Gebiet der Sprachpolitik seitens der Regierung der Vaterländischen Front nach 1944 war die schon lange diskutierte und erwartete Rechtschreibungsreform. Eine Kommission, hauptsächlich aus Linguisten und Schriftstellern, erarbeitete eine bedeutend vereinfachte Version der bulgarischen Kyrilliza und Regeln, die weit-

---

17 Siehe Todor Bojadiev: *Bälgarskite dialekti v sävremennata ezikova situacija. Bälgarskijat ezik prez XX vek. Pod sästavitelstvoto na Vasilka Radeva.* Sofia 2001. S. 20ff.

18 LTI – Abkürzung nach Victor Klemperer: *LTI.* Leipzig 1987. S. 15ff.

gehend die oben genannten Schwierigkeiten ausräumten. 1945 wurden sie offiziell eingeführt. Trotzdem blieben einige der in der Diskussion befindlichen Probleme ungeklärt, die seitdem aus verschiedensten Anlässen immer wieder aufgegriffen wurden. Einen guten Überblick dazu findet man in bereits 1944, besonders aber seit den fünfziger Jahren verfaßten Publikationen Vladimir Georgievs, eines der führenden Linguisten in Nachkriegsbulgarien.<sup>19</sup>

Für die Entwicklung der bulgarischen Schriftsprache bis zum Beginn der neunziger Jahre kann man nicht wenige positive Charakteristika aufzählen: Das wichtigste ist eine stärkere Hinwendung zur normativen und kodifizierenden Tätigkeit speziell geschaffener linguistischer Kapazitäten an der Akademie der Wissenschaften und (zunächst) der Sofioter Universität. Das bezieht sich auf Grammatik, Phonetik, Orthoepie und Orthographie, Stilistik, Lexikologie und Lexikographie, was sich im Erscheinen einer ganzen Reihe von Lehrwerken, Wörterbüchern, Handbüchern äußerte. Die Grundlagenforschung bemühte sich um neue, empirisch fundierte Erkenntnisse über den Zustand der Sprache. So kann man sagen, daß in dieser Zeit der Prozeß der Normierung und Kodifizierung der Schriftsprache große Fortschritte verzeichnete. Das mußte sich auch positiv auf die muttersprachliche Bildung an den Schulen auswirken. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren konnte man so davon ausgehen, daß zwischen den örtlichen oder regionalen Dialekten und der Schriftsprache eine neue Art der Wechselbeziehungen eingetreten war. Die sozialen und demografischen Faktoren dafür hatten sich insofern verändert, als kleine Ortschaften verödeten, große Teile der Bevölkerung waren dem Prozeß der Migration in Städte und Ballungszentren unterworfen, wodurch sie ihrer ursprünglichen Dialektbasis verlustig gingen. Dialekte veränderten sich unter dem Einfluß der Schriftsprache, vermischten sich oder verschwanden. Die sozialen Kontakte erfuhren eine Erweiterung und qualitative Veränderung, so daß die Beherrschung der Schriftsprache für die meisten Menschen zur Notwendigkeit wurde. In der mündlichen Kommunikation entwickelten sich so sogenannte regionale Umgangssprachen, die eine Zwischenstellung zwischen Dialekt und Schriftsprache einnahmen, wobei nach Bildungsgrad und/oder Kommunikationssituation eine größere oder geringere Nähe zur schriftsprachli-

---

19 Siehe Vladimir Georgiev: *Problemi na bälgarskija ezik*. Sofia 1985. S. 60ff. – Hier sind auch bestimmte ideologische Bezüge auf Ursachen der alten und der noch vorhandenen Unzulänglichkeiten erkennbar.

chen Norm zu verzeichnen war.<sup>20</sup> Befördert wurden diese Prozesse durch die offizielle Bildungspolitik und die auf der Schriftsprache basierende Kulturentwicklung (insbesondere Schriftsteller, Theater, Radio und Fernsehen). Seit den siebziger Jahren entwickelten sich auch gezielte soziolinguistische Forschungen, die sich konzentriert bestimmten Zusammenhängen zwischen sozialen und sprachlichen Gegebenheiten zuwandten, welche bisher von der Sprachwissenschaft ungenügend berücksichtigt wurden. Das war um so wichtiger, als natürlich auch in dieser Periode gesellschaftlicher Entwicklung Soziolekte sich weiter oder neu entwickelten. So entstanden neue Fachsprachen oder die bereits existierenden paßten sich den neuen Erscheinungen, z. B. in Wissenschaft und Technik an, wobei gerade in diesem Bereich nicht mehr so sehr westliche Sprachen Einflüsse ausübten, sondern in erster Linie das Russische. Es existierten auch Gruppensprachen oder Jargons, wie der der Jugend, der Soldaten, des Sports, der Kunstschaffenden usw., und deren Verhältnis zur Schriftsprache mußte untersucht werden, damit sie bei der Diskussion um die sogenannte Sprachkultur und sprachlenkenden Aktivitäten Berücksichtigung finden konnten. Die soziolinguistische Forschung zeigte auch die Notwendigkeit auf, in der normierenden bzw. kodifizierenden Tätigkeit der Linguisten adäquater auf Veränderungen in der Sprachpraxis zu reagieren und von einem gewissen methodologischen Stillstand, der sich abzuzeichnen begann, abzukommen.<sup>21</sup>

In den kritischen Bewertungen aus heutiger Sicht wird vor allem eine Art Sterilität und Loslösung der schriftsprachlichen Entwicklung vom tatsächlichen Sprachverhalten im Sozium, vor allem in der öffentlichen Kommunikation, hervorgehoben, was hauptsächlich auf die Wirkung der von der herrschenden Partei durchgesetzten (auch in anderen Ländern des Realsozialismus nicht unbekannt) Sprachregelungen zurückgeführt wird. Die von der »führenden Kraft« gesteuerte inhaltliche Gestaltung vieler Textsorten trug zu einer Unifizierung der Sprachver-

---

20 Siehe Todor Bojadiev: *Bälgarskite dialekti v sävremennata ezikova situacija. Bälgarskijat ezik prez XX vek. Pod sästavitelstvoto na Vasilka Radeva.* Sofia 2001. S. 21f. – Empirisch belegt und interpretiert ist diese Situation in der Sprachverwendung in Bojan Bajčev/Michail Videnov: *Sociolingvističesko proučvane na grad Veliko Tärnovo.* Sofia 1988. – Bojan Bajčev: *Seloto, gradät i ezikät v Loveškija kraj.* Sofia 1996.

21 Dazu z. B. Michail Videnov: *Iz aktualnata problematika na sävremennija bälgarski kni oven ezik. Godišnik na Sofijskija universitet (FSIF).* Sofia 1979.

wendung bei. Das spiegelte sich hauptsächlich in den Medien wider, während derartige Vorwürfe beispielsweise für die wirklich führenden Vertreter im Bereich der Literatur, des Films usw. nur zu einem geringen Teil zutreffen dürften. Diese Situation ist deshalb von Bedeutung, weil sie in der derzeitigen, z. T. sehr heftigen Diskussion um den sprachlichen Usus in der öffentlichen Kommunikation eine nicht unbedeutende Rolle spielt.<sup>22</sup>

#### 4.

Die Diskussion um diese Problematik begann, als mit den Veränderungen Ende 1989/Anfang 1990 schnell eine Pluralität in den Medien entstand, die auch – nach dem Beispiel westlicher Vorbilder eine – man kann schon sagen radikale – Änderung in der Sprachverwendung mit sich brachte. Rein sprachlich gesehen äußert sich das in einer als Bestandteil der Demokratisierung angesehenen stilistischen und pragmatischen Hinwendung zur Umgangssprache und zum Jargon, die der Annäherung zwischen Medien und der breiten Masse der Leser, Hörer und Zuschauer dienen sollte. Stilistische Mittel aus den Jargons, wie z. B. Turzismen anstelle bulgarischer Lexik aus der Schriftsprache wurden in größerem Umfang verwendet. Wörter und Wendungen, die in der Vergangenheit stilistisch als umgangssprachlich, ironisch-abwertend, salopp oder auch vulgär empfunden wurden, haben Eingang in die alltägliche schriftsprachliche Kommunikation gefunden. Neben diesen stilistischen Abweichungen von bisher gültigen Normen wurde und wird auch in der Wortbildung und Grammatik freier mit den schriftsprachlichen Regeln umgegangen. Anglizismen oder Lehnübersetzungen hauptsächlich aus dem Englischen wurden – mit oder auch ohne sprachliche Notwendigkeit – eingeführt. In der Syntax (besonders in der Wortfolge oder in der Konstruktion von bestimmten Satzarten) und in der Wortbildung traten Veränderungen ein, die von Vertretern der Medien und einigen Linguisten z. T. mit pragmatischen (auf die Wirkung der Texte orientierten) Notwendigkeiten oder durch Erwägungen der sogenannten Sprachökonomie begründet wer-

---

22 Siehe u. a. Totka Monova: Dumite koito razdeljat. Političeskijata diskurs v pečata. Sofia 2000. S. 14ff. – Antonija Zambova: Opređeleni osobenosti na ezika v bälgarskijata populjaren tabloid ot 90-te godini na XX vek. In: Bälgarskijata ezik prez XX vek. Pod sästavitelstvoto na Vasilka Radeva. Sofia 2001. S. 20ff.

den. Diese Erscheinungen führen zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit<sup>23</sup> und schaffen für die zum normierenden und kodifizierenden Eingreifen berufenen Sprachwissenschaftler und Kulturschaffenden nicht einfach zu lösende Probleme.<sup>24</sup> Insofern stellt ein neues orthographisches Wörterbuch, das 2002 erschienen ist, einen wichtigen Schritt in der aktuellen Kodifizierung schriftsprachlicher Normen dar.<sup>25</sup> Es führt – wenn auch sehr behutsam – den Prozeß der »Demokratisierung« der Rechtschreibung weiter, indem z. B. Interpunktionsregeln und die Verwendung von Dubletten vereinfacht werden und eine Vielzahl neuer lexikalischer Einheiten aufgenommen wurde. Aber die Reaktionen in der linguistischen und nichtlinguistischen Öffentlichkeit lassen erwarten, daß das letzte Wort in der Vervollkommnung des orthographischen Regelwerks damit noch nicht gesprochen wurde.<sup>26</sup> Von den lexikographischen Neuerscheinungen muß auch das »Wörterbuch der neuen Wörter und Bedeutungen in der bulgarischen Sprache« erwähnt werden, das einen Überblick über die im letzten Jahrzehnt eingetretenen umfangreichen lexikalischen Veränderungen und das Vordringen neuer Wortbildungsmodelle gibt.<sup>27</sup>

Was speziell die Überwindung von mit den oben erwähnten Sprachregelungen der Vergangenheit verbundenen textuellen Charakteristika in der öffentlichen Kommunikation, insbesondere in den Medien, betrifft, so liegen inzwischen interessante Forschungsergebnisse vor. Sie belegen die für jeden spürbare Tatsache, daß grundlegende Veränderungen im

---

23 Siehe dazu Anton Gecov: *Ezikāt na presata – glas na gra- danskoto obštество ili na plebejskata publičnost*. – Der Aufsatz befindet sich im Druck und wurde liebenswürdigerweise im Manuskript zur Verfügung gestellt.

24 Siehe z. B. Vasilka Radeva: *Bälgarskijat ezik – tradicii i inovacii*. In: *Bälgaristični studii*. Otg. red. Vasilka Radeva. Sofia 2004. S. 24ff. – Ludmila Uchliir ova: *Za ezika na bälgarskite vestnici*. In: *Säpostavitelno ezikoznanie*. Sofia XXII(1997)1. S. 44ff. – Hilmar Valter: *Aktualni i po-malko aktualni problemi na prepodavaneto na bälgarskija ezik kato ču d s ogleđ na normata mu i kodificiraneto i*. In: *Bälgarskijat ezik prez XX vek. Pod sästavitelstvoto na Vasilka Radeva*. Sofia 2001. S. 26ff. – Julija Baltova: *Naukata za bälgarskija ezik pred novoto chiljadoletie*. In: *Ebenda*. S. 15ff.

25 Siehe *Bälgarska akademija na naukite: Nov pravopisen rečnik na bälgarskija ezik*. Sofia 2002.

26 Siehe z. B. Christo Choliolčev: (Rez. zu) *Nov pravopisen rečnik na bälgarskija ezik*. In: *Bälgarska reč*. Sofia IX(2003). S. 59ff.

27 Siehe Emilia Perniška/Diana Blagoeva/Sija Kolkovska: *Rečnik na novite dumi i značenija v bälgarskija ezik*. Sofia 2001.

Reservoir der Benennungen im gesellschaftlichen Bereich zu verzeichnen sind. Dazu gehört auch, daß Benennungen aus dem gesellschaftlichen und politischen Wortschatz ihre Bedeutung verändert haben, bzw. von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet werden. In einer ganzen Reihe von Aufsätzen und Büchern wird über die Rolle der Sprache der Medien als Mittel der Meinungsmanipulation in der Vergangenheit und der Gegenwart geschrieben. Dabei scheint sich aufgrund des sogenannten bipolaren politischen Modells in Bulgarien (Rechte und Linke) in der Sprache der Medien auch ein im Prinzip bipolares Sprachverwendungsmodell herausgebildet zu haben, das in der Existenz zweier sogenannter »Interjargons« besteht, d. h. daß wir es jetzt mit einem Überwiegen von Sprachregelungen der mächtigsten politischen Kräfte zu tun haben, die nicht nur auf offiziöse parteigebundene Zeitungen und Zeitschriften beschränkt, sondern in allen Medien spürbar sind.<sup>28</sup>

Eine interessante Episode, die hier nicht unerwähnt bleiben soll, da sie auf eine echte Problematik der derzeitigen Entwicklung zurückzuführen ist, steht im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Globalisierung im Allgemeinen und der durch elektronische Medien ermöglichten fast unbegrenzten internationalen Kommunikation im Besonderen. Diese Episode ist im Zusammenhang zu sehen mit der Rolle, die die schriftsprachliche Tradition und in diesem Zusammenhang das kyrillische Alphabet für das Nationalbewußtsein der Bulgaren spielt. Der österreichische Slawist und Bulgarist Otto Kronsteiner, Nachfolger des eingangs erwähnten Professors Golobov in Salzburg, der mit sprachpolitischen Ratschlägen auch bei anderen slawischen Völkern auf Widerspruch stieß,<sup>29</sup> unterbreitete bei mehreren Gelegenheiten, besonders nachdrücklich und öffentlichkeitswirksam 2000 anläßlich des »Obštonacionalen säbor« auf

---

28 Siehe z. B. Ljubima Jordanova: *Ezikät na promjanata*. Sofja 1992. Besonders S. 19ff. – Analysen verschiedener Presseerzeugnisse in den Monographien von Totka Monova: *Dumite, koito razdeljat – Političeskijat diskurs v pečata*. Sofia 2000. Besonders S. 30ff. – Antonia Zambova: *Manipulativni ezikovi strategii v pečata*. Sofia 2000. Besonders S. 151ff. – Interessante soziologische Aspekte der sprachlichen Veränderungen finden sich in Krasimir Stojanov: *Jerarchizacija na obštestvenoto prostranstvo v ezika na posttotalitarnija pečat v Bälgarija*. In: *Sociolingvistika – Sociolinguistics*. Sofia (1999)4. S. 184ff. – Marieta Cvetkova: *Za »izmerenijata« na promenite v bälgarskija ezik (kakvo, zašto i kak se promeni)*. In: *Ebenda*. S. 226ff.

29 Siehe Miloš Okuka: *Eine Sprache – viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien*. Klagenfurt, Wien, Ljubljana, Sarajevo 1998. S. 14f.



dem Ro-en-Gipfel, den Bulgaren den Vorschlag, die Graphik ihrer Sprache auf das lateinische Alphabet umzustellen bzw. nach dem Vorbild der Serben sowohl Kyrilliza als auch Latiniza zu verwenden. Dies bedeutet, daß die Latiniza nicht mehr nur eine Hilfsfunktion zur Verfassung von Texten für die Übermittlung ins Ausland, zur Wiedergabe bulgarischer Namen für Ausländer oder zur Transkription oder Transliteration von Kyrilliza zu wissenschaftlichen Zwecken zu erfüllen hätte, sondern auch im inländischen Verkehr zumindest gleichberechtigt mit der Kyrilliza zu verwenden wäre. Zur Begründung verwendete er eine – an der politischen Konjunktur im Lande orientierte – recht fragwürdige, in bestimmten Punkten wissenschaftlich kaum haltbare Argumentation. Breite Kreise der bulgarischen Öffentlichkeit reagierten mit Unverständnis und z. T. auch ziemlich scharf, indem sie den Vorschlag als Angriff auf die Identität der bulgarischen kulturellen Traditionen qualifizierten. Nur wenige Stimmen aus dem rechten Spektrum der Politik äußerten sich positiv, ließen das Thema aber bald fallen. Kronsteiner antwortete auf das negative Echo seiner Vorschläge u. a. mit Ausfällen gegen die bulgarische Bulgaristik (eine »kleine Philologie«), indem er sie als nationalistisch und in einer gefährlichen Entwicklung zum Provinzialismus befindlich beschuldigte. Die Universität in Veliko Tärnovo, die Kronsteiner 1990 zum Ehrendoktor promoviert hatte, machte ihre Entscheidung rückgängig und veröffentlichte ein ausführliches polemisches Buch zu diesem ganzen Vorfall, welches auch gute Einblicke in das Verhältnis der heutigen bulgarischen Intelligenz und ausländischer Slawisten zur kulturellen und sprachlichen Tradition und zu Kronsteiners Aktion gibt.<sup>30</sup> Dessen ungeachtet verbirgt sich hinter dieser unerfreulichen Angelegenheit aber auch ein ganz praktisches Problem. Die für die elektronischen Medien zur Verfügung gestellte Software bot für die sogenannten »kleinen Sprachen« in nur beschränktem Maße Möglichkeiten an, Texte mit anderen

---

30 Siehe »Slučajot« Oto Kronštajner i – kirilicata – bălgaristikata – malkite filologii. Săstavitelstvo i redakcija: Ivan Radev/Dimităr Kenanov/Sava Vasilev. Veliko Tärnovo 2002. – Eine Verbindung zwischen der Diskussion um die Kyrilliza und der Spaltung der orthodoxen Kirche in Bulgarien stellt die Journalistin Velislava Däreva her. In einem ausführlichen Material in der Zeitung »Novinar« (vom 27. Juli 2004) verweist sie auf die enge Bindung zwischen slawischer Orthodoxie und kyrillischer Schrift und erwähnt einen Ausspruch, den Zbigniew Brzezinski vor US-amerikanischen Spitzenpolitikern getan haben soll und sinngemäß den Gedanken beinhaltet, daß nach dem Fall des Kommunismus im Osten der einzige Feind, der dort geblieben ist, die orthodoxe Kirche sei.

Schriftsystemen außer der englischen Latiniza über das Internet zu versenden. Das machte es z. B. unmöglich, das bisher für die Transliteration des Bulgarischen verwendete lateinische Alphabet mit diakritischen Zeichen zu gebrauchen. Die Bulgaren fanden dafür bald eine befriedigende Lösung, indem sie ein Transkriptionssystem auf der Basis des englischen Alphabets entwickelten.<sup>31</sup> Und inzwischen kann man bei Vorhandensein entsprechender Programme auch kyrillische Texte im Internet empfangen und senden.

## 5.

Wir hatten bereits wichtige Aspekte der Sprachsituation in Bulgarien angesprochen, als wir das Verhältnis von Schriftsprache und Dialekten bzw. Umgangssprachen und die Entwicklung der Soziolekte zu skizzieren versuchten. Unter Beschreibung der Sprachsituation versteht man in der Soziolinguistik der Prager Schule »die koexistierenden sprachlichen Gebilde und Formen, wie sie in einer gegebenen Sprachgemeinschaft (Kommunikationsgemeinschaft) funktionieren, zu bestimmen, die wechselseitigen Beziehungen zwischen ihnen festzustellen und zu definieren [...]«. <sup>32</sup> In der bulgarischen Verfassung von 1991 lautet Artikel 3: »Die offizielle Sprache in der Republik ist die bulgarische.« Nun funktionieren ja in der Kommunikation in Bulgarien auch koexistierende sprachliche Gebilde, die nicht den Erscheinungsformen der bulgarischen Sprache zuzuordnen sind. In diesem Zusammenhang denkt der Bulgarienkennner in allererster Linie an das Türkische und die Sprache der Roma. Außerdem gibt es relativ große Bevölkerungsanteile von Armeniern und Juden. Das im gleichen Jahr wie die Verfassung angenommene Gesetz über die Volksbildung garantiert den Bürgern, deren Muttersprache nicht die bulgarische ist, außer obligatorischem Bulgarischunterricht auch einen solchen in ihrer Muttersprache und die Möglichkeit von deren Gebrauch. Aus Veröffentlichungen in pädagogischen Zeitschriften kann man entnehmen, daß an Schulen in Gebieten mit einem größeren Anteil von nationalen Minderheiten an der Bevölkerung und in größeren Städten seit

---

31 Unter anderem veröffentlicht in Bălgarska akademija na naukite: Nov pravopisen rečnik na bălgarskija ezik. Sofia 2002. S. 75f. (siehe Fußnote 22).

32 Alois Jedlička: Die Schriftsprache in der heutigen Kommunikation. Leipzig 1978. S. 41.

1991 versucht wird, dieser gesetzlichen Regelung Folge zu leisten. So wurde in der Zeitschrift »Otvoreno obrazovanie« 1998 eine soziolinguistische Untersuchung zum Thema »Die Muttersprachen in der bulgarischen Schule« veröffentlicht, die auf einer Befragung von Schülern und deren Eltern sowie von Pädagogen an Schulen im Raum von Kärđ ali, Smoljan, Sofia und Plovdiv, in denen Sprachunterricht in Türkisch, Armenisch, Iwrith und Roma gegeben wurde, zur Problematik des muttersprachlichen Unterrichts beruht.<sup>33</sup> In der Auswertung ergab sich, daß es noch viele offene Fragen gibt, wie der Forderung des Bildungsgesetzes nachgekommen werden kann und soll. Das betrifft in erster Linie die Klärung der Funktion des muttersprachlichen Unterrichts, seiner Relevanz für Kinder und Eltern, der Verantwortung zentraler Stellen und der Sicherstellung qualifizierten Lehrpersonals sowie auch der Überwindung vorhandener xenophober Vorbehalte.<sup>34</sup> Die soziale Rolle der Zweisprachigkeit bei den nationalen Minderheiten ist sicherlich ein Thema, das die bulgarische Gesellschaft als Ganzes noch über längere Zeit beschäftigen wird, zumal die weitere Entwicklung einiger dieser Bevölkerungsgruppen nicht nur ein sprachliches, sondern vor allem auch ein schwieriges soziales Problem ist. Hinzu kommt, daß an die Problematik der Minderheiten und besonders ihrer kulturellen und sprachlichen Rechte bis 1989/1990 vom Staat – hauptsächlich aus rein politischen Erwägungen – sehr widersprüchlich und zum großen Teil erfolglos herangegangen wurde, was seine Auswirkungen bis heute hat. Höhepunkt war die gewaltsame Bulgarisierung der Namen türkischer Bevölkerungsteile in den achtziger Jahren, eine Kampagne, die 1981 damit begann, daß der Türkischunterricht in Schulen für zweisprachige Bevölkerungsgruppen erst eingeschränkt und dann ganz aus dem Lehrplan herausgenommen wurde.<sup>35</sup>

---

33 Siehe Elena Sačkova: Majčinite ezici v bălgarskoto učilište. In: Otvoreno obrazovanie. Sofia (1998)5. S. 92ff. – Ebenda (1998)6. S. 101ff. – Canka Raševa/Kalina Georgieva/Galina Semerdieva: Sociolingvistični osobenosti na bilingvizma v smesnite rajoni i problemi na obučenieto po săvremeneni bălgarski kni oveni eziki pri studentite bilingvi. In: Obrazovanie. Sofia (1994)6. S. 46ff.

34 Solche Vorbehalte wurden auch in der Diskussion über inzwischen eingeführte Programme des staatlichen Fernsehens und Rundfunks in türkischer Sprache spürbar.

35 Einen Überblick über die Gesetzgebung zur Schulbildung der nationalen Minderheiten bietet Elena Sačkova: Normativi za obrazovanieto na malcinstvata v Bălgarija (minalo, nastojašte, bădešte). In: Strategija na obrazovatelnata i naučnata politika. Sofia II(1994)1. S. 61ff. – Ausführlicher zu dieser Problematik siehe – aus der Sicht

Wenn von Minderheiten die Rede ist, wird im Zusammenhang mit Bulgarien – in der Regel von außen – die Existenz einer makedonischen Minderheit zur Sprache gebracht. Natürlich ist dies ein Problem, das unter dem Gesichtspunkt der Sprache als Identifikationsmerkmal mit linguistischen Fragestellungen verbunden ist. Fast seit Anbeginn der Existenz einer autonomen Republik Makedonien im ehemaligen Jugoslawien bis heute, nachdem die selbständige Republik Makedonien aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen ist, spielen Auseinandersetzungen zwischen bulgarischen und makedonischen Sprachwissenschaftlern über Geschichte und Charakter der offiziellen Schriftsprache in der Argumentation eine wichtige Rolle – aus bulgarischer Sicht u. a. zum Beweis, daß eine makedonische Minderheit im Südwesten Bulgariens (dem sogenannten Pirin-Makedonien) nicht existiert. Seit dem Ende der siebziger Jahre wird der offiziöse Standpunkt vertreten, die makedonische Literatursprache sei eine »regionale schriftliche Form der bulgarischen Sprache«. Diesem Standpunkt liegt eine Ausarbeitung zugrunde, die 1978 in der Zeitschrift des Instituts für Bulgarische Sprache der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht wurde. Die bulgarische Sprachwissenschaft beruft sich dabei auf strukturelle Gemeinsamkeiten der bei der Kodifizierung der makedonischen Schriftsprache zugrunde gelegten Dialekte mit bulgarischen Dialekten und auf die historischen Gegebenheiten bis 1878 und auch danach, als die makedonischen Slawen sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl der bulgarischen Nation zugehörig fühlten und das Bulgarische als ihre Sprache, ihre Dialekte als bulgarische ansahen. Tatsache ist auch, daß eine ganze Reihe von Vertretern der bulgarischen Wiedergeburt aus diesen Gebieten stammte.<sup>36</sup> Die makedonische Sprach- und Kulturgeschichtsschreibung, die insbesondere seit 1944 bemüht ist, die historische Existenz einer makedonischen Nation durch eine noch in der Romantik verwurzelte Geschichtsinterpretation nachzuweisen, verwendet in ihrer Polemik gegen die bulgarische Position

---

der bulgarischen Soziolinguistik – bei Michail Videnov: *Bälgarskata ezikova politika*. Sofia 2003. S. 151ff.

36 Siehe *Edinstvoto na bälgarskija ezik v minaloto i dnes*. In: *Bälgarski ezik*. Sofia XXVII(1978). S. 3ff. – Die bulgarischen Linguisten können sich bei ihrer Argumentation u. a. auch auf Auffassungen bekannter Philologen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stützen, wie z. B. Gustav Weigand: *Ethnographie von Makedonien*. Leipzig 1924. Besonders S. 67ff. – A. M. Selištšev: *Očerki po makedonskoj dialektologii*. Tom' I. Kazan' 1918. Fototipno izdanie: Sofia 1981.

den ostbulgarischen Charakter der bulgarischen Schriftsprache als wichtiges Argument für deren Nichteignung als Schriftsprache in Makedonien.<sup>37</sup> Die 1944 kodifizierte Norm der makedonischen Literatursprache basiert auf den sprachlichen (dialektalen) Gegebenheiten im westlichen Teil der heutigen Republik Makedonien. Wir haben es hier mit einem Ausdruck der Konfliktsituation zu tun, die sich auf der Balkanhalbinsel im Gefolge des russisch-türkischen Kriegs 1877/1878, als die »vollzogene Verdrängung der Türkei vom Balkan sowie die damit fixierte Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros, Rumäniens und Großbulgariens [...] durch den Berliner Kongreß der Großmächte zugunsten der Türkei abgemildert (Rückgabe Mazedoniens, Thrakiens) und zuungunsten Bulgariens (Dreiteilung in Nordbulgarien, Ostrumelien, Mazedonien) sowie Serbiens [...] revidiert« wurde, einer Konfliktsituation, die sich auch nach den Balkankriegen, den Versailler Vorortverträgen, nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Verträgen von Teheran, Jalta und Potsdam, auch mit Beschlüssen der Kommunistischen Internationale in ihrem Wesen nicht änderte. Die makedonische Bevölkerung war zum Spielball der Interessen der Anrainerstaaten geworden.<sup>38</sup> Insofern kann man die Frage des Verhältnisses zwischen der bulgarischen Sprache und ihrer »regionalen schriftsprachlichen Norm« in Makedonien nicht mit linguistischen Argumenten klären. Ihre derzeitige parallele Existenz ist in erster Linie ein Ergebnis außerlinguistischer (politischer) Faktoren. In der heutigen bulgarischen soziolinguistischen Forschung hat sich eine realistischere, pragmatisch geprägte Interpretation des Status der makedonischen Schriftsprache und ihrer Beziehung zur bulgarischen herausgebildet, die von den historischen und heutigen soziolinguistischen Gegebenheiten ausgeht.<sup>39</sup> Bis 1999 weigerte sich die bulgarische Seite offiziell und konsequent, das Makedonische als Fremdsprache zu akzeptieren, was dazu

---

37 Siehe Blaž Koneski: *Od istorijata na jazikot na slovenskata pismenost vo Makedonija*. Skopje 1981. S. 88f. – Ivanx Katardžiev: *Borba za razvoj i afirmacija na makedonskata nacija*. Skopje 1981. S. 101f.

38 Siehe Ernstgert Kalbe: *Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien (Thesen)*. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel. Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II)*. Leipzig (1996)3. S. 47. – Cornelia Domaschke/Birgit Schlievenz: *Zur Genesis nationaler Konflikte in Osteuropa. Die Problematik Kosovos und Mazedoniens*. In: Erhard Crome/Jochen Franzke (Hrsg): *Nation und Nationalismus*. Berlin 1993. S. 105ff.

39 Siehe Michail Videnov: *Bälgarskata ezikova politika*. Sofia 2003. S. 139ff.

führte, daß auch keine makedonischen Übersetzungen von Dokumenten anerkannt wurden, was – wie man sich leicht vorstellen kann – die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verkomplizierte, da keine gemeinsamen Dokumente in den beiden Schriftsprachen unterzeichnet werden konnten. Jetzt existiert eine »Gemeinsame Erklärung« zwischen beiden Staaten (unterzeichnet am 22. Februar 1999), die die Existenz bilateraler Dokumente in beiden offiziellen Sprachen ermöglicht.<sup>40</sup> Das kommt jedoch offensichtlich nicht einer Anerkennung des Makedonischen als selbständige Sprache durch Bulgarien gleich, denn ein (diese »Gemeinsame Erklärung« gewissermaßen vorbereitendes) offizielles Dokument,<sup>41</sup> das vom Institut für Bulgarische Sprache in Heft 1 des Jahrgangs 1997/1998 der Zeitschrift »Balgarski ezik« als redaktionelle Veröffentlichung herausgebracht wurde, enthält folgende Formulierungen: »1. In historischer, dialektaler und struktureller Beziehung existiert keine sich von der bulgarischen Sprache unterscheidende ›makedonische Sprache‹. 2. Die ›makedonische Literatursprache‹, die als offizielle Sprache in der Republik Makedonien aufoktroiyert<sup>42</sup> wurde, ist eine schriftliche Form der bulgarischen Sprache.«<sup>43</sup>

Was die Veränderung sprachlicher Normen sowie die Entwicklung der Sprachsituation im Lande betrifft, so gibt es zweifellos noch weitere interessante Themen, die jedoch speziellerer Natur sind und deren Behandlung den Rahmen eines allgemeinen Überblicks sprengen würden.

---

40 Die Formulierung über die Abfassung von gemeinsamen Dokumenten lautet in der bulgarischen Version: »na oficialnite ezici na dvete dār avi – na balgarski ezik, sāglasno balgarskata konstitucija – i na makedonski, sāglasno konstitucijata na Republika Makedonija.« (aus dem Internet).

41 Dem Vorwort zum neuen orthographischen Wörterbuch von 2002 (siehe Fußnote 22) ist zu entnehmen, daß das Institut für Bulgarische Sprache der Akademie der Wissenschaften nach wie vor von der bulgarischen Regierung mit besonderen Vollmachten hinsichtlich dessen, was die Sprache des Landes angeht, ausgestattet ist.

42 Übersetzung von H. W. – Im Original heißt es: »V istoričesko, dialektno i strukturno otnošenje ›makedonski ezik‹, različn ot balgarskija, ne sāstestvuva. 2. ›Makedonskijat literaturnen ezik‹, nalo en kato oficialen ezik v Republika Makedonija, e kni: ovna forma na balgarskija ezik.«

43 Stanovište na Institutata za balgarski ezik pri BAN za t. nar. makedonski ezik. In: Balgarski ezik. Sofia XLVII(1997/1998). Kn. 1. S. 1ff. – Als Indiz für die praktische Handhabung dieser Position kann z. B. die von bulgarischen Medien in der Berichterstattung über den offiziellen Besuch des bulgarischen Präsidenten in Makedonien im Juni 2004 erwähnte Tatsache gewertet werden, daß sich die makedonische Delegation bei den Verhandlungen die bulgarischen Texte übersetzen ließ, die bulgarische Seite jedoch eine Übersetzung ablehnte.

Ich denke dabei z. B. an bestimmte Tendenzen in der Wortbildung, der Namensgebung, der Sprachkultur in Politik, Kunst und Literatur oder auch an die Auswirkungen der sozialen Veränderungen auf das Verhältnis verschiedener Gesellschaftsschichten zur Schriftsprache, an die Rolle der Fremdsprachen und deren Vermittlung im Bildungswesen u. v. a. m. Sie müßten Gegenstand neuer Forschungen bzw. Veröffentlichungen sein.

## **Kritik und Information**





SONJA STRIEGNITZ

**Rezension zu Pervaja revoljucija v Rossii:  
Vzgljad čerez stoletie. Otvetstvennye redaktory:  
A. P. Korelin, S. V. Tjutjukin. Moskau:  
Izdatel'stvo »Pamjatniki istoričeskoj mysli« 2005. 602 S.**

In den geradezu bescheidenen Wortmeldungen russischer Historiker zum 100. Jahrestag der ersten Revolution in Rußland von 1905 bis 1907 nimmt sich der von Spezialisten des Instituts für rußländische Geschichte der Akademie der Wissenschaften Rußlands vorgelegte Band »Die erste Revolution in Rußland: Die Sicht nach einem Jahrhundert« wie ein Leuchtturm aus. Seine Herausgabe wurde mit finanzieller Unterstützung der Gesellschaftswissenschaftlichen Stiftung Rußlands ermöglicht, die heutzutage – man kann es mindestens an entsprechenden Vermerken in neueren Buchpublikationen ablesen – nicht selten geschichtswissenschaftlichen Werken den schwierigen Weg zum interessierten Leser ermöglicht. Zum Autorenkollektiv gehören I. A. Christoforow, N. G. Koroljowa, A. P. Korelin, I. M. Puschkarjowa, S. W. Tjutjukin, ausgewiesene Kenner der Revolutionsgeschichte, ihrer Quellengrundlage, der Geschichte der Semstwobewegung bzw. anderer Aspekte der Geschichte Rußlands bis 1917, die sich auch heute der materialistischen Geschichtsauffassung verpflichtet fühlen. Einige Unterabschnitte haben zudem Ju. A. Petrow und M. A. Wolkonski verfaßt. Die Verfasser gliedern das Revolutionsgeschehen in neun Kapitel: die Quellen des rußländischen Revolutionsdramas, das Anwachsen der gesamt nationalen Krise am Vorabend des revolutionären Sturms, der »Blutsonntag« – Beginn der Revolution, die Macht und die Gesellschaft in der Periode des Aufschwungs der Revolution, der erste Sieg der Revolution (das durch den gesamt russischen politischen Streik erzwungene Oktobermanifest des Zaren), an der Schwelle zum Bürgerkrieg (die Entwicklung nach den sogenannten Oktoberfreiheiten), von der Selbstherrschaft zur Duma-monarchie, das Finale der Revolution, die Ergebnisse der Revolution, ihr Platz im Erneuerungsprozeß Rußlands.

Das traditionelle »marxistisch-leninistische« Konzept und die Forschungsergebnisse der Sowjethistoriographie sowie postsowjetische Interpretationen der Revolution, mit denen einige Forscher historische Vorgänge von 1905/07 für heutige politische Ambitionen zurechtstutzen, sind stets im kritisch-analytischen Blick der Verfasser; die Auseinandersetzung damit wird impliziert, sachlich, niemals vordergründig geführt. Die Überprüfung und Korrektur eigener Auffassungen über die erste Revolution, das Freimachen von Dogmen und Zwängen der Sowjethistoriographie, eine umfassende, kritische Nutzung jener Forschungsergebnisse, die namentlich zur Parteiengeschichte, Bauernbewegung, über Politiker und Parteiführer der Jahre 1905/07, über den russischen Liberalismus, über den Reformen P. A. Stolypin u. a. in den letzten zwanzig Jahren erschienen sind, sowie die gründliche neuerliche Befragung der schriftlichen Hinterlassenschaft von Akteuren und Zeitzeugen ermöglichten den Verfassern ihre in vielem unkonventionelle, neuartige Sicht und Wertung der Ereignisse. Sie haben in ihrer Darstellung der Revolution ihre Komplexität und zugleich die Konkretheit ihrer Erscheinungen, die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit von Prozessen zurückgegeben, befreiten sie von ideologisch befrachteter »Gesetzmäßigkeit« und Vorherbestimmtheit.

So werden, um nur ein Beispiel zu nennen, Entstehung und Tätigkeit des Petersburger Sowjets, der bis zu seiner Liquidierung durch die zaristischen Behörden auf dem Höhepunkt der Revolution (Ende 1905) über einen Monat lang »alternative Macht« in der Hauptstadt war und von den Arbeitern respektvoll als »Organ der Volksmacht« behandelt wurde, umfassend dargestellt. Zusammenarbeit und Meinungsverschiedenheiten seiner menschewistischen, bolschewistischen und sozialrevolutionären Deputierten werden dabei ebenso behandelt wie die Rolle Leo Trotzki's. Der Leser erfährt, daß die russische Staatsbank in Schwierigkeiten mit ihren Goldfonds geriet, weil die hauptstädtischen Werkstätigen das Finanzmanifest des Sowjets, das zur Abforderung ihrer Spareinlagen in Goldwährung aufrief, befolgten. Auch bislang kaum beachtete Tatsachen über die beim Sowjet bestehende spezielle Abteilung für die hauptstädtischen Arbeitslosen und ihre Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen können nachgelesen werden. Der Sowjet hatte faktisch Initialfunktion beim Entstehen der Arbeitslosenbewegung Rußlands in dieser Zeit.

Handelnde Personen aus allen Klassen und Schichten, Parteien und Gruppierungen, die bereits Erfahrungen in öffentlicher Tätigkeit besaßen, Staatsdiener waren oder in der Revolutionszeit ihre ersten Schritte

auf der politischen Bühne taten – und zwar aus beiden Lagern, dem der revolutionären und oppositionellen Kräfte wie dem der Selbstherrschaft – haben die Verfasser gleichsam zum Leben wiedererweckt, ihre Individualität und klassenorientierte, parteipolitische und persönlich ambitionierte Beweggründe ihres Handelns auszuleuchten gesucht, sie aus einseitiger und voreingenommener (und klassenegoistischer!) Betrachtung oder absoluter Eliminierung herausgeholt. So u. a. Trotzki, damals fraktionsloser Sozialdemokrat und einer der Vizevorsitzenden des Petersburger Sowjets, S. A. Muromzew, Liberaler, Professor der Moskauer Universität und Präsident der I. Staatsduma, S. Ju. Witte, unwandelbarer Verteidiger der Selbstherrschaft mit kritisch-realistischem Verstand wie nur wenige aus der Umgebung Nikolaus' II., einst Finanzminister, im Oktober 1905 heftigster Befürworter und Initiator von Zugeständnissen des Zaren (das Oktobermanifest!) und danach kurzzeitig Ministerpräsident, die Führungsriege der Bauern- oder Trudowiki-Gruppe A. F. Aladin, S. W. Anikin, F. M. Onipko, I. W. Shilkin, leidenschaftliche Verfechter der aufrührerischen bäuerlichen Agrarforderungen in der Ersten und Zweiten Duma 1906. Das Namenregister mit rund einem Dutzend Seiten belegt, wie gründlich und sorgfältig die Verfasser die Revolution »personifizierte«. Auf dieser Grundlage entstand ein wahrlich riesiges »Panorama unterschiedlichster, oftmals dramatischer Ereignisse der Ersten Russischen Revolution und eine schier endlose Kette ihrer handelnden Personen« (Tjutjukin), Ausgangspunkt für begründete Schlußfolgerungen.

Auf die unter Revolutionshistorikern viel diskutierte Frage nach der bolschewistischen Partei in der Revolution (die ja nicht nur in ihrem Kontext bedeutsam ist) gehen die Verfasser in vielen Zusammenhängen ein. Das Bemerkenswerte an ihrer Antwort, die sie aus den objektiven Vorgängen herausfiltern, besteht darin, daß Platz und Rolle der Partei nicht losgelöst von oder herausgehoben aus der in der Revolution entstandenen Parteiung der Gesellschaft zu bestimmen ist (die sie übrigens als eines ihrer wichtigsten politischen Ergebnisse betrachten; die Verfasser gliedern die Parteien in drei Gruppen: konservative, liberale, sozialistische). Damit waren, nicht zuletzt durch die endlich errungene politische Freiheit, auch von der Sozialdemokratie vollkommen neue Aufgaben zu lösen, was nicht unkompliziert verlief. Antworten hatten weder ihre theoretischen Grundsätze noch die programmatischen Festlegungen parat, viele wurden verspätet gefunden, manche waren unzutreffend. Ungewohnte, am historischen Material festgemachte Überlegungen hin-

sichtlich der Gründe für die besondere Radikalität bolschewistischer Ziele und bolschewistischen Handelns (z. B. im Dezemberaufstand) im Gegensatz zu menschowistischer Vorsicht und Zögerlichkeit werden unterbreitet. Der Herstellung der Einheit beider Flügel der Sozialdemokratie auf dem IV. Parteitag 1906 wird trotz ihrer Unvollkommenheit und Brüchigkeit ein viel höherer Stellenwert beigemessen als dies bisher der Fall war. Erstmals wird, und zwar durchgehend, die erstaunliche Ähnlichkeit von bolschewistischen und sozialrevolutionären Handlungsgrundsätzen herausgearbeitet, die sich nicht nur auf taktische Fragen des bewaffneten Kampfes erstreckten. Zuweilen (wie anlässlich der Auseinanderjagung der I. Duma) haben Sozialrevolutionäre rascher und weiterreichende revolutionäre Aktivitäten entfaltet als die Sozialdemokraten. Zusammenfassend stellen die Verfasser fest, daß sich die SDAPR (und nicht die bolschewistische Partei allein!) trotz der Niederlage der Revolution »als eine der einflußreichsten politischen Kräfte des damaligen Rußlands empfahl, ohne die die Revolution sicherlich etwas andere Konturen angenommen und die Errungenschaften des Volkes bedeutend bescheidener ausgesehen hätten«. (S. 539)

Zentrales Anliegen des Bandes ist die Frage, was die Revolution in der Geschichte Rußlands im 20. Jahrhundert bewirkte, welche dauerhaften Wandlungen das Land in ihrem Ergebnis durchmachte. Die Verflechtung zweier Prozesse – des revolutionären Ansturms der Massen und reformerischer Schritte der Herrschenden (deren Anfänge in das 19. Jahrhundert zurückreichen) – hat die Entwicklung in Richtung einer konstitutionellen, parlamentarischen Monarchie beträchtlich beschleunigt, auch in Rußland einen Schritt zu einer Zivilgesellschaft ermöglicht. Die veränderte Monarchie trug indes spezifisch russische Züge – sie war eine »Dumamonarchie«. Das Oktobermanifest Nikolaus' II. mit dem Zugeständnis der gesetzgebenden Institution Duma und politischer Freiheiten war die äußerste Grenze, die zu überschreiten der Monarch und seine Getreuen nicht bereit waren. Das Manifest und die nachfolgende Neufassung der Grundgesetze des Russischen Reiches (April 1906, vor Zusammentreten der I. Duma!) gaben den Rahmen ab für die eingeschränkte Monarchie. Eine konstitutionelle Monarchie westlichen Typus' war das nicht. Es handelte sich vielmehr – so die Auffassung der Verfasser – um ein dualistisches Konstrukt, bei dem die gesetzgebende Gewalt nach außen hin zwar konstitutionelle Formen angenommen hatte, die Exekutivgewalt jedoch auf dem Niveau des autoritären administrativen Systems verblieb. Die Duma konnte nicht die Ernennung oder Ablösung

von Ministern beeinflussen, ihr Recht auf Befragung der Minister trug formalen Charakter, sie hatte nur beschränkte Budgetrechte. Dahingegen waren die Rechte des Zaren in Innen-, Außen- und Militärpolitik weiterhin enorm. Kein von der Duma (oder der »zweiten Kammer«, dem etwas erneuerten Staatsrat) angenommenes Gesetz trat ohne Unterschrift des Zaren in Kraft. Zudem hatte die Regierung die Möglichkeit, laut Paragraph 87 der »Grundgesetze« Entscheidungen unter Umgehung der Duma in Kraft zu setzen und ihre Zustimmung erst im nachhinein zu erwirken (so geschehen mit der Stolypinschen Agrarreform in der »dumafreien« Zeit 1906, d. h. zwischen Auflösung der I. und Einberufung der II. Duma).

Die Revolution von 1905 bis 1907 blieb unvollendet bzw. sie wurde zugunsten der alten Macht beendet. Dennoch hatte der Kampf der Massen, die Aktivitäten der revolutionären Parteien und der oppositionellen liberalen Kräfte (alles ausführlich dargestellt und differenziert bewertet) Früchte getragen: Ein ganzes »Paket« von Veränderungen war das Ergebnis, nur vergleichbar mit den Umgestaltungen, die Rußland im Zuge der bürgerlichen Reformen Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte: Im Lande herrschte ein verändertes politisches Klima, das in vielem von dem entstandenen, aber bei weitem nicht stabilen Parteiensystem bestimmt wurde; die materielle und rechtliche Lage der Volksmassen hatte sich in bestimmten Grenzen positiv verändert. Nicht zuletzt die Manövrierfähigkeit und Demagogie der Herrschenden hatten indes radikale Lösungen der Agrarfrage, der Probleme der Arbeiterklasse, der Belange der nicht-russischen Völker verhindert, der Schritt zur konstitutionellen Monarchie geriet zu kurz.

Die revolutionäre Krise hätte »Beginn einer neuen, demokratischen Etappe in der Geschichte des Landes sein können, und wenn dies nicht geschah, so sind daran vor allem die Kurzsichtigkeit und Selbstzufriedenheit der Macht und der wahrlich fatale Lauf der nachfolgenden internationalen Ereignisse schuld«. (S. 583)

Mit ihrem geradezu farbenprächtigen, aber nichtsdestoweniger ausgewogenen, der Objektivität verpflichteten Gemälde über die Revolution 1905/07 geben die Akademiehistoriker Rußlands zweifellos viele Denkanstöße für die weiterführende Beschäftigung mit diesem bedeutsamen historischen Vorgang. Gleichzeitig dürfte dieser Publikation (trotz einiger struktureller Ungereimtheiten wie etwa die Plazierung einer »Kurzgeschichte« des russischen Unternehmertums im Kapitel über die Ergebnisse der Revolution und trotz des zu bedauernden Fehlens einer

Bibliographie) der Rang eines Standardwerkes in der marxistischen Revolutionsgeschichtsschreibung zukommen. Eine gelungene Verteidigung dieser im heutigen Rußland weitgehend an den Rand gedrängten Forschungsrichtung, noch zumal anlässlich des 100. Jahrestages dieser Revolution.

CLAUS REMER

## **Die Sowjetunion 1925 aus der Sicht des Thüringer Demokraten Professor Dr. Hermann Anders Krüger<sup>1</sup>**

Zunächst nur wenige Angaben zur Biographie von Prof. Krüger:

- Er wurde 1891 in Dorpat (heute Tartu) in Estland als drittes Kind einer Pastorenfamilie der Herrnhuter Brüdergemeinde geboren.
- 1896 zog die Familie nach Neudietendorf in Thüringen.
- Nach dem Studium und mehreren Auslandsreisen, z. B. drei Monate 1908 in den USA, während seines Berufs als Lehrer und als habilitierter Professor seit 1909 in Hannover schrieb er mehrere Erzählungen: 1904 seinen bekanntesten Roman »Gottfried Kämpfer«, der eine Auflage von fast 100.000 Exemplaren erreichte und in mehrere Sprachen übersetzt wurde, das Drama »Der Kronprinz«, das in mindestens fünf deutschen Städten aufgeführt wurde, das Drama »Der Graf von Gleichen« und andere Stücke, die Aspekte der thüringischen Geschichte, eigene Erlebnisse sowie Schicksale einfacher Leute (z. B. in: »Das verjagte Volk«) widerspiegeln.
- Als Hauptmann erlebte er das Kriegsende 1918.
- Vor dem 1. Weltkrieg war Krüger Mitglied der Nationalliberalen Partei, von 1919 bis 1929 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, zog sich aber danach, wie er formulierte, »von jeder Politik zurück«.
- Als Direktor der Landesbibliothek in Gotha (1921 bis 1925), Mitbegründer des Landes Thüringen, als Staatsminister der ersten Thüringer Landesregierung und Mitglied der Landesversammlung für den Staat Gotha, dann des Thüringer Landtages in Weimar beteiligte er sich aktiv an politischen Auseinandersetzungen mit Vertretern völkischer Parteien, mit solchen Nazis, wie Dr. Dinter, trat entschieden gegen den Antisemitismus auf und verurteilte auch alle linkssektiererischen Positionen.

---

1 Zuerst erschienen in Blick nach dem Osten. Studien zur russischen Kultur, Politik und Geschichte. Schriftenreihe »Europäisches Denken«. Jena (2005)5. S. 87ff.



- 1928 wurde Krüger Direktor der Thüringischen Landesbibliothek in Altenburg, aber dort 1934 von den Nazis entlassen.
- Professor Krüger verstarb im Dezember 1945 in Thüringen.

Mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik der UdSSR und ihren aufgelockerten Beziehungen zum Ausland fuhren vor allem in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren aus Mittel- und Westeuropa relativ viele Einzelreisende, national oder international zusammengesetzte Besuchergruppen, vor allem europäische Arbeiter-, Frauen-, Gewerkschafts-, Lehrer- und Sportlerdelegationen, in die Sowjetunion, um dort die großen Veränderungen kennenzulernen und darüber in den Heimatländern zu berichten. Dieser Vorgang spielte für das damalige Kennenlernen und Verstehen der völlig anders verlaufenden gesellschaftlichen Vorgänge in Sowjetrußland eine wichtige Rolle.

Zu den relativ vielen Einzelreisenden, die ihre Erlebnisse und Kenntnisse auch schriftlich hinterließen, gehörte zum Beispiel Mitte der zwanziger Jahre auch der Maler Heinrich Vogler, der 1925<sup>2</sup> seine erste und 1926 bis 1927 seine zweite Sowjetunionreise unternahm, 1929 aus der KPD ausgeschlossen wurde, aber 1931 in die UdSSR übersiedelte. In der Druckfassung meiner Dissertation von 1963 über die Arbeiterdelegationen, die Mitte der zwanziger Jahre in die UdSSR fuhren,<sup>3</sup> habe ich auch angeführt, daß der Neudietendorfer Schriftsteller und Landtagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Professor Hermann Anders Krüger, Teilnehmer an einer der beiden internationalen Lehrer- oder sogenannten Bildungsarbeiterdelegationen dieser Jahre war. Träger der Reise war die Internationale der Bildungsarbeiter mit Sitz in Paris. Krüger war wegen seiner bekannten demokratisch-republikanischen Grundeinstellung und auch wegen seiner Position gegen die Rückgabe der Fürstenvermögen als Direktor der Staatsbibliothek Gotha aus dem thüringischen Staatsdienst »enthoben« worden und sah sich, wie viele andere Teilnehmer an solchen Besuchsreisen auch, davor und danach verschiedenen politischen Angriffen und Repressalien von »rech-

---

2 Siehe Heinrich Vogeler-Worpswede: Reise durch Russland. Die Geburt des neuen Menschen. Dresden 1925 (mit 32 Zeichnungen des Verfassers in Offsetdruck).

3 Claus Remer: Deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Berlin 1963. S. 218. – Siehe ausführlicher über die zwei Lehrerdelegationen in der gleichnamigen Dissertation A (Leipzig 1960) auf S. 304ff.

ten« Kräften ausgesetzt, war aber zugleich für einige Kommunisten auch nicht sowjetfreundlich genug.

Es ist mir vor allem dank der Angehörigen von Professor Krüger und der Vermittlung von Dr. Benneckenstein, Neudietendorf, möglich, einige aussagekräftige Passagen aus einem mehrere hundert Schreibmaschinenseiten umfangreichen Manuskript von Professor Krüger anzuführen, das den (vielleicht Arbeits-)Titel »Mannesrechenschaft« trägt, vor allem in den Jahren der Weimarer Republik verfaßt wurde, aber unveröffentlicht blieb. Es befindet sich im privaten Nachlaß dieses bemerkenswerten Thüringer Demokraten, aus dem eine Reihe interessanter Einschätzungen über die Sowjetunion von Mitte der zwanziger Jahre hier angeführt werden sollen. Die Darlegungen über seine Beobachtungen, über seine positiven wie kritischen Bewertungen Sowjetrußlands, umfassen in seinen Aufzeichnungen nahezu 100 Schreibmaschinenseiten, einschließlich einer Reihe gut lesbarer, handschriftlicher Ergänzungen, Präzisierungen und Korrekturen, die später eingetragen wurden.<sup>4</sup>

Krüger erwähnte zunächst, sein Vorgesetzter im thüringischen Kultusministerium habe ihm schon im Juli 1925 mitgeteilt, daß man nach der Rückgabe herzoglicher Besitzungen – darunter der Thüringer Landesbibliothek Gotha – an die herzogliche Familie und Verwaltung »mehrere republikanische Beamte [...] nicht mit übernehmen wolle, darunter auch mich«. In der nun gewonnenen Zeit traf er »dann die letzten Vorbereitungen zu meiner *Rußlandreise*, mit der es sein besonderes Bewandnis hatte, [...] da gehässige politische Gegner auch hierbei allerlei Unwahrheiten verbreitet haben« (S. 582). Zum 1. August erfolgte offiziell Krügers Beurlaubung als Direktor der Gothaer Bibliothek durch die Thüringer Landesregierung. Die »Vossische Zeitung« schrieb drei Tage später darüber: »Zu den ersten Maßnahmen des ehemaligen Herzogs gehörte in diesen Tagen die Entfernung des bekannten und geschätzten Schriftstellers und demokratischen Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Hermann Anders Krüger [...] Die Maßregelung des in Thüringen über die Grenzen seiner Partei hinaus hochgeachteten Mannes erregt in Thüringen großes Aufsehen.«<sup>5</sup>

---

4 Als ein Beispiel sei angeführt, dass auf S. 583 der handschriftliche Eintrag eines Buchtitels aus dem Jahre 1942 eingefügt wurde (siehe K. I. Albrecht: *Der verrätene Sozialismus*. Berlin 1942). Die nachfolgenden Zitate und Seitenangaben im Text beziehen sich immer auf dieses maschinenschriftliche Manuskript.

5 »Vossische Zeitung«. Berlin vom 4. August 1925.

Schon vor seinem Reiseberichtsteil legte er in seinen Aufzeichnungen kritische Gedanken hinsichtlich allzu sowjetfreundlicher Publikationen über die UdSSR, über die Tschecha, seit 1922 GPU, und andere innenpolitische Probleme dar, die Mitte der zwanziger Jahre erschienen waren, so daß sich schon hier seine kritische Distanz zur UdSSR, aber auch seine Anerkennung der sowjetischen Aufbauleistungen nach Weltkrieg, Bürgerkrieg und ausländischer militärischer Intervention zeigt, eine Position, wie sie sich in seinen Darlegungen insgesamt widerspiegelt.

Am 8. August fuhr Krüger als Mitglied der internationalen Lehrerdelegation (die 38 Teilnehmer kamen aus Frankreich, Belgien und Deutschland) mit dem Dampfer von Stettin nach Kronstadt. Krüger kam nach knapp zwei Monaten einer beeindruckenden Studienreise durch große Teile der europäischen UdSSR in Neudietendorf wieder an. Zu den deutschen Teilnehmern gehörten unter anderen die Sozialdemokraten Dr. Karsen (Berlin), der Postinspektor Wilhelm Schröder (Stettin) und auch der kommunistische Landtagsabgeordnete Albin Tenner aus Gotha, mit dem er teilweise heftige Auseinandersetzungen im Thüringer Landtag hatte. Aber beide waren vor der Reise übereingekommen, eine Art Waffenstillstand einzuhalten, was sich auch in seinen Aufzeichnungen so widerspiegelt. Auf diesem Dampfer, auf dem sich u. a. Tausende Eisenpflüge für die deutschen Wolgabauern befanden, erfuhr Krüger u. a. von einer Urenkelin des großen deutschen Philosophen J. G. Fichte, daß ein beachtlicher Teil des Fichte-Nachlasses vom Moskauer Marx-Engels-Forschungsinstitut erworben worden sei. Krüger führte schon auf dem Schiff zahlreiche Gespräche mit russischen Technikern, Chemikern und anderen Gelehrten, die nach Rußland zurückkehrten. Sie berichteten »viel Anerkennendes über das neu errichtete Volkskommissariat für Gesundheitswesen und seine hygienische und soziale Fürsorgearbeit [...], besonders in den Fabriken und Kinderheimen. Ferner machten sie allerlei Rühmens von der energischen Bekämpfung des Analphabetismus auf dem Lande [...], bei den bisher vernachlässigten nationalen Minderheiten der Steppe« (S. 585f.). Ihm wurde auch berichtet, daß neben diesen sogenannten Spezis für die fachliche Arbeit aber »stets noch ein ›roter Direktor‹ [stehe], der als Vertrauensmann der Kommunistenpartei die soziale und wirtschaftspolitische Leitung, die parteiamtliche Kontrolle und die Oberaufsicht [...] hatte« (S. 586f.).

Während seines Aufenthalts war Professor Krüger immer wieder beeindruckt von den Bemühungen des Sowjetstaates um Gesundheit und Bildung der Arbeiter und Bauern, insbesondere deren Kinder, sowie um

die Förderung der nationalen Minderheiten. Davon überzeugte er sich auch in der Wolgarepublik der Deutschen, die er nach Abschluß des offiziellen Delegationsprogramms und auf Einladung des jungen Präsidenten dieser Republik, Wilhelm Kurz, besuchen konnte.

Insgesamt betrage das Analphabetentum zu dieser Zeit in Sowjetrußland noch 65 Prozent, in den weiter abgelegenen Gebieten sogar 90 Prozent.

Natürlich war die Reise- und Besichtigungsrouten der Lehrer aus Frankreich, Belgien und Deutschland sowie für andere Besuchs- und Delegationsreisen so festgelegt worden, daß sie insbesondere die positiven Seiten der jungen Sowjetunion kennen lernen sollten, was nachvollziehbar ist. Krüger stellte das von Anfang an in Rechnung, versuchte aber zum Teil auch erfolgreich, unangemeldete Besichtigungen und Gespräche mit ihm interessierenden Personen gegenüber den sowjetischen Reiseleitern durchzusetzen. Die Eindrücke, die er dabei gewann, untermauerten z. T. die positiven Erfahrungen der offiziellen Veranstaltungen, teilweise relativierten sie aber diese auch, stellten sie jedoch – so Krüger – nicht prinzipiell in Frage. Zum Beispiel seien zwar die Erfolgsdiagramme über die Ergebnisse der Alphabetisierung wohl geschönt, aber der Enthusiasmus der Beteiligten überwiegend ungebremst. Er lernte einfache Dorfschullehrer kennen, die mit ihrer Tätigkeit »jedem Herrnhuter Missionar Ehre gemacht haben würden«, aber auch solche Persönlichkeiten, wie Anatoli Lunatscharski, den Volkskommissar für Bildungs- und Unterrichtswesen, die Witwe Lenins, die Krupskaja und andere. Leo Trotzki konnte (oder durfte?) den mehrfach versprochenen Vortrag über wirtschaftliche und handelspolitische Fragen vor den Delegierten nicht halten (S. 597). Aber Nadeshda Krupskaja nahm wiederholt an Aussprachen mit Delegierten im Volksbildungskommissariat teil und Krüger wirkte mit ihr sogar ein langes Gespräch »unter vier Augen«. Von ihrem äußeren Eindruck her, »in ihrer fast ärmlichen Kleidung«, machte sie auf ihn »etwa den Eindruck einer herrnhutischen Witwenvorsteherin, ein bißchen ins Russisch-Bäuerliche übersetzt« (S. 624). Über das Gespräch hob er hervor, »wie geistig selbständig und beweglich die Lebens- und Leidensgefährtin Lenins noch immer war«. Sie unterrichtete ihn u. a. über »die Museen, die jetzt in ihrem Materialreichtum fast ersticken, über das noch immer ungelöste Problem der verwaorsten Kinder«, über das schwierige Verhältnis zwischen den etwa fünf bis sechs Millionen Großstadtarbeitern und den rund 130 Millionen Bauern »sowie über die Kulaken und ihre wahrscheinliche Verbannung nach Sibirien, die

[nach der Meinung von Nadeshda Krupskaja – C. R.] für Rußlands Landwirtschaft verhängnisvoll werden könne«. Diese »charaktervolle Frau [...], diese Intellektuelle« ist, wie Krüger später handschriftlich in seiner Darstellung ergänzte, »dem Schicksal, von Stalin kaltgestellt, ja verhaftet zu werden, nicht entgangen« (S. 625).

Wie auch den zahlreich vorhandenen Fotografien zu entnehmen ist, besuchte diese Delegation wiederholt Kinderheime, Schulen und Förder- einrichtungen für die Ausbildung und Erziehung von Arbeiter- und Bau- ernkindern sowie solche Heime, in denen die verwahrlosten Jugendlichen zu selbständig denkenden und handelnden Menschen erzogen werden sollten. Krüger, dessen Interessen als Lehrer diesen Bereichen galten, erkannte die Bemühungen der Sowjetmacht zweifellos an, sah aber zu- gleich, daß es nach den vielen Jahren des Zarismus, des Krieges und Bürgerkrieges noch großer Anstrengungen und Mittel bedurfte, um die wirklich schönen Beispiele zum Allgemeingut werden zu lassen.

Der deutsche Botschafter in der Sowjetunion, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, »dieser fähige Diplomat von fast bismarckschem Zuschnitt«, von dem er insgesamt eine sehr hohe Meinung gewann, war für ihn »nicht nur ein äußerst liebenswürdiger Wirt, sondern auch ein glänzender, freilich gern ironisch-sarkastischer Unterhalter und witziger Debatter«. Krüger sah in ihm ganz offensichtlich einen Gleichgesinnten im Hinblick auf eine kritische, aber auch positive Entwicklungen durch- aus anerkennende Einschätzung der Sowjetunion, der »sich von mir ge- naue Berichte über meine Eindrücke in Rußland wie in Thüringen erbat«. Krüger gab Brockdorff mit folgenden Worten wieder: »Trotzkis und Si- nowjews bevorstehende Kaltstellung erkannte er bereits ebenso klar wie Stalins überlegene Regierungskunst, der seit langem fast in allen wichti- gen Körperschaften des weiten Reiches ihm unbedingt ergebene, wenn auch geistig oft unbedeutende Anhänger hineinzuschieben verstanden hatte. An die Beständigkeit des Regimes, zumal unter der harten Faust des Georgiers Stalin, glaubte Brockdorff-Rantzau durchaus und betonte, daß für die ja meist noch sehr primitiven Verhältnisse und Völker der Sowjetunion eine mehr oder weniger verhüllte Diktatur bis auf weiteres gar nicht zu entbehren wäre« (S. 618f.), denn die Völker Rußlands müß- ten erst langsam für die Demokratie reifen. Später – nach November 1927 – schätzte Krüger in seinem Manuskript die politischen Verhältnisse in der UdSSR noch kritischer ein, denn »ein dauerndes politisches Kriegsgericht« Stalins schwebte nicht nur über der Bourgeoisie, sondern »leider ebenso über der Bauernschaft, ja über dem gesamten Volk und

sogar über der Partei. Mit der bösen Bourgeoisie eng verknüpft sind die schon darum verdächtigen Intellektuellen, zu denen alle Bildungsarbeiter zählen« (S. 651).

In seinen Aufzeichnungen gab Krüger auch recht interessante Charakterisierungen über andere politische Führer der Sowjetunion. So schätzte er ein: Anders als »der fast diabolisch wirkende Trotzki oder der bauernschlaue Patriarchenkopf Kalinin wirkte Lunatscharski eher unscheinbar, fast verlegen mit seinem kurzseitigen Gelehrtenblick, der sich meist hinter seinem Zwicker verbarg«. Was dieser Volkskommissar für das Bildungswesen, zugleich Literaturwissenschaftler und Schriftsteller, sagte, »war meist eigenartig, fast ganz ohne die sonst üblichen Phrasen und zeugte von einem tiefgründigen Wissen auf den verschiedensten Gebieten. Er sprach über die Hegelsche Philosophie genau so fesselnd wie über die verwahrlosten russischen Kinder; über die russische Malerei war er ebenso gut unterrichtet wie über die Dichtung oder die Filmkunst seines Landes.« Krüger war sehr angetan von Anatoli Lunatscharski, der, wenn er meinte, einige Fragen nicht sofort gründlich beantworten zu können, dann Sorge er für eine »eingehende schriftliche Auskunft durch sein Sekretariat und ließ sie uns auch stets bald [...] ausfertigen und zustellen« (S. 622f.).

Ein beeindruckendes Beispiel für die von Lunatscharski geleitete Volksbildungsarbeit erlebte die Delegation in der Kolonie »Kräftiges Leben« südlich von Moskau, wo fünf Kindergärten, 15 Schulen der ersten, zwei der zweiten Stufe, zehn Volksbüchereien, drei Volkshäuser und Internate zur Verfügung standen. »Hier wurden wir ausnahmsweise nicht mit Internationalegesang, Reden und Budjonnyliedern empfangen [...].« Die Delegierten besuchten hier vier Versuchsfelder, Ställe, wertvolle Rassezuchttiere, Obst- und Blumenzuchtstationen und somit »wirklich glückliche Arbeits- und fröhliche Schaffungsschulen [...] Das war wohl endlich *neues* Rußland« (S. 610ff.). Es waren Ansätze einer wirklich neuen Schulform, einer Verbindung von Schule, Arbeit und Leben in der Gemeinschaft, die in den späteren Jahren so nicht weiterverfolgt wurden.

Hervorzuheben sind auch die Einschätzungen von Professor Krüger über andere führende sowjetische Politiker. So schrieb er wohl einige Jahre später in dem umfangreichen Manuskript: »Der meisterhafte Diplomat Tschitscherin, der sich so große Verdienste um das neue Rußland erworben hatte, wurde kalt gestellt und vom phrasendreschenden Intriganten Litwinow ersetzt. Trotzki, Rakowski, Sinowjew, Bucharin, Kamenew, Joffe, Bessedowski und zahlreichen anderen erging es noch

schlechter. Lunatscharski kam zwar als Botschafter nach Madrid, aber damals für Moskau auf verlorenem Posten. Der undurchschaubare, fast unbeeinflussbare Georgier, den wir nur zweimal kurz sahen, liebt jedenfalls die Intellektuellen nicht« (S. 635f.).

Wie schon früher bei analogen Delegationsreisen, so teilte sich auch diese internationale Lehrerdelegation in zwei Gruppen. Die eine fuhr von Moskau in Richtung Ukraine ans Schwarze Meer, die andere über Rostow und den Kaukasus ans Kaspische Meer. An letzterer nahm Krüger teil. So waren seine positiven Reiseeindrücke natürlich auch durch den Besuch beeindruckender, unterschiedlicher Landschaften geprägt, wie die grusinische Heerstraße, »die schönste und besterhaltene Gebirgsschussallee der Sowjetunion«, der Kurort Kislowodsk, wo er den Literaturhistoriker Professor Kordes traf, »der auch meine zwei Herrnhuter Romane und sogar den ›Diakonus Kaufung‹ kannte« (S. 640f.). Er lernte nach Leningrad und Moskau nun auch solche Städte wie Tiflis und Stalingrad sowie die Wolga kennen.

Über die Löhne und Gehälter berichtete er, daß ein Lehrer nur 28 Rubel, ein Metallarbeiter schon 50 Rubel, ein Fach- und Vorarbeiter »das Mehrfache eines durchschnittlichen Professorengehalts« erhalte, aber Leiter und Bürokraten sogar 72 bis 132 Rubel Lohn erhielten (S. 651 und 667).

Trotz auch vieler positiver Eindrücke über Land und Leute konnte ihm seine recht kritische Einstellung gegenüber dem Wirken der GPU, der sowjetischen Innenpolitik und Bürokratie nicht genommen werden. Der Staat solle zwar nach Lenin die Organisation der jeweils herrschenden Klasse sein, aber statt der Arbeiter und Bauern – so schrieb er Ende der zwanziger Jahre – herrsche »eine Führerclique, die mit ihrer gefügigen Bürokratie und dem finsternen Terror der unkontrollierbaren G.P.U. sich alles unterworfen hat«. Partei und Staat herrschten »wie eine drohende Gewitterwolke über der Bourgeoisie«, über den Kulaken, über der Bauernschaft, die durch die Neue Ökonomische Politik der Sowjetmacht allerdings Entlastungen erfuhr, über dem gesamten Volk und sogar über der Partei (S. 650f. und 660f.).

Am 23. September 1925 schrieb Professor Krüger in seinen Aufzeichnungen: »Gestern bin ich ganz heil und vergnügt aus dem viel verleumdeten Sowjetunionslande heimgekehrt.« Aber er mußte sich danach noch mit vielen widersprüchlichen Meinungen über die UdSSR auseinandersetzen. Bitter war ihm die Erkenntnis, daß seine ehrliche Berichterstattung über die Reise kaum auf Gegenliebe stieß. »Denn wir wußten

nur zu genau, wir konnten antworten, was wir wollten, keines unserer Urteile würde befriedigen, wenn es nicht dem Vorurteil des betreffenden Fragers entsprach. Vom neuen Rußland wußte damals kaum einer, zumal in Deutschland, wirklich etwas Genaues; doch fast jeder hatte eine mehr oder weniger vorgefaßte Meinung, gegen die anzukämpfen zwecklos und manchmal sogar gefährlich war« (S. 671). Er schrieb weiterhin in seinen Erinnerungen, er habe über die Sowjetunion so berichtet, wie es die Delegierten wahrnahmen, »ungeachtet des schweren Schadens, der mir und besonders meinen boykottierten Büchern und ihren Verlegern daraus entstand«, daß er von »Rechts« und »Links« viele politische Angriffe erfuhr, nur wenige Vorträge nach seiner Rückkehr gehalten habe und dann »meist nur über kulturelle, pädagogische und soziale Verhältnisse« berichtete (S. 594).

Seine Urteile und Einschätzungen über die damalige Sowjetunion verdienen nicht zuletzt deshalb große Aufmerksamkeit, weil er sie wiederholt mit den Erfahrungen seiner fast dreimonatigen Reise durch die USA im Jahre 1908 verglich und er sein Bild über die UdSSR keineswegs allein mit der »deutschen Elle« gemessen hat.

Das vorliegende Manuskript von Professor Hermann Anders Krüger wäre es wert, wenn es – insgesamt oder wenigstens auszugsweise – als die Sicht eines aufrechten, liberalen, antifaschistischen Demokraten auf seine konflikt- und ereignisreiche Zeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts publiziert würde.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre engagierte sich Krüger als Abgeordneter weiterhin aktiv für wirtschaftspolitische, technische und kulturelle Probleme in Thüringen, so für den begonnenen Saaletalsperren-Bau, für die Gründung der »Thüringischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft« und schrieb weitere Theaterstücke, in denen – wie das »Gothaer Tageblatt« über eine Aufführung schrieb –, eine »launige Verspottung unseres parlamentarischen und politischen Lebens bei den Zuschauern viel Beifall erntete«.<sup>6</sup>

Nachdem Professor Krüger Anfang 1928 die Leitung der Thüringischen Landesbibliothek in Altenburg übernommen hatte, nach der Thüringer Regierungskrise Ende Oktober 1929 und den Landtagswahlen

---

6 Zitiert nach Horst Benneckenstein: Hermann Anders Krüger – im Spannungsfeld von Kaiserreich, Weimarer Republik und »Drittem Reich«. In: Zur politischen Biographie des Thüringer Landtagsabgeordneten Herman Anders Krüger (1871–1945). Weimar und Jena 1996. S. 32.



Anfang Dezember 1929, die einen deutlichen Stimmenzuwachs für die NSDAP brachten, widmete sich Krüger nun vorrangig seinen beruflichen, wissenschaftlichen und schriftstellerischen Anliegen.

Professor Dr. Hermann Anders Krüger verstarb am 10. Dezember 1945 und fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof der Evangelischen Brüdergemeinde in Neudietendorf.

OLAF KIRCHNER

## **Die »Komintern« in den Sektionen Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland – Versuch eines regionalen Profils**

Seit Anfang 1999 verfolgt eine von Prof. Buckmiller und Prof. Meschkat geleitete Forschungsgruppe an der Universität Hannover ein bis Herbst 2003 von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Projekt, das die soziographische Analyse des Apparates und der Herrschaftsstrukturen der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) zum Inhalt hat<sup>1</sup> und dessen Ziel die Schaffung von Grundlagen für eine »kollektive Biographie« der Komintern war.<sup>2</sup> In Zusammenarbeit mit dem Rußländischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (russ.: RGASPI), in dem sich u. a. auch das Archiv der Komintern befindet, wurden biographische Datensätze erstellt, für die zumeist ich verantwortlich zeichne und die demnächst als CD-ROM veröffentlicht werden. Diese Datenbank wird für die kommenden Jahre sicherlich den Charakter eines Standardwerkes der biographischen Kominternforschung haben.

Von welcher Definition der »Komintern« muß forschungsstrategisch eine zum ersten Mal auf eine breite Quellenbasis gestützte soziographische Analyse der Komintern ausgehen? Soll die Komintern als weltweit agierende politisch-ideologische Organisation betrachtet werden, oder aber als internationaler bürokratischer Gesamtapparat, der neben ande-

- 
- 1 Siehe dazu und zu den Schwachstellen der bisherigen biographischen Kominternforschung Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber/Olaf Kirchner: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Komintern: Personen, Apparate und Strukturen im internationalen Kommunismus 1919–1945. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Bd. IV/V. Köln (1997/1998)9–13. S. 363ff.
  - 2 Zum Problem der Kollektivbiographien von sozialen und politischen Bewegungen bzw. ihren Strukturen siehe u. a. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898 bis 1918. Biographisch-Statistisches Handbuch. Bearb. von Wilhelm Heinz Schröder. Düsseldorf 1986. – Felicia Giagnotti (Ed.): Stori individuali e movimenti collettivi. I dizionari biografici del movimento operaio. Mailand, Franco Angeli 1988.

ren auch politisch-ideologische Funktionen innehatte? Im ersten Fall würden nur die politischen Entscheidungsträger der Komintern Aufnahme in die Analyse finden. Im zweiten Fall wäre die Biographienforschung auf alle Mitarbeiter der Komintern, in letzter Konsequenz auch auf die in der Sowjetunion oder außerhalb tätigen rein technischen und Hilfskräfte auszudehnen. Da dies jedoch oftmals keine Mitarbeiter im Sinne des Öffentlichen Dienstes in Deutschland waren, werde ich im folgenden den Begriff »Kominterner«, abgeleitet vom französischen »Kominternien« bzw. dem russischen »Kominternowez« verwenden.

Der vorliegende Forschungsansatz geht aus drei Hauptgründen von diesem zweiten, erweiterten Verständnis der Komintern aus. *Erstens* gehört es zu den Besonderheiten gerade des sowjetischen Bürokratismus, daß die technischen und Hilfsapparate eine herausragende Rolle bei den letztlich politischen Entscheidungen spielen; *zweitens* ändert sich im Verlauf der Bolschewisierung und Stalinisierung der soziale Ort der Gruppe von Entscheidungsträgern im System der bürokratischen Apparate ganz erheblich; *drittens* schließlich kann eine Analyse von Herrschaftsstrukturen vor allem während der Periode des etablierten Stalinismus ohne die Berücksichtigung *aller* Ausdifferenzierungen des jeweiligen bürokratischen Apparates nicht auskommen.<sup>3</sup> Der biographische Zugang ist in diesem Zusammenhang deshalb von wichtiger Bedeutung, weil sich die Herrschaftsstrukturen des internationalen Kommunismus besonders klar und nachvollziehbar über die Analyse der Dynamik des sich verändernden Personalbestandes dechiffrieren lassen.

In diesem Beitrag möchte ich den Versuch unternehmen, am Beispiel von vier ausgewählten Beispielen aus dieser elektronischen Datenbank – die Komintern in den Sektionen Ungarns, der Tschechoslowakei, Österreichs und Deutschlands – einige gangbare Wege für die soziographische Analyse der Komintern aufzuzeigen und anhand eines einzigen ausgewählten Merkmals – des Geburtsortes – verschiedene Problemstel-

---

3 Zum sowjetischen Bürokratismus siehe u. a. V. G. Sirotkin: Nomenklatura v istoričeskom razreze. In: Čerez ternii. Sost. A. A. Protaščik. Moskau 1990. S. 292ff. – Für die Wirtschaftsapparate sind die soziale Dynamik und die Ausdifferenzierungen der Bürokratie speziell untersucht worden (siehe S. Ju. Andreev: Naše prošloe, nasto-jaščee, buduščee: struktura vlasti i zadači obščestva. In: Posti-enie: Sociologija. Social'naja politika. Ėkonomičeskaja reforma. Red.-sost. F. M. Borodkin, L. Ja. Kossals, R. V. Ryvkina. Moskau 1989. S. 481ff. – S. Ju. Pavlenko: Neformal'nye upravlenčeskie vzaimodejstvija. In: Ebenda. S. 190ff.).

lungen zu behandeln, die für die weitere Forschung möglicherweise produktiv sein können.

Die Bedeutung der genannten vier Länder für die Komintern steht außer Frage. In den Anfangsjahren waren einige Organe der Komintern von Berlin bzw. Wien aus aktiv (z. B. die Jugendinternationale, das Westeuropäische Büro, die Kommunistische Balkan-Föderation und andere). Auch später hatte die Komintern einzelne Abteilungen in diesen Ländern organisiert (z. B. das Institut für Statistik und Information, auch Varga-Büro genannt, in Berlin, Punkte der Abteilung für internationale Verbindungen, verschiedene Verlage und Publikationsorgane usw.). In der Strategie der Weltrevolution spielte insbesondere Deutschland eine zentrale Rolle für die Komintern und das hatte Konsequenzen beispielsweise bei der Ausbildung von Kadern aus den vier Ländern an Bildungseinrichtungen der Komintern, aber auch für Versuche der Komintern, direkten Einfluß in den jeweiligen Parteien auszuüben. Diese Parteien gehörten gleichzeitig zu den mitgliederstärksten kommunistischen Organisationen außerhalb Rußlands, mit Ausnahme der ungarischen, die bereits frühzeitig eine Exilpartei wurde. Zirka ein Drittel aller weltweit organisierten Kommunisten außerhalb Rußlands waren beispielsweise bis in die 1930er Jahre hinein Mitglieder der KPD.<sup>4</sup>

Für eine umfassende soziologische und politbiographische Gesamtchau der Komintern anhand unserer elektronischen Datenbasis ist es sicher noch zu früh, aber eine empirische Annäherung anhand eines ausgewählten Merkmals erscheint mir durchaus möglich. Selbstverständlich kann ich mich dabei nur auf einige wenige Fragestellungen konzentrieren. Einmal gebietet das der Umfang der Teilmengen für die genannten vier Länder. Zum anderen gibt es bei einzelnen Teilaspekten weitergehende Forschungsprobleme, die erst gelöst sein müssen, bevor man an umfassende Analysen denken kann (z. B. Generationenproblematik, Soziologie der einzelnen Parteien usw.). Vielleicht lassen sich aber trotz aller notwendigen Einschränkungen einige quantitative Fragestellungen darstellen, die zu produktiven Forschungsansätzen führen können.

---

4 Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. I. Frankfurt am Main 1969. S. 33 und 362–364.

## 1. DIE QUELLENLAGE IM KOMINTERN-ARCHIV

Grundsätzlich gibt es im Archiv der Komintern drei verschiedene Möglichkeiten, sich den verschiedenen Gruppen von »Kominternern« anzu-nähern: erstens über die Bestände der einzelnen Parteien, die Mitglieder der Komintern waren, zweitens über die zuständigen Abteilungen und Ländersekretariate des Apparates der Komintern, drittens schließlich über die von den verschiedenen Organen der Komintern angelegten Personalakten.

Angesichts der soziographischen Ausrichtung unseres Projektes und der umfangreichen Vorarbeiten aus anderen Projekten, etwa des Maitron-Projektes für Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Schweiz,<sup>5</sup> oder der von Hermann Weber vorgelegten Studien zum deutschen Kommunismus,<sup>6</sup> schien es uns opportun, den Weg über die Personalakten – diese waren der Forschung bislang nur fragmentarisch zugänglich – zu wählen. Die in diesen Akten enthaltenen Informationen übertrugen wir in unsere Datensätze und ergänzten oder korrigierten sie dort, wo dies nötig war.

Archivtechnisch ist dieses Verfahren relativ übersichtlich, denn zu allen vier genannten Ländern finden sich im Archiv der Komintern gesonderte Bestände von Personalakten. Schaut man sich die systematische und in alphabetischer Reihenfolge angelegten Bestände von Personalakten für einzelne Parteien/Länder an, so fangen diese im Fonds des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) bei Bestand Nr. 186 für Australien an und hören bei Bestand Nr. 280 mit dem letzten kyrillischen Buchstaben »Ja« für Japan auf.<sup>7</sup> Für unsere Archivforschungen waren die *einzelnen Sektionen in der Komintern* freilich nicht primär, denn das Projekt

---

5 Siehe Komintern: L'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste en France, en Belgique, au Luxembourg, en Suisse et à Moscou (1919–1943). Sous la direction de José Gotovich et Mikhail Narinski. Paris. 2001.

6 Siehe zuletzt Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004.

7 Einen Bestand für die Sowjetunion gibt es im übrigen innerhalb dieser Abfolge von Einzelbeständen nicht. Eine analytische Kohorte für die »russische« Sektion muß demzufolge nach einem gänzlich anderen Verfahren erstellt werden, worauf ich an anderer Stelle bereits eingegangen bin (siehe Olaf Kirchner: Die Personalakten im RGASPI als historische Quelle für die Biographieforschung. In: Der Weg in den Abgrund. Teil II: Biographische Forschungen zur KPD-Geschichte zwischen 1928 und 1933. Pankower Vorträge. Berlin (2003)52. S. 50–52).

zielte auf die Komintern als Weltorganisation ab. Die Einzelbestände wurden deshalb nicht durchgehend, sondern mit Hilfe von Namenslisten recherchiert, in die bekannte Teilnehmer von Kongressen, Konferenzen und Plena der Komintern und ihrer Nebenorganisationen, Hörer verschiedener Kadenschulen der Komintern sowie die in Etatlisten des EKKI verzeichneten Mitarbeiter des Komintern-Apparates aufgenommen wurden.

Jedem der Einzelbestände von Personalakten ist im RGASPI eine Handkartothek zugeordnet, in der wir anhand unserer Namenslisten die entsprechenden Aktennummern eruieren konnten. Diese Handkartotheken vermitteln eine erste Vorstellung davon, womit man es im Archiv der Komintern bei der Recherche nach »Kominternern« zu tun hat. Sie enthalten einzelne, ausschließlich russisch geschriebene Karteikarten, die bei systematischer Auswertung einen Einblick in die Arbeitsweise des Archivs der Komintern und dann des Zentralen Parteiarchivs der KPdSU erlauben.

Der Papier- bzw. Kartonart zufolge wurden die Karteikarten über viele Jahre und Jahrzehnte angelegt, die Notizen auf ihnen geändert bzw. ergänzt, die einzelnen Karteikarten zwischen verschiedenen Kartotheken umsortiert bzw. in gänzlich andere Archive überführt. Die weitaus meisten Karteikarten enthalten lediglich Namen und Vornamen sowie eine Aktennummer, viele von ihnen gar nur einen Namen und eine Nummer. Manche Karteikarten verweisen auf einen Klarnamen bzw. auf ein Pseudonym der betreffenden Person. Auf einigen wenigen Karteikarten sind ganze politische Biographien bzw. herausragende nationale Funktionen eingetragen, besonders auf jenen, die nach 1945 angelegt wurden. Das systematische Anlegen von Karteikarten läßt sich bis weit in die 1960er Jahre hinein verfolgen, Änderungen (insbesondere Vermerke über den Tod) wurden bis in die 1980er Jahre vorgenommen.

Vor allem aber, und dieser Umstand ist für die systematische sozio-biographische Erforschung der Komintern entscheidend: Im Kominternarchiv gibt es in den Partei/Länder-Beständen der Personalakten weder eine Trennung zwischen »Kominternern« und solchen Personen, die genuin mit der Komintern nichts zu tun gehabt hatten, und es gibt auch keine Trennung zwischen der Zeit der Komintern (also bis Juni 1943) und der Zeit danach.<sup>8</sup> Diese Trennungen fehlen nicht nur in den Hand-

---

8 Als besonders markante Beispiele für diesen Umstand mögen die Karteikarten für General Fransisco Franco im Bestand für Spanien, Präsident Franklin Delano Roosevelt im Bestand für die USA und für die deutschen Kanzler Heinrich Brüning und

kartotheken, sondern auch in den Aktenbeständen selbst. Auch die Reihenfolge der Aktennummern enthält keine Hinweise auf eine solche Differenzierung.

Daher mußten statistische Stichproben als Forschungsmethode entfallen, denn solche Stichproben beruhen generell darauf, die Grundgesamtheit des Forschungsobjektes zu kennen. Eine Grundgesamtheit ist im Kominternarchiv jedoch weder in bezug auf die Menge aller »Kominternern«, noch in bezug auf die Menge aller in Personalakten erfaßten Personalien bekannt. Selbst die für das vom Europarat geförderte Projekt zur Computerisierung des Kominternarchivs ermittelten Zahlen zu den einzelnen Partei/Länder-Beständen sind nur eine Annäherung an die Grundgesamtheit, worauf ich im weiteren noch eingehen werde.

Die Personalakten selbst sind zumeist in Schnellheftern oder Mappen abgelegt, die ihrerseits in Containern archiviert sind. Je nach Umfang der Akte können sich auch mehrere Personalakten in einem Schnellhefter bzw. in einer Mappe befinden. Da selbige jedoch durch die zielgerichtete Suche nach Personen aus der ursprünglichen Namensliste ohnehin gehoben werden mußten, wurden auch die weiteren im selben Schnellhefter bzw. in derselben Mappe befindlichen Akten bearbeitet. Das Ergebnis dieser Recherchen ist eine bemerkenswert große Zahl von »Kominternern«, und zwar durchaus nicht nur aus dem Bereich des technischen Hilfspersonals, deren Biographien bislang keinen Eingang in die Forschung gefunden haben und die daher in unserer Datenbank erstmals präsentiert werden.

Wie die Wichtigkeit der hier untersuchten vier Länder für die Komintern schon vermuten läßt, sind die entsprechenden Partei/Länder-Bestände relativ umfangreich. Der Bestand für Deutschland ist nach der Zahl der Aktennummern sogar der umfangreichste unter allen Partei/Länder-Beständen. Für die Tschechoslowakei muß ein zweiter Partei/Länder-Bestand berücksichtigt werden, der heute die Bezeichnung »Westukraine« trägt. Er wurde seinerzeit unter der Bezeichnung »Transkarpatenukraine« angelegt und bezieht sich auf das früher zum Königreich Ungarn gehörende sogenannte Karpatenrußland (Ruthenien), das im Vertrag von Trianon der Tschechoslowakei zugesprochen, 1938 und 1939 jedoch bei der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates in zwei Schritten

---

Konrad Adenauer im Bestand für Deutschland genannt sein. Ihre Personalakten enthalten jedoch zumeist nur Dossiers aus Pressemitteilungen mit dem Vermerk »streng geheim«.

wieder Ungarn angegliedert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg annektierte die Sowjetunion das betreffende Gebiet und gliederte es in die Ukrainische SSR ein.

Eine Übersicht über die quantitativen Verhältnisse der von uns gesichteten Akten zu Ungarn, der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland gibt die folgende Tabelle eins:

Tabelle 1: Bestandsrecherche

Fonds/Bestand	Aktenzahl	davon gesichtet	Prozent
495/199 (Ungarn)	7.011	978	13,9
495/272 (Tschechoslowakei)	4.123	1.136	27,6
495/281 (Westukraine) <sup>9</sup>	218	6	2,8
495/187 (Österreich)	3.135	2.438	77,8
495/205 (Deutschland)	14.608	4.230	29,0

Die Zahl der Aktennummern ist jedoch in keiner Weise mit der Zahl der Personalien gleichzusetzen. Es gibt eine nicht unerhebliche Zahl sogenannter Kollektivakten (mit zwei oder mehreren Personalien unter einer Aktennummer) sowie sogenannter »freier Nummern« (Akten, die einzeln angelegt, später jedoch aus archivinternen oder -externen Gründen anderen Aktennummern zugeordnet oder gänzlich in andere Archive ausgelagert wurden). So weicht die Zahl der tatsächlichen Personalien zum Teil sehr deutlich von der Zahl der Aktennummern ab. Dies soll folgende Tabelle 1a veranschaulichen, die auf Angaben von Swetlana Rosental aus dem RGASPI vom Projekt »Electronic Komintern Archives« beruht:<sup>10</sup>

---

9 Die Bestandsnummer weist darauf hin, daß sich dieser Einzelbestand außerhalb der systematischen Abfolge von Partei/Länder-Bestände befindet, denn diese endet bei Nummer 280. Der Bestand »Westukraine« eröffnet eine Reihe von Partei/Länder-Beständen, die erst nach 1945 angelegt wurden, wie z. B. Ghana, Lesotho und Bangladesh.

10 Mit Stand von 1997 waren noch 6.378 Personalien für Ungarn, 3.633 Personalien für die Tschechoslowakei, 218 Personalien für die Westukraine, 2.812 Personalien für Österreich und 13.830 Personalien für Deutschland verzeichnet.



Tabelle 1a: Bestandsaufbau

Fonds/Bestand	Aktenzahl	kollektive	freie	Personalien
495/199 (Ungarn)	7.011	119	568	6.967
495/272 (Tschechoslowakei)	4.123	257	6	7.962
495/281 (Westukraine)	218	18	–	200
495/187 (Österreich)	3.135	207	237	5.004
495/205 (Deutschland)	14.608	581	309	16.426

Die genannte Zahl der Personalien in den jeweiligen Partei/Länder-Beständen ist aber nur eine Annäherung an die tatsächliche Grundgesamtheit. Erstens sind viele Akten, die mehrere Personalien enthalten, nicht als Kollektivakten geführt, was die Gesamtzahl der Personalien beträchtlich erhöht. Zweitens wurden zu einer nicht unbedeutenden Zahl von Personen mehrere Personalakten innerhalb eines Partei/Länder-Bestandes angelegt, was die Gesamtzahl der Personalien wiederum verringert.

Die größte Einschränkung bei einer archivsystematisch geleiteten Erschließung der »ungarischen«, »tschechoslowakischen«, »österreichischen« und »deutschen« *Sektion in der Komintern*, das machte die Arbeit mit den Handkartotheken bereits deutlich, muß durch den Komintern-Bezug selbst gemacht werden: Das Vorhandensein einer Personalakte im Archiv – ebenso wie ihr Nichtvorhandensein – sagt noch nichts darüber aus, ob die betreffende Person überhaupt etwas mit der Komintern zu tun gehabt hatte. Die Arbeit mit den Personalakten machte deutlich, daß sich für viele »Kominternler« – unter ihnen auch sehr bekannte – in den aufgelisteten Beständen gar keine personenbezogenen Daten finden lassen. In den vorliegenden Datenbanken betrifft das für Ungarn 13 Personen (3,8 Prozent), für die Tschechoslowakei 116 Personen (17,2 Prozent), für Österreich 76 Personen (12,8 Prozent) und für Deutschland 391 Personen (17,2 Prozent).<sup>11</sup>

Nur für ganz wenige von ihnen finden sich personenbezogene Angaben in den sogenannten Personalfonds des RGASPI. Für eine ganze Rei-

<sup>11</sup> Alle hier und im weiteren präsentierten analytischen Zahlen können lediglich Grundtendenzen wiedergeben, da die Endredaktion der Datenbank, die dann auch auf der CD-ROM veröffentlicht wird, mit der derzeit vorliegenden Arbeitsfassung nicht identisch sein wird.

he bekannter »Komintern« aus den vier untersuchten Ländern wurden die Personalakten anderen Partei/Länder-Beständen zugeordnet; manche haben auch mehr als nur eine Personalakte und einige von ihnen müssen daher gleich in mehrere analytische Datenbanken aufgenommen werden, sofern man sie jeweils archivsystematisch geleitet erstellt. So gibt es beispielsweise für Ladislaus Stern insgesamt vier Personalakten, je eine im Bestand für Deutschland und für Österreich, und zwei im Bestand für Ungarn.

Umgekehrt finden sich in den untersuchten fünf Partei/Länder-Beständen die Personalakten von Personen, die man aufgrund der Partei- oder Staatszugehörigkeit der betreffenden Person dort nicht vermuten würde. So z. B. bei Paul Freeman, einem australischen Delegierten zum Dritten Weltkongreß der Komintern, dessen Personalakte im Bestand für Österreich abgelegt wurde: Hier wurde offenbar Österreich (russ.: Avstrija) mit Australien (russ.: Avstralija) verwechselt. Die biographischen Zeugnisse für das komplette Zentralkomitee der KP Luxemburgs befinden sich in der Personalakte von Hans Urban im Bestand für Deutschland: Vielleicht wegen der Namensähnlichkeit von Urban mit dem bekannten luxemburgischen Funktionär Dominique Urbany. Auch Tschie Yen hat neben zwei Personalakten im Bestand für China noch eine dritte im Bestand für Deutschland, vermutlich, weil er lange Zeit in Deutschland lebte und in der KPD aktiv war.

Zu einigen »Kominternern« ohne Personalakte lassen sich ergänzende Angaben im Fonds 575 für das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) und im Fonds 576 für die vom Kominform herausgegebene Zeitung »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!« finden. Daneben lassen sich weitere Archivquellen erschließen, die jedoch keine Personalakten im Sinne der Archivführung im RGASPI sind, beispielsweise Fragebögen in den Beständen der Kongresse und Plena der Komintern, ihrer Organe und Nebenorganisationen, ausführliche biographische Informationen in Fonds bzw. Beständen einzelner Organe und Organisationen der Komintern (z. B. des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI, der Gewerkschaftsinternationale und der Jugendinternationale), des weiteren gesonderte Kartotheken wie beispielsweise die der Internationalen Lenin-Schule, schließlich die Überführungsakten zur Aufnahme in die WKP(B) und Registrierungsformulare der WKP(B). Diese Arbeit erweitert die ungarische Datenbank um 70 Personen, die tschechoslowakische um 159, die österreichische um 66 und die deutsche Datenbank um 1.292 Personen.

Welche Veränderungen sich durch den Komintern-Bezug in den ausgewählten Beständen ergeben, zeigt folgende Tabelle zwei:

Tabelle 2: Komintern-Bezug

Fonds/Bestand	495/199 (Ungarn)	495/272+281 (Tschecho- slowakei)	495/187 (Österreich)	495/205 (Deutsch- land)
Zahl der gesichte- ten Personalien	1.048	1.301	2.504	5.522
davon Personen mit Komintern-Bezug	338	673	596	2.275
in Prozent	32,3	51,7	23,8	41,2

Im Schnitt war also lediglich zwischen einem Viertel und der Hälfte der erfaßten Personen auch tatsächlich »Komintern«.

Aus der oben beschriebenen Technologie zur Aktensichtung ergab sich, ergänzend zur systematischen, auf den ursprünglichen Namenslisten fußenden Suche, eine stichprobenartige Zufallsmethode, dank derer eine große Anzahl bislang unbekannter »Komintern« der Forschung zugänglich gemacht werden kann. Einen Überblick liefert Tabelle 2a:

Tabelle 2a: Erweiterung der vorrecherchierten Grundgesamtheit

Fonds/Bestand	495/199 (Ungarn)	495/272+281 (Tschecho- slowakei)	495/187 (Österreich)	495/205 (Deutsch- land)
Personen mit Komintern-Bezug	338	673	596	2.275
davon nach Vorre- cherchen unbekannt – in Prozent	128 37,9	319 47,4	224 37,6	546 24,0
davon Bezug zur KI nach Vorrecher- chen unbekannt – in Prozent	24 7,1	20 3,0	14 2,3	76 3,3

Die große Zahl dieser neu aufzunehmenden Personen war einigermaßen überraschend, weil wir eigentlich davon ausgegangen waren, die von uns im Vorfeld recherchierten Etatlisten des EKKI würden die Personalbewegungen aller »Komintern« überliefern.

Gleichzeitig bestätigte sich der nach unseren Vorrecherchen vermutete Bezug zur Komintern nicht für alle Personen. In der Datenbank für Ungarn betraf das 62 Personen (7,8 Prozent aller gesichteten Personalien), in der für die Tschechoslowakei 40 Personen (3,1 Prozent aller gesichteten Personalien), in der für Österreich 49 Personen (2,0 Prozent aller gesichteten Personalien), und in der Datenbank für Deutschland 143 Personen (2,7 Prozent aller gesichteten Personalien).

Wie repräsentativ sind nun die vorliegenden Datenbanken zu Ungarn, der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland in bezug auf eine Grundgesamtheit der »Komintern«?

Da im Archiv weder für die einzelnen Sektionen noch für die gesamte Komintern zuverlässige Informationen über die Anzahl der »Komintern« vorliegen, wäre zur exakten Feststellung einer Grundgesamtheit von »Kominternern« die Sichtung *aller* Bestände des Kominternarchivs notwendig, personenbezogene Akten ebenso wie die übrigen. Also müssen die jeweiligen Grundgesamtheiten derzeit durch umständliche Verfahren aus den vorhandenen Aktennummern, gesichteten Personalien und sonstigen biographischen Angaben aus anderen Quellen hochgerechnet werden. In bezug auf den deutschen Bestand liegt jedoch ein erster Versuch zur Beschreibung vor, der als Orientierung dienen mag.<sup>12</sup> Dieser Beschreibung zufolge lassen sich sechs große Gruppen von Personalien unterscheiden:

- Etwa ein Viertel umfassen Personalien der Nomenklaturarbeiter der internationalen Organisationen (Mitarbeiter des EKKI-Apparates, ehemalige Studenten der Internationalen Lenin-Schule, der Kommunistischen Ost- und der West-Universität). Diese Zahl ist für die Ermittlung der Grundgesamtheit der »Komintern« und für die Analyse in diesem Beitrag maßgebend.
- Ungefähr ein weiteres Viertel umfassen Personalakten des sogenannten Parteiaktivs der KPD (leitende Angestellte der Partei sowie die mögliche Kaderreserve für diese).

---

12 Ich stütze mich auf den Beitrag von Waleri Fomitschow, der im demnächst erscheinenden Protokollband zur Abschlußkonferenz des Projektes, die Ende April 2004 in Hannover stattfand, publiziert wird.

– Die umfangreichste Gruppe, etwa ein Drittel, bilden Personalakten der Vertreter der Arbeitsemigration, besonders zu Beginn der dreißiger Jahre, sowie der Vertreter der politischen Emigration aus Deutschland. In bezug auf diese Personengruppe war die KPD-Vertretung beim EKKI Hilfsorgan der zuständigen sowjetischen Behörden.

– Etwa 2.000 Personalakten, zumeist Kollektivakten, umfaßt die Gruppe deutscher Kommunisten, die in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpften.

– Zirka 200 Personalakten, zumeist Kollektivakten für jeweils 20 bis 40 Personen, umfaßt die Gruppe deutscher Kriegsgefangener ab Juni 1941, die Antifaschistische Schulen in den Kriegsgefangenenlagern und die Parteischule beim EKKI abschlossen. Auch diese Gruppe wurde für die Analyse in diesem Beitrag berücksichtigt, sofern die betreffenden Personen den Lehrgang vor Juni 1943 (am 8. Juni 1943 wurden das EKKI und die letzten noch bestehenden Kominternorgane aufgelöst) antraten.

– Etwas mehr als 500 Personalakten, zumeist in der Form von Dossiers, betreffen bedeutende Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen, öffentlichen und kulturellen Lebens Deutschlands vor bzw. nach 1945. Ungefähr 90 Prozent dieser Dossiers wurden im ZK der KPdSU bereits nach der Einstellung der Tätigkeit der Komintern angelegt.

Allerdings fehlt in dieser Beschreibung eine nicht unbedeutende Zahl von Teilnehmern des Ersten Weltkrieges, die in deutsche bzw. in russische Kriegsgefangenschaft gerieten und für die Personalakten im Bestand zu Deutschland angelegt wurden (ca. 200).

Da die Aktenführung in den Vertretungen der verschiedenen kommunistischen Parteien beim EKKI nach ein- und denselben normativen Dokumenten erfolgte, ist die Zusammensetzung der Bestände für die anderen drei Länder in etwa analog zu dem Bestand für Deutschland. Allerdings sind hier einige länderspezifische Besonderheiten zu beachten, die eine andere Gewichtung der einzelnen Gruppen zur Folge haben. Für Österreich sind beispielsweise die vorwiegend sozialdemokratischen Schutzbund-Mitglieder zu berücksichtigen, die 1934 in die Sowjetunion emigrierten (eine sozialdemokratische Emigration läßt sich in den anderen Beständen so nicht feststellen). Zu berücksichtigen sind weiterhin die vielen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges aus Österreich-Ungarn, die nach Kriegsende in Sowjetrußland verblieben, sowie die ungarische Emigration nach Niederschlagung der Räterepublik.

Legt man all diese Umstände zugrunde und untersucht man, wie die einzelnen Gruppen von Personalakten in den vorliegenden Datenbanken

repräsentiert sind, so ergeben sich folgende Vermutungen über die Grundgesamtheit der »Komintern« aus den vier hier untersuchten Ländern. Legen wir für Deutschland die genannte Gewichtung von einem Viertel zugrunde, so ergibt sich eine Grundgesamtheit von ca. 4.100 »Kominternern«. Für den österreichischen Bestand, in dem ja bereits über drei Viertel aller Aktennummern gesichtet wurden, läßt sich ein Anteil der »Komintern« von ca. einem Fünftel vermuten, also ca. 1.000 Personalien. Noch geringer wird der Anteil der »Komintern« im Bestand für Ungarn sein, vermutlich maximal ein Sechstel (ca. 1.100 Personalien). Für die Tschechoslowakei wird der Anteil vermutlich – wie für Deutschland – im Bereich von einem Viertel liegen (ca. 2.000). Was diese vermuteten Grundgesamtheiten betrifft, so bleibt freilich eine gewisse Unschärfe bestehen, die auch durch noch so ausgeklügelte statistische Verfahren nicht aufzulösen ist.

Aus Tabelle zwei ergibt sich damit, daß in der vorliegenden Datenbank zu Ungarn ca. 30 Prozent der vermuteten Grundgesamtheit erfaßt ist, in der Datenbank zur Tschechoslowakei rund ein Drittel, in der Datenbank zu Österreich knapp 60 Prozent und der zu Deutschland ca. 55 Prozent. Das erlaubt insgesamt nur mehr oder weniger eingeschränkt repräsentative Aussagen, was bei allen nachfolgenden Betrachtungen zu berücksichtigen ist.

Die auf der CD-ROM präsentierte biographische Datenmaske, auf der die hier untersuchten Datenbanken beruhen, erfaßt neben der spezifischen Tätigkeit für die Komintern, den Pseudonymen und Pässen die Geburts- und Todesdaten, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Nationalität, Parteizugehörigkeiten, soziale Herkunft, Bildung, sowie Beruf. Für die Mitglieder und Delegierten der Leitungsorgane sowie für höhergestellte Funktionäre der Kominternorgane, ihrer Auslands- und Nebenorganisationen wurden darüber hinaus die Merkmale Ehefrau bzw. -mann, gewerkschaftliche Zugehörigkeiten, nationale Funktionen in und außerhalb der Partei, Parlaments- bzw. Regierungstätigkeit, Disziplinarmaßnahmen, politische Schulungen außerhalb der Komintern, Repressionen im »Westen« bzw. in der Sowjetunion, sowie Empfehlungen und Bürgschaften abgefragt.

Betrachtet man die Datendichte, d. h. die in den Archivquellen selbst erfolgten Angaben zu den soziologischen Grundmerkmalen, so ergibt sich folgende Basis für eine analytische Beschreibung der vier hier untersuchten Datenbanken (Tabelle drei):

Tabelle 3: Datendichte

Fonds/Bestand	495/199 (Ungarn)		495/272+281 (Tschecho- slowakei)		495/187 (Öster- reich)		495/205 (Deutsch- land)	
Feldname/ Aussagen	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
gesichtete Personen mit KI-Bezug	338		673		596		2.275	
Geburtsdatum	321	95,0	589	87,5	521	87,4	1.924	84,6
Geburtsort	293	86,7	484	71,9	475	79,7	1.792	78,8
Todesdatum	152	45,0	156	23,2	117	19,6	709	31,2
Todesort	135	39,9	124	18,4	102	17,1	507	22,3
Geschlecht								
– männlich	249	73,7	547	81,3	420	70,5	1.612	70,9
– weiblich	84	24,9	107	15,9	150	25,2	544	23,9
Nationalität	304	89,9	533	79,2	457	76,7	1.518	66,7
nichtkommunistische Parteizugehörigkeit	167	49,4	264	39,2	322	54,0	694	30,5
kommunistische Parteizugehörigkeit	316	93,5	578	85,9	514	86,2	1.828	80,4
soziale Herkunft	265	78,4	451	67,0	437	73,3	1.294	56,9
Bildung	277	82,0	496	73,7	444	74,5	1.314	57,8
Beruf	301	89,0	517	76,8	458	76,8	1.565	68,8
Ehefrau/Ehemann	206	60,9	153	22,7	180	30,2	746	32,8
Gewerkschaft	186	55,0	347	51,6	172	28,9	905	39,8

Die teilweise beeindruckende Datendichte darf nicht zu falschen Schlußfolgerungen über die Repräsentativität führen, denn die Ausgangsmenge der erfaßten Personalien mit Komintern-Bezug läßt – wie weiter oben bereits ausgeführt – nur eingeschränkt repräsentative Aussagen in bezug auf die jeweilige Grundgesamtheit zu.

Die dennoch zwischen den einzelnen soziologischen Merkmalen sehr ungleiche Datendichte erklärt sich aus einer ganzen Reihe von Umständen. Die wichtigsten von ihnen sind folgende:

*Erstens* die Tatsache, daß – wie bereits beschrieben – zwischen einem Viertel und der Hälfte aller unserer Personalien in die Forschung

neu eingeführt werden und wir nur über jene Dichte an biographischen Informationen verfügen, die die jeweilige Akte hergibt. Das findet vor allem in der geringen Zahl der bekannten Todesdaten seinen Niederschlag. Die Personalakte bricht zeitlich gesehen zumeist spätestens mit dem Ausscheiden aus der Komintern ab, so daß Dokumente über den weiteren Lebensweg, eventuelle Verhaftungen oder andere Repressionen sehr oft keinen Eingang in die Akte fanden. Und der Umfang der personenbezogenen Akten schwankt z. T. erheblich. In vielen Akten liegen nur kurze Aktennotizen, oder Zeitungsausschnitte und Mitteilungen der sowjetischen Presseagentur TASS. Viele Akten vermerken nur einen Namen, aber ohne Vornamen läßt sich das Geschlecht der betreffenden Person nicht immer ermitteln. Manchmal liegt auch nur ein Reisepaß in der Akte. Es gibt allerdings auch einige wenige mehrbändige Akten.

*Zweitens* darf man sich die Personalakten im Kominternarchiv nicht als Personalakten im Sinne einer preußisch-bürokratischen Aktenführung vorstellen. Sie sind allesamt eher Akten personenbezogenen Charakters und viele Einzelbiographien in den Datenbanken sind daher zwangsläufig eine Zusammenschau verschiedener Einzelfragmente. Die biographischen Informationen in den Archivquellen sind teilweise so bruchstückhaft und verschlüsselt, daß sie unmöglich aus der Akte eins zu eins in eine Datenmaske übertragen werden können.

*Drittens* muß beachtet werden, daß einzelne Dokumente innerhalb ein und derselben Personalakte teilweise den Zweck hatten, die Tarnung der betreffenden Person aufrechtzuerhalten. Dies trifft insbesondere für Hörer der Militärpolitischen Schule des EKKI (auch kurz »Alfred-Schule« genannt) zu, deren Personalakten zumeist nur einen undatierten handgeschriebenen Lebenslauf enthalten, der auf den Schulnamen lautet, wobei der Klarname nicht in allen Fällen dokumentiert ist und viele Angaben im Lebenslauf wenig glaubhaft sind.

*Viertens* schließlich ist zu berücksichtigen, daß insbesondere für das technische Hilfspersonal der Komintern, das einen großen Anteil an allen vier Sektionen in der Komintern ausmacht, nicht alle aufgelisteten Merkmale aus der Datenmaske systematisch abgefragt wurden.

Darüber hinaus ist es für die Aussagekraft quantitativer Untersuchungen ganz wesentlich, neben statistischen Fehlern die objektiven bzw. subjektiven Fehler bei den biographischen Informationen zu berücksichtigen. Teilweise berührt das Widersprüche zwischen Angaben in der Memoiren- oder Forschungsliteratur und in den Archivquellen; teilweise enthalten jedoch die Archivquellen selbst widersprüchliche Anga-



ben. In Hinsicht auf die notwendige Quellenkritik – und für viele Biographien aus den vier hier untersuchten Datenbanken sind die Personalakten unsere bislang einzige Quelle – bekommt die Subjektivität einzelner biographischer Aussagen ein besonderes Gewicht.<sup>13</sup>

Die Beschreibung der Quellenlage macht eines deutlich: Will man die einzelnen Sektionen aus dem Blickwinkel der Komintern untersuchen, so müssen diese erst rekonstruiert werden. Die Archivsystematik der Partei/Länder-Bestände ist dafür ein geeigneter Ausgangspunkt, aber die Systematik selbst bedarf natürlich einer genaueren Untersuchung.

## 2. DAS SEKTIONSBILDENDE KRITERIUM IM KOMINTERN-ARCHIV

### 2.1. *Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei*

Die naheliegende und den Statuten der Komintern gemäßige Hypothese zur Systematik des Kominternarchivs ist, daß in der Komintern die Parteien Sektionen gebildet haben, Partei und Sektion demzufolge wie Synonyme zu behandeln sind.<sup>14</sup> Rein theoretisch umfaßte die jeweilige Sektion alle Mitglieder der betreffenden Partei, und jedes einzelne Parteimitglied war – wie in der I. Internationale – Mitglied der Komintern. Durch Wechsel zwischen den einzelnen Parteien gibt es jedoch viele Kommunisten, die dieser Parteiensystematik zufolge mehreren *Sektionen in der Komintern* angehörten. Die sich daraus ergebenden Mehrfachnennungen sind bei einer statistischen Interpretation in jedem Fall zu berücksichtigen.

Aber nicht jedes Mitglied der Komintern war auch ein »Kominterner«. Wir hatten das bereits ansatzweise bei der Untersuchung des Bezuges zur Komintern für die im Kominternarchiv erfaßten Personalien gesehen, und im Kominternarchiv sind natürlich lange nicht alle Mitglieder kommunistischer Parteien erfaßt. Darüber hinaus, und das wird in Tabelle vier ersichtlich, gibt es auch zahlreiche »Kominterner«, die überhaupt gar keiner *Sektion der Komintern* angehörten.

---

13 Siehe dazu u. a. S. M. Rozentel': Ličnye dela dejatelej Kominterna kak istoričeskij istočnik. In: Naučno-informacionnyj bjulleten' RGASPI. Moskau (2000)12 (vy-pusk 2). S. 31–35.

14 Siehe Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921. S. 602.

Wendet man das Kriterium der Parteizugehörigkeit auf die vier hier untersuchten Datenbanken bei Personen mit nachgewiesenem Komintern-Bezug an, so ergibt sich folgendes Ergebnis (Tabelle vier):<sup>15</sup>

Tabelle 4: Parteizugehörigkeit

Fonds/Bestand	495/199 (Ungarn)	495/272+281 (Tschecho- slowakei)	495/187 (Öster- reich)	495/205 (Deutsch- land)
gesichtete Personen	338	673	596	2.275
davon Aussagen zur Zugehörigkeit in einer KP	316	578	514	1.828
Aussagen v. H.	93,5%	85,9%	86,2%	80,4%
* davon KP Ungarn	233	11	8	9
* davon KPTsch	38	530	11	37
* davon KPÖ	30	9	427	29
* davon KPD	49	36	47	1.536
* davon RKP(B)/WKP(B)	148	72	112	465
Mitglieder der »eigenen« Sektion (Prozent)	73,7%	91,7%	83,1%	84,0%
nie Mitglied der »eigenen« Sektion, aber KP-Mitglied – v. H.	67 21,2%	38 6,6%	62 12,1%	249 13,7%
Parteilose – v. H.	21 6,6%	10 1,7%	31 6,0%	49 2,7%

Legt man das Kriterium der Parteizugehörigkeit zugrunde, so müßten in der Datenbank für Ungarn über ein Fünftel und in den Datenbanken für Österreich bzw. Deutschland jeweils rund ein Achtel der jeweiligen »Komintern« streng genommen anderen Sektionen der Komintern zugeordnet werden, denn sie waren zwar Mitglieder kommunistischer Or-

<sup>15</sup> Die Zugehörigkeit zu kommunistischen Jugendorganisationen wurde jeweils als Parteizugehörigkeit gewertet, da dies die handelnden Akteure in ihren Fragebögen oftmals auch selbst so behandelten, wenn etwa als Parteieintrittsdatum bzw. als Datum der politischen Organisiertheit das Datum des Eintritts in die Jugendorganisation angegeben wurde.

ganisationen, aber nie Mitglied der Sektion, auf die sich der betreffende Bestand bezieht. Aus diesem Grund sind die landesbezogenen Attribute auch grundsätzlich in Führungszeichen verwendet. Die Parteizugehörigkeit kann demzufolge für sie kein sektionsbildendes Kriterium sein. Lediglich die Datenbank zur Tschechoslowakei präsentiert die »tschechoslowakische« Sektion in der Komintern als relativ kompakte.

Andererseits müßten bzw. könnten in der Datenbank für Ungarn fast die Hälfte der »Kominternern« auch der »russischen« Sektion zugeordnet werden, sofern man das Kriterium der Parteizugehörigkeit zugrunde legt. In der Datenbank für Österreich beträfe dies rund ein Fünftel und in der Datenbank für Deutschland etwa ein Viertel aller erfaßten »Kominternern«. Ursache dafür ist vor allem die hohe Zahl der Überführungen in die WKP(B), die in die Tausende ging,<sup>16</sup> und dafür spielte der Grad der Verzahnung der jeweiligen nationalen Sektionen mit der sowjetischen Partei – neben der Zahl der Schüler an den Komintern-Schulen, die für die Zeit ihres Studiums in die WKP(B) überführt wurden – eine nicht unerhebliche Rolle. Die hier untersuchten vier Sektionen der Komintern waren zu unterschiedlichen Zeiten aufgrund der Umstände in ihren Heimatländern vorwiegend vom sowjetischen Territorium aus tätig, zunächst die ungarische, später die deutsche, dann die österreichische und die tschechoslowakische. Die Tschechoslowakei präsentiert sich auch in dieser Hinsicht als relativ kompakte Sektion, denn die Zahl der Mitglieder der sowjetischen Partei in der Datenbank für die Tschechoslowakei beträgt gerade einmal ein Achtel.

Auf den ersten Blick möglicherweise überraschend ist die Tatsache, daß auch Parteilose Mitarbeiter oder Funktionäre der Weltpartei Komintern waren. Unter den Parteilosen finden sich Personen, die nie einer kommunistischen Organisation angehörten, wohl aber für die Komintern oder ihre Nebenorganisationen tätig waren (wie z. B. Wilhelm Dittmann, der für die USPD am 2. Weltkongreß der Komintern teilnahm, jedoch nicht in die KPD übertrat, sondern wieder zurück in die SPD ging). Außerdem gab es Fälle sogenannten »mechanischen Ausscheidens« aus der Partei bzw. aus der Jugendorganisation ohne eine spätere Wiederaufnahme bzw. Übernahme in die Partei, so daß diese Personen fortan als Parteilose galten. Auch nach einem Parteiausschluß konnten manche Mit-

---

16 Bis Ende 1935 wurden ca. 8.000 Mitglieder anderer kommunistischer Parteien in die WKP(B) überführt (siehe G. M. Adibekov/Ě. N. Šachnazarova/K. K. Širinja: *Organizacionnaja struktura Komintern. 1919–1943*. Moskau 1997. S. 206).

arbeiter ihre Tätigkeit für die Komintern fortsetzen und galten als Parteilose. Allerdings ist der Anteil der Parteilosen unter den hier untersuchten vier Sektionen in der Komintern gering im Vergleich etwa zur »russischen« Sektion, wo der Anteil der Parteilosen bei ca. 30 Prozent liegt, oder der »indischen« Sektion, in der gar über die Hälfte der »Komintern« keine Mitglieder kommunistischer Organisationen waren.<sup>17</sup>

## 2.2. Staatsbürgerschaft

Eine ähnlich mangelhafte Eindeutigkeit tritt auf, wenn wir die Staatsbürgerschaft als mögliches sektionsbildendes Kriterium untersuchen. In den meisten Ländern Mitteleuropas wurden Staatsbürgerschaftsgesetze zu meist erst im Gefolge der Revolution 1848/49 erlassen (so z. B. in Österreich im Jahre 1865) und gingen einher mit der Deklaration von Bürgerrechten.

Obwohl die meisten der in den Datenbanken zu Ungarn und der Tschechoslowakei erfaßten Personen, sofern ihr Geburtsdatum vor 1919 lag, als österreichische bzw. ungarische Staatsbürger galten, wurde dies bei den Einträgen in der Datenbank – entsprechend des editorischen Prinzips der Originaltreue – nur dann berücksichtigt, wenn die Personalakte einen ausdrücklichen diesbezüglichen Verweis enthält, denn dann entfaltet dieser Verweis interpretatorische Wirkung. Ebenso wurde im Falle jener österreichischen Staatsbürger verfahren, die 1938 mit dem sogenannten »Anschluß« an Nazideutschland automatisch deutsche Reichsbürger wurden.

Die Zahl der vermuteten Staatsbürgerschaften ist gegenüber beispielsweise der Datenbank zur Sowjetunion relativ gering (für die »russische« Sektion in der Komintern liegt die Zahl der von den Archivmitarbeitern beim Anlegen bzw. beim Bearbeiten der jeweiligen Personalakte angestellten Vermutungen über die Staatsbürgerschaft bei ca. 20 Prozent). Eine Ursache dafür mag der hohe Stellenwert sein, den die Staatsbürgerschaft insbesondere bei der Bildung der Tschechoslowakei und bei der territorialen Neuordnung Ungarns für die betreffenden Personen spielt

---

<sup>17</sup> Siehe dazu mein Beitrag auf der bereits erwähnten Abschlußkonferenz des Projektes in Hannover, der demnächst in dem dazugehörigen Protokollband erscheinen wird. Ohne nochmals auf diesen Beitrag zu verweisen, werde ich im folgenden vereinzelt auf die dortigen Untersuchungsergebnisse zur »russischen« und weiteren Sektionen zurückgreifen.

hat. Aus Mittel- und Westeuropa stammende »Kominternler« ließen hingegen in ihren Antworten die Differenzierung zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität, der der Standard-Fragebogen des EKKI vorsah, oftmals unberücksichtigt. Sie versahen die beiden Spalten des Fragebogens mit einer Klammer und gaben nur eine Antwort. Für die aus den multiethnischen Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropa stammenden »Kominternler« hatte diese Differenzierung des Fragebogens eine völlig andere Bedeutung und entsprechend fielen ihre Antworten differenzierter aus. Zum Teil wird das auch bei den diesbezüglichen Zahlen in Tabelle drei deutlich, wenn etwa die Datendichte für Ungarn und die Tschechoslowakei im Feld »Nationalität« höher ist als im Feld »Geburtsort«.

Ein Gesamtbild für alle vier hier untersuchten Länder vermittelt folgende Tabelle fünf (auch hier sind Mehrfachnennungen entsprechend zu berücksichtigen):

Tabelle 5: Staatsbürgerschaft

Fonds/Bestand	495/199 (Ungarn)	495/272+281 (Tschecho- slowakei)	495/187 (Öster- reich)	495/205 (Deutsch- land)
gesichtete Personen	338	673	596	2.275
* davon ungarische Staatsbürger	302	11	11	27
* davon tschechoslowakische Staatsbürger	35	636	11	59
* davon österreichische Staatsbürger	6	15	563	83
* davon deutsche Staatsbürger	7	24	46	2.005
* davon Sowjetbürger	150	35	68	478
Bürger des »eigenen« Landes (Prozent)	89,3%	94,5%	94,5%	88,1%
* davon Vermutungen – v. H.	18 6,0%	15 2,4%	70 12,4%	267 13,3%
* davon später Sowjetbürger – v. H.	127 42,1%	20 3,1%	50 8,9%	307 15,3%

Legt man das Kriterium Staatsbürgerschaft zugrunde, müßte bzw. könnte auch hier ein nicht unerheblicher Teil von Personalien der »russischen« Sektion zugeordnet werden. Wiederum betrifft dies am stärksten die »ungarische« Sektion (über 40 Prozent der ungarischen Staatsbürger in dieser Datenbank wurden später Sowjetbürger), in weitaus geringerem Maße die »deutsche« und die »österreichische«, und fast gar nicht die »tschechoslowakische« Sektion in der Komintern. Grund dafür ist die in den dreißiger Jahren relativ häufig vollzogene Verleihung bzw. Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft durch dauerhaft in der UdSSR lebende Ausländer (auch hier sind die Mehrfachnennungen für die Interpretation entsprechend zu berücksichtigen).

Proportional vermittelt die auf der Staatsbürgerschaft beruhende Untersuchung dieselben Verhältnisse wie eine auf Parteizugehörigkeit beruhende. Jedoch ist der Grad der Übereinstimmung mit den Datenbanken, die unter Zuhilfenahme der Systematik des Kominternarchivs erstellt wurden, deutlich höher und die Abweichungen z. T. erheblich geringer: Für die Parteizugehörigkeit beträgt die größte Abweichung rund 26, die geringste etwa acht, die durchschnittliche fast 17 Prozent; für die Staatsbürgerschaft beträgt die größte Abweichung knapp zwölf und die geringste ca. fünf Prozent. Die durchschnittliche Abweichung beträgt hingegen nur noch ca. acht Prozent.

Mit anderen Worten: Das Personalarchiv der Komintern wurde nicht entsprechend der Parteizugehörigkeit geführt, sondern folgte stärker dem Prinzip der Staatsangehörigkeit. Unterstellt, daß die Systematik des Kominternarchivs kein bürokratisches Zufallsprodukt ist, sondern kominternimmanente politische Prozesse widerspiegelt, dann ergibt sich folgende Vermutung: Die Parteizugehörigkeit stellte für die Personalpolitik der Komintern kein sektionsbildendes Kriterium dar, obwohl eben dies durch die Statuten der Komintern vorgesehen war. Die Identifizierung der *nationalen Sektionen in der Komintern* ist eine andere als sie sich ergäbe, sobald man von den *nationalen Sektionen der Komintern* ausgeht. Man wird also zwischen nationaler Sektion der Komintern und Kominternsektion unterscheiden müssen.

Neben der Staatsbürgerschaft wäre die regionale Herkunft oder vielleicht sogar die ethnische Zugehörigkeit ein mögliches Kriterium. Welches dieser drei Kriterien tatsächlich sektionsbildend im Sinne der Archivsystematik der Komintern war, dieser Frage möchte ich im nächsten Schritt mit einer Untersuchung der einzelnen Geburtsorte näher nachgehen.

### 3. DIE REGIONALE VERTEILUNG DER GEBURTSORTE VON »KOMINTERNERN« AUS DEN SEKTIONEN UNGARN, TSSCHECHOSLOWAKEI, ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND

Eine Analyse der regionalen Herkunft der einzelnen »Kominternern« aus den hier untersuchten vier Ländern könnte nähere Aufschlüsse u. a. darüber bieten, welchen geographischen Kriterien die Personalpolitik der Komintern tatsächlich folgte und ob sich dahinter nicht eine geopolitische Ausrichtung verbergen könnte, ob es signifikante Unterschiede zwischen der regionalen Präsenz der jeweiligen Partei in ihrem Heimatland und der regionalen Präsenz der Komintern in der jeweiligen Sektion gibt, welche sozialen Milieus (industrieproletarische, multiethnische, periphere usw.) innerhalb der »Kominternern« der jeweiligen Sektion überwogen.

Im Hinblick auf die notwendige Quellenkritik ist der Geburtsort, trotz zahlreicher Umbenennungen, politischer Verschiebungen und Bezeichnungsvarianten einzelner Regionen, Städte und Ortschaften, ein durchaus objektives Kriterium. Die archivgestützten Aussagen zum Geburtsort sind auch deshalb relativ glaubhaft, weil es keine besonderen Gründe gab, die wahren Angaben vor den Organen der Komintern zu verschleiern. Bis auf wenigen Ausnahmen enthalten die Aussagen zum Geburtsort in der Datenmaske auch keine widersprüchlichen Angaben.

Alle vier untersuchten Länder waren nach dem Ersten Weltkrieg erheblichen territorialen und politischen Veränderungen unterworfen. Im Falle der Tschechoslowakei handelte es sich sogar um die Neugründung eines Staates. Diese Veränderungen und Brüche vollzogen sich zeitgleich mit der Gründungsphase der Komintern und mit den Gründungen der »nationalen« kommunistischen Parteien, die selbst in unterschiedlichem Maße integraler Bestandteil der territorialen und politischen Veränderungen ihrer Länder waren.

Die folgende Betrachtung geht von den territorialen Gegebenheiten nach dem Ersten Weltkrieg aus, wobei für die regionale Zuordnung der Geburtsorte allerdings zu berücksichtigen bleibt, daß die überwältigende Mehrheit der »Kominternern« aus diesen Ländern vor Beginn des Ersten Weltkrieges geboren wurde.

Nehmen wir das Kriterium des Geburtsortes als Grundlage für eine Analyse der vier hier untersuchten Sektionen in der Komintern, so ergibt sich das folgende Ergebnis. Beginnen möchte ich mit Ungarn.

### 3.1. Ungarn

Von 338 Personen mit Komintern-Bezug in der Datenbank zu Ungarn machten 293 Personen (86,7 Prozent) Angaben zum Geburtsort. Von diesen wiederum wurden 198 Personen (67,6 Prozent) in Komitaten auf dem nach 1920 bestehenden ungarischen Staatsgebiet geboren, 88 Personen (30,0 Prozent) in anderen Regionen Österreich-Ungarns, darunter lediglich sechs Personen in Provinzen außerhalb des früheren Königreiches Ungarn. Sieben Personen (2,4 Prozent) gaben Geburtsorte außerhalb Österreich-Ungarns an, darunter drei Geburtsorte auf dem Territorium des früheren Rußländischen Reiches.

Als Vergleichsgröße für die regionale Verteilung der Geburtsorte gebe ich die Ergebnisse der 1910 in allen Kreisen, Bezirken, Provinzen und Komitaten Österreich-Ungarns durchgeführten Volkszählung an. Damit sind die Zahlen zwischen Ungarn, der Tschechoslowakei und Österreich jeweils korrelierbar und die territorialen Veränderungen nach 1919 weitgehend einrechenbar. Das Jahr 1910 bietet sich als Referenzgröße auch deshalb an, weil die meisten »Kominterner« aus diesen Ländern um das Jahr 1910 herum geboren wurden. Für die Datenbank zu Ungarn führt eine entsprechende Betrachtung zu folgendem Ergebnis, wobei die administrative Struktur Ungarns nach 1920 zugrunde gelegt wird:

Komitat	Geburtsorte	Anteil an der Bevölkerung Ungarns (1910, %) <sup>18</sup>
Bács-Kiskun	8 2,7%	ca. 9,6, z. T. zu Bács-Bodrog
Baranya	5 1,7%	4,3
Békés	9 3,1%	3,5
Borsod-Anaúj-Zemplén	14 4,8%	6,9
Stadt Budapest	76 25,9%	ca. 10,5, zu Pest
Csongrád	3 1,0%	5,3
Fejér	6 2,0%	3,0
Győr-Moson-Sopron	6 2,0%	6,7

<sup>18</sup> Die den nachfolgenden Prozentangaben zur Bevölkerung zugrundeliegenden Zahlen wurden jeweils entnommen aus [www.Lexikon.freenet.de/Königreich\\_Ungarn](http://www.Lexikon.freenet.de/Königreich_Ungarn). Da die Komitatsgrenzen von 1910 z. T. nur sehr ungefähr denen nach 1920 entsprechen, vor allem an den Außengrenzen Ungarns, können die Vergleichszahlen nur eine grobe Orientierung bieten und erheben keinen Anspruch auf absolute Exaktheit. Eine zweifelsfreie Zuordnung von Bevölkerungszahlen aus der Zeit von vor 1919 zu den ungarischen Komitaten nach 1920 war nicht zu ermitteln.



Komitat	Geburtsorte		Anteil an der Bevölkerung Ungarns (1910, %)
Hajdú-Bihar	9	3,1%	2,6
Heves	3	1,0%	3,1
Jász-Nagykun-Szolnok	8	2,7%	4,3
Nógrád	3	1,0%	2,9
Pest	10	3,4%	ca. 6,0, ohne Budapest
Komárom-Esztergom	5	1,7%	3,2
Somogy	9	3,1%	4,4
Szabolcs-Szatmár-Bereg	11	3,8%	7,6
Tolna	2	0,7%	3,4
Vas	3	1,0%	5,2
Veszprém	2	0,7%	2,9
Zala	6	2,0%	4,8

Auffallend ist zunächst der überproportional hohe Anteil der aus der Hauptstadt Budapest sowie aus der Hortobágy und dem südöstlich angrenzenden Teil des Ungarischen Tieflandes (Komitate Hajdú-Bihar und Békés) stammenden »Kominternern« der »ungarischen« Sektion in der Komintern. Die anderen Komitate sind eher unterproportional vertreten, was jedoch nicht verwundern kann, denn ein erheblicher Teil der »ungarischen« Sektion in der Komintern wurde ja nicht auf dem nach 1920 zu Ungarn gehörenden Territorium geboren. Allerdings haben die Komitate entlang der Donau und der Theiß (besonders Nógrád, Bács-Kiskun, Tolna und Csongrád) und an der österreichischen Grenze (Győr-Moson-Sopron, Vas sowie Veszprém) im Verhältnis zur Bevölkerung einen signifikant geringen Anteil unter den »Kominternern« der »ungarischen« Sektion in der Komintern.

Wird die Darstellung auf andere Gebiete des früheren Österreich-Ungarns ausgedehnt, so ergibt sich folgendes Bild:

andere Regionen Österreich-Ungarns	Geburtsorte		Anteil an der Bevölkerung im Königreich Ungarn (1910, %)
Slowakei	33	11,3%	13,1
Ruthenien	9	3,1%	2,2
Jugoslawien	12	4,1%	18,0
Siebenbürgen und Banat	28	9,6%	25,5
Österreich	4	1,4%	–
Mähren	2	0,7%	–

Für diese Zahlen ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß die genannten Regionen nach 1919/1920 außerhalb Ungarns lagen, weshalb die aus ihnen stammenden »Komintern« dem Partei/Länder-Prinzip zufolge eigentlich anderen *Sektionen der Komintern* hätten zugeordnet werden müssen. Zwei Umstände erscheinen mir jedoch bemerkenswert.

*Erstens:* Der Anteil der aus der Slowakei und Ruthenien stammenden »Komintern« aus der Datenbank zu Ungarn (sie müßten dem Partei/Länder-Prinzip zufolge der Tschechoslowakei zugeordnet werden) entspricht erstaunlicherweise in etwa dem Anteil dieser beiden Regionen an der Bevölkerung des früheren Königreiches Ungarn, im Gegensatz zu den meisten Komitaten Ungarns in den Grenzen nach 1920. Die aus Jugoslawien, Siebenbürgen und dem Banat stammenden »Komintern« in der Datenbank zu Ungarn sind hingegen erwartungsgemäß unterproportional im Verhältnis zur Bevölkerung repräsentiert, denn dem Partei/Länder-Prinzip zufolge müßten sie in den Beständen zu Jugoslawien bzw. Rumänien zu finden sein.

Daß die Slowakei und Ruthenien in der ungarischen Datenbank so anders repräsentiert sind als Jugoslawien und Rumänien mag vielleicht gar kein Zufall sein, wenn man sich die Geschichte der Ungarischen Räterepublik vor Augen hält: zum einen die Unterstützung für die »Partei der Nationalen Einigung« von István Graf Bethlen in den Grenzgebieten zu Deutsch-Österreich sowie für die Szegediner Gegenregierung von Gyula Graf Károlyi im Alföld und Transdanubien; zum anderen die Bestrebungen der Räteregierung, über die Ostslowakei und Ruthenien eine gemeinsame Grenze mit Sowjetrußland herzustellen.<sup>19</sup> Inwieweit die Entwicklungen des Jahres 1919 jedoch tatsächlich Einfluß auf die regionale Häufigkeit von »Kominternern« der »ungarischen« Sektion in der Komintern gehabt haben, läßt sich nur mit einzelbiographischen Untersuchungen verifizieren, auf die ich hier aus Platzgründen verzichten muß.

*Zweitens:* Unter den Regionen des früheren Österreich-Ungarns sind die Provinzen außerhalb des früheren Königreiches Ungarns signifikant gering repräsentiert, was m. E. die am Ende des zweiten Abschnitts geäußerte These zur Personalpolitik der Komintern präzisiert: Offenbar wurde das Personalarchiv der Komintern nicht schlechthin nach dem Prinzip der Staatsangehörigkeit oder der regionalen Herkunft geführt,

---

19 Einen Überblick bietet u. a. Karl-Heinz Gräfe: Von der Asternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19. In: UTOPIE kreativ. Berlin (Oktober 2004)168. S. 885ff.

sondern man berücksichtigte durchaus auch die territorialen Verhältnisse in Europa vor dem Ersten Weltkrieg.

Dieser Umstand wird in der folgenden zusammenfassenden Übersicht zur »ungarischen« Sektion in der Komintern besonders deutlich:

Regionen	Geburtsorte
Ungarn nach 1920	198 67,6%
andere Regionen Transleithaniens	82 28,0%
Regionen Cisleithaniens	6 2,0%
andere (Deutschland, Rußland, Norwegen)	7 2,4%

Für eine historisch-soziologische Betrachtung der regionalen Häufigkeitsverteilung wäre es nun erforderlich, anhand der in den Datenmasken erfaßten Einzelmerkmale für die »Komintern« aus den einzelnen Regionen gewissermaßen kollektivbiographische Typen zu rekonstruieren und sie in Beziehung zu setzen mit den wirtschaftlichen und sozialen, ethnisch-nationalen, politischen usw. Besonderheiten der jeweiligen Region. Dieses muß jedoch einer umfangreicheren Länderstudie vorbehalten bleiben, was in gleicher Weise für alle weiteren drei untersuchten Länder zutrifft.

### 3.2. *Tschechoslowakei*

Von 673 Personen mit Komintern-Bezug in der Datenbank zur Tschechoslowakei machten 484 Personen (71,9 Prozent) Angaben zum Geburtsort. Von diesen wiederum wurden 424 Personen (87,6 Prozent) auf dem Territorium des nach 1920 bestehenden tschechoslowakischen Staatsgebietes geboren, 29 Personen (6,0 Prozent) hingegen in anderen Regionen Österreich-Ungarns. 31 Personen (6,4 Prozent) gaben Geburtsorte außerhalb Österreich-Ungarns an, darunter 19 Geburtsorte auf dem Territorium des früheren Rußländischen Reiches.

Die regionale Verteilung der Geburtsorte für die Datenbank zur Tschechoslowakei führt im einzelnen zu folgendem Ergebnis, wobei die administrative Struktur der Tschechoslowakei nach 1920 zugrunde gelegt wird.

Region	Geburtsorte	Anteil an der Bevölkerung der Tschechoslowakei (1910, %) <sup>20</sup>	
Nordböhmen	81	16,7%	12,1
Mittelböhmen	86	17,8%	14,8
– darunter Stadt Prag	48	9,9%	4,9
Westböhmen	38	7,9%	9,3
Südböhmen	17	3,5%	6,8
Ostböhmen	34	7,0%	11,6
Nordmähren und Mährisch-Schlesien	38	7,9%	12,2
Südmähren	52	10,7%	13,5
Westslowakei	30	6,2%	10,1
Mittelslowakei	26	5,4%	2,6
Ostslowakei	22	4,5%	7,2
– darunter Ruthenien	13	2,7%	3,1

Auffallend an den Geburtsorten der »Kominterner« aus der Datenbank zur Tschechoslowakei ist zunächst die relative Ausgeglichenheit der regionalen Häufigkeitsverteilung, selbst im Vergleich einzelner böhmischer und mährischer Regionen untereinander. Dies verstärkt den schon zuvor bei der Betrachtung der Partei- und der Staatszugehörigkeit festgestellten Eindruck, daß die »tschechoslowakische« Sektion in der Komintern eine sehr kompakte war. Dies ist meiner Meinung nach deshalb bemerkenswert, weil in der politischen Organisation der Tschechoslowakischen Republik ab 1919 Böhmen und Mähren eindeutig dominierten, die Slowakei hingegen – im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung – unterrepräsentiert war.<sup>21</sup> Dieses Ungleichgewicht bestand nach 1919 auch

20 Die den nachfolgenden Prozentangaben zur Bevölkerung zugrundeliegenden Zahlen wurden entnommen aus [www.library.uu.nl/wesp/populstat](http://www.library.uu.nl/wesp/populstat) und [www.Lexikon.free-net.de/Königreich\\_Ungarn](http://www.Lexikon.free-net.de/Königreich_Ungarn). Soweit sie Böhmen, Mähren und Schlesien betreffen, beziehen sie sich auf die mit der Staatsgründung gebildeten Provinzen. Soweit sie die Slowakei betreffen, gelten dieselben Einschränkungen wie in bezug auf die ungarischen Komitate.

21 Siehe dazu u. a. Bärbel Birnstengel: Tschechisch-slowakische Beziehungen seit 1918. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Heft 4: Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. S. 109ff. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. In: Ebenda. Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. S. 37ff.

innerhalb der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, insbesondere zwischen Böhmen und den anderen Landesteilen.<sup>22</sup> Für die »tschechoslowakische« Sektion in der Komintern, d. h. für die Personalpolitik aus Sicht der Weltpartei, galt dies jedoch offenbar nicht in diesem Maße, was in folgender Übersicht nochmals verdeutlicht werden soll:

Region	Geburtsorte	Anteil an der Bevölkerung der Tschechoslowakei (1910, %)	
Böhmen	256	60,4%	54,4%
Mähren und Mährisch-Schlesien	90	21,2%	25,7%
Slowakei und Ruthenien	78	18,4%	19,9%

Im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung ist auch für die Datenbank zur Tschechoslowakei – wie in der zu Ungarn – der überproportionale Anteil der Hauptstädter hervorzuheben. Ebenfalls überproportional vertreten sind »Kominternern«, die aus der Mittelslowakei stammen. Unterproportional im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung vertreten sind hingegen »Kominternern« aus Süd- und Ostböhmen, Nordmähren und Mährisch-Schlesien, sowie aus der Westslowakei.

Vertreter aus den anderen Regionen des früheren Österreich-Ungarns gibt es in der »tschechoslowakischen« Sektion in der Komintern nur relativ wenige, und unter ihnen sind Transleithanien (zu dem früher die Slowakei und Ruthenien gehörten) und Cisleithanien (zu dem früher Böhmen, Mähren und der österreichische Teil Schlesiens gehörten) etwa gleich stark vertreten, was folgende Tabelle verdeutlicht:

andere Regionen Österreich-Ungarns	Geburtsorte %	
andere Regionen Transleithaniens	15	3,1
andere Regionen Cisleithaniens	14	2,9

Zusammengefaßt läßt sich die Häufigkeitsverteilung der Geburtsorte von »Kominternern« aus der Datenbank zur Tschechoslowakei wie folgt darstellen:

---

22 Da mir dazu keine neuere Studie vorliegt, verweise ich auf Grundriß der Geschichte der KP Tsch. 2. Aufl. Prag 1985. – Bei den Ursachen für dieses Ungleichgewicht wird jedoch m. E. einseitig auf die Entwicklungsdisparitäten zwischen den einzelnen Landesteilen verwiesen und die politische Grundkonstellation der ersten Republik unterbelichtet.

Regionen	Geburtsorte %	
Tschechoslowakei nach 1920	424	87,6
andere Regionen Österreich-Ungarns	29	6,0
andere (u. a. Deutschland, Rußland, Schweiz, USA)	31	6,4

### 3.3. Österreich

Von 596 Personen mit Komintern-Bezug machten 475 Personen (79,7 Prozent) Angaben zum Geburtsort. Von diesen wiederum wurden 348 Personen (73,3 Prozent) auf dem Territorium des nach 1919 bestehenden österreichischen Staatsgebietes geboren, 90 Personen (18,9 Prozent) in anderen Regionen Österreich-Ungarns. 37 Personen (7,8 Prozent) gaben Geburtsorte außerhalb Österreich-Ungarns an, darunter 19 Geburtsorte auf dem Territorium des früheren Rußländischen Reiches.

Die regionale Verteilung der Geburtsorte für die Datenbank zu Österreich führt zu folgendem Ergebnis, wobei die föderale Struktur Österreichs nach 1919 zugrunde gelegt wird.

Bundesland	Geburtsorte		Anteil an der Bevölkerung Österreichs (1910, %) <sup>23</sup>
Burgenland	3	0,6%	4,4
Kärnten	13	2,7%	5,6
Niederösterreich	34	7,2%	21,4
Oberösterreich	25	5,3%	12,8
Salzburg	7	1,5%	3,2
Steiermark	33	6,9%	14,4
Tirol	12	2,5%	4,6
Wien	221	46,5%	31,3

Gegenüber der tschechoslowakischen präsentiert sich die »österreichische« Sektion in der Komintern als deutlich weniger kompakt. Auffallend ist auch hier der überproportional hohe Anteil der aus der Hauptstadt stammenden »Kominternern«, was offenbar typisch ist für die Sektionen in der Komintern. Während jedoch in der Datenbank zu Ungarn ein Vier-

23 Die den nachfolgenden Prozentangaben zur Bevölkerung zugrundeliegenden Zahlen wurden entnommen aus [www.statistik.at](http://www.statistik.at) und beziehen sich auf die heutigen Grenzen der entsprechenden Bundesländer.

tel und in der zur Tschechoslowakei ca. zehn Prozent aller »Komintern« aus der jeweiligen Hauptstadt stammten, so wurde in der Datenbank zu Österreich fast jeder Zweite in Wien geboren. Alle anderen Bundesländer sind im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung unterproportional vertreten, am stärksten das Burgenland an der Grenze zu Ungarn (die grenznahen Komitate auf der ungarischen Seite waren – wie gesehen – ebenfalls unterproportional vertreten) und Niederösterreich. In Vorarlberg ist in der Datenbank zu Österreich nicht ein einziger »Komintern« geboren.<sup>24</sup>

andere Regionen Österreich-Ungarns	Geburtsorte	Anteil an der Bevölkerung Cisleithaniens (1910, %) <sup>25</sup>
Böhmen	18 3,8%	23,7
Mähren und Mährisch-Schlesien	13 2,7%	11,8
Galizien	19 4,0%	28,1
Slowakei	2 0,4%	–
Ungarn	14 2,9%	–
Siebenbürgen	5 1,1%	–
Bukowina	10 2,1%	2,8
Jugoslawien	7 1,5%	–
Görz, Istrien und Triest <sup>26</sup>	2 0,4%	3,1

Auch für diese Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die genannten Regionen nach 1919/1920 außerhalb Österreichs lagen und die aus ihnen stammenden »Komintern« dem Partei/Länder-Prinzip zufolge eigentlich anderen Sektionen der Komintern hätten zugeordnet werden müssen.

Erstaunlicherweise entspricht jedoch der Anteil der aus der Bukowina stammenden »Komintern« in der Datenbank zu Österreich (sie müßten dem Partei/Länder-Prinzip zufolge Rumänien bzw. der Sowjetunion zugeordnet werden) in etwa dem Anteil dieser Region an der Bevölkerung Cisleithaniens. Die aus anderen Teilen des früheren Österreich-Ungarns stammenden »Komintern« in der Datenbank zu Österreich sind

24 Die Personalakte des einzigen »Kominterners« aus Vorarlberg, Gustav Wilhelm Röbelen, ist im Bestand für Deutschland archiviert und entsprechend nur dort berücksichtigt.

25 Die den nachfolgenden Prozentangaben zur Bevölkerung zugrundeliegenden Zahlen wurden entnommen aus [www.library.uu.nl/wesp/populstat/Europe/austriop](http://www.library.uu.nl/wesp/populstat/Europe/austriop).

26 Triest hat unter der Nummer 495/262 im Kominternarchiv einen gesonderten Partei/Länder-Bestand.

hingegen erwartungsgemäß unterproportional im Verhältnis zur Bevölkerung repräsentiert, denn dem Partei/Länder-Prinzip zufolge müßten sie in den Beständen zur Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Italien zu finden sein. Unter diesen sind »Komintern« aus den südlichen Provinzen Cisleithaniens in der Datenbank zu Österreich so gut wie gar nicht vertreten. Auch die Komitate des früheren Königreiches Ungarn sind signifikant gering repräsentiert, was m. E. die zuvor geäußerte These zur Personalpolitik der Komintern erhärtet.

Dieser Umstand wird auch in der folgenden zusammenfassenden Übersicht deutlich:

Regionen	Geburtsorte %	
Österreich nach 1920	348	73,3
Komitate im früheren Königreich Ungarn	28	5,9
andere Regionen Cisleithaniens	62	13,0
andere (u. a. Deutschland, Rußland, USA)	37	7,8

Im folgenden möchte ich mich nochmals der These zuwenden, daß die Personalpolitik der Komintern nicht dem Prinzip der Parteizugehörigkeit folgte, sondern dem Prinzip der Staatsangehörigkeit oder gar der regionalen Herkunft.

Wird die Staatenwelt nach dem Ersten Weltkrieg als Grundlage für die Ländersystematik im Kominternarchiv zugrunde gelegt, dann sind die Abweichungen in den drei Datenbanken z. T. weitaus höher als beim Kriterium Staatsbürgerschaft (eine durchschnittliche Abweichung von 24 Prozent gegenüber sieben Prozent bei der Staatsbürgerschaft für diese drei Länder). Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn unterstellt wird, die Komintern hätte bei der Zuordnung einzelner Personalien zu den Partei/Länder-Beständen die Staatenwelt von vor 1919 vor Augen gehabt. Dann ließe sich für die Datenbanken der drei Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns durchaus sagen, daß hier eine gegenüber der Staatsbürgerschaft noch stärkere Annäherung an ein sektionsbildendes Kriterium für die Komintern gelungen ist (die durchschnittliche Abweichung beträgt nur noch sechs Prozent).

Einige Indizien sprechen meines Erachtens für eine solche Vermutung: *Erstens* sind in der Datenbank für Ungarn Personen, die außerhalb des früheren Königreiches Ungarn geboren wurden, in überaus geringem Maße vertreten. Umgekehrt gibt es in der Datenbank für Österreich relativ wenige Personen, die innerhalb des früheren Königreiches Ungarn



geboren wurden. In der Datenbank für die Tschechoslowakei sind die Personen, die nicht auf tschechoslowakischem Staatsgebiet, aber im früheren Cisleithanien bzw. Transleithanien geboren wurden, etwa gleich stark vertreten.

Ein *zweites* Indiz für diese Sichtweise der Komintern ergibt sich aus der Analyse der »russischen« Sektion in der Komintern, denn die Zahl der aus dem früheren Rußländischen Reich stammenden Personen in Beständen zu anderen Ländern ist nur beim Kriterium der Geburtsorte signifikant klein (unter vier Prozent und damit etwa dreimal geringer als beim Kriterium Staatsbürgerschaft). Vereinfacht kann man sagen, daß aus Sicht der »russischen« Sektion in der Komintern die Angehörigen aller übrigen Kominternsektionen all jene Personen sind, die – mit Ausnahme der ab 1918 unabhängig gewordenen früheren Teile des Rußländischen Reiches – ihren Ursprung nicht auf rußländischem Boden haben.

Nehmen wir für einen Moment diesen vermuteten Blickwinkel der Komintern in bezug auf die drei Sektionen aus den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zur Grundlage, so ergibt sich folgendes Bild hinsichtlich der Geburtsorte in Österreich-Ungarn (aus einigen Regionen der Doppelmonarchie gibt es keinen einzigen Vertreter in den hier untersuchten drei Datenbanken):

Regionen Österreich-Ungarns	Geburtsorte	Anteil an der Bevölkerung Österreich-Ungarns (1910, %) <sup>27</sup>	
Österreich	362	28,9%	13,8
Böhmen	274	21,9%	14,2
Mähren und Mährisch-Schlesien	105	8,4%	7,0
Galizien	20	1,6%	16,7
Slowakei	100	8,0%	4,4
Ruthenien	22	1,8%	0,8
Ungarn	223	17,8%	18,8
Siebenbürgen und Banat	36	2,9%	9,2
Bukowina	11	0,9%	1,7
Jugoslawien und Dalmatien	20	1,7%	9,1
Görz, Istrien und Triest	4	0,3%	1,9

27 Die diesen Berechnungen zugrundeliegenden Zahlen siehe [www.library.uu.nl/wesp/populstat/Europe/austriop](http://www.library.uu.nl/wesp/populstat/Europe/austriop).

In dieser zusammenfassenden Darstellung wird deutlich, daß »Komintern«, die außerhalb der betrachteten drei Länder (Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich) geboren wurden, unterproportional im Verhältnis zur Bevölkerung vertreten sind. Personalakten von »Kominternern« aus diesen Regionen sollten ja auch in anderen Partei/Länder-Beständen vermutet werden. Die archivsystematisch sehr differenzierte Zuordnung dieser »Kominternern« zu den einzelnen hier untersuchten Datenbanken, die die These zur Personalpolitik der Komintern z. T. erhärten kann, geht bei einer solchen Gesamtschau natürlich verloren.

Es ist jedoch auffällig, daß in den Datenbanken zu den drei hier untersuchten Länder kaum oder gar keine »Kominternern« vertreten sind, die aus den nach 1919 zu Italien gehörenden Regionen, aus Dalmatien, der Herzegowina und Bosnien stammen (von den insgesamt 20 im späteren Jugoslawien Geborenen stammt ein einziger aus Bosnien, alle anderen aus Kroatien, Slowenien und der Vojvodina). Eine ähnliche Konsequenz bei der Aktenzuordnung ließ die Komintern hinsichtlich der früher an das Rußländische Reich grenzenden Regionen Österreich-Ungarns jedoch vermissen. Vielleicht ist dies nur das Ergebnis eines sich statistisch ergebenden Zufalls (zur eingeschränkten Repräsentativität der einzelnen Datenbank hatte ich mich bereits weiter oben geäußert). Vielleicht ist dies aber auch kein Zufall, sondern die Folge einer Sichtweise der Kominternorgane, die der späteren Locarno-Politik der Weimarer Republik entsprach und Ende der 1930er Jahre ihren Ausdruck in den völkerrechtswidrigen geheimen Zusatzprotokollen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag ihren Niederschlag fand. Dazu wäre es neben einer weitergehenden Untersuchung der hier untersuchten Partei/Länder-Bestände überaus interessant, die Partei/Länder-Bestände zu Rumänien und Jugoslawien im Kominternarchiv zu untersuchen, was für die vorliegende Gesamtdatenbank des Projekts jedoch nicht geschehen ist.

Nimmt man die Regionen des früheren Österreich-Ungarns, die nach 1919/1920 nicht zum Staatsgebiet Österreichs, der Tschechoslowakei bzw. Ungarns gehörten, sowie die aus diesen Regionen stammenden »Kominternern« in den drei Datenbanken aus der Berechnung heraus, so ergibt sich folgendes Bild:

Regionen Österreich-Ungarns	Geburtsorte	Anteil an der Gesamtbevölkerung Ungarns, der Tschechoslowakei und Österreichs (1910, %)
Österreich	362 33,3%	23,4
Böhmen	274 25,2%	24,1
Mähren und Mährisch-Schlesien	105 9,7%	11,9
Slowakei	100 9,2%	7,5
Ruthenien	22 2,0%	1,4
Ungarn	223 20,5%	31,7

Hier wird deutlich, daß die aus Österreich und der Slowakei stammenden »Kominterner« überproportional im Verhältnis zur Bevölkerung vertreten sind, aus Ungarn stammende hingegen unterproportional. Die anderen Regionen sind in etwa proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Eine grenzüberschreitende Betrachtung im Zusammenhang mit der vorherigen Darstellung der einzelnen Komitate, Regionen und Bundesländer ergibt nun einige aus meiner Sicht bemerkenswerte Schlußfolgerungen:

Für alle drei Länder ist charakteristisch, daß die Hauptstädte als wirtschaftliche, politisch-administrative und kulturelle Zentren mit verschiedenen ausgeprägten multiethnischen sozialen Strukturen überproportional vertreten sind: am deutlichsten Budapest, weniger deutlich Wien, obwohl die aus Wien stammenden »Kominterner« in der Datenbank zu Österreich eindeutig dominieren.<sup>28</sup>

Betrachtet man die außerhalb der Hauptstädte liegenden industriellen Zentren des früheren Österreich-Ungarns, so läßt sich keine signifikante Häufigkeit von »Kominternern« feststellen, die dort geboren wurden: »Kominterner« aus Westböhmen (Plzen) und Südmähren (Brno) sind proportional vertreten, »Kominterner« aus Mährisch-Schlesien (Ostava), Oberösterreich (Linz), der Steiermark (Graz) und aus dem Komitat

---

28 In Budapest geboren wurden außerdem sieben »Kominterner« in der Datenbank zu Österreich (von 14 insgesamt in Ungarn Geborenen) und drei in der Datenbank zur Tschechoslowakei (von 15 in anderen Regionen Transleithaniens Geborenen), in Wien drei »Kominterner« in der Datenbank zu Ungarn (von sechs in Cisleithanien Geborenen) und sieben in der Datenbank zur Tschechoslowakei (von 14 in anderen Regionen Cisleithaniens Geborenen), in Prag zwei »Kominterner« in der Datenbank zu Österreich (von 18 in Böhmen Geborenen) und keiner in der Datenbank zu Ungarn.

Borsod-Abaúj-Zemplén (Miskolc) eher unterproportional. Ähnlich uneinheitlich präsentieren sich die Peripherien der einzelnen Länder. Es läßt sich allerdings eine signifikant unterproportional vertretene Zone feststellen, die sich halbkreisförmig durch die drei Länder zieht: von Ostböhmen und Nordmähren über Südböhmen, dann Niederösterreich (um das »rote Wien« herum) und Burgenland, weiter über die Komitate Győr-Moson-Sopron, Vas, Veszprém, Tolna und Baranya bis in die Komitate Bács-Kiskun und Csongrád.

### 3.4. Deutschland

Zum Schluß möchte ich mich den Geburtsorten der »Komintern« in der Datenbank zu Deutschland zuwenden.

Von 2.275 Personen mit Komintern-Bezug machten 1.792 Personen (78,8 Prozent) Angaben zum Geburtsort. Von diesen wiederum wurden 1.398 Personen (78,0 Prozent) in Ländern der Weimarer Republik geboren und 54 Personen (3,0 Prozent) in vor 1919 zum Deutschen Reich gehörenden Bundesstaaten und Gebieten. 121 Personen (6,8 Prozent) wurden auf dem Territorium des früheren Österreich-Ungarns geboren, davon wiederum lediglich 25 Personen in den Grenzen des früheren Königreiches Ungarn. Insgesamt 219 Personen (12,2 Prozent) gaben Geburtsorte außerhalb des vor 1919 bestehenden Deutschen Reiches bzw. Österreich-Ungarns an, darunter allein 183 (10,2 Prozent) Geburtsorte auf dem Territorium des früheren Rußländischen Reiches.

Den beiden weiter oben entwickelten Thesen, die Komintern hätte *erstens* bei der Zuordnung einzelner Personalien zu den Partei/Länder-Beständen bezüglich der Ostgrenzen die Staatenwelt von vor 1919 vor Augen gehabt und *zweitens* aus Sicht der »russischen« Sektion in der Komintern seien die Angehörigen aller übrigen Kominternsektionen all jene Personen, die – mit Ausnahme der ab 1918 unabhängig gewordenen früheren Teile des Rußländischen Reiches – ihren Ursprung nicht auf rußländischem Boden haben, scheint die Datenbank für Deutschland auf den ersten Blick zu widersprechen: *Erstens* ist die Zahl der in den vor 1919 zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten Geborenen signifikant klein, insbesondere im Verhältnis zur Zahl derjenigen, deren Geburtsorte auch vor 1919 außerhalb Deutschlands lagen. *Zweitens* stammen über zehn Prozent aller erfaßten Personen der »deutschen« Sektion in der Komintern aus dem früheren Rußländischen Reich. Um diesem Wider-

spruch auf die Spur zu kommen, bedarf es einer eingehenden Untersuchung der regionalen Verteilung der Geburtsorte.

Beginnen möchte ich jedoch mit den Geburtsorten der aus Deutschland stammenden »Kominternler« in der Datenbank zu Deutschland. Als Vergleichsgröße für die regionale Verteilung der Geburtsorte sollen die Anteile der einzelnen Parteibezirke an der Gesamtmitgliederzahl der KPD für 1929 dienen. Vergleichszahlen zur regionalen Mitgliederstruktur der jeweiligen Partei eröffnen für die Interpretation gegenüber Vergleichszahlen zum Anteil an der Bevölkerung interessante neue Felder, wie ich das in bezug auf die KPTsch weiter oben bereits angedeutet habe. In bezug auf Deutschland habe ich daher auf die Korrelation zwischen regionaler Verteilung der Geburtsorte und dem Anteil der Länder an der Gesamtbevölkerung verzichtet, obwohl auch dieser Vergleich mit Hilfe der weiter oben für Österreich-Ungarn benutzten Quellen machbar gewesen wäre. Das Jahr 1929 bietet sich als Referenzgröße auch deshalb an, weil dieses Jahr für die meisten »Kominternler« aus der »deutschen« Sektion nahe am durchschnittlichen Zeitpunkt des Eintrittes in die Komintern liegt.

Nimmt man die föderale Struktur der Weimarer Republik nach 1919 zur Grundlage, so führt eine Betrachtung der regionalen Verteilung der Geburtsorte in der Datenbank zu Deutschland zu folgendem Ergebnis:

Land/Provinz/Gebiet	Geburtsorte	Anteil an den Mitgliedern der KPD (1929, %) <sup>29</sup>
Preußen	856	47,8%
– darunter Berlin	327	18,2%
– darunter Brandenburg	45	2,5%
– darunter Grenzmark		
Posen-Westpreußen	6	0,3%
– darunter Hannover	29	1,6%
– darunter Hessen-Nassau	30	1,7%
– darunter Hohenzollern	3	0,2%
– darunter Niederschlesien	32	1,8%
		15,8
		zu Berlin-Brandenburg
		zu Berlin-Brandenburg
		1,5
		0,6
		zu Württemberg
		1,5

29 Die Zahlen und Angaben wurden entnommen aus Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. I. Frankfurt am Main 1969. S. 367ff. – Die Grenzen der KPD-Bezirke entsprechen nicht immer den Länder- bzw. Provinzgrenzen, vor allem nicht im Ruhrgebiet, in Hessen, in der Provinz Hannover und in der Provinz Sachsen. Dies ist bei einer Bewertung der Zahlen zu berücksichtigen.

Land/Provinz/Gebiet	Geburtsorte	Anteil an den Mitgliedern der KPD (1929, %)	
– darunter Oberschlesien	27	1,5%	0,8
(darunter acht in dem ab 1922 polnischen Teil)			
– darunter Ostpreußen	64	3,6%	1,9
– darunter Pommern	19	1,1%	1,3
– darunter Provinz Sachsen	67	3,7%	11,5
– darunter Rheinprovinz	145	8,1%	10,2
– darunter Schleswig-Holstein	22	1,2%	zu Wasserkante (Hamburg)
– darunter Westfalen	40	2,2%	6,7
Anhalt	5	0,3%	zu Magdeburg (Prov. Sachsen)
Baden	36	2,0%	1,8
Bayern	95	5,3%	
– darunter Bayern	83	4,6%	3,4
– darunter Pfalz	12	0,7%	0,8
Braunschweig	7	0,4%	zu Niedersachsen (Hannover)
Bremen	17	0,9%	2,3
Hamburg	84	4,7%	8,9
Hessen	13	0,7%	3,6
Lippe und Schaumburg-Lippe	2	0,1%	zu Ruhr (Westfalen)
Mecklenburg-Schwerin/-Strelitz	10	0,6%	0,7
Oldenburg	2	0,1%	zu Nordwest (Bremen)
Saargebiet	16	0,9%	1,0
Sachsen	175	9,8%	17,0
Thüringen	41	2,3%	4,7
Württemberg	39	2,2%	2,2

Analog zu den bisher untersuchten drei Ländern sind auch hier »Komintern« aus der Hauptstadt überproportional vertreten (hier jedoch im Vergleich zur Mitgliederstruktur der kommunistischen Partei), allerdings in geringerem Maße. In stärkerem Maße überproportional vertreten in der Datenbank zu Deutschland sind »Komintern« aus den an das frühere Rußländische Reich und nach 1919/1920 an Polen angrenzenden preußischen Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen, sowie aus Hessen-Nassau, in geringerem Maße aus Bayern und der preußischen Provinz Hannover. Unterproportional vertreten sind in der Datenbank zu Deutschland hingegen »Komintern« aus den preußischen Provinzen

Westfalen und Sachsen, aus den Ländern Hessen und Sachsen, aus Thüringen, Oldenburg, Bremen sowie Hamburg. »Komintern« aus anderen Ländern bzw. Provinzen der Weimarer Republik sind in etwa proportional zur Mitgliederstärke dieser Länder bzw. Provinzen innerhalb der KPD vertreten. Dabei fällt auf, daß »Komintern« aus den traditionellen Zentren der deutschen Arbeiterbewegung (Ruhrgebiet und Mitteldeutschland) in der Datenbank zu Deutschland eher unterproportional zur Mitgliederstärke der entsprechenden KPD-Bezirke vertreten sind. Selbstverständlich mögen dabei die starken sozialdemokratischen Traditionen in diesen Gebieten eine Rolle gespielt haben, aber da hier die Mitgliederzahlen der KPD Vergleichsgröße sind, ist davon auszugehen, daß dieser Faktor von eher untergeordneter Bedeutung ist. Viel wesentlicher – so kann vermutet werden – war die unmittelbare Beteiligung der Komintern an der revolutionären Nachkriegskrise und das Scheitern ihrer Politik gerade in diesen Gebieten (Märzaktion 1921 und »Deutscher Oktober« 1923).<sup>30</sup>

Für jene »Komintern« in der deutschen Datenbank, die außerhalb der Grenzen der Weimarer Republik geboren wurden, ergibt die Untersuchung der Geburtsorte folgendes Ergebnis:

andere Regionen/Länder	Geburtsorte	Anteil an den Mitgliedern der KPD (1929, %)
Danzig	15	0,8%
Westpreußen (ohne Grenzmark-Kreise)	11	0,6%
Provinz Posen (ohne Grenzmark-Kreise)	17	0,9%
Memelgebiet	3	0,2%
Elsaß-Lothringen	6	0,3%
Eupen und Malmédy <sup>31</sup>	1	0,1%
deutsche Kolonien	1	0,1%

30 Siehe u. a. Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt am Main 1986. – Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991. – Zuletzt die Dokumentensammlung Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babicenko und Fridrich I. Firsov. Berlin 2003.

31 Unter den in der Gesamtdatenbank des Projektes erfaßten »Kominternern« aus dem Partei/Land-Bestand zu Belgien stammt kein einziger aus den drei vom Versailler Vertrag Belgien zugesprochenen früher preußischen Kantonen Eupen, Malmédy und St. Vith.

andere Regionen/Länder	Geburtsorte	
Österreich-Ungarn	121	6,8%
– darunter Tschechoslowakei	43	2,4%
– darunter Österreich	26	1,5%
– darunter Ungarn	15	0,8%
– darunter Galizien	25	1,4%
– darunter Siebenbürgen und Banat	6	0,3%
– darunter Bukowina	4	0,2%
– darunter Jugoslawien und Istrien	2	0,1%
Rußländisches Reich	183	10,2%
– darunter Gouvernements Saratow/Samara	29	1,6%
– darunter Ukraine	22	1,2%
– darunter Neuußland und Bessarabien	27	1,5%
– darunter Russisch-Polen	36	2,0%
– darunter Baltikum	26	1,5%
andere (u. a. Schweiz, Luxemburg, Iran)	36	2,0%

In bezug auf »Komintern«, die aus den vor 1919 zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten stammen, läßt sich auch in der Datenbank zu Deutschland feststellen, daß bei der archivsystematischen Zuordnung der einzelnen Personalien die neuen Westgrenzen in Europa von der Komintern eher berücksichtigt wurden als die neuen Ostgrenzen. So stammen beispielsweise von den in der Gesamtdatenbank des Projektes erfaßten »Kominternern« aus dem Partei/Länder-Bestand zu Frankreich ca. 40 Personen aus Elsaß-Lothringen (gegenüber sechs, die der Datenbank zu Deutschland zuzuordnen waren). Allerdings ist m. E. die Zahl der entsprechenden Personalien so gering und die Repräsentativität der bislang erfaßten Personalien im Verhältnis zur vermuteten Grundgesamtheit zu klein, als daß generalisierende Schlußfolgerungen gezogen werden könnten.

Im Hinblick auf die These zum geopolitischen Blickwinkel der Personalpolitik der Komintern ist aus meiner Sicht der einzige Vertreter aus den früheren deutschen Kolonien überaus aufschlußreich, weshalb ich kurz darauf eingehen möchte: Es handelt sich um den Genossen Bilé aus Kamerun, der 1930 mit einem Mandat der Antiimperialistischen Liga zum Weltkongreß der Gewerkschaftsinternationale nach Moskau reiste und anschließend vom EKKI zu einem Praktikum in die KPD entsandt wurde, obwohl er angab, von den europäischen Sprachen lediglich etwas



französisch zu können. Aber weshalb war das EKKI der Meinung, gerade die KPD (und nicht die französische Partei) sei für die politische Entwicklung Bilés zuständig? Die Personalakte gibt darüber keinen Aufschluß und man kann nur mutmaßen, ob dem zuständigen Referenten in Moskau möglicherweise in Erinnerung geblieben war, daß Kamerun früher eine deutsche Kolonie war. Aber vielleicht handelt es sich auch um einen Zufall.

Viel wesentlicher für eine Erhärtung bzw. Widerlegung der These zum geopolitischen Blickwinkel der Personalpolitik der Komintern ist die regionale Verteilung der Geburtsorte von »Kominternern«, die im früheren Rußländischen Reich geboren wurden. Auffallend ist dabei zunächst, daß die meisten »Kominternern« in der Datenbank zu Deutschland, die aus dem früheren Rußländischen Reich stammen, in Gebieten mit zum Teil erheblichem deutschen Bevölkerungsanteil geboren wurden. So sind etwa Vertreter aus der späteren Wolgadeutschen Republik in der Datenbank zu Deutschland in absoluten Zahlen mehr als doppelt so stark vertreten wie in der Datenbank zur »russischen« Sektion in der Komintern, obwohl letztere mit ca. 6.000 Personen fast dreimal so viel »Kominternern« umfaßt. Und sämtliche »Kominternern« aus den Gouvernements Saratow und Samara in der Datenbank zu Deutschland, die auch Aussagen zur Nationalität machten (von 29 taten dies 26), gaben an, sie seien Deutsche.

Für eine kommunistische Organisation mag es zunächst grundsätzlich überraschend sein, daß ihre Fragebögen eine Rubrik »Nationalität« überhaupt bereithielten. Daß jedoch die nationale Frage für die Bolschewiki eine herausragende Rolle gespielt hat, macht die ganze Entwicklung der rußländischen Revolution seit 1918 deutlich und nationale Fragen blieben für die Bolschewiki immer ein Hebel, um über die Grenzen der Sowjetunion hinaus Einfluß zu gewinnen.<sup>32</sup> Für unsere Analyse ist je-

---

32 Siehe dazu die ausführliche Darstellung von Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall. Aktualisierte Ausgabe. München 2001. – Siehe auch Ronald Löttsch: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Nationalismus und nationale Minderheiten. rls-Manuskripte 16. Berlin 2001. S. 94ff. – Karl-Heinz Gräfe: Zwischen Zentralstaat und Föderation. Sowjetische Nationalitätenpolitik 1917–1922. In: Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen. Hamburg 1997. – Siehe auch die entsprechenden Abschnitte in Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917 bis 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998.

doch nur wichtig, daß viele »Kominternern« diese Rubrik in den Fragebögen mit einem Eintrag ausgefüllt haben, und wir damit das Merkmal »Nationalität« mit dem Merkmal »Geburtsort« korrelieren können.

Daß bei der archivsystematischen Zuordnung von Personalakten nationale Motive offenbar eine Rolle gespielt haben, machen auch die entsprechenden Aussagen der anderen aus dem früheren Rußländischen Reich stammenden »Kominternern« in der Datenbank zu Deutschland deutlich (hier sind wieder Mehrfachnennungen zu berücksichtigen):

- in den Gouvernements Saratow/Samara geboren (26 Aussagen zur Nationalität bei 29 Personalien): 26 deutscher Herkunft;
- in der Ukraine geboren (16 Aussagen zur Nationalität bei 29 Personalien): zehn deutscher, drei jüdischer, zwei ukrainischer, einmal russischer Herkunft;
- in Neuußland und Bessarabien geboren (24 Aussagen zur Nationalität bei 27 Personalien): 20 deutscher, drei jüdischer, einmal russischer Herkunft;
- in Russisch-Polen geboren (36 Aussagen zur Nationalität bei 36 Personalien): 19 jüdischer, neun deutscher, acht polnischer Herkunft;
- in Lettland, Litauen und Estland geboren (25 Aussagen zur Nationalität bei 26 Personalien): 15 jüdischer, fünf deutscher, vier lettischer, einmal litauischer Herkunft.
- in anderen Gebieten des früheren Rußländischen Reiches geboren, inkl. Moskau und Petersburg (44 Aussagen bei 43 Personalien): 21 deutscher, 14 jüdischer, sechs russischer, zwei polnischer, einmal englischer Herkunft.

Während in der Datenbank zur »russischen« Sektion in der Komintern von knapp 60 »Kominternern«, die angaben, sie seien deutscher Herkunft, ca. 50 auf dem Territorium des früheren Rußländischen Reiches geboren wurden, beträgt die entsprechende Zahl in der Datenbank zu Deutschland schon 91, obwohl die Gesamtzahl der Personalien fast dreimal kleiner ist. Der sich bei einer Analyse der Geburtsorte in der Datenbank zu Deutschland ergebene Widerspruch zur These, aus Sicht der »russischen« Sektion in der Komintern seien die Angehörigen aller übrigen Kominternsektionen jene Personen, die – mit Ausnahme der ab 1918 unabhängig gewordenen früheren Teile des Rußländischen Reiches – ihren Ursprung nicht auf rußländischem Boden haben, ist demzufolge aus meiner Sicht nur ein scheinbarer. Mehr noch, das Beispiel der archivsystematischen Behandlung der aus Rußland stammenden Deutschen, die überwiegend der »deutschen« und nicht der »russischen«

Sektion zugeordnet wurden, offenbart eine national bzw. ethnisch gefärbte Sichtweise, die für eine kommunistische Weltorganisation so nicht erwartet werden konnte, die aber sehr wohl in Kontinuität zur vorsowjetischen Nationalitätenpolitik Rußlands steht.<sup>33</sup>

Auch unter den im früheren Österreich-Ungarn geborenen »Komininternern« in der Datenbank zu Deutschland überwiegen Geburtsorte in Gebieten mit zahlenmäßig großem deutschen Bevölkerungsanteil. Daß die »nationale Brille« bei der archivsystematischen Zuordnung der entsprechenden Personalakten durch die Komininternorgane auch hier eine wesentliche Rolle gespielt hat, macht die folgende Übersicht deutlich, auch wenn die Zahl der Personalien z. T. sehr gering ist (wieder sind Mehrfachnennungen zu berücksichtigen):

- in der späteren Tschechoslowakei geboren (37 Aussagen zur Nationalität bei 43 Personalien): 30 deutscher, drei jüdischer, zwei ungarischer, je einmal tschechischer und slowakischer Herkunft;
- im späteren Österreich geboren (21 Aussagen zur Nationalität bei 26 Personalien): zwölf deutscher, fünf österreichischer, vier jüdischer Herkunft;
- im späteren Ungarn geboren (17 Aussagen zur Nationalität bei 15 Personalien): elf ungarischer, vier jüdischer, zwei deutscher Herkunft;
- in Galizien geboren (23 Aussagen zur Nationalität bei 25 Personalien): zwölf jüdischer, je fünf deutscher und polnischer, einmal ukrainischer Herkunft;
- in Siebenbürgen und dem Banat geboren (neun Aussagen zur Nationalität bei sechs Personalien): drei ungarischer, je zwei jüdischer und deutscher Herkunft;
- in der Bukowina geboren (drei Aussagen bei vier Personalien): dreimal jüdischer Herkunft;
- im späteren Jugoslawien und in Istrien geboren (zwei Aussagen zur Nationalität bei zwei Personalien): je einmal ungarischer und deutscher Herkunft.

Über das Merkmal »Nationalität« in den hier untersuchten vier Datenbanken und seine Bedeutung für die Bewertung der Personalpolitik der Kominintern und die Personalstruktur des Kominintern-Apparates ließe sich nun leicht ein eigener ausführlicher Beitrag schreiben. Mein Anlie-

---

33 Siehe dazu zuletzt sehr eindrucksvoll und mit Dokumenten belegt Jörg Baberowski: *Der Feind ist überall. Stalinisierung im Kaukasus*. München 2003.

gen war es jedoch lediglich, verschiedene Möglichkeiten für quantitative Analysen anhand der elektronischen Datenbank mit »Kominternern« aufzuzeigen und anhand eines einzigen ausgewählten Merkmals für vier Länder Mittel- und Osteuropas, den Geburtsorten für die »Komintern« der Sektionen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland einige Problemstellungen zu behandeln, die für die weitere Forschung möglicherweise produktiv sein können. Folgende erste Ergebnisse lassen sich in diesem Zusammenhang nennen:

*Erstens:* Die einzelnen Sektionen in der Komintern ergeben sich nicht einfach aus dem archivsystematischen Aufbau der Partei/Länder-Bestände von Personalakten im Kominternarchiv, sondern sie müssen erst unter Zuhilfenahme vieler weiterer Archivquellen rekonstruiert werden. Diese Sektionen in der Komintern sind wiederum nicht identisch mit den nationalen Sektionen der Komintern.

*Zweitens:* Die Komintern folgte bei der Zuordnung einzelner Personalien zu den Partei/Länder-Beständen des Archivs nicht dem Prinzip der Parteizugehörigkeit (Land gleich Sektion), sondern dem Prinzip der Staatsangehörigkeit bzw. orientierte sich an den Geburtsorten der »Kominternern«.

*Drittens:* Die Orientierung auf die Geburtsorte offenbart im Verhältnis zu den territorialen Ergebnissen des Ersten Weltkrieges eine doppelte Sichtweise der Komintern. Bezüglich der neuen »West«-Grenzen erfolgte die Zuordnung entsprechend der Staatenwelt von nach 1919. Bezüglich der an das frühere Rußländische Reich angrenzenden Gebiete wirkte jedoch die europäische Staatenwelt von vor 1919 fort. Damit scheint die Komintern in einer Entwicklungslinie sowjetischer Außenpolitik zu stehen, die schließlich in die geheime Neuaufteilung Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas mit Nazideutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und deren faktische Bestätigung nach dem Zweiten Weltkrieg mündete.

*Viertens:* Zumindest am Beispiel der »Kominternern« aus deutschen Siedlungsgebieten außerhalb des früheren Deutschen Reiches läßt sich zeigen, daß die Kominternorgane in nationalen Fragen mindestens teilweise Politikmustern folgten, die für die vorsowjetische Nationalitätenpolitik Rußlands stehen.

Alle diese Ergebnisse verlangen jedoch eine weitere Verifizierung durch die Untersuchung anderer Teilmengen aus der Datenbasis sowie durch zusätzliche Archivrecherchen, bevor sie möglicherweise als Hypothesen formulierbar sind.

Vielleicht konnten die einzelnen Analysestränge Interesse für die in Kürze vorliegende Datenbank mit »Kominternern« wecken, da eine internetgestützte offene Präsentation und Betreuung der Datenbank bislang völlig ungesichert sind.

## **Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2006**

- 16.02.2006 Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig): Russische Einwanderer im heutigen Leipzig – Motive und Erwartungen, Situation und Probleme
- 16.03.2006 Dr. Hannes Hofbauer (Wien): Zu aktuellen Problemen in der Ukraine
- 20.04.2006 Prof. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig/Klagenfurt): Südosteuropäische Kulturgeschichte in Reiseberichten – Studien und biographische Skizzen zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert
- 18.05.2006 Prof. Dr. Erwin Lewin (Berlin): Zum gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozeß in Albanien
- 21.09.2006 Dr. Wolfgang Grabowski (Berlin): Anliegen und Realität der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS)
- 21.10.2006 Arbeitstagung des »Osteuropa-Arbeitskreises«: Osteuropa-Wissenschaften in Leipzig (und anderer ostdeutscher Hochschulstädte)
- 16.11.2006 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Identitätssuche und nationale Konflikte in Südosteuropa. Methodologisches und Historisches
- 14.12.2006 Dr. Volker Hölzer (Leipzig): Briefwechsel zwischen Rosemarie und Georg Sacke während der Haft 1934/1935



# Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

## Osteuropa in Tradition und Wandel

*Heft 1:* Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

## Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

*Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zwietausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.] – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-



chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331–336.]. – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig — Sachsen — Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Raditschschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig — Gelehrter — Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.]. – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001. 379 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albaniens. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion — in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositelj Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den Mittel-

europa-Plänen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markova »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353.]. – *Band 4: Leipzig 2002. 374 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. S. 9–54. – Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung. S. 55–61. – Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht. S. 63–83. – Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908). S. 85–94. – Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas. S. 95–127. – Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro. S. 129–136. – Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. S. 137–168. – Jens Becker: Der Balkan — eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa. S. 169 bis 178. – Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation. S. 179–230. – Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens. S. 231–246. – Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen. S. 247–262. – Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus. S. 263–304. – Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. S. 305 bis 351. – Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz (Bautzen, 7./8. Juni 2002). S. 353–357.]. – *Band 5: Leipzig 2003. 297 S.* [Enthält u. a. Eckhart Mehls: Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. S. 11–41. – Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjuganows These vom »liberalen Faschismus«. S. 43–68. – Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration. S. 69–85. – Borisa Melnikas: Transformationen in den baltischen Ländern. Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung (mit einem statistischen Anhang von Bernd Reichelt). S. 88–125. – Holger Politt: Polens »Rückkehr nach Europa«. Ein Rückblick als Ausblick. S. 127–145. – Manfred Jähnichen: Die deutsche Spätromantik — ein Beispiel für die deutsch-serbischen Kulturbeziehungen auch in unserer Zeit. S. 147–160. – Eckart Mehls: Einführung in die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung« vom 10. Januar 1944. S. 163–168. – Dokument: Aufzeichnung des Leiters der Kommission des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur »Wiedergutmachung der der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zugefügten Schäden« (in Originalsprache). S. 169 bis 202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. S. 203–229. – Achim Engelberg: Essayistische Impressionen vom Balkan. S. 231–254. – Ernstgert Kalbe: Internationale Konferenzen zur Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau. S. 257–270. – Julian Orwicz: In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum. S. 271–274. – Hannes Hofbauer: Rewriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe. S. 275–282.]. – *Band 6 (Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen): Leipzig 2004. 339 S.*

[Enthält u. a. Helmut Bock: Die Russische Revolution: Epochenzäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte. S. 17–62. – Sonja Striegnitz: Ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus. Wiktor M. Tschernows Buch »Konstruktiver Sozialismus«. S. 63–75. – Uwe-Jens Heuer: Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur? Aktuelle Implikationen. S. 77–104. – Horst Schützler: Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR. S. 105 bis 119. – Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell. S. 121–164. – Wolfgang Geier: Macht und Geist im Staatssozialismus. S. 165–190. – Eckart Mehls: Zu einigen spezifischen Aspekten des Verhältnisses der polnischen Intelligenz zur »Macht« in der Volksrepublik Polen. S. 191–196. – Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. S. 197–233. – Helga Watzin-Heerdegen: Die Wahlen in Rußland 2003/2004. S. 237–259. – Dokument: Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien (Einführung von Ernstgert Kalbe, übersetzt von Olaf Kirchner). S. 261–274. – »Zwecks materieller Unterstützung ausländischer Linksparteien ...«. Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit eines internationalen Fonds (übersetzt von Sonja Striegnitz). S. 275–283. – Wolfgang Grabowski: Rußland, die EU und der Kaukasus. S. 287–291. – Wolfgang Grabowski: Zur russischen Asienpolitik. S. 293–302. – Ernstgert Kalbe: Abgründe: Die Autobiographie Alexander Jakowlews. S. 303–311. – Ernstgert Kalbe: Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa. S. 313–324.]

## Texte zur politischen Bildung

*Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht — eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche — eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

## **Texte zur Literatur**

*Heft 4:* »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

## **Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte**

*Heft 2:* Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S.

## **Texte zur Philosophie**

*Heft 3:* Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

## **Diskurs**

### **Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus**

*Heft 1:* Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. – *Heft 12:* Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S.

## **Monographien**

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus. Band III).

Achim Beinsen: Die bosnischen Muslime im Zerfallsprozeß Jugoslawiens. Dispositive »ethnischer« und »ethnonationaler« Differenzierung. Leipzig 2002. 315 S. (Reihe Hochschulschriften. Band 2).

Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1: Erinnerungen. Beiträge zu seinem Werk. Bibliographie. Leipzig 2003. 115 S.

## Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

### »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

*1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/Gottfried Schramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981ff.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus — Nationalitäten — Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kultursoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

**»Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.**  
**Wissenschaftliche Halbjahreshefte.**  
**Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe**

*4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen — Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija — »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830 bis 1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198 bis 203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 1998. 244 S.* [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 1999. 195 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichte und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 — Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 1999. 218 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millennium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht — allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 2001. 225 S.* [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten — Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.]. – 10. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 2001. 240 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97



bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationalitätenpolitik. Zu den Chancen nichtrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kultursoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland — wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220.]. – *11. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2002. 248 S.* [Enthält u. a. Christian E. Gracza: Das magyarische Christentum unter Großfürst Géza (Géza) und König Stephan (István) I. zwischen Byzanz und Rom. S. 27–108. – Friedbert Ficker: Bartholomäus Kopitar, Franz von Miklošić, Vuk Karadžić und die Berliner Akademie. S. 175–184.]. – *12. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2003. 188 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Historische Streiflichter aus Montenegro, dem Land der Schwarzen Berge, serbischen Crna Gora, venezianischen Montagna Negro. S. 107–124. – Besprechungen. S. 172–186.]. – *12. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2003. 1708 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Die Russische Orthodoxe Kirche und andere Konfessionen in der Rußländischen Föderation. S. 99–117.].

Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen.* Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: *Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis.* Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: *Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten.* Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Wolfgang Geier: *Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten: Sigmund von Heyberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen.* Wiesbaden 2004. X, 208 S.

## Zu den Autoren dieses Bandes

*Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz* (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkriegs, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

*Prof. Dr. sc. phil. Dozent Claus Remer* (geb. 1931); studierte von 1951 bis 1955 Geschichte an der Leipziger Universität und spezialisierte sich auf die Geschichte der UdSSR und der deutsch-sowjetischen Beziehungen; wissenschaftlicher Aspirant von 1955 bis 1958, danach Studienaufenthalt und Archivstudien in Moskau; Promotion A 1960 und Publikationen über deutsche Arbeiterdelegationen in der UdSSR Mitte der zwanziger Jahre, über den Bund der Freunde der Sowjetunion und ähnliche Themen, u. a. seit 1959 Mitherausgeber und Redakteur des »Jahrbuchs für Geschichte der sozialistischen Länder Europas«. Remer hielt Vorlesungen und Spezialseminare zur Geschichte Rußlands und der UdSSR im 19. und 20. Jahrhundert und war als Bezirksvorsitzender der Historiker-Gesellschaft für die Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt in der Weiterbildung für die Geschichtslehrer beider Bezirke tätig. Seit 1964 war er an der Leipziger Universität Wahrnehmungsdozent für Geschichte der UdSSR und der deutsch-sowjetischen Beziehungen, seit 1965 an der Jenaer Universität. 1976/1977 absolvierte Remer ein zehnmonatiges Zusatzstudium an der Lomonossow-Universität Moskau, anschließend war er einige Jahre Leiter und Dozent der Wissenschaftsbereiche Allgemeine Geschichte/Geschichte der UdSSR sowie Geschichte der SED an der Universität Jena; 1984 Dissertation B über deutsche Ukrainepolitik vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen sind die beiden Dissertationen jeweils 1963 und 1997 als Monographien erschienen.

*Prof. Dr. Jörg Roesler* (geb. 1940); Wirtschaftshistoriker aus Berlin; 1964–1974 Seminare und Vorlesungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität, ab 1974 Leiter der Forschungsgruppe »Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder« an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1978–1989 Vorlesungen zur Geschichte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sozialistischen Ländern an der

Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Nach Abwicklung der Akademie-Institute arbeitete er ab 1992 zur DDR-Wirtschaftsgeschichte am Forschungsschwerpunkt »Zeithistorische Studien« in Potsdam. 1992 und 1994/1995 war er Gastprofessor an kanadischen Universitäten. An der Universität Toronto hielt er Vorlesungen zur deutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart und zur Geschichte der ostmittel- und südosteuropäischen Länder über den gleichen Zeitraum. In zahlreichen Publikationen hat sich Roesler vor allem zur Wirtschaftsentwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR und den anderen RGW-Ländern geäußert. Seine Buchpublikationen beschäftigen sich mit der Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR« (Berlin 1990). Er ist Mitglied der Association of Comparative Economic Studies (USA), der European Association of Comparative Economic Studies und der Leibniz-Sozietät zu Berlin.

*Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls* (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und der Volksrepublik Polen. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident. Außer zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei legte er 1998 das autobiographische Buch »Unzumutbar. Ein Leben in der DDR« vor.

*Prof. Dr. sc. phil. Erwin Lewin* (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Albanologie in Leipzig und Tirana, spezialisierte sich auf albanische und südosteuropäische Geschichte, danach auf Geschichte der Komintern. 1965 promovierte er zur albanischen Unabhängigkeitsbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg, 1986 Habilitation über die Bündnispolitik der Komintern gegenüber der Bauernschaft 1919–1928. Bis 1969 war Lewin an der Universität Leipzig tätig, danach bis zur Abwicklung 1992 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, resp. am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. 1987 wurde er zum Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen – Aufsätze, Studienbände und Dokumenteneditionen – gehören unter anderen »Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale« (1974), »Illustrierte Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943« (1984), »In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR« (1991), »Protokoll der Brüssler Konferenz der KPD 1935« (1997, 2 Bde.), dasselbe auch als CD-ROM (2000). In den letzten Jahren als freier Wissenschaftler, Übersetzer und Dolmetscher für albanische Sprache tätig.

*Prof. Dr. phil., habil. Dr. h. c. Hilmar Walter* (geb. 1933); studierte 1951–1952 in Leipzig Slawistik, 1952–1957 in Sofia Bulgarische Philologie (Abschluß als Diplomslawist), absolvierte 1965–1966 ein Zusatzstudium an der Universität Belgrad im Fach Serbo-

kroatistik. In Leipzig Promotion zum Dr. phil. (1961) mit einer Dissertation zum Thema »Die reflexiven Verben im Bulgarischen der Gegenwart – Ein Beitrag zum Problem des Genus verbi im Bulgarischen«, zum Dr. sc. phil. (1974) mit einer Arbeit zum Thema »Die temporale, aspektliche und modale Semantik der finiten Formen des Verbs in der bulgarischen Literatursprache der Gegenwart« (1991 Umwandlung des akademischen Grades Dr. sc. phil. zum Dr. phil. habil.). 1986 Ehrenpromotion zum Dr. h. c. der Philologischen Fakultät der St.-Kyrill-und-Method-Universität Veliko Tärново. Von 1957 bis 1992 Lehr- und Forschungstätigkeit an der Leipziger Universität, zunächst als wissenschaftlicher Aspirant, wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent, seit 1964 Wahrnehmung einer Dozentur und seit 1969 Hochschuldozent sowie seit 1975 als ordentlicher Professor. Zwischenzeitlich (1983–1986) auf persönliche Einladung Gastprofessor an der St.-Kyrill-und-Method-Universität Veliko Tärново (Bulgarien). Gastvorträge an den Universitäten Sofia, Veliko Tärново, Belgrad, Gießen, Marburg und Hamburg. Seit 1990 hält er jährlich in unregelmäßigen Abständen auf Einladung Blockvorlesungen und Seminare an der Universität Veliko Tärново, der St.-Kliment-Ochridski-Universität Sofia, der Neuen Bulgarischen Universität Sofia und der Freien Universität Burgas im Rahmen der Fachausbildung »Angewandte Linguistik«. Die Forschungsschwerpunkte von Walter sind Bulgaristik und »Serbokroatistik«, wobei die Bulgaristik an erster Stelle steht. Sein Schriftenverzeichnis umfaßt über 160 Veröffentlichungen, davon acht Buchtitel, auf den Gebieten der bulgarischen und serbokroatischen Sprach- und Übersetzungswissenschaft, der Balkanlinguistik, der Lexikographie sowie zu mit kultur- und literaturgeschichtlichen Themen, zur Geschichte der Bulgaristik und »Serbokroatistik« und zu Fragen der deutsch-südslawischen Wechselbeziehungen. Walter ist Ehrenmitglied des Bundes der Bulgarischen Philologen »Sájuz na filolozite-bálgaristi«, Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin und des internationalen Redaktionsbeirates der Zeitschrift »Contrastive Linguistics«.

*Dr. phil. Olaf Kirchner* (geb. 1963); studierte von 1982 bis 1987 an der Lomonossow-Universität Moskau politische Wissenschaften. Sein Spezialgebiet war die Geschichte der Politiktheorie. Ende 1990 promovierte er in Moskau zu geschichtsphilosophischen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen Sowjetunion. Er veröffentlichte Arbeiten zu den Parteiensystemen in den GUS-Staaten – u. a. die Monographie »Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1895–1990« (Leipzig 1993) – zur osteuropäischen und sowjetischen Geschichte sowie zur Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Transformation in Rußland. Seit 1996 ist Kirchner selbständiger Unternehmer. 1999 bis 2003 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, 2004/2005 mit einem Lehrauftrag zur Geschichte der Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg am Historischen Seminar derselben Universität tätig.

